



Protokoll

der 17. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 3. Juni 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin

Protokoll:

*Beat Flury, I. Ratssekretär
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

Abwesende:

Melanie Eberhard (SP), Raffaella Hanauer (Grüne/jgb), Balz Herter (die Mitte/EVP).

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 2
3. Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP) 2
4. Wahl eines Mitglieds der Delegation des Districtsrats (Nachfolge Mahir Kabakci, SP) 3
5. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK 4
6. Nachtragskredit zur Umsetzung der Gebührenreduktion im Einbürgerungsverfahren gemäss § 15 FHG, Bericht des RR 25
7. Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)", Bericht der WAK 26
8. Ausgabenbewilligung für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur Brombacherstrasse (Umgestaltung Riehenring), Bericht der UVEK 29



Beginn der 17. Sitzung

Mittwoch, 3. Juni 2026, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[03.06.26 09:00:05]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Rücktritt aus dem Grossen Rat: Fina Girard hat auf den 8. September ihren Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Wir werden sie an der Bündelitagssitzung entsprechend gebührend verabschieden.

Fraktionsaustritt: Johannes Sieber ist am 1. Juni aus der Fraktion GLP ausgetreten. Entsprechend scheidet er damit gemäss Artikel 63 Absatz 2 der Geschäftsordnung aus der GPK aus. Die Nachwahl findet in der Bündelitagssitzung statt. Bis dahin bleibt Sandra Bothe als Stellvertreterin für die GLP in der GPK.

Rückmeldung der Bundesversammlung zu einer Standesinitiative: Betreffend der Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, volles Ständerecht ist ein Antwortschreiben eingegangen mit der Mitteilung, dass die beiden Räte der Standesinitiative keine Folge leisten. Sie finden eine Kopie des Schreibens auf dem Tisch des Hauses und auf unserer Datenbank.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[03.06.26 09:01:35]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP)

[03.06.26 09:02:00]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über offene Wahlen.



2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009052, 03.06.26 09:03:08]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 85 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung für offene Wahlen entschieden. Gemäss Artikel 14 Absatz 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Helena Meyer.

Abstimmung

Wer Helena Meyer wählen will, stimmt JA, wer sie nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009054, 03.06.26 09:04:15]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Helena Meyer in die WAK.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 86 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Helena Meyer in die Wirtschafts- und Abgabekommission gewählt. Ich gratuliere Helena Meyer zur Wahl als Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

4. Wahl eines Mitglieds der Delegation des Districtsrats (Nachfolge Mahir Kabakci, SP)

[03.06.26 09:04:37]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied des Districtrats von der Regiokommission vorgeschlagen wurde Martin Leschhorn-Strebel. Wählbar sind Mitglieder der Regiokommission. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Martin Leschhorn Strebel wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009057, 03.06.26 09:05:27]



Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Martin Leschhorn als Mitglied der Delegation des Districtsrates.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 86 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Martin Leschhorn-Strebel gewählt. Ich gratuliere Martin Leschhorn-Strebel zur Wahl als Mitglied des Districtrats und wünsche ihm viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK

[03.06.26 09:05:51, 24.1437.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Für die Kommission der JSSK das Wort hat deren Präsidentin Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Die JSSK hat das vorliegende Geschäft im September 2025 überwiesen erhalten und befasste sich in der Folge an insgesamt fünf Sitzungen inhaltlich mit der Vorlage. Die Beratungen fanden überwiegend im Beisein der Vorsteherin des JSD, des stellvertretenden Generalsekretärs sowie der Leitung Abteilung Recht der Kantonspolizei respektive dessen Stellvertreterin statt. Die Kommission führte zudem im Laufe der Beratungen in Anwesenheit der Verwaltung Hearings einerseits mit dem Initiativkomitee durch, andererseits mit einem externen Experten, Dr. iur. Patrick Zumsteg, welcher zum Thema doktoriert hat.

Und, so viel bereits vorneweg, das Thema Demonstrationen bewegt. Das Thema bewegt nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Kommission. Die Kommissionsberatung war zwar wie gewohnt sachlich, aber dennoch zuweilen auch etwas kontrovers und manchmal sogar etwas emotional. Das Thema bewegt, weil Demonstrationen naturgemäss im öffentlichen Raum stattfinden und somit für alle sichtbar sind. Das Thema bewegt, weil die Kundgebungen der einen zwangsläufig zu einer Einschränkung der anderen führt. Und das Thema bewegt, weil die Themen selbst, für die oder gegen die demonstriert wird, von den Kriegen dieser Welt über antikapitalistische und feministische Anliegen bis hin zu Abtreibungs- und Massnahmengegnerin bewegen. Für Anliegen, welche von links bis rechts Einigkeit herrscht, wird in aller Regel nicht demonstriert, da geht niemand auf die Strasse, für umstrittene Themen hingegen schon, und das ist wichtig und das ist richtig.

Und das Thema bewegt, und auch dies hat die JSSK von Anfang an anerkannt, weil nicht alles, was rund um Demonstrationen stattfindet, gutzuheissen ist. Ich möchte es gleich hier zu Beginn betonen: Die gesamte JSSK lehnt Gewalt und Sachbeschädigungen ab, auch wenn es um das Demonstrationsrecht geht. Das Demonstrationsrecht als solches ist aber, und auch darin war sich die JSSK einig, ein zentraler Pfeiler einer lebendigen Demokratie, wie wir sie haben möchten.

Die Demokratie muss Raum haben für Demonstrationen, insbesondere wenn weltweit unruhige Zeiten herrschen, in denen die Versammlungs- und auch die Meinungsfreiheit verschiedentlich immer wieder eingeschränkt wird. Gerade in diesen Situationen, in diesen Momenten ist dem Demonstrationsrecht Sorge zu tragen. Aus diesem Grund ist auch das Demonstrationsrecht grundrechtlich stark geschützt und sowohl in unserer Kantons- wie auch in der Bundesverfassung verbrieft. Dabei scheint es mir wichtig zu betonen, dass dieser verfassungsrechtliche Grundrechtsschutz auch für unbewilligte Demonstrationen und Kundgebungen gilt, solange sie friedlich sind. Und weiter, und das ist auch wichtig zu verstehen, auch einzelne Ausschreitungen, einzelne Vorfälle von Gewalt und Sachbeschädigung lassen eine Versammlung nicht als Ganzes unfriedlich werden, sie hat immer noch den grundrechtlichen Schutz. Hier ist die Rechtsprechung des Bundesgerichts und auch des EGMR klar. Die pauschale Kriminalisierung von unbewilligten Kundgebungen mag vielleicht am Stammtisch funktionieren, nicht aber vor den Schranken unserer Gerichte.

In der JSSK gab es aber auch kritische Stimmen betreffend die entstehenden Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Mit einem gewissen Unmut wurde der Tatsache begegnet, dass der öffentliche Verkehr regelmässig aufgrund von Kundgebungen eingeschränkt und das ungestörte Flanieren und Einkaufen in der Innenstadt teilweise unmöglich ist. Die Grundrechtskataloge unserer Verfassungen schützen nicht nur die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit, sondern auch die Wirtschaftsfreiheit, die Eigentumsrechte und das Recht auf persönliche Unversehrtheit. Die gesamte Kommission anerkennt diese Rechte dritter explizit. Auch ihnen muss Beachtung geschenkt werden.



Die Kommissionsmehrheit war sich dann aber einig, dass die Frage nach der Beanspruchung des öffentlichen Raums, die Frage nach diesen Nutzungskonflikten nicht über eine Kostentragungspflicht beantwortet werden kann.

Und damit wären wir nun beim Kernanliegen der Initiative. Die Initiative fordert im Wesentlichen dreierlei. Einerseits soll der Regierungsrat ein Konzept erarbeiten, um die Zahl unbewilligter Demonstrationen zu reduzieren. Zweitens sollen die Verursacherinnen und Verursacher von Polizeikosten und Sachschäden im Zusammenhang mit Demonstrationen konsequent zur Kasse gebeten werden. Und drittens sollen auch Personen oder Gruppen, welche andere Demonstrationen durch Gewalt und Nötigung stören, für die daraus entstandenen Schäden haftbar gemacht werden.

Die JSSK sprach sich nach eingehender Prüfung mit deutlicher Mehrheit gegen diese Initiative aus. Die Gründe hierfür sind im Kommissionsbericht ausführlich dargelegt. Ich möchte mich im Folgenden auf die zentralen Überlegungen beschränken.

Erstens, die Kommissionsmehrheit lehnt eine Penalisation friedlicher Demonstrationen ab. Die Initiative zielt zwar erklärermassen auf rechtswidriges Verhalten ab. In der praktischen Umsetzung besteht jedoch die Gefahr, dass letztlich auch Personen betroffen wären, die ihr Demonstrationsrecht friedlich und grundrechtskonform ausüben. Die Mehrheit der Kommission teilt die Sorge, dass die Möglichkeit hoher finanzieller Forderungen abschreckend wirken kann. Wer befürchten muss, im Nachhinein mit erheblichen Kosten konfrontiert zu werden, verzichtet unter Umständen auf die Teilnahme an einer Demonstration oder auf deren Organisation. Ein sogenannter Chilling Effect ist gerade im Bereich der Versammlungsfreiheit problematisch. Dabei geht es um eine mittelbare Grundrechtseinschränkung, da die Grundrechtsträger:innen sich aufgrund einer behördlichen Regulierung oder Reaktion nicht mehr trauen, vom Grundrecht Gebrauch zu machen. Das möchte die Kommission nicht. Grundrechte sollen wahrgenommen werden, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger faktisch ein finanzielles Risiko eingehen müssen.

Zweitens, es besteht bereits heute eine gesetzliche Grundlage. Die Initiative erweckt den Eindruck, als gäbe es gegen rechtswidriges Verhalten an Demonstrationen derzeit keine wirksamen Instrumente. Das trifft nicht zu. Das geltende Polizeigesetz ermöglicht bereits heute in § 71 und in § 18d der entsprechenden Verordnung die Verrechnung ausserordentlicher Polizeikosten, wenn diese vorsätzlich und grobfahrlässig verursacht werden. Ebenso können Sachbeschädigungen, Gewaltanwendungen und Straftaten straf- und zivilrechtlich verfolgt werden. Wer einen Schaden verursacht, kann bereits heute dafür belangt werden.

Die Kommissionsmehrheit kam daher zum Schluss, dass die Initiative kein rechtliches Defizit behebt, sondern in erster Linie Forderungen aufstellt, die weitgehend heute schon im geltenden Recht verankert sind. An dieser Stelle möchte ich insbesondere auf die Einschätzungen des externen Experten zu der aktuellen basel-städtischen Regelung verweisen. Sie ist auch im Kommissionsbericht enthalten. Der Experte hielt fest, dass die aktuelle Regelung von Basel-Stadt grundsätzlich die Leitlinien des Bundesgerichts achte. Als Makel erachtet er jedoch den Umstand, dass die aktuelle Regelung weder relative noch absolute Obergrenzen für die Kostentragungspflicht kenne und er empfiehlt der Kommission respektive dem Parlament, bei einer allfälligen Revision des Polizeigesetzes eine solche zu verankern.

Dies führte dann auch zu entsprechenden Rückfragen bei der Verwaltung, ob die aktuelle Regelung tatsächlich genüge, wie dies die Regierung in ihrem Bericht ausführt. Die Verwaltung führte diesbezüglich sodann aus, dass sie davon ausgehe, dass die rechtsanwendenden Behörden die Gebühren im Rahmen der bundesgerichtlich als verhältnismässig beurteilten Höhen festlegen würde, so dass das Prozessrisiko diesbezüglich äusserst gering ist. Wir haben es hier mit einer grundrechtskonformen Auslegung einer kantonalen Norm zu tun. Diese Einschätzung schien für die JSSK insgesamt schlüssig. Zudem steht eine Revision des Polizeigesetzes ohnehin an, so dass dieser Punkt allfällig dort noch aufgenommen werden kann.

Drittens, die Initiative scheitert an ihrer praktischen Umsetzbarkeit. Selbst wenn man das Anliegen der Initiative teilt – und hier nochmals, auch in der Kommission gab es Grundsympathien für das Anliegen – stellt sich die Frage, wie die geforderte Kostenüberwälzung konkret vollzogen werden soll. Demonstrationen sind dynamische Ereignisse mit teilweise mehreren hundert, teilweise Tausenden Teilnehmenden. Die zuverlässige Identifikation jener Personen, die für bestimmte Polizeikosten oder Schäden verantwortlich sein sollen, ist in vielen Fällen äusserst schwierig. Hinzu kommt, dass staatliche Kosten stets individuell zurechenbar sein müssen. Das ist eine klare Leitlinie des Bundesgerichts. Eine pauschale Belastung der Organisierenden oder Teilnehmenden wäre mit dem geltenden Störerprinzip und dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit nicht vereinbar. Auch müsste zwischen dem ordentlichen und dem ausserordentlichen Anteil eines Polizeieinsatzes – und nur letzterer, also der ausserordentliche Anteil, gemäss Bundesgericht überwälzt werden – unterschieden werden. Eine griffige Verwaltungsrechtspraxis diesbezüglich gibt es nicht, auch nicht in den anderen Kantonen, das haben wir explizit noch angeschaut. Eine saubere Abgrenzung ist nicht möglich. Die Mehrheit der Kommission gewann deshalb den Eindruck, dass die Initiative Erwartungen weckt, die sich in der Praxis nur sehr begrenzt erfüllen lassen.

Viertens, die Initiative würde zusätzlichen Aufwand für die Polizei schaffen. Schliesslich wurde in der Kommission auch diskutiert, welche Folgen die Umsetzung für die Kantonspolizei hätte. Um die Kosten einzelnen Personen zuordnen zu können – und dies ist, wie gesagt, aus grundrechtlicher Perspektive zwingend – müssten akribische Abklärungen getroffen, Beweise gesichert, Verantwortlichkeiten ermittelt und umfangreiche Verwaltungsverfahren geführt werden. Dies würde



erhebliche personelle Ressourcen binden. Die Polizei müsse sich vermehrt mit nachgelagerten Kostenverfahren beschäftigen, anstatt ihre Mittel auf ihre eigentlichen Kernaufgaben im Bereich Sicherheit, Prävention und Einsatzbewältigung zu konzentrieren. Die Kommissionsmehrheit erachtet dies nicht als zweckmässigen Einsatz der vorhandenen Ressourcen.

Aus all diesen Gründen lehnte die JSSK nach intensiver Beratung die Initiative bei 9 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Aus der gleichen Überlegung beschloss die Kommission einstimmig, auf die Ausformulierung der Initiative zu verzichten und ihr auch keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Eine Regelung, welche die bundesgerichtlichen Leitlinien und unsere Grundrechtsgarantien respektiert und achtet, bringt kaum einen Mehrwert gegenüber dem Status Quo. Und für eine Umsetzung, welche die Grundrechte in unzulässiger Weise missachtet, wollte die JSSK keine Hand bieten.

Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zu folgen und die Initiative den Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Ablehnung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Abschliessend bedanke ich mich bei der zuständigen Regierungsrätin sowie bei den Verwaltungsmitarbeitenden für die konstruktive Begleitung der Kommissionsberatung und freue mich nun auf die Debatte im Saal.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bevor wir weiterfahren, begrüsse ich auf der Tribüne eine Klasse des Gymnasiums Bäumlhof. Lehrperson ist unsere Ratskollegin Brigitte Gysing. Die Klasse hat vorher schon engagiert mit Anouk Feurer diskutiert. Schön, seid ihr da. Das Wort geht nun an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich danke der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zunächst für die sorgfältige Prüfung dieses Geschäfts und für die vertiefte Diskussion sowie auch die heutigen Ausführungen, die sich in vielen Teilen decken.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die kantonale Volksinitiative «Ja zur Durchsetzung von Recht und Ordnung, Nein zum Chaotismus» ohne Gegenvorschlag den Stimmberechtigten vorzulegen und zur Ablehnung zu empfehlen. Der Regierungsrat anerkennt das ordnungspolitisch motivierte Anliegen der Initiative und teilt auch das Ziel, rechtswidrigem Verhalten im Zusammenhang mit Demonstrationen wirksam zu begegnen. Er verurteilt Gewalt, Sachbeschädigungen und Angriffe auf Einsatzkräfte unmissverständlich. Wer sich rechtswidrig verhält, soll dafür zur Verantwortung gezogen werden. Gewalt ist nicht nur abzulehnen, sondern sie ist auch nicht grundrechtlich geschützt.

Wir haben heute bereits einiges zu den rechtlichen Fragen gehört und ich halte mich diesbezüglich kurz. Die in der unformulierten Anti-Chaoten-Initiative geforderte umfassende Kostenüberwälzung auf sogenannte Störer wirft rechtliche Fragen auf, insbesondere im Hinblick auf Grundrechte wie die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit. Eine pauschale finanzielle Haftungsregelung für sämtliche Störungen von Demonstrationen wäre aus Sicht des Regierungsrats zudem mit dem Störerprinzip und dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit kaum vereinbar.

Für den Regierungsrat steht nicht nur Rechtliches im Vordergrund, sondern entscheidend ist vor allem auch, ob die Initiative in der Praxis einen Beitrag zur Lösung der bestehenden Probleme leisten kann, und gerade daran hat er Zweifel. Auch die Erfahrungen anderer Kantone zeigen, dass die Herausforderungen weniger beim Erlass entsprechender Regelungen als vielmehr bei deren Vollzug liegen. Das von der Initiative geforderte Demonstrationskonzept steht bereits und kommt bei der Kantonspolizei zur Anwendung. So bildet die bestehende Demonstrationspraxis in Verbindung mit der 3D-Strategie, mit Dialog, Deeskalation und, wo erforderlich, konsequentem Durchgreifen den massgeblichen Rahmen für den Umgang mit Demonstrationen. Zudem bietet das geltende Recht bereits heute die Möglichkeit, individuell vorwerfbares Verhalten im Zusammenhang mit Versammlungen zu sanktionieren, einschliesslich einer gezielten Kostenverrechnung. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob überhaupt Instrumente vorhanden sind, die entscheidende Frage lautet vielmehr, ob die Initiative darüber hinaus einen zusätzlichen praktischen Nutzen schafft und das bezweifelt der Regierungsrat dezidiert.

Die Initiative setzt bei der Überwälzung von Kosten an. Damit Kosten überwält werden können, müssen die verantwortlichen Personen aber zuerst identifiziert werden. Anschliessend muss nachgewiesen werden können, welchen konkreten Beitrag sie zu einem Ereignis geleistet haben und welche Kosten ihnen zugerechnet werden können. Genau diese Ermittlung von Täterschaft und Kostentragenden ist sehr aufwendig. Die Schwierigkeit besteht nicht darin, am Schluss eine Rechnung auszustellen, die Schwierigkeit besteht darin, überhaupt festzustellen, wer für welches Verhalten verantwortlich ist. Bei Ereignissen mit vielen beteiligten Personen genügt es nicht festzustellen, dass jemand anwesend war oder an einer Demonstration teilgenommen hat. Es muss vielmehr geklärt werden, wer welche konkrete Handlung vorgenommen hat, wer welchen Aufwand verursacht hat und wer für welche Folgen verantwortlich ist. Erst wenn diese Fragen beantwortet sind, kann überhaupt geprüft werden, ob Kosten einer bestimmten Person auch verlegt werden können.



Aus rechtsstaatlichen Gründen können Kosten nicht einfach pauschal einer Gruppe von Personen auferlegt werden. Vielmehr muss für jede einzelne Person nachvollziehbar und belastbar dargelegt werden können, welcher konkrete Aufwand durch ihr individuelles Verhalten verursacht worden ist und in welchem Umfang ihr dieser Aufwand zugerechnet werden kann. Gerade diese Identifikation der verantwortlichen Personen und die anschliessende rechtssichere individuelle Zurechnung des verursachten Aufwands stellen in der Praxis die eigentliche Herausforderung dar. Die zentralen Probleme liegen damit weniger bei den rechtlichen Grundlagen, sondern vielmehr bei der praktischen Umsetzung.

Verwaltung und Gesetzgeber stehen in der Pflicht, dort Regelungen zu schaffen, wo eine Wirkung erwartet werden kann und eine Umsetzung möglich ist. Bei dieser Initiative ist der Regierungsrat nicht überzeugt, dass dies der Fall ist. Es wäre nicht fair, der Bevölkerung vorzuspiegeln, dass mit dieser Initiative die bestehenden Probleme gelöst werden. Und es wäre auch gegenüber der Kantonspolizei nicht fair, Erwartungen zu wecken, die mit der Initiative voraussichtlich nicht erfüllt werden können.

Der Regierungsrat hat aus den genannten Gründen – auch die JSSK-Präsidentin hat darauf hingewiesen, dass bereits eine gesetzliche Grundlage besteht – auf die Formulierung eines Gegenvorschlages verzichtet. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats und der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und die Initiative ohne Gegenvorschlag den Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Ablehnung vorzulegen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Über 650 unbewilligte Demonstrationen seit 2018, über 80 unbewilligte Demonstrationen im Jahr 2025, 54% mehr unbewilligte Demonstrationen als im Jahr 2024, alleine 12 unbewilligte Demonstrationen im Januar 2026, und seit dem schrecklichen Angriff der Hamas auf Israel 54 dokumentierte, unbewilligte, antisemitisch motivierte Demonstrationen von pro-palästinensischen Gruppierungen. Sachschäden in der Innenstadt, Angriffe auf Polizisten, massive Einschränkungen und Umsatzeinbussen fürs Gewerbe, offen ausgelebter Judenhass in unseren Strassen, blockierte Trams und Buslinien insbesondere am Wochenende und am Feierabend. Die Verlotterung in dieser Stadt ist bittere Realität.

Die einzige Frage, die sich heute stellt: Wollen wir etwas an diesem Zustand ändern oder wollen wir weiterhin extremistischen Gruppierungen den roten Teppich ausrollen? Wenn Sie hier sich heute für den Status Quo entscheiden und unsere Initiative ablehnen, dann dulden Sie diese Sachbeschädigungen, Sie nehmen Umsatzeinbussen des Gewerbes bewusst in Kauf und ignorieren die Anliegen der 99-prozentigen Bevölkerung, welche nicht demonstrieren geht. Und erlauben Sie mir diese Bemerkung, auch Ihre Lippenbekenntnisse im Kampf gegen Antisemitismus werden somit den Wert Null erreichen.

Die Anti-Chaoten-Initiative der SVP bietet Antworten auf sämtliche Fragen. Sie ist das optimale Mittel für ein faires Miteinander bei Demonstrationen. Die Initiative ist offen formuliert, sie setzt den Schwerpunkt auf bewilligte Demonstrationen, dass es eine Koordination gibt mit der Polizei, den Blaulichtorganisationen und der BVB, und sie lässt selbstverständlich auch nach wie vor Spontankundgebungen zu. Wer sich an Gesetze und Regeln hält, hat von dieser Initiative nichts zu befürchten, man möchte eben mit dieser Initiative den Schwerpunkt auf das Störerprinzip legen und nicht dafür sein, dass andere Demonstrationen, friedliche Demonstrationen und Organisatoren haften. Das ist in der Initiative ausdrücklich geschrieben, der Schwerpunkt liegt auf dem Prinzip der Störer im verwaltungsrechtlichen Sinne. Wer nichts macht, muss auch nicht haften. Diese Initiative führt eben nicht zu Kollektivstrafen, wie es die Regierung beispielsweise im Rahmen von Fussballspielen möchte.

Unsere Initiative ist somit rechtlich umsetzbar, sie ist kompatibel mit der Kantonsverfassung, mit der Bundesverfassung, mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung. Und dies auch an die Adresse der linken Fraktionen: Ich weiss, Sie werden heute Dutzende Male das Wort Grundrechte und Menschenrechte erwähnen, man könnte wahrscheinlich auch ein Trinkspiel daraus machen und wäre relativ schnell sternhagelvoll.

Und gerade weil diese Initiative derart moderat ist und auch Raum für das Verhältnismässigkeitsprinzip lässt, versteht die SVP-Fraktion die Verweigerungshaltung der Regierung nicht. Auch heute behaupten Sie, Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann, es gäbe bei dieser Initiative keinen Raum für Verhältnismässigkeit. Ich frage mich wirklich, wo Sie das in diesem Initiativtext herauslesen können. Und ganz ehrlich, hätten Sie einmal das Initiativkomitee eingeladen – das haben Sie nämlich nicht – hätten mir das klären können. Sie hätten auch einen Gegenvorschlag bringen können, das haben Sie auch nicht gemacht. Der einzige Beitrag dieser Regierung bei dieser Initiative war die systematische Verbreitung von Unwahrheiten. Sie behaupten nämlich, dass es heute schon möglich ist, Polizeikosten in Rechnung zu stellen, und dass eine genügend gesetzliche Grundlage existiert. Man suggeriert ja fast schon, dass es an der Tagesordnung ist, dass Personen Polizeikosten in Rechnung gestellt werden.

Ich habe dann eine Interpellation eingereicht, bei der ich nachgefragt habe, zahlreiche Beispiele genannt habe, wo Personen auch festgenommen wurden, wo es auch zu Gerichtsprozessen gekommen ist, ja, wie oft haben Sie denn dort Polizeikosten



in Rechnung gestellt? Die Antwort war überall nichts, nada, es wird weiterhin behauptet, dass es grundrechtlich und in der Praxis schwierig ist, Polizeikosten in Rechnung zu stellen, obwohl ich Ihnen ja konkrete Beispiele genannt habe, wo die Personen einwandfrei identifiziert wurden. Es stimmt einfach nicht, was Sie erzählen, und auch wenn es die JSSK noch einmal wiederholt in ihrem Votum der Präsidentin, es stimmt einfach nicht.

Dass es grundrechtlich schwierig ist, da gebe ich Ihnen recht, dafür braucht es ja auch eine gesetzliche Grundlage. Genau das wollen wir mit dieser Initiative erreichen. Dass es in der Praxis nicht möglich ist, zeige ich in dieser Interpellation eigentlich ganz klar, weil ich Ihnen diese Beispiele auch genannt habe. Und Ihr Problem in der Regierung ist, dass man einmal am 1. Mai vielleicht bei einer bewilligten Demo etwas zu schroff vorgegangen ist. Seitdem gibt es einen Druck von links, seitdem machen Sie gar nichts mehr, seitdem gibt es auch dieses 3D-Modell nicht mehr, Sie haben dieses 3D auf das 3N-Modell gewechselt. Es interessiert uns nichts, wir machen nichts, wir wissen nichts. Das ist die Haltung der Regierung seit dem 1. Mai.

Und der JSSK attestiere ich zumindest, dass man sich mit dieser Initiative zumindest inhaltlich auseinandergesetzt hat, man hat auch das Initiativkomitee eingeladen für ein Hearing, das war somit auch formell fair. Aber auch hier werden einfach diese Unwahrheiten der Regierung als verlängerter Arm der Kommission verbreitet. Und auch wenn man es wiederholt, es stimmt nicht, dass wir hier eine gesetzliche Grundlage haben und es stimmt einfach auch nicht, dass es in der Praxis so vollzogen wird.

Entsprechend benötigt es Regeln und die Anti-Chaoten-Initiative ist offen formuliert. Es ist auch der einzige Lösungsvorschlag, der auf dem Tisch liegt. Ich bin auch sehr gespannt, wie die anderen bürgerlichen Parteien von LDP, GLP und Mitte argumentieren, wenn sie sagen, ja, es benötige Lösungen. Haben Sie in den letzten Jahren irgendwelche Lösungen eingebracht? Nein. Entsprechend frage ich mich dann halt schon, was Sie dann hier wirklich wollen. Der FDP attestiere ich, dass sie die Lösung der Anti-Chaoten-Initiative auch priorisiert und auch hier die Ja-Parole gefasst hat. Sie sind herzlich eingeladen, auch dem Abstimmungskomitee beizutreten.

Entsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Initiative zur Annahme zu empfehlen und bedanke mich.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Franziska Stehr. Diese wird angenommen.

Franziska Stier (BastA): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Mich würde interessieren, ob Sie ein weiteres Grundrecht nennen können, bei dessen Ausübung Bürgerinnen und Bürgern nachträglich die Kosten des staatlichen Grundrechtsschutzes überwältzt bekommen.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann Ihnen kein einziges Grundrecht nennen, bei dem Dritte derart eingeschränkt werden wie bei Demonstrationen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Nicolas Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Demonstrationen und Kundgebungen sind kein lästiges Beigemüse einer Demokratie, sie sind essenzieller Bestandteil einer Demokratie. Vieles, was heute als selbstverständlich angesehen wird, wurde nicht einfach in Parlamenten beschlossen, sondern beruht auf Protesten. Das Frauenstimmrecht brauchte viele Proteste und Anläufe bis zur Umsetzung. Proteste verhinderten, dass wenige Kilometer von Basel in Kaiseraugst heute eine AKW steht. Die gesetzlich erlaubte Höchstarbeitszeit wurde 1920 von 59 auf 48 Stunden pro Woche reduziert. Dies war eine zentrale Forderung der Gewerkschaften im Landesstreik 1918 und Gott sei Dank sind wir heute noch etwas tiefer als diese 48 Stunden. Soziale Rechte, Gleichstellung, Umweltanliegen, politische Teilhabe, aber auch Positionen, die mir selbst missfallen – Demonstrationen gehören zu den niederschwelligsten Formen politischer Teilhabe und stehen grundsätzlich allen Menschen offen. Wer über Demonstrationen spricht, spricht immer auch darüber, wie ernst wir es mit den Grundrechten und unserer Demokratie meinen. Und ja, die SVP hält wenig von Grundrechten, das haben wir soeben gehört, das überrascht aber niemanden, und wenn ihr darauf anstossen wollt, nur zu.

Um Grundrechte, genau darum geht es in der heutigen Debatte. Die sogenannte Anti-Chaoten-Initiative der SVP gibt sich als ordnungspolitische Vorlage, in Wahrheit greift sie aber tief in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein. Regierungsrat und JSSK kommen nach vertiefter Prüfung beide zum selben Schluss, die Initiative ist grundrechtlich heikel, praktisch kaum umsetzbar und deshalb ohne Gegenvorschlag mit Empfehlung zur Ablehnung vorzulegen.



Und wenn wir über Zahlen sprechen wollen, ja, das können wir – im letzten Jahr gab es in Basel 68 Demonstrationen, alles andere waren Standkundengebungen oder Mahnwachen, und gerade mal 13 dieser Demonstrationen hatten mehr als 250 Teilnehmende. Wir sprechen also nicht über ein ausser Kontrolle geratenes Dauerszenario, sondern über einen demokratischen Alltag, der differenziert beurteilt werden muss.

Die Initiative greift in die Rechte auf Meinungsäusserungsfreiheit und Versammlungsfreiheit ein, die sowohl durch die Bundesverfassung wie durch das Völkerrecht garantiert sind. Schön, dass die SVP selbst mit Pascal Messerli gerade anerkannt hat, dass die Initiative mit Grundrechten im Konflikt steht. Hier ist vielleicht noch anzumerken, dass wir diese nicht in Basel selbst formulieren. Diese können auch nicht mit dieser Initiative geändert werden, sie sollen auch nicht geändert werden, sie stehen in der Verfassung. Und eine Bemerkung noch dazu, und das wurde auch schon gesagt, auch Demonstrationen ohne Bewilligung haben einen grundrechtlichen Schutz. Mit der Initiative soll bereits die blossе Tatsache, dass eine Demonstration unbewilligt ist, eine Kostenpflicht auslösen können, sofern sie von den Behörden nicht als zulässig erachtet wird. Aber unbewilligt ist nicht gleich unfriedlich. Die Androhung von Polizeikosten kann dazu führen, dass sich Personen nicht mehr trauen, von ihrem Grundrecht Gebrauch zu machen. Oft ist es für Teilnehmende nicht mal ersichtlich, ob eine Demonstration überhaupt bewilligt ist oder nicht.

Deshalb bezeichnet BastA die Vorlage als Einschüchterungsinitiative. Die Initiative verlangt, dass Personen, die Gewalt gegen Personen oder Sachbeschädigungen ausüben, haftbar gemacht werden. Doch bereits heute ist klar, Straftaten sind Straftaten. Wer Sachen beschädigt oder Menschen verletzt, kann schon heute strafrechtlich verfolgt und zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Daran ändert die Initiative nichts. Sie möchte aber, dass über die eigentliche Strafe hinaus auch die entstandenen Polizeikosten behaftet werden. Doch was sind überhaupt genau die zusätzlichen Kosten, die entstehen und wem sind sie zuzuordnen? Zum Beispiel der martialische Auftritt der Polizei am 1. Mai 2023 mit Helikopter, Wasserwerfer und allem, was sonst noch aufgeboten werden konnte? Das war vielmehr eine Drohgebärde gegen eine friedliche, bewilligte Demonstration und keineswegs ein notwendiger Einsatz.

Zudem zeigt die Erfahrung aus anderen Kantonen, dass die zusätzliche Kostenüberwälzung praktisch kaum umsetzbar ist. Luzern hat von einer Kostenüberwälzung bisher keinen Gebrauch gemacht, genau aufgrund der praktischen Umsetzungsschwierigkeiten, und Bern hat bisher nur ein einziges Mal Kosten erhoben gegenüber Corona-Massnahmenkritiker:innen, welche den realen Aufwand kaum deckten. Und auch die Basler Regierung, Regierungsrätin Stephanie Eymann hat es auch gerade nochmals betont, hält es für kaum umsetzbar.

Die Einschüchterungsinitiative schafft also nicht die Möglichkeit, Täter zur Rechenschaft zu ziehen, diese Möglichkeit besteht längst. Die eigentliche Frage ist vielmehr, ob man darüber hinaus ein System schaffen will, das Grundrechte einschränkt, unklare Haftungsrisiken produziert und in der Praxis kaum funktioniert. Und hier ist die Antwort klar, das brauchen wir nicht.

Als letzter Punkt verlangt die Initiative, dass Personen oder Gruppen, die andere Demonstrationen stören, haftbar gemacht werden. Hier möchte ich nochmals betonen, wenn dabei Gewalt ausgeübt wird oder Sachbeschädigungen begangen werden, sind das bereits heute Straftaten. In einer Demokratie ist es aber von zentraler Bedeutung, dass auch gegensätzliche Standpunkte vertreten werden können. Somit sind in einer demokratischen Gesellschaft Gegendemonstrationen Teil des politischen Diskurses und es besteht grundsätzlich ein Versammlungsrecht für beide Demonstrationsgruppen.

Mit der Initiative könnte neu jede unbewilligte Demonstration als widerrechtliche Störung eingestuft werden und eine Kostenpflicht auslösen. Ich kann es nachvollziehen, dass die Menschen in Basel das Bedürfnis haben, zum Beispiel mit dem öffentlichen Verkehr pünktlich an ihr Ziel zu kommen. Deshalb wurden im Mai auch zwei Anzüge überwiesen, die genau das angehen wollen. Die SVP-Initiative hingegen bietet keine Antwort auf diese Fragen. Wir brauchen keine symbolische Härte, die Grundrechte beschädigt und praktisch ins Leere läuft. Diese Initiative ist einmal mehr ein falsches Versprechen der SVP.

Deshalb ist es richtig, dass der Regierungsrat und die JSSK dieselbe Empfehlung abgeben, Ablehnung ohne Gegenvorschlag. Die Initiative ist gefährlich, weil sie Grundrechte unter Druck setzt. Sie ist unnötig, weil das geltende Recht bereits Instrumente gegen Gewalt und Sachbeschädigung kennt, und sie ist nicht umsetzbar, weil ihr Vollzug an rechtlichen und praktischen Hürden scheitert.

Und dann noch eine kurze Bemerkung zur Position der FDP, die mich ehrlich gesagt etwas überrascht hat. Sie schreibt in ihrer Medienmitteilung vom 5. Mai, genau weil die Initiative in ihrer jetzigen Form an verfassungsrechtliche Grenzen stösst, wäre ein Gegenvorschlag das geeignete Mittel gewesen. Die Entscheide in der Kommission gegen einen Gegenvorschlag waren einstimmig. Ihr hättet einen Gegenvorschlag fordern können, aber man kann nicht zuerst die verfassungsrechtlichen Probleme benennen und dann trotzdem die Initiative unterstützen. Wer sagt, diese Vorlage gehe in ihrer jetzigen Form zu weit, darf nicht gleichzeitig politische Rückendeckung geben. Das ist widersprüchlich, inkonsequent und wenig überzeugend.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der JSSK und der Regierung zu folgen und diese Initiative ohne Gegenvorschlag der Stimmbevölkerung mit Empfehlung auf Ablehnung zu unterbreiten.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Die LDP wird diese Initiative ablehnen. Lassen Sie mich gleich zu Beginn festhalten: Die LDP teilt das Anliegen der Initiantinnen und Initianten ausdrücklich. Gewalt, Sachbeschädigungen, Nötigungen und Ausschreitungen an Demonstrationen haben in unserem Rechtsstaat keinen Platz. Wer fremdes Eigentum beschädigt, Polizistinnen und Polizisten angreift oder friedliche Kundgebungen stört, soll dafür zur Verantwortung gezogen werden. Wir dulden das nicht, lieber Pascal Messerli, wie Sie das vorhin gesagt hatten. Auch die zunehmende Zahl unbewilligter Demonstrationen und teilweise erhebliche Auswirkungen auf Bevölkerung, Gewerbe und öffentlichen Verkehr sind Themen, die wir sehr ernst nehmen müssen. Die entscheidende Frage lautet jedoch nicht, ob wir das Problem sehen. Die entscheidende Frage lautet, ob diese Initiative das Problem tatsächlich löst. Und hier kommen wir zu einem anderen Schluss als die Initiantinnen und Initianten.

Die vorliegende Initiative verspricht mehr, als sie rechtlich und praktisch leisten kann. Das Hauptproblem liegt nicht in fehlenden gesetzlichen Grundlagen. Bereits heute bestehen strafrechtliche, zivilrechtliche und verwaltungsrechtliche Möglichkeiten, um gegen Gewalt, Sachbeschädigungen und andere Rechtsverletzungen vorzugehen. Das eigentliche Problem liegt vielmehr in der Identifikation der tatsächlichen Verursacher und im Nachweis ihres individuellen Tatbeitrags. Genau auf diesen Punkt haben sowohl die Verwaltung als auch der von der Kommission angehörte Rechtsexperte hingewiesen. Wer an einer Demonstration einen Stein wirft, eine Scheibe einschlägt oder einen Polizeieinsatz verursacht, muss zunächst identifiziert werden. Danach muss nachgewiesen werden, welche konkrete Handlung dieser Person zuzurechnen ist und welcher Anteil der Kosten daraus entstanden ist. Dieser Aufwand bleibt derselbe, unabhängig davon, ob wir die Initiative annehmen oder nicht. Die Initiative schafft deshalb keine einfache Lösung für ein komplexes Problem.

Hinzu kommt, dass wir als Liberale stets auch die Grundrechte im Auge behalten müssen. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gehören zu den tragenden Pfeilern unserer Demokratie. Selbstverständlich sind diese Rechte nicht grenzenlos. Wer Gewalt ausübt, verlässt den Schutzbereich dieser Freiheiten. Dennoch müssen wir vermeiden, Regelungen zu schaffen, die friedliche Veranstalter oder Teilnehmende von der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte abschrecken.

Die LDP ist überzeugt, dass Recht und Ordnung nicht durch symbolische Gesetzgebung gestärkt werden, sondern nur durch einen konsequenten Vollzug des bestehenden Rechts. Wir erwarten deshalb eine konsequente Verfolgung von Gewalt- und Sachbeschädigungsdelikten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Veranstaltern, klare und effiziente Bewilligungsverfahren, eine laufende Optimierung der Einsatzkonzepte der Polizei sowie eine möglichst gute Abstimmung mit Gewerbe, Bevölkerung und öffentlichem Verkehr.

Nochmals, das Anliegen der Initiative ist sehr berechtigt, der vorgeschlagene Lösungsweg überzeugt uns jedoch nicht. Aus diesem Grund lehnen wir die Initiative ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie habengesagt, die Anliegen der Initianten seien berechtigt, aber die Initiative sei nicht die richtige Lösung. Können Sie mir drei Vorstösse der LDP aufzählen, welche in diesem Bereich Lösungen vorsahen?

Adrian Iselin (LDP): Nein, das kann ich nicht und das möchte ich auch nicht. Es geht darum, dass die gesetzlichen Grundlagen da sind und diese konsequent zu verfolgen sind.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich beginne mit einer Banalität. Dieses Geschäft ist im Gegensatz zu einigen Meinungen hier kein einfaches Gesetz. Wir müssen über die Empfehlung bezüglich der unformulierten Anti-Chaoten-Initiative entscheiden. Dass die Anzahl und vor allem der Ablauf von Demonstrationen – Versammlungen sind nicht sehr oft problematisch – in unserer Stadt (aus irgendwelchen Gründen sind Riechen und Bettingen weitgehend verschont) zu teilweise grossen Problemen führen, ist für die FDP und sollte für uns alle ein Faktum sein. Ob die vorliegende Initiative innerhalb des rechtlichen Rahmens, den wir auf kantonaler Ebene nicht ändern können, einen Beitrag zur Problembewältigung bieten kann, ist, ich gestehe es, schwierig zu beurteilen.



Zur Ausgangslage: Die Anti-Chaoten-Initiative ist rechtsgültig, dies haben wir und die Regierung so festgestellt. Aus einzelnen Formulierungen im Bericht des Regierungsrates, aber auch in der heutigen Debatte, ist aber zu schliessen, dass es unter Umständen bedauert wird, dass die Initiative als rechtsgültig eingestuft wurde. Dass bei der Umsetzung der Initiative vor allem grundrechtliche Schranken zu beachten sind, ist unbestritten.

Der Regierungsrat, und jetzt nähern wir uns der Kernfrage für mich heute, hat sich gegen eine Ausformulierung der Initiative respektive einen Gegenvorschlag gestellt. Nicola Goepfert hat gesagt, die FDP würde sich da widersprüchlich verhalten. Nein, ich glaube, angesichts der geringen Zeit, die einer Kommission für die Bearbeitung einer Initiative zur Verfügung steht und auch der geringen Ressourcen und angesichts der vornehmen Zurückhaltung der Regierung in dieser Frage war es schlicht nicht möglich, einen solchen Gegenvorschlag oder eine Ausformulierung vorzulegen. Es braucht eine zweite Runde.

Der Regierungsrat sagt dann auch, man könne zwar vielleicht rechtskonform ausformulieren. In der Praxis sei dies kaum durchsetzbar. Ja, es wird schwierig sein, aber einen gewissen Willen zur Durchsetzung vermisste ich schon, das ist nicht sehr überzeugend gekommen. Und dann wird von der Regierung ja auch gesagt, dass alle rechtlichen Grundlagen schon bestehen. Ja, wenn dies so ist, warum wurde nie versucht, diese Grundlagen anzuwenden? Ich glaube, es fehlt wirklich an Wille und Bereitschaft.

Mein Eindruck aus der Kommissionsberatung, aus der Anhörung des Experten ist, dass grosse Zweifel bestehen, ob die jetzige gesetzliche Grundlage wirklich ausreichend ist. Sie wurde nicht gerichtlich getestet oder ich weiss es nicht, und ich glaube, die Gefahr, dass ein Gericht feststellt, die sei nicht durchsetzbar, ist sehr gross. Irgendwann wird das Polizeigesetz vielleicht geändert. Ja, da zweifle ich auch ein bisschen daran, wie ernsthaft das wirklich ist und es gibt Modelle, in Bern und Zürich und sonst lernen wir auch gerne von anderen, die mindestens versucht haben, eine grundrechtskonforme, nicht zu sehr schillernde Formulierung zu haben, die dann auch durchsetzbar sein könnte.

Wir haben eine unformulierte Initiative. Die Regierung hat aus Gründen, die ich respektiere, aber denen ich nicht ganz folgen kann, gesagt, wir gehen jetzt keinen Schritt weiter und legen schon eine Ausformulierung oder einen Gegenvorschlag vor. Und dies heisst auch, dass es sehr schwierig ist, jetzt zu beurteilen, ob die Initiative etwas beitragen kann zur Problemlösung oder kann sie es nicht. Wir haben jetzt eine Abstimmung und wenn Ja gesagt wird, dann muss die Regierung in den sauren Apfel beißen, muss arbeiten und dann kann die Kommission auch nochmals arbeiten. Dann kann man schlussendlich beurteilen, ob die Initiative etwas bringt.

Und jetzt ein bisschen zum Kleingedruckten. Die Initiative weckt mehr im Titel als im Kleingedruckten die Hoffnung, damit könnten die Ärgernisse, die in Basel mit Demonstrationen verbunden sind, in der Zukunft beseitigt werden. Es soll sich niemand, der dieser Initiative zustimmen wird, täuschen. Einen Paradigmenwechsel wird diese Initiative nicht bringen. Viele Vorgaben sind im höherstufigen Recht begründet, es wird auch zukünftig unbewilligte und spontane Demonstrationen geben. Aber wie ich schon bei den beiden berühmten Anzügen gesagt habe, warum es Veranstalter:innen gibt, die jedes Jahr die gleiche Demo durchführen und nie um eine Bewilligung nachsuchen, dafür fehlt mir die Fantasie, gute Gründe dafür zu suchen. Spontanereignisse gibt es, die sind zu respektieren, aber so häufig sind sie zum Glück auch nicht.

Vor jedem Polizeieingriff wird zukünftig ein Abwägen notwendig sein. Die Initiative hilft dem Geschäft, dessen Scheiben zertrümmert werden, wenig, der Schaden wird weiterhin zivilrechtlich geltend zu machen sein. Wer wirklich Täter ist, wer Störer ist, welcher Beitrag zu leisten sein wird, ist komplizierte Ermittlungsarbeit. Aber wenn man einfach sagt, das können wir sowieso nicht tun, dann ist das wirklich ein Freipass.

Und störend bleibt, wie sehr die Demonstrationsfreiheit zum Grundrecht par excellence herausstilisiert wird, dem immer alle anderen Grundrechte zu weichen haben. Die Grenze zwischen dem anerkannten und dem geschützten Demonstrationsrecht wird, nicht verbal, aber doch faktisch, zum nicht geschützten Recht auf Randalie oft verwischt.

Jetzt die schwierige Frage, was aus dem Gesagten für die FDP folgt. Wir werden über eine unformulierte Initiative abstimmen. Wie schon gesagt, wenn das Volk zustimmt, beginnt die eigentliche Arbeit. Und dann liegt ein konkretes Ergebnis vor. Dann ist zu entscheiden, ob der erarbeitete Vorschlag realistischweise so umgesetzt werden kann, dass die Chance besteht, grundrechtskonform die Lage zu bessern für unsere gesamte Bevölkerung. Ich habe da keine allzu grossen Illusionen, aber ich glaube, einzelne Verbesserungen könnten erzielt werden in einem Gegenvorschlag und es wäre dann auch ein Bekenntnis der Regierung, wirklich auch das Recht bei Demonstrationen anzuwenden und die Rechte aller zu schützen und nicht nur die Rechte einzelner.

Das ist vielleicht auch die Gefahr dieser Abstimmung. Wenn jetzt Nein gesagt ist, soll das nicht gedeutet werden in den Argumenten, die hier vorgebracht werden, sondern einfach gesagt wird, jawohl, weiter so. Und aus diesen Gründen kommen wir zur Empfehlung einer Ja-Parole und dann sehen wir uns dann je nachdem in der zweiten Runde wieder.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Claudia Baumgartner.



Claudia Baumgartner (GLP): Ich werde jetzt Pascal Messerli vermutlich langweilen, weil ich als Vertreterin einer Zentrumspartei auch mit den Grundrechten komme. Trotzdem sind wir Grünliberalen hier sehr pragmatisch unterwegs, einmal mehr, und folgen bei diesem Geschäft in unserem G einmal nicht für Grün, sondern den Grundrechten und unser L steht wie gewohnt für liberal.

Vorneweg auch wir folgen der Empfehlung von Regierungsrat und JSSK und dies aus folgenden Gründen. Für unsere Fraktion ist der Inhalt unserer Grundrechte unantastbar beziehungsweise antastbar nur gemäss der engen rechtlichen Vorgaben: Gesetzliche Grundlage, öffentliches Interesse, Verhältnismässigkeit. Und wo ein Grundrecht andere Grundrechte tangiert, ist hinsichtlich der tolerierbaren gegenseitigen Einschränkung eine Güterabwägung vorzunehmen. So weit, so juristisch klar. Den Staat mit der Übernahme weiterer Aufgaben oder Gesetzgebungsprozesse zu beauftragen, macht nur Sinn, wenn auch dadurch eine zusätzliche positive Wirkung zu erwarten ist und eine Umsetzung im Bereich des Möglichen liegt. So weit auch wirtschaftlich klar. Und daraus folgt unsere entsprechende Einschätzung der Initiative.

Das Grundrecht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gilt, solange die Kundgebung friedlich beabsichtigt ist und verläuft, sowohl für angemeldete bewilligte als auch für spontane, unbewilligte Demonstrationen. Der Zweck einer Anmeldung besteht nicht darin, überhaupt eine Bewilligung für die Ausübung dieses Grundrechts zu erhalten, dieses Recht zur Ausübung besteht ohnehin, sondern darin, möglichst früh alle Stakeholder einbinden und die geeignetste Durchführung der Kundgebung im Interesse aller gemeinsam bestimmen zu können. Dass unser Kanton für diese Anmeldung noch nicht einmal rechtlich zulässige Kanzleigeühren verlangt, ist aus unserer Sicht eine sinnvolle Massnahme, um möglichst viele Veranstalter:innen von Kundgebungen für eine Anmeldung zu motivieren.

Dass Demonstrationen durch die Innenstadt auch mal gehörig nerven und die Bewegungsfreiheit anderer einschränken können, ist unbestritten. Auch ich sass schon abends in einem Trämli zwischen Marktplatz und Barfi und ärgerte mich, dass es ewig nicht weiterging. So ungeduldig sind wir alle heutzutage unterwegs. Ebenso unbestritten ist für mich aber auch, dass mich solch eine Einschränkung nicht umbringt, nicht krank macht, ausser ich ärgere mich selber ohne Ende und auch sonst meine Bewegungsfreiheit nicht derart beeinträchtigt, dass sie nicht schlicht und einfach inhaltlich wie juristisch zu dulden ist, so wie wir alle selbstverständlich die Fasnacht, die Herbstmesse, em Beppi sy Jazz, die Weihnachtsmärkte und Veranstaltungen oder auch das überfüllte Rheinbord im Sommer dulden beziehungsweise natürlich auch geniessen können.

Wieso hört man in all diesen teilweise sehr emotionalen Debatten und Demonstrationen eigentlich nicht viel öfter auch diejenigen Stimmen, die sich für die Inhalte von angemeldeten oder spontanen Demonstrationen und somit auch für die demonstrierenden Menschen dahinter im Vorbeigehen interessieren, auch wenn sie sich selber nicht an der Kundgebung beteiligen? Denn gerade auch für diese interessierten oder auch noch unsicheren Stimmen finden ja Demonstrationen statt, von der Absicht her ein bisschen wie im Abstimmungskampf. Und wieso hören wir nicht diejenigen Stimmen, die sich zwar kaum dafür interessieren, sich dadurch aber auch überhaupt nicht gestört fühlen und die Ausübung dieses Grundrechts durch andere als völlig legitim und nachvollziehbar erachten?

Dass es hinsichtlich der Verkehrskoordination und Fahrgastinformation anlässlich von Kundgebung natürlich immer Verbesserungspotenzial gibt, scheint uns allerdings klar. Wir haben deshalb letzten Monat zwei entsprechende Anzüge mit detaillierten Fragestellungen und Massnahmenvorschlägen überwiesen. Daraus werden sich ganz konkrete Konzepte verbessern beziehungsweise entwickeln lassen. Die pauschale Forderung der Initiative nach einem griffigen Konzept gegen zu viele unbewilligte Kundgebungen lehnen wir hingegen ab.

Wann der Spass aber klar aufhört – da sind wir uns ja wirklich alle einig – ist der Moment, in welchem es bei Demonstrationen zu ersten Gewaltausschreitungen kommt. Hier hört einerseits der Grundrechtsschutz auf und beginnt andererseits gegebenenfalls der ausserordentliche Polizeieinsatz, dessen Kosten der beziehungsweise den verursachenden Personen überwältzt werden dürfen. Für diese Überwälzung brauchen wir die vorliegende Initiative, wir haben es gehört, wirklich nicht. Juristisch ist diese Möglichkeit bereits vorhanden, verankert in der aktuellen Polizeiverordnung, und eine prozentuale und absolute Frankenobergrenze gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung, das haben wir auch gehört, können wir in dieser vorgesehenen Teilrevision der Polizeigesetzgebung noch ergänzen, was wir selbstverständlich als Grünliberale ausdrücklich begrüssen, auch auf Gesetzesebene. Bei den wenigen Fälle, die überhaupt existieren, sind die basel-städtischen Gerichte im Moment sowieso konform gemäss dem Bundesgericht. Es wird so eingehalten. Die Verantwortung für Personen- und Sachschäden ist ebenfalls bundesrechtlich gesetzlich geregelt und kommt bereits heute zum Tragen.

Das Problem ist also wirklich nicht ein juristisches, sondern ein faktisches. Um die Kosten eines ausserordentlichen Polizeieinsatzes jemandem überwälzen zu können, muss die individuelle Zuordnung der schädigenden Person eindeutig möglich sein, was bei einer Gewaltausartung in einer Menschenansammlung äusserst anspruchsvoll ist und einen hohen Ressourceneinsatz voraussetzt. Was mit den dafür vorhandenen Polizeiressourcen anlässlich von Ausschreitungen an einer Kundgebung getan werden kann, wird aus unserer Sicht bereits heute getan. Dass es auch in anderen Kantonen, welche bereits über konkrete Kostenrahmenregelungen für eine Überwälzung verfügen, selten zu einer solchen kommt, verdeutlicht die juristisch relativ klare, sachlich aber äusserst schwierige Situation, und dies unabhängig davon, ob eine Kundgebung angemeldet war oder spontan organisiert wurde. Will man die individuelle Zuordnung besser gewährleisten können, bedingt



dies einen massiv höheren Polizei-, Verwaltungs- und Justizaufwand im Zusammenhang mit dem Erbringen des Tatbeweises und steht aus unserer Sicht in keinem Verhältnis zum doch eher bescheidenen möglichen finanziellen Ertrag.

Wir Grünliberalen unterstützen diese Initiative somit entschieden nicht. Die Haltung der Initiative, wonach unbewilligte Demonstrationen ganz grundsätzlich möglichst zu unterbinden sind, weil diesen offensichtlich ganz grundsätzlich ein höheres Gewaltpotenzial unterstellt wird, teilen wir nicht. Wir erachten die Unterscheidungen in angemeldete und unangemeldete Kundgebungen auch hinsichtlich eines möglichen Chilling-Effekts als problematisch und die Initiative deshalb auch in dieser Hinsicht als nicht grundrechtskonform.

Die Initiative bringt auch juristisch keinen Mehrwert. Die rechtmässige Überwältigung der Kosten scheitert schon heute nicht an einer mangelnden gesetzlichen Grundlage, sondern sie scheitert eben häufig an der Schwierigkeit einer klaren Zuordnung der Täterschaft. Wir unterstützen es nicht, dass diese Zuordnung nur durch einen massiv höheren Ressourceneinsatz bei fraglicher Erfolgsaussicht und potenziellem Ertrag möglich sein kann. Diesen unverhältnismässigen Einsatz der Mittel bei diesem aktuellen Polizeibestand, den wir auch im Moment haben, unterstützen wir ebenfalls nicht.

Aus diesen Gründen empfehlen wir einstimmig mit dem Regierungsrat und der JSSK, diese Initiative dem Stimmvolk ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Diese wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben gesagt, es mache sie nicht krank, wenn mal ein Bus oder ein Tram ausfällt. Was sagen Sie denn gegenüber älteren, gebrechlichen, gehbehinderten Menschen, welche dann an den Bus- und Tramstationen stehen bleiben, wenn der ÖV blockiert ist?

Claudia Baumgartner (GLP): Ich denke nicht, dass das die alten Leute krank macht, wenn sie ein bisschen länger hier oder da stehen. Selbstverständlich gibt es 100 Möglichkeiten, wo man etwas länger warten muss. Das muss nicht primär mit Demonstrationen zu tun haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Wir sind in einer interessanten Diskussion. Die SVP als Initiantin hat es einmal mehr geschafft, den Nerv der Bevölkerung zu treffen mit einer Initiative, die aber bei näherer Betrachtung eigentlich ein Papiertiger ist. Aber sie trifft einen Kern, denn die Leute ärgern sich tatsächlich über die vielen Demonstrationen in der Stadt, wer das verneint, wer das übersieht, wer das mit dem Verweis auf Grundrechte abtut, verkennet die Bedürfnisse der Menschen. Es gibt nicht nur das Grundrecht auf Demonstration, Versammlungsfreiheit auf öffentlichem Grund, es gibt auch andere Grundrechte. Ich darf mich bewegen als Einzelner in der Stadt, und wenn ich daran gehindert werde, ist auch mein Grundrecht der persönlichen Freiheit, der Bewegungsfreiheit gestört. Die Geschäfte dürfen ihren Handel treiben. Wenn die ihre Geschäfte nicht öffnen können während Demos, weil sie die Läden schliessen müssen, weil sie Angst haben vor zerschlagenen Scheiben oder Sprayereien, ist deren Grundrecht auch zerstört. Also es gibt Grundrechtskonflikte in diesem Bereich. Und Grundrechte sind ja an sich pfleglich auszuüben. Hier liegt ja manchmal das Problem vor allem bei den Demonstrationen.

Wenn wir eine friedliche Demonstration haben, dann ist das wohl für niemanden ein echtes Problem. Wir haben aber immer wieder Demonstrationen, die ausufern und da ist das eine Problem und das andere ist wohl auch die Häufigkeit von Demonstrationen. Gibt es wirklich ein Grundrecht darauf, meine Demonstration auf Tramgleisen ausüben zu müssen oder zu dürfen? Gibt es wirklich ein Grundrecht darauf, eine Demonstration in jedem Fall unbewilligt durchführen zu dürfen? Ich glaube, da gibt es schon auch Missverständnisse. Grundrechte müssen pfleglich ausgeübt werden und Demonstrationen sind bewilligungspflichtig. Ich höre immer wieder auch hier drinnen, wie das verniedlicht wird. Es ist nicht egal, das ist gesteigerter Gemeingebrauch und da darf die Allgemeinheit sagen, wenn es um gesteigerten Gemeingebrauch geht, müssen wir zur Aufrechterhaltung der Ordnung für alle diese Bewilligungspflicht haben. Und die haben wir nun mal und es ist nicht so, dass das einfach freiwillig ist. Und dass man da dann unterscheiden kann, ob möglicherweise eine Demo bewilligt ist oder nicht, ist nicht a priori falsch. Das möchte ich einfach mal in diesen Saal rufen, weil es immer wieder so kommt, als ob das dasselbe wäre. Es ist nicht egal, wir dürfen das und wir sollen das und wir müssen Demonstrationen mit vorgängiger Bewilligung haben.

Aber warum sagen wir jetzt von der Mitte-EVP, was da kommt, ändert nichts an der Problemlage? Es ändert nämlich wirklich nichts an der Problemlage. Die gesetzlichen Grundlagen sind praktisch alle vorhanden. Ich sehe nirgendwo einen neuen



Hinweis, wie man vorgehen könnte. Das Störerprinzip kennen wir. Jetzt wird da gross geschrieben, dass, wenn da Sachbeschädigungen kommen, wenn illegale Taten geschehen, die Leute das bezahlen sollen. Das ist ja jetzt schon der Fall. Das wird über Obligationenrecht geregelt oder über Strafrecht geregelt und bei übermässigem Polizeieinsatz bei Demonstrationen wird eben ebenfalls geregelt, dass da allenfalls eine Kostenmittragungspflicht besteht. Das ist gar nichts so elementar Neues. Wir haben einfach etwas, das im richtigen Moment kommt, so tut, als ob es wahnsinnig neu wäre und endlich die Lösung bringe. Aber es bringt eigentlich keine Lösung.

Vielleicht ist die Lösung oder vielleicht ist der Sinn der Initiative aber bereits erfüllt, indem man nämlich merkt, dass wir ein Vollzugsproblem haben in diesem Bereich. Wir hätten eigentlich die Möglichkeiten, aber es hapert häufig am Vollzug, an der Vollstreckung. Wir haben zu wenig Leute im Polizeikorps, und wir haben auch immer wieder natürlich eine vernünftige Abwägung zu machen. Muss man jedes Mal mit voller Gewalt reingehen oder ist es nicht manchmal auch verhältnismässig zu sagen, wir lassen das nicht eskalieren, wir nehmen das nachher auf, wir versuchen dann in einer Debriefing-Phase die Sache anzugehen.

Also wir haben etwas, das uns in der Mitte auch bewegt, wir haben etwas, wo besser hingeschaut werden muss. Warum muss jede Demonstration auf der Strasse in einem Spaziergang vom Claraplatz zum Marktplatz oder zum Barfüsserplatz führen? Die Appellwirkung, die das Bundesgericht verlangt, erreicht man auch bei einer Demonstration auf einem Platz. Eine Demo kann auf dem Barfüsserplatz stattfinden, auf dem Theaterplatz, auf dem Kasernenareal, auf dem Messeareal, egal wo. Dass man einfach spaziert durch die Innenstadt am besten am Samstag zur besten Verkehrs- und Geschäftszeit, ist nicht Teil des Grundrechts. Die Appellwirkung ist der Teil und wir müssen schauen, dass wir hier möglicherweise bei der Erarbeitung eines Konzepts, das in Aussicht gestellt worden ist und auch in der Initiative steht, neu oder vertieft denken müssen.

Das Grundrecht akzeptieren, das Grundrecht respektieren, das ist das eine, aber auch die Grundrechte der anderen mitdenken, mitbedenken, mitrespektieren, mitberücksichtigen. An dieser Interessenabwägung arbeiten müssen wir, und wenn die Initiative das forciert, dann hat sie einen Zweck erfüllt. Aber ich glaube nicht, dass sie als Initiative selber gutgeheissen werden sollte, denn sie verspricht etwas, das sie nicht halten kann. Es ist eigentlich ein Papiertiger und ich denke, es ist auch Propaganda auf eine Art und Weise, wie wir in zwei Wochen ja auch eine Abstimmung haben, und in dieser Art müssen wir das nicht unterstützen. Pragmatisch unterstützen, ja, aber bei einer populistischen Art der Unterstützung können wir nicht mitmachen, da wollen wir von der Mitte-EVP nicht mitmachen. Aber wir reichen Hand zur Verbesserung der Situation, weil wir sehen, hier liegt einiges im Argen, obwohl ich auch anerkennen muss, dass die Polizei eigentlich mit diesem Unterbestand in Basel, bei diesen vielen Einsätzen, die sie hat, insgesamt eine gute Arbeit leistet und wahrscheinlich sind wir auch froh, wenn wir nicht ständig Schlägereien, wenn wir nicht ständig Verletzte, wenn wir nicht ständig grosse Sachbeschädigungen haben. Wir fahren wahrscheinlich auf Dauer besser mit einer DDD-Politik, wie ich heute gehört habe. Aber sie muss konsequent umgesetzt werden und es darf wirklich auch sein, dass übermässiger Polizeieinsatz zur Kostentragungspflicht führen kann, wenn illegal gehandelt wird, nicht bei legalen Demonstrationen. Die sind zu schützen, die müssen wir hochhalten, das ist für mich ein wesentliches Anliegen.

Also wir werden den Vorschlag der Regierung und der JSSK mittragen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Barbara Heer für die SP.

Barbara Heer (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, der JSSK zu folgen und die Volksinitiative mit der Empfehlung auf Ablehnung und ohne Gegenvorschlag der Stimmbevölkerung vorzulegen. Demonstrationen sind eine wichtige Säule einer lebendigen Demokratie. Die eigene Meinung auf der Strasse zu äussern, gehört zur politischen Kultur, ja zu den politischen Traditionen der Schweiz und von Basel, ob am 1. Mai, am 14. Juni oder an einer Bauern demonstration auf dem Lande. Sie ist nicht zuletzt verfassungsrechtlich geschützt, auch für Meinungen, die wir nicht teilen. Hier lernen Menschen auch den Einstieg in die Demokratie, dass Demokratie mehr ist als ein Kreuz auf dem Stimmzettel.

Wenn Staaten demokratische Prinzipien abbauen, gehört die Einschränkung der Versammlungsfreiheit oft zu den ersten Massnahmen. Das ist kein Zufall. Demonstrationen können gesellschaftliche Veränderungen anstossen, weshalb auch Menschen vielerorts sogar ihr Leben dafür riskieren. Deshalb führen wir heute eigentlich keine sicherheitspolitische, sondern eine demokratiepolitische Debatte. Akteure, die verhindern wollen, dass Menschen ihre Anliegen öffentlich sichtbar machen, schwächen dann letztlich die demokratische Kontrolle, letztlich die Demokratie selber.

Unsere Demonstrationskultur hat durchaus auch Schattenseiten. Demonstrieren ist in Realität nicht immer friedlich und angstfrei und kann für viele Menschen mit Unsicherheit verbunden sein. Ich denke an Sans-Papiers, die aufgrund zunehmender Überwachung Demonstrationen nicht mehr besuchen, ich denke an Menschen, die trotz friedlichem Protest in einen Polizeikessel geraten, Menschen, die rund um Demonstrationen Diskriminierung und Hass erfahren. Ich denke auch an Polizistinnen und Polizisten sowie andere, die von Gewalt rund um Demonstrationen betroffen sind.



Um mit diesen Schattenseiten von Kundgebung umzugehen, gibt es bereits heute gesetzliche Grundlagen und Instrumente. Wir haben Gesetze, die parlamentarische Kontrolle und den Rechtsweg, um das staatliche Handeln zu überprüfen, wir haben zivil- und strafrechtliche Bestimmungen gegen Gewalt, Diskriminierung, Sachbeschädigungen, wir haben die Bewilligungspflicht für Kundgebungen, wir haben eine deeskalativ-dialogorientierte Polizeipraxis und bereits heute die Möglichkeit der Kostenüberwälzung im Polizeigesetz.

Damit diese Instrumente wirken und zu einer friedlichen und möglichst angstfreien Kundgebungskultur beitragen, braucht es aber mehr als die Gesetze. Es braucht Vertrauen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitsbehörden, ein gutes Zusammenspiel, ein Miteinander statt Gegeneinander. Es wäre falsch zu behaupten, dass dieses Zusammenspiel immer reibungslos funktioniert. Hier stehen alle Beteiligten in der Verantwortung, ihren Beitrag zu leisten. Mit der geänderten, neu deeskalativen und dialogorientierten Polizeipraxis des JSD sind wir aber auf einem guten Weg hin zu mehr Zusammenarbeit statt Eskalation.

Und hier setzt dann auch unsere Kritik an der Initiative ein. Sie stärkt nicht dieses jetzt sorgsam entstehende Vertrauen, sondern untergräbt es. Besonders betroffen davon sind dann Menschen, die ohnehin wenig politische Macht haben und für die Demonstrationen oft die zugänglichste Form politischer Beteiligung sind.

Die Argumente sind von der Kommissionspräsidentin und den verschiedensten Vorredner:innen bereits dargelegt worden. Ich möchte einfach nochmals kurz auf zwei Punkte eingehen. Wie gesagt, das Ziel der Initiative, die Anzahl unbewilligter Demonstrationen grundsätzlich zu reduzieren, ist nicht grundrechtskonform und greift in die Versammlungsfreiheit ein. Die Bewilligungspflicht ist letztlich eine Ordnungsvorschrift, ja, es ist eine Pflicht, aber dennoch keine Voraussetzung dafür, ob eine Demonstration legal ist.

Die Drohung der Kostenüberwälzung hat einen grossen Abschreckungseffekt, gerade auf friedliche Demonstrierende. Wenn sie Angst haben müssen, für Handlungen anderer finanziell belangt zu werden, gehen Menschen weniger demonstrieren. Wer wirklich Gewalt reduzieren will, darf nicht die Falschen abschrecken. Denn wie gesagt, die Initiative schwächt Vertrauen und Zusammenarbeit. Wer befürchten muss, für Straftaten von Dritten belangt zu werden, meldet Demonstrationen vielleicht noch weniger an, stellt sich nicht mehr als Bewilligungsnehmer:in zur Verfügung. Das Resultat wäre also nicht mehr Sicherheit, sondern weniger Kooperation zwischen Behörden und Veranstaltenden und letztlich womöglich dann auch mehr unbewilligte Demonstrationen.

Es wurde schon ausführlich gesagt, dass die Initiative unnötig ist, die gesetzlichen Grundlagen existieren. Selbst die FDP anerkennt in ihrem Votum, dass es unklar ist, welche Vorteile dann eine konkrete Gesetzesvorlage tatsächlich hätte. Die Initiative schafft keinen Mehrwert, sondern vor allem erheblichen Mehraufwand.

Dann last but not least arbeitet die Initiative mit Feindbildern und falschen Versprechungen. Sie ist, wie gesagt wurde, ein Stück weit ein Papiertiger, der aber auch als Propaganda auftritt. Sie reduziert keine Gewalt, entlastet weder Polizei noch Justiz, reduziert nicht die Anzahl von Demonstrationen am Samstag. Dass die SVP Probleme lieber bewirtschaften will als löst, zeigt sich nicht zuletzt zum Beispiel daran, dass sie unsere Vorstösse zum Zusammenspiel von Demonstrationen und öffentlichem Verkehr nicht unterstützt hat. Ärger von Menschen wird instrumentalisiert, um Grundrechte, um Demokratie zu schwächen. Die Vorlage produziert vor allem politische Empörung, aber keine politischen Lösungen.

Es ist denn auch irritierend, dass Exponent:innen der SVP wiederholt ausgedrückt haben, dass sie sich auf die Abstimmungskampagne freuen oder hier auch Witze über das Thema machen. Man sollte sich freuen, wenn Probleme gelöst werden und nicht, wenn sie für Abstimmungskämpfe instrumentalisiert werden. Unsere Demokratie hat Sorgfalt und Verantwortungsbewusstsein verdient, auch in der politischen Debatte.

Wir wünschen uns eine Protestkultur, in der Menschen ihre Meinung frei äussern können, ohne Angst vor Repression, ohne Angst vor Gewalt und mit Respekt gegenüber den Rechten unbeteiligter Dritten. An dieser Kultur müssen wir immer wieder arbeiten. Anstatt eine Kultur des Demonstrierens zu fördern, die auf Dialog und Vertrauen aufbauende Initiative setzt diese Initiative auf Einschüchterung und schwächt politische Teilhabe. Die Frage ist nicht, ob wir Gewalt tolerieren wollen, natürlich tun wir das nicht, die Frage ist, ob wir daraus Konsequenzen ziehen, die am Ende die demokratische Teilhabe erschwert.

2018 hat die rechtsextreme PNOS eine Demonstration in Basel durchgeführt und sämtliche Parteien im Grossen Rat mit Ausnahme der SVP haben damals zu einer bewilligten Gegendemonstration aufgerufen unter dem Motto «Basel bleibt bunt». Wenn Rechtsextreme demonstrieren, müssen alle zusammenstehen, inklusive die Bürgerlichen, hat damals ein Exponent der FDP in den Medien gesagt. Es bestand weit über die Parteigrenzen hinaus Einigkeit, dass eine lebendige Demokratie auch vom Recht lebt, friedlich und öffentlich sichtbar Widerspruch einzulegen. Dieses demokratische Verständnis gilt es zu verteidigen, so auch heute.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird angenommen.



Daniel Seiler (FDP): Im Kommissionsbericht war die Rede vom Stammtisch. Ich weiss jetzt nicht, wenn wir das in den Kontext stellen, ob das das richtige Wort ist, wenn wir schon von Stil sprechen, dass wir Stammtisch in einem Kommissionsbericht verwenden.

Barbara Heer (SP): Ich habe jetzt keine Ahnung, es fällt mir gerade nichts Schlaues dazu ein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Wir nähern uns eigentlich noch nicht dem Ende der Debatte, aber sie dauert schon lange und es wurde schon sehr, sehr viel gesagt und im Prinzip könnte ich mich vielen Voten meiner Vorredner:innen anschliessen. Trotzdem möchte ich noch auf einen Punkt eingehen und vielleicht zu Ihrem Erstaunen, Pascal Messerli, hat das nichts mit Grundrechten, sondern mit Finanzen zu tun.

Zunächst vorweg, die Fraktion GRÜNE/jgb spricht sich ganz klar und dezidiert für friedliche Demonstrationen aus und ich glaube, wir alle teilen das Anliegen, dass Demonstrationen friedlich sein sollen und dass Gewalt und Sachbeschädigungen und widerrechtliches Verhalten an Demonstrationen zu verurteilen sind. Es ist auch, und das sage ich jetzt auch aus linker Perspektive, an die Adresse von Personen, die Demonstrationen immer wieder nutzen, um Sachbeschädigungen vorzunehmen, wirklich ein Bärenienst, den Sie den Anliegen dieser Demonstrationen erweisen und letztlich spielen Sie niemand anderem in die Hände als denen, die jetzt für diese Initiative gesammelt haben.

Was ich auch sagen möchte, die Unterstellung, die Sie, Pascal Messerli, geäussert haben, dass die sechs Fraktionen, die diese Initiative bekämpfen und dagegen sind, sich nicht wirklich gegen Sachbeschädigungen aussprechen würden oder dass sie gar keine echte Haltung gegen Antisemitismus hätten, ist grober Unfug und in jeder Form zurückzuweisen und es hat auch mit dem Inhalt der Initiative gar nichts zu tun, wenn Sie von Antisemitismus sprechen. Das ist wirklich einfach auch ein Ausdruck dafür, aus welcher populistischen und propagandistischen Ecke diese Initiative kommt.

Was wir tatsächlich haben von Seiten der Fraktion GRÜNE/jgb ist ein Verständnis auch für den Wunsch, der geäussert wird, dass mehr Demonstrationen bewilligt werden, dass dieser Aufwand gemacht wird, eine Bewilligung einzuholen. Wir verstehen dieses Bedürfnis, dass dann die Behörden auch viel mehr Möglichkeiten haben, einen einigermaßen störungsfreien Stadtbetrieb gleichzeitig sicherzustellen. Gleichzeitig verwehren wir uns dagegen, dass unbewilligte Demonstrationen dann mit illegalen Demonstrationen gleichgesetzt werden, wie das im Initiativtext gemacht wird.

Wie gesagt, es wurde schon viel gesagt. Was ich jetzt aber nochmal hervorheben möchte, ist, dass wir es hier – Bruno Lötscher hat es eigentlich schon gesagt – mit einem Papiertiger zu tun haben und dass, wenn versucht würde, diesen Papiertiger in Praxis umzusetzen, das zu massiveren Mehrkosten führt, als mit denen es die Steuerzahlenden jetzt schon zu tun haben.

Wir haben es mehrfach gehört, die gesetzliche Grundlage besteht bereits, dass wenn Gewalt oder Sachbeschädigungen vorgenommen werden, diese sanktioniert werden könnten. Wir haben uns das in der JSSK sowohl von dem externen Experten wie auch von der Verwaltung mehrfach versichern lassen, dass mit dem Polizeigesetz und mit der Verordnung bereits heute die Kosten für Aufwendungen der Polizei den Verursacher:innen von Sachbeschädigungen und Gewalt in Rechnung gestellt werden können. Das ist der erste Punkt, der wirklich wichtig ist und nicht genug unterstrichen werden kann. Wir haben diese gesetzliche Grundlage bereits.

Eine Verschärfung des Gesetzes ändert dann auch nichts daran, dass in der Zukunft in der konkreten Praxis der Polizei mehr oder besser festgestellt werden könnte – und es muss eben auch zweifelsfrei festgestellt werden können –, wer in einer Demonstration wie zu welcher Sachbeschädigung beigetragen hat, wer also tatsächlich verantwortlich ist innerhalb von einer Gruppe von Hunderten von Personen für den jeweils verursachten Schaden. Und dann ist eben auch völlig unklar, welcher Anteil von den gesamten Polizeikosten, die für eine Demonstration entstanden sind, diesen jeweiligen Personen in Rechnung gestellt werden können, also die Abgrenzung dessen, was vom Polizeieinsatz sowieso gemacht wurde, weil die Demonstration begleitet wurde, und ab wann der Polizeieinsatz kippt, was dann mit den Sachbeschädigungen zu tun hat. Also hier stellen sich Tausende von Fragen, die den Vollzug betreffen und da leistet diese Initiative keinen Mehrwert.

Der externe Experte hat auch sehr eindrücklich darauf hingewiesen, wie hoch der personelle und der finanzielle Aufwand der Polizei wäre, diese Untersuchungen durchzuführen. Und da müssen wir uns natürlich bewusst sein, dieser erhöhte Polizeieinsatz, den bezahlt ja dann auch die steuerzahlende Bevölkerung. Also wenn Sie dann diese Initiative machen und den Steuerzahlenden damit versprechen, dass sie nicht mehr für an Demonstrationen entstandenen Sachbeschädigungen aufkommen müssen, aber der Aufwand der Polizei, diese Sachbeschädigungen zweifelsfrei zuordnen zu können, ungleich höher ist, stellt sich die Frage, wer dann diesen Teil der Polizeikosten bezahlt. Das kann nicht alles diesen einzelnen Personen überwält werden.



Damit wäre das Signal, das Sie an die Bevölkerung und auch an die Polizei aussenden wollen, wie es auch im Bericht der JSSK heisst, wäre doch eigentlich letztlich kein gutes Signal, es ist vielmehr eine Augenwischerei, die mit falschen Versprechungen agiert und der Bevölkerung suggeriert, dass mit dieser Initiative weniger Kosten für die Steuerzahlenden entstehen würden. Das ist eigentlich ein Kern dieser Initiative.

Und damit kann ich eigentlich schliessen und einfach nochmals darauf hinweisen, dass wir es hier mit einer reinen Symbolpolitik zu tun haben, die keinen Beitrag zu mehr friedlichen Demonstrationen leisten wird, sondern höchstens ein Katz- und Mausspiel zwischen Demonstrierenden und der Polizei zusätzlich befördert, das mit massiv mehr Kosten verbunden ist. Und damit ist die Fraktion GRÜNE/jgb ebenso wie die Regierung und die Mehrheit der JSSK dafür, diese Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Einzelsprechenden. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Beteiligter muss ich mich schon äussern. Das versteht sich von selbst und ich danke Ihnen für das mir entgegengebrachte Verständnis. Denn ich bin der grösste Chaot von Basel bei den Demonstrationen und nicht die Linken, auch nicht die Grünen, das muss man wissen. Meine Vorredner haben zu gewissen Demonstrationen geredet, das muss ich jetzt auch machen, gleiches Recht für alle.

Eric Weber darf sich die Krone aufsetzen, es ist nur Grossrat Eric Weber. Denken Sie bitte an meine Pegida-Demo vor dem Basler Rathaus 2016, Kostenpunkt 800'000 Franken, 550 Polizisten im Einsatz. Denken Sie bitte weiter an die grösste und wichtigste Demo, die es je in Basel gab, im November 2018, Kostenpunkt rund 1'900'000 Franken, die Prozesse nicht mit eingerechnet. Und wer war der Vater und Anmelder und Urheber dieser Demo vom November 2018? Eric Weber. Ich hatte die Idee für diese Demo. Das Vorgehen der Polizei war nicht korrekt, 2016 hat mir ein Polizist gesagt, ein alter Freund des Regierungsrats Karl Schneider, Sie, Eric Weber, dürfen nie eine Demo in Basel machen. Ich habe mir dann mehrere Anwälte genommen, einer sitzt jetzt auch auf der Tribüne. Und dann kam die Rechnung der Staatsanwaltschaft im Herbst 2018. Und darum habe ich dann gesagt, die Demo im November 2018 findet an diesem Samstag statt. Ich habe auch gesagt, und jetzt müssen Sie aufpassen, jetzt wird es spannend, sie findet bei der Mustermesse statt. Das sind alles meine Ideen als Politikprofi. Das ist Eric Weber, der Star von diesem Parlament seit 1984.

Ich wusste als Politikprofi, an einem Samstag können viele anreisen, dann gibt es richtig Randalen und eben Chaos. Meine Rache war ganz genau ausgeklügelt. Aber dann ist etwas passiert, ich komme zum Schluss, und das ist nicht nett von der Polizei. Dann hatte meine Tochter Liebeskummer.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich bitte Sie, zur Initiative zu sprechen und nicht über Ihre Fälle.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist richtig, ich möchte Sie einfach daran erinnern, dass die Barbara Heer lange gesprochen hat über die Demo vom November 2018 und ich möchte noch das Rätsel auflösen. Ich musste meiner Tochter wegen Liebeskummer helfen und konnte nicht zur Polizei zum Gespräch. Die Polizei hat daraufhin meine Demonstration an eine andere Partei abgegeben, PNOS oder wie sie heisst.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es geht hier um die Durchsetzung von Recht und Ordnung, sprechen Sie bitte zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Habe ich jetzt eine Ordnungsrufschreibung bekommen? Ich muss einfach feststellen, meine Damen und Herren, wenn ich eine glanzvolle Idee habe, eine Mustermess-Demo am Samstag und dann bin ich einen Tag abwesend wegen dem Liebeskummer meiner Tochter...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das ist der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber dann hat mir die Polizei die Demonstration weggenommen und da bin ich nicht einverstanden. Hätte ich nie die Rechnung bekommen von der Staatsanwaltschaft, hätte es diese Demo im November 2018 nie gegeben. Darum bin ich stolz, ich bin der Super-Chaot von Basel, wir reden über die Anti-Chaoten-Initiative und darum sage ich Ja zur Initiative. Nur Eric ist die King. Wenn es am schönsten ist, soll man gehen, daher habe ich nie mehr eine



Demo gemacht. Dennoch bin ich der Super-Chaot. Eine Steigerung nach oben kann es nicht mehr geben. Ich bin stolz auf meine Aktivität und ich sage mir, man soll aufhören, wenn es am schönsten ist und darum gibt es von mir keine Demo mehr.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich bitte Sie, das Pult zu verlassen. Das ist der zweite Ordnungsruf.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Man kann diese Diskussion eigentlich sehr einfach zusammenfassen: Sind Sie für oder gegen Chaotismus, sind Sie für oder gegen ein faires Miteinander, sind Sie für oder gegen das lokale Gewerbe? Sie hier entscheiden heute offenbar gemäss Kreuztabelle mit Ausnahme der FDP und meiner Fraktion, dass Sie für das Chaotismus sind, dass sie gegen das lokale Gewerbe sind und dass sie gegen ein faires Miteinander sind. Nehmen Sie das zur Kenntnis, das ist das Signal, das Sie heute aussenden.

Ich habe gerade von meinen bürgerlichen Sprecherinnen und Sprechern nichts gehört, das dafür spricht, dass man gegen diese Initiative sein kann. Bruno Lötscher hat sogar zugegeben, dass diese doch sehr theoretische Grundrechtsdiskussion, die natürlich von der linken Seite immer dann ins Feld geführt wird, wenn man linkes Chaotismus schützen will, völlig fehl am Platz ist, denn es gibt tatsächlich in der Innenstadt, es gibt tatsächlich hier in Basel auch andere Personen, die andere Grundrechte in Anspruch nehmen können, sei es beispielsweise, wenn man einen Gewerbebetrieb in der Innenstadt hat, dann hat man auch ein Grundrecht darauf, dass man diesen Betrieb führen kann und nicht aufgrund der hinlänglich bekannten Unzuverlässigkeit, was die Frage von bewilligten und unbewilligten Demonstrationen anbelangt, diesen Laden vielleicht schliessen muss oder aufgrund dessen, dass die Polizei tatenlos zuschaut, eben nicht den Laden so betreiben kann, wie es sich gerade an einem Samstag ein Gewerbetreibender eigentlich wünscht.

Das ist die Ausgangslage dieser Initiative und sie können nun lange davon berichten, dass das alles nicht umsetzbar sei und mit den Grundrechten nicht konform ist, das, meine Damen und Herren, ist eine faule Ausrede. Sie wollen einfach nichts am wirklich katastrophalen Status quo ändern. Das ist die Botschaft, die Sie hier heute aussenden wollen. Und gerade an meine bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen: Ich bin schon sehr erstaunt, wenn Sie mit Gewerbetreibenden in der Innenstadt sprechen, und zwar mit solchen, die noch ein eigenes Gewerbe führen, dann wird Ihnen jeder dieser Gewerbetreibende sagen, es ist zu viel, es geht nicht mehr, es ist inakzeptabel. Wir haben deshalb auch als Initiativkomitee ganz viele Gewerbetreibende in der Innenstadt mit eigenen Geschäften, die sich ganz klar zu dieser Initiative bekennen, weil auch sie sagen, es geht so nicht weiter. Sie können als LDP, als Mitte oder auch als GLP natürlich diese Gewerbetreibenden im Stich lassen und am Gängelband der linken Parteien heute diese Initiative ablehnen. Sie könnten aber auch ein starkes Zeichen setzen und sagen, jawohl, es ist so, das, was in der Innenstadt, gerade in der Innenstadt Woche für Woche geschieht, das ist für das Gewerbe, das ist für Menschen, die beispielsweise eben auch das Tram benutzen müssen, nicht mehr tolerierbar und heute Ja sagen zu dieser Initiative.

Und selbstverständlich, das hat mein Fraktionssprecher Pascal Messerli richtig ausgeführt, selbstverständlich schaut die Polizei weg. Das kann man nicht wegdiskutieren, Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann, Sie müssen nicht den Kopf schütteln, es ist so. Schauen Sie doch einmal an einem Sonntag eine Demonstration an. Wir haben es doch erlebt in diesem Frühling wieder, die Polizei hat zugeschaut statt einzugreifen an einer unbewilligten Demonstration. Viele Menschen haben sich geärgert, weil sie nicht mehr von A nach B konnten, viele Menschen haben den Kopf geschüttelt, weil die Polizei die Demonstranten geschützt hat, anstatt sich auf die Seite der Bevölkerung zu stellen. Und es ist keine Kritik an der operativen Führung respektive an der Polizei, die an dieser Demonstration im Einsatz war und zugeschaut hat, das ist ein Fakt, dass wir diese Situation haben, weil wir einen so hohen Unterbestand haben. Die Polizei hat gar nicht die Ressourcen, einzugreifen und sie wird, das hat Pascal Messerli auch richtig ausgeführt, natürlich von der linken Seite angefeuert, auch von den linken und fast schon linksextremen Medien wie Bajor natürlich auch dafür jeweils kritisiert, wenn die Polizei einmal durchgreift und vielleicht Recht und Ordnung auch tatsächlich durchsetzt.

Deshalb ist es aus meiner Sicht, wenn wir nun an die Bevölkerung des Kantons denken, wenn wir an die Gewerbetreibenden in diesem Kanton denken, doch essenziell, dass Sie heute Ja zu dieser Initiative sagen, denn alle die, die eine Demonstration anmelden, alle die, die sich friedlich an einer Demonstration verhalten, haben gar nichts zu befürchten. Es geht nur um diejenigen, die im Nachgang oder während einer Demonstration Scheiben einschlagen, Gewerbeliegenschaften, Häuser verschmieren, die Polizisten verletzen, die andere Schäden verursachen – um diejenigen geht es und hier sollten wir doch in diesem Saale Einigkeit haben, dass wir gegen diese mit aller Härte vorgehen müssen. Ich bitte Sie deshalb, dieser Initiative heute ihre Zustimmung zu geben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Laetitia Block.



Laetitia Block (SVP): Wir hatten es noch nie so einfach, Unterschriften zu sammeln. Es handelt sich hier wirklich um ein Anliegen der Bevölkerung. Die Bevölkerung hält es nicht mehr aus, wie hier mit diesen Demonstrationen umgegangen wird, wie sie ständig belästigt wird, nicht mehr vom Fleck kommt, weil der ÖV blockiert ist. Es ist ein Anliegen der Bevölkerung, das wir hier mit dieser Initiative auch ins Parlament getragen haben.

Ich habe in dieser ganzen Debatte jetzt unglaublich oft gehört, dass dieses Anliegen anerkannt wird, aber dass diese Initiative halt nicht die Lösung ist. Was ich aber nicht gehört habe, sind Lösungen. Keine Lösungsvorschläge, keinen Gegenvorschlag, nur die Lippenbekenntnisse, dass dieses Anliegen berechtigt und wichtig sei. Ja, was sollen wir dann sonst tun? Dann müssen wir halt der Bevölkerung die Möglichkeit geben, hier Stellung zu nehmen, dass endlich die Politik hier zum Handeln gezwungen wird.

Ich möchte nochmals betonen, wir haben diese Initiative wirklich sorgfältig formuliert und die Grundrechte berücksichtigt. Es geht hier wirklich um das Chaotenum, um die Störer. Wir möchten der Regierung eine Handhabe geben, weil ja ganz offensichtlich die bestehenden Rechte und Gesetze nicht ausreichen. Wir möchten hier also, dass die wilden, blockierenden, gewalttätigen Demonstrationen endlich unterbunden werden und diese Chaoten auch zur Rechenschaft gezogen werden.

Und ja, es kostet den Steuerzahler. Und ja, auch Massnahmen zu ergreifen, kostet den Steuerzahler. Aber, liebe Fleur Weibel, es ist Pflicht des Staates, für Recht und Ordnung zu sorgen und wir haben hier Narrenfreiheit bei diesen Demonstrationen, weil nicht mehr eingegriffen wird und hier muss man ganz offensichtlich noch präzisere Gesetze schaffen, noch konkreter werden, damit hier die Regierung endlich eingreifen und durchgreifen kann, damit hier dieses Chaotenum endlich beendet wird.

Dann wurde auch viel von dem Chilling Effekt gesprochen. Aber das ist ja einfach Blödsinn, für die angemeldeten Demonstrationen und die Leute, die sich an Recht und Ordnung halten, da gibt es keinen Chilling Effekt, denn da hat man ja nichts zu befürchten. Und für diejenigen, die gewalttätig sind und Sachbeschädigungen begehen, soll es ja eben genau diesen Effekt haben. Es soll bewirken, dass sie eben nicht mehr hier ihre Narrenfreiheit ausleben und einfach gewalttätige Demonstrationen durchführen mit Sachbeschädigungen. Es soll sie teuer zu stehen kommen und es soll den Effekt haben, dass sie sich entscheiden, sich von Basel fernzuhalten, diese Demonstration vielleicht woanders durchzuführen oder sich eben an Recht und Ordnung zu halten.

Wir haben die gesetzlichen Grundlagen, wir haben das Strafrecht, ja, Bruno Lötscher, wir haben im Privatrecht Regeln, aber ganz offensichtlich reicht es nicht, weil die Regierung hat ja selber zugegeben, dass sie keine Kosten überwälzen, hier nichts tun und wir müssen hier ganz offensichtlich noch mehr oder konkretere Gesetze haben, eine bessere gesetzliche Grundlage der Regierung geben, dass sie hier auch etwas gegen dieses Chaotenum tut. Chaotenum muss Konsequenzen haben und deshalb, wer gegen dieses Chaotenum ist, der muss sich heute für diese Initiative aussprechen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Es ist ein sehr emotionales Thema, wie ich merke. Ich wundere mich aber, wie gleichgültig hier zum Teil votiert wurde, gleichgültig gegenüber Menschen, welche sich in der Stadt ohne Behinderung bewegen wollen. Und von der GLP, sorry, wenn Ihnen egal ist, wenn ältere Menschen stundenlang warten müssen im Regen zum Teil an Tramhaltestellen, weil die ja dann nicht krank werden, dann ist das nicht nur gleichgültig, das ist noch viel mehr, ich sage jetzt dazu lieber nichts. Gleichgültig aber auch gegenüber Geschäften, welche an den wichtigen Verkaufstagen, den Samstagen vor allem, keinen oder nur wenig Umsatz machen. Ja, Geschäfte schliessen, gehen Sie mal diese Inhaber fragen, warum.

Alle hier sind gegen Gewalt und Sachbeschädigungen, wie ich gehört habe, aber ich habe wirklich niemanden gehört, der Lösungen vorbringt, der wirklich Lösungen bringt, wie das verhindert werden kann. Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen. Vor Jahren, ich war dort noch in Uniform Polizist, musste ich zusehen, wie in der Isteinerstrasse Autos umgeworfen wurden. Die Verhältnismässigkeit wurde höher gewichtet, man konnte nicht eingreifen. Das ist auch für die Polizisten, die dort stehen, nicht toll. Ein Auto gehörte einem Nachbarn von mir. Er hat nicht viel Geld verdient, konnte sich das Auto knapp leisten. Niemand, aber gar niemand hat ihm das Auto ersetzt. Er hat es einfach verloren und konnte keines mehr kaufen. Er hatte drei Kinder, wollte in Italien in die Ferien etc. Das ging dann nicht mehr. Einfach nur ein kleiner, aber ein grosser Fall für diese Familie.

Gleichzeitig ist zu erwähnen, dass Demos auch friedlich durchgeführt werden können. Kurden-Demos beweisen das, kein Problem, sie schauen selber für die Sicherheit, sie schauen selber, dass ihre Leute nichts machen, das sie nicht machen sollten. Das geht. Es ist wirklich möglich, wenn die Organisatoren das wirklich wollen, aber die wollen das gar nicht immer, davon bin ich überzeugt. Niemand will Demos verbieten, auch die SVP nicht, sie dürfen aber Unbeteiligte in ihren Grundrechten nicht verletzen, denn die grosse Mehrheit hat auch ein Recht darauf. Und wenn ich von der Mitte, SP und der



GRÜNE/jgb hören muss, dass es eine populistische Initiative ist, dann glaube ich, das ist ein falsches Wort. Sie negieren, dass eine sehr grosse Mehrheit von einer kleinen Minderheit jeweils genötigt wird. Ja, sie wird genötigt. Das sollte man ernst nehmen und nicht nur Däumchen drehen, sondern tatsächlich mal etwas dagegen machen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zu meinen Vorrednern. Joël Thüring, Sie haben richtig gesagt, dass Polizisten verletzt werden. Es ist nicht schön, wenn solche Sachen passieren. Laetitia Block, ich habe ihr Votum spannend gefunden, wie Sie gesagt haben, dass sie es in der politischen Arbeit in Basel noch nie so einfach gehabt haben, Unterschriften zu sammeln wie bei dieser Initiative. Ich habe das bisher noch nicht gewusst, aber ich kann es mir vorstellen. Aber das ist eigentlich ein gutes Thema, mit dem man Leute ansprechen kann, für das man Unterschriften sammeln kann, mit dem man neue Wähler gewinnen kann. Aber ich habe das toll gefunden, das Zitat, dass Sie es noch nie so einfach gehabt haben. Ich weiss gar nicht, wie viele Unterschriften Sie gesammelt haben, 50'000, 60'000, ich weiss es nicht, aber offenbar genügend, dass die durchgegangen ist. Ich gratuliere diesen Leuten, die die Initiative eingegeben haben. Und Laetitia Block hat ja auch gesagt, man soll der Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich dazu zu äussern und Laetitia hat auch richtig gesagt, sie hätten die Initiative sorgfältig formuliert. Ich habe sie nicht gelesen, aber ich glaube, dass Sie das sorgfältig formuliert haben. Es geht nicht, wilde und gewalttätige Demos muss man unterbinden. Das ist auch meine Meinung und darum bin ich natürlich auch als Vorläuferpartei der SVP für meine Nachfolgerpartei SVP.

Und ich danke auch, dass man die Chaoten zur Rechenschaft zieht. Das ist richtig, das muss man machen und dazu braucht es konkrete Gesetze. Ich hoffe, dass die Initiative angenommen wird und ich muss ehrlich sagen, die Prognosen sagen ja, die Initiative habe eine Chance von 52% und ist knapp über der Mehrheit und auch andere Leute, die nicht von der SVP sind, werden die Initiative unterstützen. Ich danke der Vorrednerin, dass sie gesagt hat, Chaotismus muss Konsequenzen haben, wirklich, aber ich muss natürlich auch sagen, Chaotismus muss Konsequenzen haben mit Gefängnis, mit harten Strafen und das sehe ich auch so.

Von den Vorrednern sind auch die Kosten angesprochen worden, darum mache ich ja keine Demo mehr, weil es geheissen hat, ich müsse das zahlen. Ich komme zum Schluss, Felix Wehrli, Polizist ausser Dienst. Sie haben richtig gesagt, die armen Leute warten an der Tramhaltestelle im Regen und es kommt kein Tram. Das ist mir auch schon oft passiert, zu Fuss ist man schneller. Und Sie haben auch richtig gesagt, die Geschäfte machen keine Umsätze mehr, es gehen alle ins Shoppingcenter nach Weil am Rhein, weil es halt mit dem Wechselkurs günstig ist, in Weil am Rhein einzukaufen. Und die armen Geschäfte haben dann eine Demo vor der Tür. Und man muss ganz ehrlich sagen, wenn man die Statistik anschaut, sind 80% der Demos am Freitag und Samstag und dann gehen die Leute gerne einkaufen.

Und Sie haben richtig gesagt, alle sind gegen Gewalt, aber es gibt keine Lösung. Das ist traurig. Sicherlich ist es eine populistische Initiative. Ich habe mich gefreut, lieber Felix Wehrli, dass Sie gesagt haben, eine Mehrheit wird von einer Minderheit genötigt. Und ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin froh, dass ich hier vorne das sagen darf. Ich danke den Vorrednern für den Mut, sich hier hingestellt zu haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Sie werden auch von mir das Wort Grundrechte mehrmals hören heute. Während es mich bei Ihrer allgemeinen Haltung ja nicht wundert, dass Sie sich über dieses Wort dermassen aufregen, so ganz im Allgemeinen, überrascht es mich doch, wie Sie dieses so ins Lächerliche ziehen können und denken, es eigne sich eigentlich nur für ein Trinkspiel oder wie es Kollege Joël Thüring nennt, faule Ausrede. Wenn es Ihnen passt, haben Sie natürlich keine Probleme damit, rechtsstaatliche Prinzipien hervorzuheben und ich würde gerne wörtlich vorlesen aus dem Protokoll der 37. Sitzung vom Amtsjahr 2025/2026 vom 19. November 2025, Seite 20, ich will mir ja kein Plagiat vorwerfen lassen, vom damaligen und heutigen SVP-Fraktionssprecher: «Wenn jemand eine Straftat während einem Fussballspiel begeht, dann sollen die Strafverfolgungsbehörden wirken. Das funktioniert auch, es gibt zahlreiche Hooligan-Prozesse, die medienwirksam sind, aber es kann nicht sein, dass ganze Sektoren oder ganze Stadien regelmässig aufgrund von Straftaten von wenigen gesperrt werden und man den friedlichen Fans das Fussballspiel verbietet. Hier wird auch immer suggeriert, dass alle Fussballfans eine gewisse Mitschuld an den Gewalttaten haben. Dies möchte ich in aller Form auch als Fussballfan einmal zurückweisen.» Und hier der letzte Satz ist der entscheidende Punkt: «Die Initianten anerkennen rechtsstaatliche Grundprinzipien dann schon, wenn sie persönlich betroffen sind und machen sich dann über Grundrechte lustig, wenn sie damit Stimmung gegen ihnen unliebsame Meinungen und Menschen machen können.» Wie der heutigen Debatte entnommen werden kann, diskutieren wir keine Links-Rechts-Frage. Es geht darum, welchen Stellenwert wir rechtsstaatlich demokratischer Grundordnung zuschreiben.



Nun zum angeblichen Anliegen dieser Initiative. Sie wissen aus den Berichten und den heutigen Voten, dass komplett unbestritten ist, dass Gewalt an Demonstrationen nicht als gut befunden wird. Ich würde sogar weitergehen und festhalten, und ich verweise hier auf das Votum von Fleur Weibel, dass die Gegner:innen der Initiative sich im Gegensatz zu den Initianten tatsächlich über Gewalt an Demonstrationen stören und diese nicht einfach für Wahl- und Abstimmungskampf instrumentalisieren wollen. Denn der Wunsch, dass Verursacher von Schäden für ihre Taten geradestehen, ist an sich ja nachvollziehbar, das wurde ja auch schon häufig gesagt, das gilt aber bereits heute. Wer Sachschaden begeht, muss diesen ersetzen, wer zu Hass und Hetze aufruft oder Gewalt ausübt, macht sich strafbar. Ich verweise auf das Votum des SVP-Fraktionssprechers, wenn es um eine andere Angelegenheit geht.

Es kann also nicht um Personen gehen, die Straftaten bestehen, das haben wir heute schon abgedeckt. Das einzige, was die Initiative ändern möchte, ist auch diese Personen zur Rechenschaft zu ziehen, die keine Straftaten begangen haben. Es geht also darum, auch die friedlichen Demonstrierenden in den gleichen Topf zu werfen und auch sie mit unermesslichen Kosten zu belasten, obwohl sie weder Sachbeschädigung noch Gewalt begangen haben. Dass die Initiant:innen auch keine wirkliche Lösung wollen, wie ja heute den Gegner:innen so häufig vorgeworfen wurde, erkennt man einerseits der Tatsache, dass sie sich gegen einen Gegenvorschlag gewehrt haben, gegen die Ausformulierung gewehrt haben und gegen die zwei Lösungen, die wir zum Beispiel in der letzten Session gehört haben, gestellt haben. Da kam ja dann in letzter Minute doch noch der Hinweis, dass man dagegen ist und da war auch dort der SVP-Fraktionssprecher ehrlich genug zu sagen, dass es ihm darum ging, dass er dieser Initiative keinen Wind aus den Segeln des Abstimmungskampfs nehmen wollte. Ich empfehle Ihnen wirklich, mal alte Voten zu anderen Themen zu lesen, es ist wirklich interessant, wie man da hin- und herschwanken kann.

Die hier geforderte umfassende Kostenüberwälzung auf sogenannte «Störer» – mit diesem Begriff ist hoffentlich nicht der allgemeine verwaltungsrechtliche Störerbegriff gemeint – wirft diverse rechtliche Fragen auf und ist mit dem Grundrecht der Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie in Bezug auf die individuelle Zurechenbarkeit kaum umsetzbar oder vereinbar. Die einzigen Personen, die also abgeschreckt werden, sind eben diese, die friedlich demonstrieren wollen und Angst haben müssen, dass sie mit Kosten belangt werden, für die sie persönlich nicht verantwortlich sind.

Nun wurde heute zu Beginn der Debatte auch ausgeführt von einem Kollegen einer anderen Fraktion als die, die ich schon häufig erwähnt habe, dass die heutigen Mittel nicht genutzt werden. Das sehe ich mit Blick auf die mediale Berichterstattung dezidiert anders. Nach allen Demonstrationen, an denen es zu Auseinandersetzungen kam, hagelte es in straf- und verwaltungsrechtlichen Verfahren unglaubliche Bemühungen der Behörden. Sie gehen da ja nicht selten auch so weit, unvollständige Beweismittel hervorzubringen, um das zu untermauern oder Verfügungen komplett ohne Akten zu erlassen. Das können Sie den Medien entnehmen. Ich würde da also beim besten Willen nicht der kantonalen Verwaltung vorwerfen, dass sie zu wenig Motivation habe, fehlbares Verhalten an Demonstrationen zu ahnden.

Wie ich aber in dem Votum der SVP gehört habe, und das ist grundsätzlich zu begrüßen, ist, dass sie sieht, dass die Initiative schwer umsetzbar ist, dass sie grundrechtlich kritisch ist. Was mich aber überrascht, heute zu hören und trotzdem eine Unterstützung zu sehen, ist, dass sie selbst davon ausgeht, dass die angeblich geltend gemachte positive Wirkung dieser Initiative ja wahrscheinlich komplett ausbleiben wird. Wir haben also eine umsetzungsschwierige, grundrechtlich kritische und wirkungslose Initiative. Sie haben ja noch die Möglichkeit für ein zweites Votum, ich wäre froh zu wissen, wie man die dann trotzdem unterstützen kann, welches Ziel man dann noch verfolgt, wenn sie wirkungslos ist.

Ich bin sehr dankbar für die sachliche Arbeit des Regierungsrats und der JSSK, für die klare Haltung der rechtsstaatlich liberalen Fraktionen und es zeigt, dass Rechtsstaat keine Frage von politischen Lagern ist, sondern die Frage, ob wir in einer Gesellschaft leben wollen, in der Grundrechte alle möglichst umfassend wahrnehmen können. Besten Dank für die Ablehnung der Initiative.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Diese wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Es ehrt mich ja, dass Sie sich derart stark mit meinen Positionen auseinandersetzen, aber können Sie mir die Passage im Initiativtext zeigen, wo wir bewilligte Demonstrationen verbieten wollen und wo wir friedliche Demonstranten bestrafen wollen? Ich kann das nicht lesen.

Daniel Gmür (SP): Mal mit einer Rückfrage, vielleicht wollen Sie das in einem Votum erklären. Was wollen Sie denn sonst ändern, wenn alles Strafbare ja schon strafbar ist? Was ändert denn die Initiative, ausser die nicht strafbaren Handlungen auch zu ahnden?

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Patrick Fischer.



Patrick Fischer (SVP): Wer demoliert, der bezahlt. Das Argument, eine Verfolgung und die Identifikation der Täter sei in der Praxis unmöglich, ist eine Schutzbehauptung und eine Kapitulation des Rechtsstaates. Mit moderner Videoüberwachung, mit hochauflösenden Smartphoneaufnahmen und gezieltem polizeilichem Vorgehen lassen sich Randalierer und Anführer sehr wohl ermitteln. Es fehlt bisher schlicht am Willen und an griffigen Gesetzen.

Die Kantonspolizei Bern hat im Rahmen der Ermittlungen zur Eskalation der Pro-Palästina-Demonstration vom 11. Oktober 2025 101 mutmassliche Straftäter identifiziert. Zusätzlich wurden im März 2026 im Zuge einer Öffentlichkeitsfahndung unverdeckte Bilder von 31 weiteren Verdächtigen veröffentlicht. Wer mutwillig den Alltag von Tausenden von Baslerinnen und Baslern stört, Sachschaden anrichtet und Kravall anzettelt, muss endlich persönlich für Schäden und die massiven Polizeikosten haftbar gemacht werden. Genau diese Kosten, die ich vorher erwähnt habe, die Videoauswertung, das sind enorme Anstrengungen und Sie können mir glauben, ich habe das schon gemacht. Das sind genau die Kosten, die man in Rechnung stellen kann. Mir ist schon klar, dass wir da personell am Anschlag sind, aber nur weil es schwierig ist, heisst das nicht, dass wir es nicht machen müssen. Es ist möglich, Störer zu erkennen, es ist möglich, Störer zu identifizieren.

Das traditionsreiche Hotel Drei Könige, ein Aushängeschild unserer Stadt, wurde wieder einmal beschädigt, es wurde mit Farbbeuteln beworfen. Und wir schauen tatenlos zu, wie es regelmässig zur Zielscheibe wird. Wer mutwillig Basler Kulturgut beschädigt, darf sich nicht länger hinter der Demofreiheit verstecken, wer demoliert, der bezahlt. Diese Initiative schützt die Freiheit der friedlichen Mehrheit, stärkt das lokale Gewerbe und sorgt endlich wieder für Recht, Ordnung und Verlässlichkeit auf unseren Strassen. Aus links-aktivistischer Sicht wird oft argumentiert, dass Disruption, also die gezielte Störung des Alltags, ein legitimes und notwendiges Mittel sei, um gesellschaftliche Aufmerksamkeit und ungelöste Probleme zu erzwingen. Ich sehe das nicht so und ich denke, dass ich damit nicht alleine bin. Diese Initiative wird mehr Zustimmung erhalten als die 13,3% Wähleranteil der SVP Basel-Stadt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat nun Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Danke für die wiederum sehr emotionale, lebhafte und vielfältige Debatte, die vieles auch sagt, was richtig ist und auch wichtig ist. Ich denke, was man nicht unterschätzen darf, ist, dass dieses Thema Demos die Bevölkerung wirklich beschäftigt, auch ärgert. Ich denke, auch das muss man sagen. Ich bekomme auch sehr viele kritische Zuschriften und ich denke auch, dass es gerade mit der ÖV-Blockade für Ältere, Gebrechliche, Kinder, etc. wirklich auch ein Ärgernis ist, wenn man da immer wieder betroffen ist und nicht nach Hause kommt. Es gibt auch Menschen in dieser Stadt, die sich fürchten vor Demonstrationen in dieser Dynamik, die da aufkommt und ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir auch diese Ängste, diese anderen Grundrechte, die heute mehrfach benannt wurden, auch ernst nehmen. Es gibt eine Konkurrenz zwischen Grundrechten. Aber es immer gleich zu handhaben, ist nicht ganz einfach, auch für die Polizei nicht. Es geht immer um Menschen, es geht um Akteure, es geht um verschiedene Gruppierungen, die auf die Strasse gehen.

Und natürlich greift die Kantonspolizei auch ein und schaut nicht einfach zu. Sie tut es einfach nicht um jeden Preis, sie wendet und muss auch den Verhältnismässigkeitsgrundsatz anwenden. Das ist mir schon wichtig zu sagen.

Was erreichen Sie mit dieser Kostenauflegung? Ich habe jetzt viel von der Seite der SVP gehört, dann höre es mal auf mit der ständigen Blockade, dann gäbe es weniger Demos, die Gewerbe seien nicht mehr betroffen. Nein, das stimmt doch einfach nicht. Sie erreichen nicht, dass der ÖV nicht mehr blockiert wird mit dieser Initiative, Sie erreichen auch nicht, dass die Anzahl Demos reduziert wird, insbesondere deshalb nicht, weil wir da gar nichts regeln dürfen. Wir dürfen keine Kontingente machen, wir dürfen nicht sagen, wie viele Male wer mit dem gleichen Anliegen auf die Strasse darf. Das ist nicht die Hoheit von Basel-Stadt und wenn Sie das weismachen wollen der Bevölkerung, dann ist das auch nicht ehrlich. Das ist bundesgerichtliche Rechtsprechung, da haben wir keinen Einfluss drauf.

Ja, und es wurde ein paar Mal gesagt, es wurde auch vermischt. Kostenauflegung ist nicht gleich Strafverfolgung. Individuelle Strafverfolgung findet in dieser Stadt statt, es werden im Nachgang zu Ausschreitungen Strafverfahren geführt. Auch wir, Pascal Fischer, haben natürlich Videoteams im Einsatz und nutzen diese auch. Aber wenn man da auch noch der Polizei neben diesem Grundauftrag, den sie hat, die Straftaten zu ahnden, auch noch sagt, jetzt dürft ihr noch auseinanderbeineln, wie die Kostenauflegung ist für jeden sonst noch dabei Gewesenen, dann brauchen wir riesige Aufgebote, dann entfernen wir uns etwas vom Grundauftrag der Polizei. Und wir bringen keine Lösung.

Was Sie auch nicht verhindern oder lösen mit dieser Initiative ist, dass es einfach – und das ist leider Fakt und das beschäftigt mich seit Anfang meiner Amtszeit – Kreise gibt bei uns in der Bevölkerung, die nicht gewillt sind, mit der Polizei zu reden. Das ist ein Riesenproblem und da denke ich schon, ist es auch wichtig seitens Politik, deutliche Statements zu machen, entgegen diesen Kreisen, die eben nicht die Grundrechtswahrung oder die Grundrechtsausübung im Sinn haben, sondern einzig allein system- und polizeikritisch unterwegs sind. Und die Polizei versucht natürlich, wenn wir bei Lösungen



sind, immer jedes Mal in den Dialog zuzutreten während einer Demo, vor einer Demo, nach einer Demo. Es gelingt oftmals, leider aber nicht immer und ich denke, auf diesem Pfad müssen wir weitergehen. Es ist auch ein Anliegen, dass man bei der Routenwahl, was die Polizei versucht in unserer Stadt, auch nicht immer dieselbe Route wählt, dass Standkundgebungen auch genutzt werden. Aber auch hier, es braucht ein Gegenüber. Wenn Sie da einfach nur sagen, es wird jetzt hier demonstriert und die Leute bewegen sich trotzdem, trotzdem wird der ÖV blockiert, dann drehen wir uns etwas im Kreis.

Was ich einfach zum Schluss sagen möchte, ist: Ja, ich anerkenne, dass nicht alle in dieser Gesellschaft, in dieser Bevölkerung in Basel-Stadt happy sind mit der Anzahl, mit der Häufigkeit, mit der Blockade des ÖVs durch Demonstrationen, aber bitte seien Sie ehrlich und sagen Sie auch, was diese Initiative bringen wird. Ich denke, da hapert es eben dann in der Umsetzung, denn mit dieser Initiative haben Sie nachher nicht alle Probleme gelöst.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Diese wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Nachdem Sie nun nichts gesagt haben, möchte ich Sie doch noch fragen. Was sagen Sie denn all denjenigen Gewerbetreibenden, die anders als Sie nicht ein fixes Einkommen haben und aufgrund dessen, dass wir eben nicht hart gegen illegale Demonstranten, die etwas beschädigen, vorgehen, Einsatzeinbussen haben und fast nicht mehr überleben können in der Innenstadt? Wie wollen Sie diese Menschen, die Sie vielleicht auch gewählt haben...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eine kurze Frage bitte.

Joël Thüring (SVP): ... vertreten? Ich bitte um eine konkrete Antwort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Indem wir eben schauen, dass wir nicht immer dieselben Routen haben, dass wir strafbare Handlungen auch versuchen zu unterbinden und dass, ehrlich gesagt, ihre Initiative nicht ihre Not löst.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Präsidentin der JSSK.

Hanna Bay (SP): Ich habe es zu Beginn meines ersten Votums gesagt, das Thema bewegt und ich habe Recht behalten. Ich danke für diese Debatte und auch für die kontroversen Voten. Viele Voten stützen die Position und die Arbeit der JSSK, weshalb ich mich im Folgenden kurz halten kann. Ich möchte aber dennoch auf einige Punkte eingehen.

Vielleicht ganz zu Beginn, auch Fleur Weibel hat es angetönt, die Unterstellung, dass die Ablehnung dieser Initiative in irgendeinem Zusammenhang steht mit der Haltung betreffend Antisemitismus. Dieser Vorwurf, ich hoffe, richtete sich nicht gegen die JSSK, ich möchte ihn aber dennoch vorsorglich zurückweisen. Die JSSK hat die Initiative möglichst nüchtern, ohne Trinkspiele, welche ich an dieser Stelle nicht angebracht finde, sachlich und anhand der rechtlichen, faktischen Schranken in dieser Stadt diskutiert. Und wie gesagt, die JSSK findet mitnichten alles gut, was rund um und an Demonstrationen geschieht gut. Irgendjemand hat heute gesagt, Straftaten bleiben Straftaten und das ist so. Ich glaube, ich kann auch mit Fug und Recht sagen, dass die JSSK als Kommission wenig mit Chaoten zu tun hat, rein von den Themen, die wir bearbeiten, sind wir wirklich ziemlich weit weg von dieser Gesinnung.

Auch die JSSK hat ein gewisses Unverständnis, wenn aus ideologischen Überzeugungen, Regierungsrätin Stephanie Eymann hat es auch gesagt, partout auf eine Bewilligung verzichtet wird. Aber, und das ist hier nochmals wichtig und das hat auch die GLP in ihrem Fraktionsvotum schon gesagt, die Bewilligungspflicht ist eine Ordnungsvorschrift. Nur weil man sich nicht diesem Recht beugen möchte, ist man nicht automatisch illegal. Das ist wichtig und das ist vielleicht auch eine Besonderheit des Demonstrationsrechts.

Dann schliesslich noch zum Votum meines geschätzten Vizepräsidenten David Jenny, welcher gesagt hat, es gab keine Möglichkeit, einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, dass die Zeit nicht da gewesen sei. Ich habe die Diskussion in der Kommission etwas anders in Erinnerung. Man hat diese Möglichkeit durchaus diskutiert, man hat auch mit dem externen Experten Möglichkeiten ausgelöst. Ich denke auch, dass das Initiativkomitee mit einer weiteren Fristerstreckung zugunsten einer Ausformulierung einverstanden gewesen wäre. Ich glaube vielmehr oder ich habe es so wahrgenommen, dass die Kommission zum Schluss gekommen ist, dass eine neue pauschale und strenge Regelung zur Kostenüberwälzung nicht zielführend ist und deswegen politisch und auch gesellschaftlich nicht gewollt ist. Ich sehe es durchaus als die Aufgabe einer



Kommission, dass wenn wir finden, es brauche einen Gegenvorschlag, wir diesen dann auch ausarbeiten und ich traue uns das auch zu.

Dann wurde verschiedentlich die Anzahl der Demonstrationen kritisiert. Diese Kritik kann man teilen oder nicht, hier war sich die JSSK nicht einig. Aber auch hier, die Kostentragungspflicht ist nicht der richtige Weg, um diese Frage zu beantworten. Und das ist, glaube ich, schon wichtig. Wenn die Initiative dazu führen würde, dass Menschen effektiv nicht mehr von ihrem Recht Gebrauch machen, ob friedlich oder nicht, dann haben wir eben diese Abschreckungswirkung, dann haben wir diesen Chilling Effekt und dieser ist zu vermeiden und das trifft eben nicht nur die Teilnehmer:innen, die nicht viel von unseren rechtsstaatlichen Grenzen oder der Grenzen der Legalität halten, sondern das betrifft dann eben alle. Die Frage, wie viele Demonstrationen durch unsere Stadt ziehen, müssen wir, wenn wir sie beantworten möchten, mit anderen Mitteln beantworten, aber sicher nicht über die Kostentragung. Und ich finde es auch problematisch, wenn Grundrechte gegeneinander ausgespielt werden. Die Nutzungskonflikte müssen wir anschauen, aber eben nicht so.

Dann vielleicht noch kurz zu der Zwischenfrage von Daniel Seiler an Barbara Heer. Der Stammtisch ist auf meinen Mist gewachsen, der ist nicht im Kommissionsbericht, sondern das war meine präsidentiale Freiheit. Da kann Barbara Heer wirklich nichts dafür.

Schliesslich noch zum Ladensterben, welches vor allem am Schluss der Debatte noch angeführt wurde. Ich möchte Sie hier auch bitten, bei den Fakten zu bleiben. Ich habe jetzt gerade nochmals kurz nachgeschaut, was diese Läden als Grund angegeben haben. Das sind insbesondere die hohen Mieten und der Onlinehandel und da können wir uns, glaube ich, selbst alle auch an der Nase nehmen. Ich finde es ein bisschen problematisch, wenn man hier nun sämtliche Probleme, welche wir in der Innenstadt haben, auf diese Demonstrationen schieben, ich glaube, das ist nicht stattdlich.

Und dann schliesslich noch ein letzter Kommentar zum Votum von Patrick Fischer betreffend die Kosten der nachgelagerten Verfahren, also diese aufwendige Auswertung der Videos. Hier, glaube ich, ist es schon wichtig zu sagen, dass das dann nicht mehr Teil der Initiative ist, sondern wenn es darum geht, das verwaltungsrechtliche Verfahren zu finanzieren, dann sind wir bei der Gebührenordnung des allgemeinen Verfahrensrecht. Das hat dann nichts mehr mit der Regelung im Polizeigesetz zu tun und hier, glaube ich, ist es wichtig, dass man diese Abgrenzung vornimmt.

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das Fazit der Kommission war klar: Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut, welches elementar und wichtig ist, nicht per se für uns, nicht für die Mächtigen in diesem Saal, sondern eben für diese Personen, die sich nicht so einfach Gehör verschaffen können und für die deswegen diese Protestkultur umso wichtiger ist. Aber es freut mich, dass die Mehrheit der Fraktionen dies auch so sieht und sich hinter die Arbeit der JSSK stellt.

In diesem Sinne bitte ich Sie nochmals, unserem Antrag zu folgen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und ohne Gegenvorschlag dem Volk zu unterbreiten. Ich bedanke mich nochmals für die Debatte.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 17 des Berichts, Titel und Ingress einziger Absatz. Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Pascal Messerli und weitere beantragen, die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen.

Wünscht nochmals jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung, JA heisst Empfehlung auf Annahme.

Ergebnis der Abstimmung

20 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009060, 03.06.26 11:13:31]

Der Grosse Rat beschliesst

Empfehlung auf Verwerfung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie sind mit 20 Ja-Stimmen, 73 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung der Kommission gefolgt. Wir führen die Detailberatung weiter. Publikationsklausel. Wir starten die Abstimmung jetzt.



Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009062, 03.06.26 11:14:19]

Der Grosse Rat beschliesst

«Der Kanton Basel-Stadt ergreift folgende Massnahmen, damit im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen illegale Aktionen verhindert werden:

Der Regierungsrat erarbeitet ein griffiges Konzept, um die hohe Anzahl nicht bewilligter Demonstrationen und Kundgebungen zu reduzieren und berichtet periodisch über den Erfolg des Konzepts.

Bei unbewilligten Demonstrationen und Kundgebungen haften die Störer für entstandene Polizeikosten und Schäden. Von den Behörden als zulässig erachtete Spontandemonstrationen und Spontankundgebungen bleiben möglich.

Störer, welche während bewilligten Demonstrationen oder Kundgebungen Gewalt gegen Personen oder Sachen ausüben, haften für die daraus entstandenen Polizeikosten und Schäden.

Personen oder Gruppen, welche andere Demonstrationen oder Kundgebungen widerrechtlich stören, beispielsweise durch Gewaltausübung oder andere Formen der Nötigung, haften für die daraus entstandenen Polizeikosten und Schäden.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Ablehnung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 81 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt.

6. Nachtragskredit zur Umsetzung der Gebührenreduktion im Einbürgerungsverfahren gemäss § 15 FHG, Bericht des RR

[03.06.26 11:14:33, 26.0401.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Finanzkommission das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben es bereits von der Grossratspräsidentin gehört, es geht hier um einen Nachtragskredit zur Umsetzung einer Gebührenreduktion. Wir haben dieses Geschäft zuständigkeitshalber als Finanzkommission überwiesen bekommen. Der Grund dafür ist, dass der im Budget 2026 zur Umsetzung der Motion Kabacki eingestellte Betrag von 0,3 Mio. Franken nicht die weitergehenden Anpassungen des Grossen Rates berücksichtigt hat und entsprechend auch nicht die finanziellen Auswirkungen der beschlossenen Gesetzesänderung abdeckt. Ich verweise hierzu auch auf die Ausführungen in dem Dokument des Regierungsrates zu diesem Geschäft, welcher dies auch entsprechend noch einmal ausführt.

Unter Berücksichtigung des halbjährigen Inkrafttretens – wir sind ja jetzt doch schon etwas weiter fortgeschritten im Jahr 2026 – und der erwarteten Zunahme der Gesuchszahlen setzt sich der vom Regierungsrat beantragte Nachtragskredit so



zusammen: Die Ertragsminderung von 950'000 Franken umfasst den anteiligen Basiswert bei gleichbleibenden Gesuchszahlen sowie die erwarteten Mehrkosten aus der steigenden Gesuchszahl. Der Personalaufwand von 300'000 Franken entspricht der anteiligen Aufstockung für das zweite Halbjahr 2026, so dass Sie jetzt heute auf diesen entsprechenden Nachtragskredit kommen von 950'000 Franken, davon wie gesagt 300'000 Franken Personalaufwand und 650'000 Franken Ertragsminderung. Die Finanzkommission hat dieses Geschäft an einer Sitzung beraten und sie beantragt Ihnen heute einstimmig, diesem Nachtragskredit zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Sie haben eigentlich alles schon gesagt, weshalb wir hier mit einem Nachtragskredit kommen müssen. Es geht wesentlich darum, dass diese Änderungen, die in der JSSK und dann im Grossen Rat noch beschlossen wurden, weitergehende Kostensenkungen respektive Kostenverzicht zu Mehrkosten führen auf Seiten Verwaltung. Wir gehen auch davon aus, dass jetzt per 1. Juli, wenn das neu in Kraft tritt, wir mehr Gesuche werden bearbeiten müssen. Mit diesem Nachtragskredit haben wir die Kostenschätzung, die wir gemacht haben, dann auch abgedeckt. Deshalb wären wir seitens Regierungsrat sehr froh, Sie würden hier dem Bericht der Finanzkommission zustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 2 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009064, 03.06.26 11:18:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Umsetzung der Gebührenreduktion im Einbürgerungsverfahren wird für das Jahr 2026 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 950'000 bewilligt (Justiz- und Sicherheitsdepartement, Dienststelle Bevölkerungsdienste und Migration, davon Fr. 300'000 Personalaufwand und Fr. 650'000 Ertragsminderung).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 85 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

7. Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)", Bericht der WAK

[03.06.26 11:18:52, 24.1910.04]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Das Wort für die Kommission der WAK hat deren Präsident Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Worum es bei diesem Traktandum geht, ist rasch gesagt. Wie schon ihr Name andeutet, will die vorliegende Volksinitiative, dass der Kanton im Rundhofgebäude der Halle 2 auf dem Messeareal ein zentrales Sammlungszentrum für Historisches Museum, Staatsarchiv und Universitätsbibliothek einrichtet.

Die WAK hat das Geschäft in zwei Sitzungen beraten und sich vom Departementsvorsteher des WSU über die Vorlage informieren lassen. Im heutigen Votum beschränke ich mich auf wenige Punkte und verzichte darauf, die Berichte des Regierungsrats und der WAK weitläufig zu wiederholen. Ich werde dies soweit möglich auch bei künftigen Geschäften so halten.

Zusammengefasst sprechen aus Sicht der Wirtschafts- und Abgabekommission drei Gründe gegen die Initiative. Erstens steht das Gebäude gar nicht zur Verfügung. Die Halle gehört der Messe, das Grundstück ist im Baurecht abgegeben und der Baurechtsvertrag läuft bis 2031 mit einseitiger Verlängerungsoption bis 2051. Den Kauf hat der Grosse Rat schon bei der Zulässigkeitsprüfung gestrichen. Selbst bei Annahme wäre die Initiative also frühestens in einigen Jahren, unter Umständen erst 2051, umsetzbar, während der Sonderbestand der Universitätsbibliothek heute sanierungsbedürftig untergebracht ist.

Zweitens taugt die Halle für den vorgesehenen Zweck schlicht nicht. Kulturgüterschutzräume müssen unterirdisch gebaut werden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz hält fest, dass die bestehenden Messehallen die Anforderungen baulich nicht erfüllen, da die nötige bauliche Masse fehlt. Eine Unterkellerung des denkmalgeschützten und nicht erdbebenertüchtigten Baus wäre, wenn überhaupt möglich, nur mit erheblichem Mehraufwand zu haben. Die Annahme der Initianten, es brauche keine irreversiblen Eingriffe in die Bausubstanz, hält der Prüfung damit nicht stand.

Drittens ist der geltend gemachte Bedarf längst auf gutem Weg. Das Staatsarchiv bezieht 2028 seinen Neubau im St. Johann, vielleicht auch erst 2029, und für den Sonderbestand der Universitätsbibliothek ist mit der Hebelschanze eine sachgerechte Lösung in Planung.

Erwähnen möchte ich nochmals, es steht auch schon im Bericht der WAK, dass das Initiativkomitee auf die Anhörung verzichtet und einen Rückzug ausgeschlossen hat. Den fehlenden fachlichen Austausch hat die Kommission bedauert. Differenzierter beurteilen liess sich das Anliegen dadurch nicht. Der Kommission sind die über den Initiativbogen hinausgehenden Argumente erspart geblieben.

Das direktdemokratische Recht der Initiantinnen und Initianten steht ausser Frage. Über ihr Anliegen wird das Volk entscheiden. Die WAK hat es ernsthaft geprüft und ist einstimmig zum Schluss gelangt, dass die Halle 2 als Sammlungszentrum ungeeignet ist. Die Kommission beantragt Ihnen deshalb einstimmig, die Initiative den Stimmberechtigten ohne Gegenvorschlag und mit der Empfehlung auf Verwerfung zur Abstimmung vorzulegen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Auch der Regierungsrat beantragt Ihnen, diese vorliegende Initiative zur Ablehnung dem Volk zu unterbreiten und auf einen Gegenvorschlag zu verzichten. Was sind die Gründe? Die Rundhofhalle heute ist genutzt. Ich selber war über Auffahrt dort an der Fantasy. Über 100'000 Besucherinnen und Besucher bringt dieses Festival, diese Messe nach Basel, die Rundhofhalle ist proppenvoll und ist ein wichtiger Teil dieses Anlasses. Es hat viele Leute. Genau das ist Sinn und Zweck dieser Halle, dass dort Veranstaltungen stattfinden können. Deshalb gehört sie auch der MCH und nicht dem Kanton, dass sie dort diese Veranstaltung durchführen kann.

Auch sehr wichtig oder noch wichtiger ist die Art Basel. Sie ist in zwei Wochen auch in der Rundhofhalle und bringt fast 90'000 Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Welt für diese Art Woche hier nach Basel. Ein wichtiger Moment für die Stadt, für die Gastronomie, für die Hotellerie, für den Detailhandel, dass wir die Art Basel weiterhin hier haben, sie ist wichtig, sie gehört zu Basel und sie soll auch in Zukunft, so der Wunsch der Regierung, hier bleiben und stattfinden. Bedingung ist aber, dass die entsprechende Infrastruktur da ist, und das ist für die Art Basel in erster Linie die Rundhofhalle. Eine Art Basel in Basel ohne Rundhofhalle ist sehr schwer vorzustellen.

Auch die Belegung der Halle zwischen den Messen mit dem Bambusnest ist eine gute Entwicklung, die stattgefunden hat und auch weitere Veranstaltungen finden in dieser Rundhofhalle statt. Die Nutzung ist wichtig und der Regierungsrat wünscht sich, dass diese Nutzung an diesem Ort bleibt. Das ist unser Hauptgrund, weshalb wir diese Initiative ablehnen.

Das zweite hat der Kommissionspräsident schon sehr gut dargelegt. Sie ist für die Vorschläge, die die Initiative bringt in Form eines Sammlungszentrums oder Depots sehr ungeeignet, weil das Gebäude unter Denkmalschutz steht, Kulturgüterräume



müssen geschützt ohne Fenster unterirdisch sein nach den Empfehlungen und den Normen, die existieren. Das heisst, unter ein denkmalgeschütztes Gebäude ein unterirdisches Lager zu bauen ist, wenn es technisch dann überhaupt machbar ist, ziemlich teuer. Es macht keinen Sinn, dort unter ein bestehendes Gebäude dieses Depot zu bauen. Es ist also ungeeignet für die neue Nutzung, die den Initiantinnen und Initianten vorschwebt.

Der Grund, weshalb diese Initiative zustande gekommen ist, ist vor allem eine Kritik an dem Standort des Sammlungszentrums der Universitätsbibliothek bei der Hebelschanze. Das ist das Gebäude, wo zurzeit ein Bauprojekt ausgearbeitet wird. Die Kritik an diesem Ort und an diesem Neubau war ein starker Auslöser für die Initiative. Da bleibt aber zu sagen: Wenn man das nicht möchte – und es ist ein gutes Recht, dass man dieses Projekt ablehnt –, dann ist das geeignete Instrument das Referendum gegen diesen Neubau, weil dieser Beschluss für den Baukredit, der hier drin gefällt werden muss, untersteht dem fakultativen Referendum. All diejenigen, die das keine gute Lösung finden, können diesen Beschluss dann mit dem Referendum vor die Bevölkerung bringen. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass das ein guter Ort ist für den Sonderbestand der Universitätsbibliothek. Aber wie gesagt, diese Diskussion, die wird hier drin geführt werden und der Entscheid wird hier drin gefällt und dann je nachdem, wenn es ein Referendum gibt, auch durch die Bevölkerung beantwortet werden müssen. Das ist der Ort, wo man auch gegen dieses Sammelzentrum sein kann, auch wenn man jetzt diese Initiative ablehnt.

Aus diesem Grund bittet Sie der Regierungsrat, diese Initiative der Bevölkerung zur Ablehnung zu empfehlen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses. Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben so beschlossen. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009066, 03.06.26 11:28:00]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Die von 3'126 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichte unformulierte Volksinitiative «für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)» mit dem folgenden Wortlaut:

«Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, dass der Kanton Basel-Stadt, Ankeraktionär und wichtigster Geldgeber der MCH Group, im Rundhofgebäude (Halle 2) der MCH Group ein zentrales Sammlungszentrum mit Depots und Werkstätten für das Historische Museum, das Staatsarchiv und die Universitätsbibliothek einrichtet.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus.

II.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 93 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und auch bei keiner Enthaltung zugestimmt.



8. Ausgabenbewilligung für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur Brombacherstrasse (Umgestaltung Riehenring), Bericht der UVEK

[03.06.26 11:28:13, 25.0159.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission der UVEK das Wort hat Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich präsentiere Ihnen heute den Bericht der UVEK in Vertretung der Präsidentin als Vizepräsidentin. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission hat den Ratschlag betreffend die Umgestaltung des Riehenrings zwischen Drahtzugstrasse und Brombacherstrasse beraten und beantragt dem Grossen Rat einstimmig, die diesbezüglichen Ausgaben zu bewilligen.

Der Projektperimeter umfasst einen rund 600 Meter langen Abschnitt des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur Brombacherstrasse inklusive der angrenzenden Knotenbereiche. Anlass für das Projekt sind notwendige Sanierungsarbeiten an der bestehenden Infrastruktur, insbesondere an Gleisen, Fahrbahnen und Werkleitungen. Im Rahmen dieser Erhaltungsarbeiten sollen gleichzeitig verschiedene Anpassungen vorgenommen werden, die den heutigen gesetzlichen Anforderungen sowie den verkehrs- und klimapolitischen Zielsetzungen entsprechen. Der Regierungsrat beantragt für das Projekt Ausgaben in der Höhe von insgesamt rund 5,6 Mio. Franken. Davon sind rund 12,5 Mio. Franken neue Ausgaben und rund 13,1 Mio. Franken gebundene Ausgaben, und dies zur Instandstellung der Infrastruktur der Strasse, der Leitungen und der Gleis- und Fahrleitungsanlagen. Diese Ausgaben würden auch bei einer Ablehnung des Geschäfts zum Tragen kommen. Ein Teil der Finanzierung soll voraussichtlich über das Agglomerationsprogramm des Bundes erfolgen.

Zentrale Ziele des Projekts sind die Erneuerung der Tram- und Strasseninfrastruktur, vorgesehen ist ein Mischtrasse, die Schaffung hindernisfreier Haltestellen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz, Verbesserungen für den Fuss- und Veloverkehr sowie Massnahmen zur Klimaanpassung und zur Aufwertung des öffentlichen Raums. Vorgesehen sind unter anderem zusätzliche Bäume, entsiegelte Flächen, neue Grünbereiche sowie eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch Sitzgelegenheiten und einen Trinkbrunnen.

Die Kommission hat sich an vier Sitzungen und einer Begehung vor Ort eingehend mit dem Gesamtprojekt und den verschiedenen Einzelmassnahmen auseinandergesetzt. Eintreten auf die Vorlage war nicht bestritten. Ein zentrales Thema der Beratung war die geplante Zusammenlegung der heutigen Tramhaltestellen Riehenring und Musical Theater. Künftig soll eine neue gemeinsame Haltestelle beim Knoten Feldbergstrasse entstehen. Gemäss den Ausführungen seitens der Verwaltung ermöglicht diese Lösung kürzere Fahrzeiten für den öffentlichen Verkehr sowie eine bessere Abstimmung mit dem geplanten Tramprojekt Klybeck. Zudem verbessert sich die Erschliessung verschiedener Wohngebiete und die Umsteigemöglichkeiten zwischen Tram und Bus. Die Kommission hat insbesondere geprüft, ob das Musical Theater weiterhin ausreichend erschlossen bleibt. Dabei wurde festgehalten, dass die Distanz zwischen den neuen Haltestellen und dem Eingang des Musical Theaters maximal rund 180 Meter beträgt und somit weiterhin eine sehr gute ÖV-Erschliessung gegeben ist. Die UVEK kam nach Abwägen der Vor- und Nachteile zum Schluss, dass diese Vorteile der neuen Haltestellenanordnung doch überwiegen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratung betraf die künftige Organisation des Tramverkehrs. Neu ist vorgesehen, auf ein markiertes Eigentrassee zu verzichten und stattdessen mit einem sogenannten zeitlichen Eigentrassee zu arbeiten. Dabei wird der motorisierte Individualverkehr an Lichtsignalanlagen zurückgehalten, damit das Tram möglichst störungsfrei verkehren kann. Diese Lösung schafft Raum für Velostreifen und Begrünungsmassnahmen. Der Kommission wurde erläutert, dass diese Verkehrssteuerung nur dort angewendet wird, wo sichergestellt werden kann, dass der öffentliche Verkehr nicht im Stau stehen bleibt. Die Möglichkeit, den MIV im Riehenring nur noch in eine Fahrtrichtung zuzulassen, und das wäre die Alternative zum Mischtrasse, also eine Einbahnführung zugunsten eines durchgehenden Eigentrassees des Tramverkehrs, ist gemäss den Abklärungen der UVEK weder in der Vorstudie noch im Vorprojekt in Betracht gezogen worden, da es sich beim Riehenring um eine Hauptverkehrsstrasse handelt, welche auch eine Lifeline-Achse und eine Achse für Ausnahmetransport dient.

Im Bereich des motorisierten Individualverkehrs beschäftigt sich die Kommission insbesondere mit der Parkplatzsituation. Die Anzahl der Parkplätze reduziert sich von bisher 57 auf künftig 35, wobei gleichzeitig aber die Zahl der Güterumschlagsplätze von 2 auf 7 erhöht wird. Die Verwaltung begründete dies mit den Bedürfnissen von Gewerbe, Handwerk und Lieferverkehr. Die Kommission stellte fest, dass einzelne Güterumschlagsplätze in den Nachtstunden möglicherweise als reguläre



Parkplätze genutzt werden könnten, um dann wieder über 40 Parkplätze zu bekommen. Ein entsprechender Entscheid soll jedoch erst im Rahmen der späteren Umsetzung getroffen werden und wird sicher getroffen.

Die UVEK hat zudem die Situation der Einstellhallen und des Parkierdrucks im Quartier prüfen lassen. Gemäss den vorhandenen Erhebungen ist der Parkierdruck im Quartier, insbesondere im westlichen Bereich, sehr hoch. Die Verwaltung hat nachvollziehbar ausgeführt, dass bei der Projektierung wirklich darauf geachtet worden sei, möglichst wenig Parkplätze aufzuheben. Grundlage dafür bildete die sogenannte 1 zu 1-Regel. Ein Parkplatz soll nur dann aufgehoben werden, wenn dadurch mindestens ein zusätzlicher Baum gepflanzt werden kann.

Auch die vorgesehenen Massnahmen für den Veloverkehr wurden in der UVEK eingehend diskutiert. Geplant sind durchgehende Velostreifen in beide Richtungen. Die Kommission setzte sich dabei unter anderem mit den Sicherheitsabständen zwischen Velostreifen und Parkplätzen auseinander. Seitens der Verwaltung wurde dargelegt, dass sich die Rabatten auf weiten Teilen des Projektperimeters verbreitern und sich die Abstände zwischen Parkplatzmarkierung und Velostreifen gut von 0,5 auf 0,75 Meter erhöhen lassen, um das Risiko der sogenannten Dooring-Umfälle zu reduzieren.

Auch verschiedene Fragen zur Veloführung an Kreuzungen und Einmündungen wurden vertieft diskutiert. Die Verwaltung erläuterte die vorgesehenen Lösungen für direkte und indirekte Linksabbiegemanöver sowie die Gestaltung von Aufstellbereichen für Velofahrende. Die Kommission erwartete, dass einzelne Punkte im Rahmen des Bauprojekts nochmals detailliert geprüft werden, aber alle diese diesbezüglichen Details und Grafiken finden Sie im Bericht der UVEK.

Ausführliche Diskussionen gab es in der UVEK zugunsten der Begrünung und der Klimaanpassungsmassnahmen. Mit dem Projekt soll die Zahl der Bäume entlang des Riehenrings von heute 68 auf künftig 80 Bäume erhöht werden. Vier der bestehenden Bäume müssen gefällt werden, gleichzeitig werden aber 16 neue Bäume gepflanzt. Die Kommission liess sich die Gründe für die notwendigen Fällungen erläutern und stellte fest, dass diese im Zusammenhang mit den neuen Haltestellen und den geplanten Velomassnahmen unvermeidbar seien.

Weiter wurde geprüft, ob zusätzliche Bäume möglich wären. Die Verwaltung führte aus, dass zusätzliche Baumpflanzungen vor allem zu Lasten weiterer Parkplätze möglich wären. Die UVEK kam zum Schluss, dass die vorgesehene Zunahme um 12 Bäume nachvollziehbar und deshalb gut vertretbar sind und dass somit mit dem Projekt künftig eine durchgehende Baumallee entsteht und nicht noch weitere Parkplätze dafür geopfert werden sollen.

Auch die Entsiegelung weiterer Flächen sowie die Begrünung von Verkehrsinseln und Rabatten waren intensiv diskutierte Themen. Eine eingebrachte Idee lautete, den Belag der Velowege durchlässiger zu machen. Die Verwaltung erläuterte, dass das Potenzial für zusätzliche Begrünungen im Rahmen des Bauprojekts möglichst ausgeschöpft wurde. Dabei müssen jedoch Fragen der Verkehrssicherheit, des Unterhalts und der technischen Machbarkeit berücksichtigt werden und ein entsiegelter Veloweg ist nicht ungefährlich, auch weil der Veloweg am Riehenring durch eine Markierung von der MIV-Spur getrennt ist und nicht eine separate Veloführung darstellt. Für solche Fragestellungen führt die Kantonspolizei bei allen Projekten eine Sicherheitsprüfung durch und nicht nur in diesem Projekt und weist bereits in der Projektierungsphase auf mögliche Probleme hin.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Tram Klybeck beschäftigt sich die Kommission ausserdem mit den vorgesehenen Natursatzflächen. Dadurch, dass durch das spätere Tramprojekt bestehende ökologische Ersatzflächen tangiert werden könnten, sollten bereits im Rahmen dieses Projekts Riehenring entsprechende Ersatzflächen vorbereitet werden. Die Kommission begrüsst dieses koordinierte Vorgehen.

Diskutiert wurde schliesslich auch die Frage der zulässigen Fahrgeschwindigkeit. Gemäss Vorlage soll im Riehenring weiterhin Tempo 50 gelten. Gemäss den im Entwurf vorliegenden Gutachten zur Strassenlärmsanierung am Riehenring wird Tempo 30 in der Nacht voraussichtlich im ganzen Projektperimeter eingeführt. Zur weiteren Lärmreduktion beitragen soll ein lärmindernder Belag. Die Verwaltung erläuterte, dass die Gestaltung des Projekts unabhängig von einer späteren Geschwindigkeitsregelung erfolgt und die Strassenraumgestaltung dadurch nicht verändert würde.

Die UVEK setzte sich ausserdem mit verschiedenen abschnittsbezogenen Fragestellungen auseinander. Dabei wurden unter anderem die Führung der Velostreifen im Bereich Messeplatz, die Gestaltung einzelner Kreuzungen, die Erschliessung der Oetlingerstrasse sowie Verbesserung für den Fuss- und Veloverkehr bei der Brombacherstrasse diskutiert. Verschiedene Anliegen und Prüfaufträge sollen in weiteren Bauprojekten vertieft behandelt werden. Den Detailbeschrieb und die diesbezüglichen Abbildungen dazu sind ausführlich im Bericht erläutert, darauf werde ich nicht näher eingehen.

Zusammenfassend kommt die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Schluss, dass mit dem Projekt notwendige Erhaltungsarbeiten mit Verbesserungen für den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und Veloverkehr sowie die klimaangepassten Aufwertungen des Strassenraums verbunden werden können. Die Kommission beantragt dem Grossen Rat deshalb einstimmig, der beantragten Ausgabenbewilligung von rund 25,6 Mio. Franken und dem Geschäft somit zuzustimmen. Die Kommission dankt den zuständigen Fachverantwortlichen der Abteilung Stadtraum von Städtebau & Architektur für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit in diesem Projekt. Es war für uns alle nicht einfach, alle Partikularinteressen unter einen Hut zu bringen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet vorerst auf ein Votum. Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Als erste gemeldet für die SVP hat sich Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP beurteilt den Ratschlag zu diesem Umbau beim Riehenring oder diesem Perimeter äusserst kritisch. Es werden hier einmal mehr notwendige Sanierungsmassnahmen benutzt, um den Autofahrenden das Leben schwer zu machen und den Autohass, sind wir ja ehrlich, den Autohass auszuleben. Hier wird wieder ein Tram auf die Strasse verschoben, damit die Autos hinter dem Tram warten müssen und blockiert sind, wenn das Tram steht. Das mag man, wenn die Autos stehen müssen, man wird sich hier aber selbst ein Ei legen, man sieht es auch an allen anderen Stellen, wo das Tram auf die Strasse verlegt wurde, wenn nämlich die Autos sich stauen, dann wird auch das Tram im Stau stehen und der ÖV verlangsamt. Man meint hier also etwas gegen Autos und für den ÖV zu tun, so wird es aber nicht sein, auch der ÖV nimmt hier Schaden.

Dann, wir haben es gehört, soll eine Tempo 30-Zone eingeführt werden. Es ist eine verkehrsorientierte Strasse, es ist ein Autobahnzubringer. Wenn man die Autos aus den Quartieren und aus der Stadt weghaben möchte, dann sollte man vielleicht die verkehrsorientierten Strassen auch mit einem gewissen Tempo und mit einer gewissen Kapazität belassen, damit die Autos auch diese Strasse wählen können. Wenn sie dort stehen oder durchtuckern müssen, dann nehmen sie den kürzeren Weg durchs Quartier. Und auch einen Autobahnzubringer auf Tempo 30 zu machen, das ist doch eigentlich nur noch peinlich. Man hätte ja eben die Autobahnen am liebsten gar nicht und die Autos gar nicht mehr, das spürt man hier sehr stark. Es wird natürlich mit Salamiaktik vorgegangen, hier wird zuerst gesagt, Tempo 30-Zone in der Nacht vielleicht, damit es etwas ruhiger ist. Aber wir wissen ja alle, und das wurde auch zugegeben, es ist dann geplant, dauerhaft auch tagsüber auf Zone Tempo 30 überzugehen. Auch das beurteilen wir als SVP äusserst kritisch.

Dann steht noch der nette Satz «Parkplätze bleiben mehrheitlich erhalten» in diesem Bericht. Das stimmt so halt einfach nicht. Und man muss auch schauen, was wird mit dieser Anzahl Parkplätze gemacht? Sie werden nämlich dem Normalnutzer, dem Normalbürger, den Anwohnern entzogen. Von 47 Parkplätzen werden zuerst mal zwölf Parkplätze einfach abgebaut, dann bei den Taxistandplätzen wird von fünf auf vier gegangen, da weiss ich jetzt nicht, ob das einfach an den Orten liegt, dass das so sinnvoller war, dann geht man von zwei auf sieben Güterumschlagsplätze. Damit gibt man also zu, dass es zu wenig Parkplätze gibt, dass das Gewerbe nun Sonderparkplätze braucht, damit die überhaupt noch ihre Dinge abladen können, ihre Waren, damit die überhaupt noch ihre Fahrzeuge abstellen können. Statt dass man hier also sagt, wir haben ein Problem, es sind schon zu wenig Parkplätze und in diesem Quartier ist der Parkierungsdruck massiv hoch, das ist über 100% Parkplatzbelegung in diesem Quartier, geht man hin und sagt, okay, wir bauen hier Sonderparkplätze für den Güterumschlag. Es ist auch einfach wieder ein Vorwand, um diese Parkplätze dem Normalnutzer zu entziehen.

Es wurde ja sogar noch geprüft, ob man diese dann als Anwohner in der Nacht, wo ja kein Güterumschlag stattfindet, benutzen kann. Da wird ganz vage geschrieben, das könne man dann prüfen, vielleicht sei das dann möglich, könnte man wahrscheinlich mit diesen Schildern. Da sieht man schon, der Wille ist nicht vorhanden, das hätte man sich hier zusichern lassen müssen oder direkt hier einpacken und sagen, okay, das machen wir. Wenn es hier also um die Parkplätze für die Anwohner ginge, hätte man das hier direkt anfordern können.

Wir haben hier also einen Abbau von 40 Parkplätzen für die Anwohner, für die Normalbürger auf 24. Wir sind hier also nicht beim beinahe Gleichbleiben, beim mehrheitlichen Halten, sondern wir sind hier fast bei einer Halbierung. Und dann können wir uns ja noch überlegen, wie es weitergeht. Die Verwaltung ist ja endlos kreativ, wenn es um den Parkplatzabbau geht, es werden immer neue Vorwände gefunden, wie wir jetzt hier sehen mit diesen Gewerbeumschlagsparkplätzen. Aber hier werden dann wahrscheinlich auch hier und da wieder Parkplätze abgebaut, weil man jetzt noch diese Elektroladesäulen bauen muss, dann hat man wieder ein paar Parkplätze, die man den Anwohnern wegnehmen kann.

Diese Parkplätze werden ja aber dann immer abgebaut mit dem Hinweis darauf, dass es ein Quartierparking gibt. Das wäre ja gut, dann kann man sagen, gut, die Anwohner müssen nicht suchen, es ist nicht auf der Strasse, die Fläche wird frei, man hat Quartierparkings. Ja, aber dann bauen Sie zuerst mal diese Quartierparkings und bauen die Parkplätze dann ab. Es wird hier auf ein Quartierparking verwiesen, wo jetzt die BVB drin ist und man weiss, die sind bis Ende 2028 drin und die Regierung sagt öffentlich, dass dieses Quartierparking dann voraussichtlich 2031 benutzt werden könnte oder fertiggestellt wäre. Das heisst, man baut hier einfach wieder diese Parkplätze ab und die Anwohner müssen dann schauen während fünf, sechs, sieben Jahren, weil wir wissen ja alle, Bauprojekte in Basel-Stadt werden für gewöhnlich nicht pünktlich abgeschlossen und auch nicht zu den Kosten, die mitgeteilt werden. Also dann müssen die Anwohner sich umorientieren und da weiss jeder, bis in fünf Jahren suche ich mir andere Möglichkeiten.

Also auch hier ist das wieder vorgeschoben und wir haben gesehen, wie viele Quartierparkings nicht entstanden sind oder hier plötzlich zurückgerudert wurde. Das ist also einfach unehrlich. Man sagt hier, es gibt Parkplätze für die Anwohner mit diesen Quartierparkings. Es ist aber einfach noch überhaupt nicht klar, ob das tatsächlich so sein wird und es liegt auch fern in der Zukunft.



Es gibt also hier einige Dinge, die einfach nicht stimmen bei diesem Ratschlag. Deshalb fordern wir die Zurückweisung. Das muss überarbeitet werden, und sollte das nicht obsiegen, lehnen wir diesen Antrag, diesen Beschluss ab und bitten Sie, dasselbe zu tun.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Diese wird angenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie haben sich jetzt gerade sehr enerviert wegen dieser Quartierparkingsplanung. Aber haben Sie den Zeitplan im Ratschlag für die Riehenringanpassung für dieses Projekt auch angeschaut? Das geht eigentlich sehr gut auf.

Laetitia Block (SVP): Ja, klar, aber man weiss ja nie, wo sich was wie verschiebt. Deshalb die Betonung darauf, wie lange sich auch dieses Quartierparking hinziehen könnte, wenn es denn gebaut wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Zunächst möchte ich festhalten, dass der vorliegende UVEK-Bericht in vielen Teilen sorgfältig ausgearbeitet ist. Die zusätzlichen Bäume, die Aufwertung des öffentlichen Raums, Verbesserung für den Fuss- und Veloverkehr sowie die städtische Entwicklung des Gebiets sind wichtige Anliegen, die wir grundsätzlich unterstützen. Trotzdem beantragt meine Fraktion Rückweisung, aus anderen Gründen als die SVP.

Der Grund dafür ist einfach: Die Vorlage löst zahlreiche Probleme, schafft aber gleichzeitig ein neues, und zwar zulasten des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des Trams. Basel verfolgt seit Jahren das Ziel, den öffentlichen Verkehr zu fördern. Die Verkehrspolitik des Kantons ist darauf ausgerichtet, die Leistungsfähigkeit des Trams sicherzustellen und zu erhöhen und damit mehr Passagiere zu gewinnen. Die Basler Verfassung sieht sogar vor, dass der Staat dem öffentlichen Verkehr Vorrang einräumt.

Doch genau diesem Anspruch wird die Vorlage nicht gerecht. Heute verfügt das Tram am Riehenring über einer Eigentrassee. Diese stellt sicher, dass der öffentliche Verkehr möglichst unabhängig von Störungen im Strassenverkehr verkehren kann. Mit der vorliegenden Umgestaltung soll diese Eigentrassee faktisch aufgegeben und durch eine Mischtrassee ersetzt werden. Im Bericht des Regierungsrates wird selbst eingeräumt, dass es bei hoher Verkehrsbelastung im Mischstrasse höher als heute zu Störungen im Trambetrieb kommen kann. Ebenso wird festgehalten, dass Anlieferungs- und Parkierungsvorgänge den Trambetrieb behindern können. Mit anderen Worten, der Bericht bestätigt selbst, dass die Zuverlässigkeit des Trams abnimmt.

Gleichzeitig wird argumentiert, dass die dadurch entstehenden Fahrzeitverluste durch die Zusammenlegung der Haltestellen Riehenring und Musical Theater kompensiert würden. Genau hier liegt das Problem. Man verschlechtert die Betriebsqualität des Trams und versucht dies durch die Aufhebung einer Haltestelle wieder auszugleichen. Das ist keine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, es ist eine Kompensation einer selbst verursachten Verschlechterung. Für die betroffenen Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner bedeutet dies längere Fusswege. Besonders betroffen sind ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Personen mit eingeschränkter Mobilität sowie Fahrgäste, die auf kurze Wege zu Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten oder ihrem Zuhause angewiesen sind.

Das Behindertengleichstellungsgesetz verlangt zu Recht einen barrierefreien Ausbau der Haltestellen. Doch Barrierefreiheit bedeutet nicht nur einen hindernisfreien Einstieg. Barrierefreiheit bedeutet auch, dass Haltestellen erreichbar bleiben. Ein perfekter Perron nützt wenig, wenn der Weg dorthin deutlich länger wird. Ebenso problematisch ist die Annahme, dass der Tramverkehr künftig durch sogenannte elektronische oder virtuelle Eigentrassees geschützt werden kann. Die Praxis zeigt es etwas anders. Förderanlagen und Dosierungssysteme funktionieren nur dort zuverlässig, wo ausreichend Stauraum vorhanden ist. Gerade in dicht bebauten Stadtgebieten stossen solche Systeme an ihre Grenzen und gerade am Riehenring fehlen die räumlichen Voraussetzungen dafür.

Trams, die im Stau stecken, sind also vorprogrammiert. Es gibt in Basel Beispiele, die zeigen, dass elektronische Lösungen ein echtes Eigentrassee nicht ersetzen können. Ein Eigentrassee wirkt immer, eine elektronische Priorisierung wirkt nur dann, wenn die Verkehrssituation dies überhaupt zulässt. Reden wir also nicht darüber, wie überhaupt allgemein die Lichtsignalanlage zulasten von ÖV und Velo gesteuert werden, reden wir auch nicht darüber, wenn die ASTRA die Lichtsignalanlage steuert, um den Autobahnverkehr in die Stadt einfließen zu lassen.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der oft vergessen wird, das Fahrpersonal. Wer täglich Tram fährt, weiss, dass jedes Stück Eigentrassee die Arbeit erleichtert. Jede Vermischung mit dem übrigen Verkehr erhöht die Belastung, erhöht die Anzahl



Konfliktsituationen und erhöht den Stress. Das Fahren im Stau oder im stockenden Verkehr ist nicht nur ineffizient, sondern belastet auch die Gesundheit der Mitarbeitenden. Entsprechende Untersuchungen bestätigen klar, dass der Mischverkehr mit höherem Unfallrisiko, schlechteren Arbeitsbedingungen und geringerer Pünktlichkeit verbunden ist, was eben die Gesundheit und Belastung des Personals direkt beeinträchtigt. Wenn wir über die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs sprechen, müssen wir deshalb auch über die Arbeitsbedingungen jener Menschen sprechen, die diesen Verkehr überhaupt ermöglichen.

Besonders bedenklich ist für mich der grundsätzliche Widerspruch dieser Vorlage. Wir sprechen in Basel ständig davon, dass wir mehr Menschen für den öffentlichen Verkehr gewinnen wollen. Wir wollen klimafreundliche Mobilität fordern, wir wollen den Modalsplit zugunsten nachhaltiger Verkehrsmittel verändern. Doch gleichzeitig akzeptieren wir Projekte, welche die Fahrplanstabilität verschlechtern, die Zuverlässigkeit reduzieren, wichtige Haltestellen aufheben und das Tram in den Mischverkehr schicken. Wir können sicher nicht von Verbesserungen reden. Das Resultat ist absehbar, das Tram wird noch langsamer, als es schon heute ist, es wird störungsanfälliger, unattraktiv und Sparübungen müssen dann hin. Personal bei der BVB, wie vor einem Monat, muss entlassen werden, kurz, eine Abwärtsspirale.

Wer den öffentlichen Verkehr stärken will, muss ihm den nötigen Raum geben. Dazu gehören Eigentrassees, echte physisch gesicherte Trasse, die den Tramverkehr unabhängig vom übrigen Verkehr machen. Der vorliegende Bericht geht jedoch in die entgegengesetzte Richtung, deshalb beantragen wir die Rückweisung. Nicht, weil wir gegen Bäume wären, nicht weil wir gegen sichere Velostreifen oder gegen eine bessere Gestaltung des öffentlichen Raums wären, sondern weil eine Neugestaltung des Riehenrings nicht auf Kosten des Trams und vor allem nicht der Trampassagiere erfolgen darf.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Béla Bartha für die GRÜNE/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Wir sehen es, die Ansprüche sind mannigfaltig, die Lösungen sind immer auch Kompromisse. Wenn wir die Verkehrsstatistik anschauen, sehen wir aber auch, dass vor allem an einem Ort wirklich eine grosse Steigerung vorhanden ist und das ist vor allem die Nutzung des Velos und vor allem die Nutzung des E-Velos. Und es zeigt sich gerade beim Rheinring, dass dann natürlich dieser Konflikt die Verbesserung der Situation für die Velos ein ganz wichtiger Punkt war in der Lösung, die wir heute vorliegen haben. Das eine war sicher die Verbreiterung des Velostreifens gegenüber den parkierten Autos übrigens, wo man einfach versuchte, die Unfallgefahr durch Dooring herunterzusetzen, indem man dort grössere Abstände hat und dort auch eine wirklich gut vom übrigen Verkehr abgesicherte und abgetrennte Lösung findet. Und das hat natürlich dann beim beschränkten Platz zur Folge gehabt, dass man auch gleichzeitig auch die Aufenthaltsqualität auf den Flächen verbessern wollte, die die Fussgänger benutzen, indem man eben mehr Grün schafft, die Baumreihen schliesst und dort die Qualität auch erhöht.

Und das ist alles ein Kampf um Platz, und damit man diesen Platz bekommt, hat man auf der anderen Seite versucht, die Trasse von dem Tram und dem MIV zusammenzulegen. Alle diese Befürchtungen, die wir jetzt vorher gehört haben, sind natürlich Voraussagen, die man so treffen kann, das ist Kaffeesatzleserei, weil wir wissen nicht, ob das dann wirklich auch so kommt. Aber auf der anderen Seite hat ja auch dieser Vorschlag klar reagiert auf diese Befürchtung, indem man eben diese Zusammenlegung der beiden Haltestellen gemacht hat, um den Fluss des Verkehrs trotzdem sicherzustellen und natürlich auch über die Signalisation versucht man diese zu regeln. Das ist eine Massnahme, die je nachdem gelingen kann oder eben auch nicht.

Aber dort haben wir auch wieder eine nächste Massnahme, die das auch wieder regelt, das ist die Reduktion des Tempos. Hier hört man immer wieder, dass das eine Schikane sei. Es ist hier in diesem Fall absolut keine Schikane, sondern es ist für die Bevölkerung, die dort wohnt. Wir haben ein Gutachten der Strassenlärmsanierung vorliegen, das ganz klar zeigt, dass der Strassenlärm in der Nacht dort nicht erträglich ist und die Grenzwerte weit überschreitet. Deshalb geht es hier nicht um eine Schikane, sondern schlicht und ergreifend einfach um die Umsetzung der Lärmschutzverordnung, die man hier machen muss und nicht machen dürfte oder machen könnte. Es ist ein Muss.

Die Herabsetzung der Parkplätze ist natürlich etwas, das auch der Aufenthaltsqualität geschuldet ist, dass man mehr Grün hinbekommt. Das ist auch wieder ein Kampf um Platz. Wir haben ganz klar gesagt, wir möchten Klimaverbesserung, wir wollen das nicht nur für die Tiere und für die Pflanzen, sondern wir wollen das eben auch für die Menschen. Wenn man dort eine bessere Aufenthaltsqualität hat, kann man auf der anderen Seite vielleicht auch längere Wege besser in Kauf nehmen. Es handelt sich hier nicht um Kilometer, die die Leute jetzt plötzlich zurücklegen müssen, sondern es handelt sich etwa um eine Strecke, die vielleicht etwa viermal so gross wie hier dieser Saal ist. Es ist also auch hier nicht eine Schikane, sondern es ist eine Möglichkeit und ein Kompromiss, um eben alle diese Anforderungen zu erfüllen.

Von unserer Seite her ist es ein guter Kompromiss. Er kommt den wirklichen Belangen, dem Druck auch, dass man Verbesserungen macht eben gerade bei den Fahrrädern, entgegen. Es kommt auch den Behinderten entgegen, indem man auch ganz klar behindertengerechte Einstiegsmöglichkeiten im ÖV macht und eben auch die Qualität der Flächen erhöht, nicht nur für den Menschen, sondern vor allem auch für die Biodiversität.



Die Sonderparkplätze übrigens sind etwas, das wir jetzt immer wieder hören werden. Das ist etwas vom Gewerbe Gewolltes. Es ist etwas, das dem Gewerbe sicher mehr bringt und es geht hier um Umwidmungen, aber nicht nur um Umwidmungen, sondern um zusätzliche Orte, die man mit solchen Sonderparkplätzen bestückt, und die man dann eben – das finden Sie zwar komisch und nicht richtig, aber wir finden das eine grosse Dienstleistung –, dem Quartier zur Verfügung stellt, indem über Nacht Besucher dort ihr Auto stehen lassen können.

Das kann man alles in Frage stellen. Ich stelle zum Beispiel furchtbar in Frage, warum man bei einer Zubringerstrasse zur Autobahn schon mit 80 kmh beschleunigen muss und nicht einfach dort beschleunigt, wo man dann auch die Flächen hat. Daher sehe ich nicht ein, warum man jetzt schon auf das Rücksicht nehmen muss, schon viele Kilometer, bevor man überhaupt dort ist.

Also, in diesem Ratschlag gibt es viele Verbesserungen, es gibt Kompromisse, völlig klar, aber es ist gerade für die Menschen, die in diesem Quartier und um dieses Quartier herum wohnen eine grosse Verbesserung ihrer Lebensqualität. Und das soll es auch sein und dazu können wir solche Kompromisse, die wir heute haben, absolut eingehen. Ob wir dann irgendwelche Staus in Zukunft haben, weil man diese Trassen zusammenlegt, das werden wir sehen, aber wir haben alle Massnahmen ergriffen, damit das nicht dazukommt. So steht eigentlich Behauptung gegen Behauptung. Wir sind sehr für die Annahme dieses Ratschlags.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir fahren heute Nachmittag um 15 Uhr mit Traktandum 8 weiter. Zu den Interpellationen hat Regierungsrätin Esther Keller darum gebeten, die Interpellationen, welche sie mündlich beantwortet, vorzuziehen, da sie nachher die Sitzung verlassen muss. Ich schlage somit vor, dass wir mit den Interpellationen 56, 60 und 61 beginnen und danach zur gewohnten Reihenfolge zurückkehren.

Schluss der 17. Sitzung

12:02 Uhr



Protokoll

der 18. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 3. Juni 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Melanie Eberhard (SP), Raffaella Hanauer (Grüne/jgb), Balz Herter (die Mitte/EVP).</i>

Verhandlungsgegenstände:

8.	Ausgabenbewilligung für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur Bromptbacherstrasse (Umgestaltung Riehenring), Bericht der UVEK	2
10.2.	Interpellation Nr. 56 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Debakel bei der Hafenbahn-Planung durch das Bau- und Verkehrsdepartement	6
10.6.	Interpellation Nr. 60 Ivo Balmer betreffend steigender Projektkosten bei der Hafenbahn und Sicherstellung des Gegenvorschlags zur Hafeninitiative	8
10.7.	Interpellation Nr. 61 Fina Girard betreffend Planungsdebakel bei der Hafenbahn-Verlagerung und die Folgen für die Stadtteilentwicklung Klybeck und Kleinhüningen	10
10.1.	Interpellation Nr. 55 Gabriel Nigon betreffend Erwerb der Areale «im Surinam» und «Horburg»	11
10.3.	Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Basler Baustellenmanagement und Veloverkehrsrouten..	13
10.4.	Interpellation Nr. 58 Jessica Brandenburger betreffend Sicherstellung einer fairen und nahtlosen Anstellung von PH-Absolventinnen und -Absolventen beim Berufsstart an Basler Schulen	14
10.5.	Interpellation Nr. 59 Eric Weber betreffend Tiere in der Verwaltung	14
10.8.	Interpellation Nr. 62 Barbara Heer betreffend chronisches Versagen bei der Schulwegsicherheit rund um die Erneuerung Bäumlhofstrasse	15
10.9.	Interpellation Nr. 63 Stefan Wittlin betreffend Schulwegsicherheit rund um die Sanierung der Schwimm- und Turnhallen auf dem Campus Bäumlhof	16
10.10.	Interpellation Nr. 64 Christophe Haller betreffend möglichen Zusammenhang zwischen Einführung des Mindestlohnes und Zunahme der Arbeitslosenquote im Kanton Basel-Stadt	16
10.11.	Interpellation Nr. 65 Luca Urgese betreffend Entwicklung der Betriebsmodelle im Basler Taxigewerbe seit Einführung des kantonalen Mindestlohns	16
10.12.	Interpellation Nr. 66 Adrian Iselin betreffend geplante Begegnungszone am Burgweg im Wettsteinquartier	16
10.13.	Interpellation Nr. 67 Lorenz Amiet betreffend Begegnungszonen als Superblock Light?	16
9.	Ausgabenbewilligung zur Sanierung des Petersplatzes, Bericht der UVEK	17
9.1.	Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Veloweg auf dem Petersplatz, Bericht der UVEK	23
11.	Anzug 1 Regiokommission betreffend Städtepartnerschaft als Beitrag zur europäischen Kohäsion	23
12.	Anzug 2 Tobias Christ und Leoni Bolz betreffend Klimaziel 2037 erreichen: Pilotprojekt für eine nachhaltige urbane Mobilität	25
13.	Anzug 3 Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Massnahmen für ein einfaches Parkieren des Gewerbes	30
14.	Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser, Stellungnahme des RR	34



Beginn der 18. Sitzung

Mittwoch, 3. Juni 2026, 15:00 Uhr

8. Ausgabenbewilligung für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur Brombacherstrasse (Umgestaltung Riehenring), Bericht der UVEK

[03.06.26 15:00:06, 25.0159.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen noch folgende Mitteilung zu machen.

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Andrea Strahm hat auf den 8. September ihren Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Wir werden sie an der Bündelitagssitzung gebührend verabschieden.

Wir fahren weiter mit Traktandum 8. Als Fraktionssprecherin eingetragen hat sich Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion folgt der einstimmigen Empfehlung der Kommission, also dem 13:0 der UVEK, und stimmt dem Projekt zu. Die SP-Fraktion anerkennt, dass mit dem vorliegenden Projekt wertvolle Verbesserungen erzielt werden, auch wenn wir natürlich eigentlich lieber noch mehr Bäume, noch bessere Velomassnahmen und am allerliebsten auch ein Eigentrassee für das Tram gehabt hätten.

Wir anerkennen aber, dass alles gleichzeitig auch auf dem Riehenring nicht möglich ist und wir wollen die wichtigen Velomassnahmen unbedingt erhalten und akzeptieren deshalb den Kompromiss mit einem zeitlichen Eigentrassee für das Tram, wo, wie es Nicole Strahm und weitere auch schon ausgeführt haben, das Tram zum sogenannten Pulkführer wird, und damit kann dem ÖV der Vorrang gewährt werden, der gesetzlich dafür vorgesehen ist. Die Zusammenlegung von zwei Tramhaltestellen führt zudem zur oft gewollten Beschleunigung des Trams. Da mit der Anpassung gleichzeitig auch die Umsteigebeziehungen zwischen Tram 14 und Bus 30 verbessert werden, ist das eine runde Sache. Auch dies spiegelt sich wohl im einstimmigen Entscheid, 13:0, der Kommission wieder.

Wir haben ja alle die neusten Verkehrstatistiken erhalten und sicher auch mit Interesse gelesen. Seit 2010 hat der Veloverkehr in Basel-Stadt um 75% zugenommen. Das ist viel. Und umso wichtiger ist es, dass wir mit den Velomassnahmen wirklich vorwärts machen und Rückstand aufholen, der über die letzten Jahre entstanden ist. Denn nein, der Ausbau der Veloinfrastruktur in unserem Kanton hat mit der starken Zunahme des Veloverkehrs nicht Schritt gehalten. Nur die Velo-Hasser*innen, um in der Ausdrucksweise von Laetitia Block zu bleiben, weigern sich standhaft, dies zu anerkennen und pro memoria, die Kosten von Velofahrenden sind volkswirtschaftlich negativ.

Ein besonderes Augenmerk legen wir als SP auf die Würdigung einer kleinen, aber wirksamen Anpassung des Projektes. Zur Verhinderung von Dooring-Unfällen konnte der Abstand von parkierten Fahrzeugen zum Velostreifen um 25cm erhöht werden, auch dies wurde bereits mehrfach erwähnt. Diese 25cm haben wirklich das Potenzial, Leben zu retten. Dooring-Unfälle sind besonders heimtückisch und gefährlich. Auch bei Veloführungsmassnahmen, zum Beispiel bei Abbiegebeziehungen, wurden aus unserer Sicht Verbesserungen gemacht.

Zur Begrünung. Saldo; 12 Bäume, 12 Bäume mehr sind 12 Bäume mehr. Wir bedauern, dass es nicht noch mehr sind und dass nicht noch mehr, vor allem auch zusammenhängend entsiegelte und begrünte Flächen auch zwischen den Bäumen möglich ist. Auch Sträucher und andere Begrünung könnten eine wertvolle Aufwertung sein und diese benötigen nicht den gleichgrossen Abstand wie Bäume. Wir akzeptieren aber, wie gesagt, die hier vorgeschlagenen Begrünungsmassnahmen.

Zum Schluss möchte ich noch ein paar Worte zu Tempo 30 und zum Lärm sagen. Wir anerkennen, dass wir über die Einführung von Tempo 30 mit dem Ratschlag zur Umsetzung der entsprechenden Motion dann noch ausführlich sprechen und wohl auch streiten werden. Ich möchte aber trotzdem einen kurzen Blick auf die Lärmkatasterkarte werfen. Auf unserer MapBS-Karte mit den vielen Layern sind im Projektperimeter rund 20 rote Punkte zu sehen. Ich habe den Projektperimeter Ihnen hier einigermassen eingezeichnet. Ein roter Punkt bedeutet, Immissionsgrenzwert überschritten. Angesichts dieser Tatsache finde ich es schade, dass man im Rahmen dieses Projekts lediglich über Tempo 30 nachts redet. Denn wie Sie sehen, sind es rund 20 rote Punkte, dort, wo wir jetzt gleich drüber sprechen. Ich finde es schwierig, den Menschen, die dort



leben, zu erklären, wieso Tempo 30 in einem solchen Fall nicht die erste und logischste Massnahme ist. Laetitia Block hat heute Morgen doch ausgeteilt. Ich nehme zur Kenntnis, dass die SVP-Fraktion dieses Anliegen nur noch peinlich findet, ich zitiere sie auch in diesem Fall wörtlich und erlaube mir die Anmerkung, dass ich es doch etwas speziell finde, dass dieser Tonfall hier drin inzwischen offenbar akzeptiert ist.

Zurück zum eigentlichen Ziel, zum Effekt von Tempo 30. Ich habe jetzt hier nur die Lärmreduktion angesprochen, die erzielt werden würde, ich habe noch nicht mal von der Sicherheit gesprochen, die ja mit Tempo 30 ebenfalls steigen würde. Auch diese rund 20 roten Punkte sind ein Hinweis darauf, dass wir mit Tempo 30 vorwärts machen sollten, wenn uns die Lebensqualität der Menschen in Basel am Herzen liegt.

Dem vorliegenden Projekt stimmt die SP-Fraktion, wie erwähnt, dennoch zu und folgt somit der einstimmigen Empfehlung der UVEK.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Einzelsprechenden. Eingetragen hat sich als erste Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Ich vertrete hier eine Minderheit unserer Fraktion, wir werden dem Geschäft zustimmen. Ich halte mich kurz. Der Umbau des Riehenrings ist komplex und muss diversen Nutzen nachkommen. Behindertengerechter ÖV, Reduktion von Haltestellen zugunsten von schnelleren Verbindungen, Begrünung und Entsiegelung der Seitenränder und der Parkplätze sind sinnvoll, Platz und Sicherheit für den Veloverkehr. Und obwohl die Strasse sehr breit ist, treffen hier wirklich viele Ansprüche aufeinander, die es zu erfüllen gilt.

Wir hoffen aber vor allem auf einen zügigen Umbau. Das ist uns sehr wichtig. Allein die Verbesserung vielleicht des Timings wäre sinnvoll, denn ein Abbau der hinteren Haltestelle, bevor überhaupt die Anschlussverbindung zum Bahnhof tatsächlich steht, ist unsinnig. Aber vielleicht schaffen Sie es ja noch im Timing, dies flussend zu gestalten und dann wären wir doch sehr zufrieden.

Und dann hoffen wir doch, dass es einen Fussgängerstreifen gibt bei der Brombacherstrasse, so haben wir das diskutiert in der Kommission, denn als wir einen Augenschein genommen haben, haben wir gesehen, dass es hier wirklich Nachholbedarf gibt, weil es die Sicherheit tatsächlich sehr verbessern würde, wenn man da in diesem, ich weiss nicht, ob Sie es vor sich haben, wenn man da in der Kurve auch sicher mit einem Fussgängerstreifen über die Strasse gehen könnte.

In diesem Sinne unterstützen wir aber das vorliegende Geschäft.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Die LDP stimmt hier zu, das gerade vorweg, und trotzdem stehe ich hier vorne und sage noch zwei, drei Worte, weil ich natürlich im Kleinbasel seit vielen Jahren zu Hause bin und halt doch ein bisschen hinweisen will auf die verschiedenen Situationen, die der ganze Verkehr im Kleinbasel mitbringt. Trotzdem habe ich nur fünf Minuten Zeit, um die ganze Thematik zu diesem Thema aufzurollen.

Wir haben hier eine gute Idee. Das ist auch eine schwierige Strasse für alle Verkehrsteilnehmer, die dort aneinander vorbei müssen, und ich bin ein Freund von Entflechten. Das entflechtet nicht. Ich gebe es zu, ich habe auch nicht gerade eine bessere Idee hier vorne, aber man hat nachher ein Tram, das vorneweg fährt oder wartet, bis die Leute ein- und ausgestiegen sind, hintendran warten Autos oder Lastwagen. Auf die Autobahn wollen sie vorne auch noch, der einzige Weg, wenn man auf dem Wettsteinplatz ist und auf die Autobahn Richtung Deutschland und Frankreich möchte, führt dort durch, jetzt ganz speziell, wo die ganze Baustelle noch auf der Autobahn ist. Alles sollte nachher dort durchfahren und die Velos haben ein kleines Plätzchen, wo sie nach vorne fahren können. Das reicht mir nicht, dass ich mit meinen Grosskindern sicher sein kann, dass ich dort von A nach B komme. Meine Vorstellung ist, dass die Velowege in Basel sichere Wege sind, dass man wirklich mit den Velos weit weg von den Lastwagen, weit weg vom ÖV, am liebsten weit weg von den normalen Autos durch die Stadt fahren kann, sicher und gemütlich.

Aber das fehlt mir hier und wir kriegen das auch nicht hin, indem wir mit dieser Pflasterlipolitik dort mal 800m und dort wieder 600m bauen. Nochmals, ich gebe es zu, ich habe auch keinen Plan hier vorne, aber dort wäre ich wahnsinnig froh, wenn man ganz gut hinschaut, bevor man etwas macht, was vielleicht ideologisch auch ein bisschen angehaucht ist, dass man wirklich schaut, dass es für alle irgendwo Sinn macht und nicht nur politisch gerade in den Rahmen passt.

Wie gesagt, die LDP wird zustimmen, alles ist gut und ich habe geschlossen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich mache es ganz kurz. Wenn wir ein bisschen weiter vorne sind bei dieser Strasse vor dem Kongresszentrum, das ist eigentlich eher eine Zwischenfrage, dort haben wir vor kurzer Zeit sehr lange gebaut, gegrabt und alles umgestaltet und dort vorne haben wir es aber nicht geschafft, Velomassnahmen hinzumachen und jetzt hinten machen wir alles. Für mich fragt sich schon auch, wenn wir von Entflechtung reden auf dieser wichtigen Strasse, dass wir jetzt wirklich dort vor dem Kongresszentrum, wo wir erst vor einem Jahr, vielleicht ist es noch nicht mal ein ganzes Jahr, abgeschlossen haben, das nicht fertig gebracht haben mit Velomassnahmen und hinten müssen wir jetzt die ganzen machen. Das ist für mich nicht ganz verständlich bzw. ich habe dann auch wieder ein bisschen das Gefühl, hauptsächlich man kann hinten ein bisschen die Autofahrer belästigen. Das war eine Frage.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat nun die Vorsteherin des Bau- und Verkehrsdepartements, Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die angeregte Debatte. Man sieht, dass hier sehr unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, wie sich der Strassenraum entwickeln soll. Und ich nehme vielleicht gerade die Frage von Herrn Seiler auf, ich muss das tatsächlich mitnehmen, den Perimeter, den Sie meinen, weshalb man da offensichtlich keine Massnahmen gemacht habe. Ich nehme das gerne mit und werde das nachprüfen.

Dann möchte ich vielleicht mit dem Thema ÖV starten. Ich gebe Ihnen recht, ich glaube, Frau Grossrätin Bernasconi hat das am stärksten ausgeführt und betont, dass ein Eigentrassee für Tramlinien natürlich immer die beste Lösung ist. Es ist aber auch so, dass Flächen im Strassenraum wirklich einfach ein knappes Gut sind und sie müssen verschiedene Funktionen erfüllen. Wir können nicht zusätzlich begrünen und zusätzliche Velowege und Fusswege, ohne dass es zu Lasten anderer Verkehrsflächen geht. Und den Strassenraum geschickt zu nutzen, auch die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen, das ist ein wichtiges Element unserer Planung. Und wo nötig, müssen wir dann eben auf Eigentrassees verzichten zugunsten von anderen Dingen. Aber mit intelligenter Steuerung können wir die Nachteile für den ÖV reduzieren und hier tragen wir auch mit der Zusammenlegung von zwei Haltestellen dazu bei, dass die Tramlinie eben wieder beschleunigt wird.

Dann zu Ihrem Votum, Frau Grossrätin Block. Es ist tatsächlich so, dass wir im Umweltschutzgesetz natürlich festgehalten haben, dass wir den umweltfreundlichen Verkehr priorisieren müssen. Das wiederum bedeutet, dass wir das in ganz konkreten Projekten auch tun müssen, denn ein abstraktes Gesetz, das wir niemals anwenden, das bringt niemandem etwas.

Dann zum Quartierparking am Riehenring respektive ob es überhaupt realisiert wird. Das hoffe ich doch sehr, einerseits, dass es zeitlich passt, davon gehe ich aus, und andererseits auch, dass es klappt. Da haben Sie, der Grosse Rat, auch einen Teil davon wirklich selbst in der Hand, weil die entsprechenden Ratschläge im Moment in der Kommission zur Beratung sind. Wir legen los, sobald und sofern wir von Ihnen grünes Licht erhalten.

Generell möchten wir die Gelegenheit von solchen Sanierungsarbeiten nutzen zugunsten wichtiger Verbesserungen für die Verkehrssicherheit, für die Begrünung, für Fuss- und Velowege und anhand der Debatte haben Sie gehört, dass wir einen Kompromiss gesucht und, wie ich doch hoffe, gefunden haben. Danke noch an dieser Stelle auch der Kommission für die sorgfältige Auseinandersetzung mit dem Geschäft und auch den Hinweisen, die wir gerne mit ins Bauprojekt nehmen.

Der Regierungsrat bittet Sie, dem Ausgabenbericht zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Nicole Strahm-Lavanchy für die UVEK. Sie verzichtet. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde beantragt von Laetitia Block und Patrizia Bernasconi, den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

18 Ja, 67 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009071, 03.06.26 15:16:32]



Der Grosse Rat beschliesst

den Bericht nicht zurück zu weisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 18 Ja-Stimmen gegen 67 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen den Bericht nicht zurückgewiesen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 19 des Berichts)

Titel und Ingress

Gesamtausgaben

- Umgestaltung Riehenring
- Massnahmen Abschwächung Klimawandel
- Publikationsanlagen, Haltestellen
- Aufrechterhaltung ÖV
- Entwicklungsbeitrag Grünflächen
- Wiederkehrende Kosten für Pflege und Grünflächen
- Wiederkehrende Betriebs- und Unterhaltskosten
- Erhaltung der Strasse gemäss heutigem Standard
- Erhaltung Abwasserableitungsanlagen
- Erhaltung Lichtsignalanlagen
- Erhaltung Gleis- und Fahrleitungsanlage

Publikation und Referendums klausel

Wir kommen damit zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 16 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009073, 03.06.26 15:18:06]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur Brombacherstrasse werden Ausgaben von Fr. 25'605'700 bewilligt (Preisbasis Nordwestschweizerischer Baupreisindex Tiefbau vom 1. April 2023 = 123.9 / Basis Oktober 2010 = 100 Punkte). Diese teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 5'755'000 neue Ausgaben für die Umgestaltung des Riehenrings zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich IB1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»
- Fr. 2'045'000 neue Ausgaben für die Massnahmen zur Abschwächung der Auswirkungen des Klimawandels zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich IB1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, Mehrwertabgabefonds»
- Fr. 201'100 neue Ausgaben für die Publikumsanlagen der Tram- und Bushaltestellen an der Feldbergstrasse zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 3, als Darlehen an die BVB



- Fr. 4'500'000 einmalige Aufwendungen für die Aufrechterhaltung des Öffentlichen Verkehrs während der Realisierung der Baumassnahme zu Lasten der Erfolgsrechnung des BVD, Globalbudget Öffentlicher Verkehr
- Fr. 28'800 einmalige Ausgaben als Entwicklungsbeitrag Grünflächen und Bäume zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds
- Fr. 9'300 jährlich wiederkehrende Folgekosten für die Pflege der Grünflächen und Bäume sowie Bänke zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei
- Fr. 3'300 jährlich wiederkehrende Betriebs- und Unterhaltskosten für den Trinkbrunnen als Folgekosten der Anpassung des Leistungsauftrages der IWB zu Lasten der Erfolgsrechnung des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt
- Fr. 3'315'000 für die Erhaltung der Strasse gemäss dem heutigen Strassenstandard zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich IB1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Strassen
- Fr. 2'039'800 für die Erhaltung der Abwasserableitungsanlagen gemäss dem heutigen Standard zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Abwasserableitungsanlagen
- Fr. 433'300 für die Erhaltung der Lichtsignalanlagen gemäss dem heutigen Standard zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Lichtsignalanlagen
- Fr. 7'275'100 für die Erhaltung der Gleis- und Fahrleitungsanlage sowie von Publikumsanlagen gemäss dem heutigen Standard als Darlehen an die BVB

Die gebundenen Ausgaben können vom Regierungsrat auch dann realisiert werden, wenn der Grosse Rat oder die Stimmbevölkerung das Gesamtprojekt ablehnen würde.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 69 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

10.2. Interpellation Nr. 56 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Debakel bei der Hafenbahn-Planung durch das Bau- und Verkehrsdepartement

[03.06.26 15:18:23, 26.5204.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Die Verlagerung der heutigen Hafenbahn ist nicht von Sanierungsbedarf getrieben, sondern Voraussetzung für eine seit langem angestrebte städtebauliche Entwicklung, die die Lebensqualität im Norden von Basel erhöhen soll. Am Klybeckquai sollen unter anderem preisgünstiger Wohnraum sowie ein grosszügiger Quartierpark entstehen, der das heutige Quartier Klybeck mit dem Rhein verbindet. Am Westquai liegt der Fokus auf einer schrittweisen Entwicklung für Gewerbe, Freizeit und Kultur sowie weiteren Grün- und Naturräumen.

Wie der Regierungsrat in einer Medienmitteilung von Mitte Mai kommuniziert hat, zeigen sich bei vertiefter Prüfung grosse Abweichungen zu den ersten Kostenschätzungen für die Verlagerung der Hafenbahn. Aufgrund dessen wurde ein Projektreview in Auftrag gegeben. Zudem wird von Seiten Regierungsrat wegen der neuen Ausgangslage die Auswirkung auf die Hafen- und Stadtentwicklung und das Kosten-Nutzen-Verhältnis überprüft. Bis im Herbst wird der Regierungsrat über das weitere Vorgehen entscheiden. Bis dahin pausieren die Vorprojektplanungen.



Das waren einleitende Bemerkungen. Ich komme nun zu den konkreten Fragen.

Zu Frage 1. Dem Regierungsrat ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich das Projekt Hafenbahnverlagerung in einer frühen Phase der Projektierung befindet, konkret erst in der Vorprojektphase. Die ersten Kostenprognosen basieren auf einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2022. Es ist üblich, dass solche Kostenprognosen erst bei genaueren Untersuchungen bestätigt oder auch verworfen werden können, dies insbesondere bei Projekten in dieser Grösse und Komplexität. Wichtig ist dem Regierungsrat bei allen Projekten, dass bis zum endgültigen Entscheid über die Realisierung zuverlässige Zahlen zur Grössenordnung vorliegen.

Zu Frage 2, zur Kommunikation. Der Entscheid über die Realisierung wurde, wie bereits erwähnt, noch nicht gefällt. Die Information der Kommissionen und der Öffentlichkeit über die höhere Kostenprognose erfolgte somit zu einem frühen Zeitpunkt, nämlich noch während der laufenden Planungsarbeiten. Der Grund für die eher frühe Kommunikation, nämlich bevor der Regierungsrat über das weitere Vorgehen beschlossen hat, war die Relevanz für die Abstimmung am 14. Juni zur Klybeckinsel-Initiative. Der Regierungsrat wollte frühzeitig Transparenz für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger schaffen.

Zu Frage 3 bezüglich externer Expertise. Bereits die Machbarkeitsstudie wurde mit externer Expertise erstellt. Auch die momentane Kostenüberprüfung geschieht wiederum mit externer Expertise. In das Projekt sind namhafte Ingenieurbüros involviert, im Weiteren wurden Zweitmeinungen weiterer externer Fachspezialisten eingeholt.

Zu Frage 4, zu den Auswirkungen des Rheintunnel-Neins. Das Projekt Rheintunnel hätte die Fläche des Lagerbahnhofs der Deutschen Bahn während rund zehn Jahren als Installationsfläche verwendet. Dafür wäre der Lagerbahnhof geräumt und die heutigen Nutzungen verlagert worden. Danach hätte die Fläche für die Verlagerung der Hafenbahn genutzt werden können. Aufgrund des Neins zum Rheintunnel müssen diese Kosten von rund 25 Mio. Franken durch das Projekt Hafenbahn getragen werden.

Zu Frage 5 bezüglich Finanzierung respektive Beteiligung durch den Bund. Die Anfrage ist zu einem früheren Zeitpunkt bereits erfolgt. Das Bundesamt für Verkehr lehnte jedoch eine Beteiligung an den Investitionskosten ab. Nach Abschluss des Vorprojektes sollen gemeinsam mit dem BAV mögliche finanzielle Beiträge erneut geprüft werden.

Zu Frage 6 bezüglich Folgen auf den Wohnungsmarkt. Falls die Hafenbahn nicht verlegt wird, wäre das im Sommer 2025 veröffentlichte städtebauliche Konzept Klybeckquai-Westquai mit Wohnraum für über 3'000 Einwohnende so nicht umsetzbar. Ob und wie viel Wohnraum ohne Verlagerung der Hafenbahn realisiert werden könnte, müsste in einer neuen Planung geprüft werden.

Zu Fragen 7a und 7b, zur Kompetenz der Personen. Das Projekt ist anspruchsvoll und wird daher sorgfältig mit den involvierten Institutionen sowie externen Expertinnen und Experten geplant. Damit ist sichergestellt, dass bereits in dieser frühen Phase festgestellt werden konnte, dass mit höheren Kostenprognosen zu rechnen ist. Das Projekt ist eine Zusammenarbeit zwischen drei Departementen, dem BVD, dem WSU, dem FD, den Schweizerischen Rheinhäfen und der Hafenbahn Schweiz AG sowie externen Ingenieurbüros. Sollte sich im Rahmen der Projektüberprüfung zeigen, dass organisatorische Änderungen sinnvoll sind, werden diese selbstverständlich umgesetzt. Wie bereits erwähnt, ist es nicht unüblich, dass sich Kostenprognosen in einer frühen Planungsphase ändern.

Zu Frage 8 bezüglich Kantons- und Stadtentwicklung. Die beiden genannten Dienststellen haben unterschiedliche Aufgaben, arbeiten jedoch thematisch eng zusammen. Die Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement war an der Machbarkeitsstudie zur Verlagerung der Hafenbahn nicht beteiligt. Der Regierungsrat sieht deshalb keinen Anlass für eine organisatorische Änderung.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich danke für die Beantwortung meiner Interpellation. Zufrieden bin ich mit den Antworten allerdings nicht. Eigentlich kann ich gar keine Beurteilung geben, da leider der Inhalt der Antworten aus Mangel an Substanz keine Beurteilung meinerseits zulässt.

Es wird einfach mehrfach darauf hingewiesen, dass sich das Projekt noch in einer frühen Phase befinde und Kostenanpassungen bei Grossprojekten nichts Ungewöhnliches seien. Genau damit wird aber die zentrale Frage nicht beantwortet. Wir sprechen schon lange von dieser Hafenbahn und sogar ich war schon mehrmals an einer Begehung, an der wir in den höchsten Tönen hörten, wie super toll das Projekt ist und wie toll man in der Planung wäre. Wir haben ja auch bereits Millionen im Grossen Rat dafür gesprochen. Was mit diesem Geld passiert ist, bleibt jedoch im Dunkeln. Bei dieser Sprechung des Geldes war nie die Rede, dass das Projekt auch nur nahezu keine Zukunft haben könnte.

Wir sprechen hier nicht über eine geringfügige Korrektur einer Kostenschätzung, sondern über eine Erhöhung von rund 200 Mio. Franken, es verdoppelt sich fast nahezu, sowie über eine Verzögerung von mindestens fünf Jahren. Das ist doch



erheblich. Es ist wie bei anderen Grossprojekten aus dem BVD. Ich kenne gerade keines, welches in den letzten Jahren wirklich sauber über die Bühne ging. Die wiederholten Abweichungen zwischen ursprünglicher Konzeption und der Realität werfen bei mir schon Fragen auf nach der Qualität von Projektierungen, des Controllings und der Kostenbeurteilung im BVD. Offen für mich bleibt auch noch, weshalb die Kosten so massiv gestiegen sind. Genannt wird lediglich der Wegfall des Rheintunnels mit Mehrkosten von rund 25 Mio. Franken. Mit einer Ablehnung an der Urne hätte man ja rechnen müssen und dies einplanen müssen, alles andere ist ja wirklich blauäugig.

Die Verlagerung der Hafenbahn ist für die Entwicklung des Hafenareals, für neue Wohnungen und für die wirtschaftliche Zukunft unseres Kantons von grosser Bedeutung. Da hätte ich doch entscheidendere Grundlagen erwartet, mehr Transparenz und eine nachvollziehbare Aufarbeitung der Ursachen in dieser Entwicklung. Eigentlich sehe ich schon den Todesstoss der Hafenbahn, nach langem «gluschtig» machen.

Ich nehme die unbeantworteten Antworten deshalb einfach zur Kenntnis, aber eigentlich fühle ich mich nicht ganz ernst genommen und mein Vertrauen in die zuständige Verwaltung wurde dadurch nicht gerade gefördert.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.6. Interpellation Nr. 60 Ivo Balmer betreffend steigender Projektkosten bei der Hafenbahn und Sicherstellung des Gegenvorschlags zur Hafeninitiative

[03.06.26 15:27:51, 26.5217.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: In Absprache mit den Interpellanten habe ich abgemacht, dass ich auf die einleitenden Bemerkungen bei der zweiten und der dritten Interpellation verzichte. Ich glaube, diese einleitenden Bemerkungen haben Sie schon gehört und vielleicht noch zuhause von Frau Strahm, möglicherweise wird die eine oder andere Frage jetzt auch mit dieser Interpellation noch beantwortet. Kommen wir zu den konkreten Fragen.

Zu Frage 1 bezüglich Qualität der ursprünglichen Kostenschätzung und den Konsequenzen. Das Projekt befindet sich in einer frühen Phase der Projektierung und, wie gesagt, die ersten Kostenprognosen basieren auf einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2022. Der Regierungsrat hat deshalb verschiedene vertiefende Analysen ausgelöst, um die Auswirkungen der neuen Ausgangslage umfassend beurteilen zu können. Bis im Herbst werden wir über das weitere Vorgehen entscheiden.

Zu den konkreten Kostentreibern. Erst mit Start des Vorprojekts können belastbare Grundlagen erarbeitet werden. Mit dem Wegfall des Rheintunnels entfallen wichtige Synergien. Leistungen, die ursprünglich dort vorgesehen waren, müssen nun im Hafenbahnprojekt umgesetzt werden, was zu Mehrkosten führt. Zudem sind während der Bauzeit zusätzliche Provisorien wie Bahn- und Strassenbrücken, Gleise, Strassen und Werkleitungen erforderlich. Auch die Bereitstellung von Naturschutzflächen sind aufwendiger als ursprünglich angenommen und erhöhen die Projektkosten zusätzlich.

Zum Thema Synergieeffekten mit dem Rheintunnel. Ja, es wiederholt sich jetzt ein bisschen, Sie müssen entschuldigen, das Projekt Rheintunnel hätte die Fläche des Lagerbahnhofs der Deutschen Bahn während rund zehn Jahren als Installationsfläche verwendet, näheres habe ich vorhin ausgeführt. Aufgrund des Neins müssen wir dort eben mit zusätzlichen Projektkosten von rund 25 Mio. Franken rechnen.

Dann zum Thema provisorische Bauten. In den ursprünglichen Kostenprognosen wurden Provisorien zwar berücksichtigt, jedoch nicht in ausreichendem Umfang. Erst mit dem Vorprojekt konnte die Bauphasenplanung gestartet werden. Bei den zusätzlichen Provisorien handelt es sich, wie bereits erwähnt, um Bahn- und Strassenbrücken, um Gleise, Strassen- und Werkleitungen. Vertiefte Informationen folgen mit dem Entscheid über das weitere Vorgehen.

Zum Thema der Naturschutzflächen. Der Grosse Rat hat im Juni 2024 beschlossen, dass mit dem Baukreditantrag zur Hafenbahnverlagerung ein Ersatzflächenkonzept betreffend Naturwerte für den Perimeter der Stadtentwicklung Klybeckquai-Westquai vorgelegt werden soll. Dabei sind die Naturwerte des stillzulegenden Hafenbahnareals südlich der Wiese zu berücksichtigen. Gemäss Gegenvorschlag zur Hafeninitiative müssen diese teilweise innerhalb des Perimeters der künftigen Hafenbahn ersetzt werden und auch hier können wir vertiefte Informationen dann im Herbst geben.



Zur Frage, ob die Kosten reduziert werden können durch allfällige Projektanpassungen oder reduzierte Qualitätsanforderungen. Diese entsprechenden Fragestellungen sind Gegenstand der laufenden Analyse. Diese Frage stellen wir uns natürlich auch.

Zu Frage 7, zu Auswirkungen auf die städtebaulichen und wohnpolitischen Zielsetzungen. Falls die Hafenbahn nicht verlegt wird, wäre das im Sommer 2025 veröffentlichte städtebauliche Konzept Klybeckquai-Westquai mit Wohnraum für rund 3'000 Einwohnende in dieser Form nicht umsetzbar. Ob und wie viel Wohnraum ohne Verlagerung der Hafenbahn realisiert werden könnte, müsste in einer neuen Planung geprüft werden.

Zu den Fragen 8 bis 10, zu genaueren Auswirkungen. Auch hier, die laufenden Analysen umfassen eben auch genau diese Zusammenstellung, wie sich diese Dinge auswirken. Wir möchten diese zuerst besprechen und der Regierungsrat wird im Herbst dazu kommunizieren.

Die vorletzte Frage zu den wohnpolitischen Zielsetzungen. Die angestrebte Arealentwicklung am Klybeckquai-Westquai stellt für Basel eine grosse Chance dar. Sie eröffnet beispielsweise Potenziale für zusätzlichen preisgünstigen bzw. gemeinnützigen Wohnraum, neue Grün- und Freiräume sowie neue Nutzungen für Gewerbe, Freizeit und Kultur. Gleichzeitig ist für den Regierungsrat wichtig, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Gesamtprojekts tragfähig ist.

Zu Frage 12 bezüglich alternative Entwicklungsszenarien. Die entsprechenden Fragestellungen sind Teil der laufenden Überprüfung. Der Regierungsrat wird nach Abschluss der Analysen über das weitere Vorgehen informieren.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ivo Balmer (SP): Erstmal herzlichen Dank dem Regierungsrat und der zuständigen Regierungsrätin, die heute die mündliche Beantwortung meiner Interpellation vollbracht hat. Ja, die prognostizierten Kostenentwicklungen, das lesen wir aus allen Interpellationen bei der Hafenbahn, die sind ein Hammer. Aus einer Machbarkeitsstudie mit Kosten von rund 275 Millionen sind inzwischen 475 Millionen geworden und ja, das macht eine grundlegende Überprüfung notwendig.

Es ist für mich aber auch klar, dass Kosten in einem frühen Projektstadium steigen können. Was mich bis zu einem gewissen Grad verunsichert und auch irritiert, ist das Ausmass dieser Abweichung und auch die aufgezeigten bis anhin zentralen Kostentreiber, seien es die Provisorien oder auch die Naturschutzflächen oder das Wegfallen der gehörten Synergien mit dem Bau des Rheintunnels. Bei Letzterem haben wir jetzt eine Kostenzahl, das sind 25 Millionen, das entspricht etwa 12,5% der Mehrkosten. Und da stellt sich für mich einfach die Frage der Belastbarkeit dieser ursprünglichen Grundlage und ich denke, hier braucht es jetzt gerade Transparenz und vor allem die Überprüfung von Vereinfachungen und Etappierungen. Etwaige Alternativen für das, was jetzt auch in diesem Projektreview angezeigt wird, gehen für mich schon in die richtige Richtung.

Was aber für mich genauso zentral ist, dass wir auf Grundlagen entschieden haben, zentrale stadt- und wohnpolitische Entscheide zu treffen und daher möchte ich stark davor warnen, jetzt nur aufgrund von diesen in den Raum gestellten höheren Kosten vorschnell irgendwelche politische Schlüsse zu ziehen. Denn was klar ist, die Entwicklung des Klybeckquais und auch später des Westquais ist eines der wichtigsten Stadtentwicklungsprojekte in unserem Kanton in den kommenden Jahrzehnten und es geht hier eben nicht nur um Geleise und Infrastruktur, es geht um die Frage, wie Basel wachsen kann und es geht darum, dass mehr preisgünstiger Wohnraum entsteht. Und der grösste Teil dieser Entwicklungsflächen liegen im Eigentum des Kantons und das ist der zentrale Unterschied zu den anderen Transformationsgebieten, die wir in diesem Kanton haben.

Ich möchte hier betonen, gerade für die Akzeptanz auch der Nachbarschaftsentwicklung klybeckplus kommt diesem Gebiet eine grosse Bedeutung zu. Wenn wir das Ziel von 25% preisgünstigem Wohnraum bis 2050 erreichen wollen und auch ernst nehmen, dann sind diese Flächen in Basel Nord von strategischer Bedeutung. Das zeigt sich für mich im Gegenvorschlag zur Hafeninitiative, welche hier im Grossen Rat durch eine deutliche Mehrheit verabschiedet wurde, und darin sind für mich die zentralen wohn- und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen festgehalten für ein neues Quartier, Freiräume und vor allem preisgünstigen Wohnraum.

Somit stellt sich für mich die Frage, wie diese Ziele auch unter diesen veränderten Rahmenbedingungen weiterverfolgt werden können und dass das laufende Projektreview, auf das jetzt sehr viel auch in der Antwort verwiesen wurde, zu keiner reinen irgendwelche betriebswirtschaftliche Betrachtung von Kosten-Nutzen kommt. Es geht hier darum zu überprüfen, wie man diese wichtigen strategischen Zielsetzungen auch umsetzen kann. Es ist für mich klar, Stadtentwicklungsprojekte dieser Grössenordnungen sind nie statische Vorhaben, sie müssen auf neue Erkenntnisse reagieren können. Eine lernende Planung bedeutet, dass man aus vertieften Analysen Konsequenzen zieht, Prioritäten überprüft und dementsprechend Projekte auch anpassen kann. Ich begrüsse deshalb ausdrücklich, dass das jetzt in einem Review passiert und ich möchte



klar mitgeben, dass dabei die wohnpolitischen Zielsetzungen und die Stadtentwicklung von Basel Nord eine entsprechende Wirkung und Mitbetrachtung erhalten.

Ich erkläre mich in diesem Sinne als teilweise zufrieden.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.7. Interpellation Nr. 61 Fina Girard betreffend Planungsdebakel bei der Hafenbahn-Verlagerung und die Folgen für die Stadtteilentwicklung Klybeck und Kleinhüningen

[03.06.26 15:37:59, 26.5218.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier erlaube ich mir im Einverständnis mit der Interpellantin, direkt zu Frage 1a zu gehen bezüglich den Randbedingungen, die sich geändert haben. Seit den früheren Grundlagenberichten haben sich verschiedene Rahmenbedingungen verändert und/oder konkretisiert. Insbesondere betrifft dies die fehlenden Synergien mit dem Rheintunnelprojekt, die präzisierten Anforderungen während der einzelnen Bauphasen unter laufendem Bahnbetrieb sowie zusätzliche Anforderungen an Naturschutzmassnahmen. Die früheren Studien dienten als Machbarkeitsnachweis und nicht als abschliessende Grundlage für ein ausführungsfähiges Kostenbild.

Zu Frage 1b. Aufgrund der neuen Erkenntnisse sind zusätzliche bauliche und betriebliche Massnahmen erforderlich. Dazu gehören insbesondere zusätzliche Provisorien während der Bauzeit, Anpassungen der Bauphasenplanung, ergänzende Kunstbauten, zusätzliche Werkleitungsprovisorien sowie Massnahmen im Zusammenhang mit dem Naturschutz und ökologischer Vernetzung. Diese zusätzlichen Anforderungen führen sowohl zu höheren Projektkosten als auch zu einer längeren Realisierungsdauer. Die Auswirkungen werden derzeit vertieft analysiert.

Zu Frage 1c bezüglich Publikationszeitpunkt. Der Regierungsrat hat die Kommunikation nicht verzögert, sondern vorgezogen, um vor Publikation der Abstimmungserläuterungen Transparenz herzustellen. Die Öffentlichkeit wurde informiert, sobald eine belastbare Einschätzung der neuen Ausgangslage vorlag.

Zu Frage 1d. Die verschiedenen Elemente, die zu höheren Kostenprognosen führen, wurden bereits in der Beantwortung der Frage 1a genannt. Detaillierter wird sich die Regierung im Herbst äussern.

Frage 2 bezüglich Rheintunnel habe ich, glaube ich, schon beantwortet. Ist das in Ordnung? Vielen Dank.

Bezüglich Frage 3, konkrete Auswirkungen. Die Verlagerung der Hafenbahn bildete eine zentrale Voraussetzung für die Umsetzung des veröffentlichten städtebaulichen Konzepts Klybeckquai-Westquai. Auch die Koordination mit angrenzenden Entwicklungen wie klybeckplus wird dadurch beeinflusst. Die konkreten Auswirkungen auf Termine, Etappierung und Planungsprozesse werden derzeit überprüft.

Zu Frage 4. Der Regierungsrat misst der Schaffung von preisgünstigem bzw. gemeinnützigem Wohnraum weiterhin grosse Bedeutung bei. Gleichzeitig ist es wichtig, dass das Gesamtprojekt in einem tragfähigen Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen steht. Die laufenden Analysen umfassen die Auswirkungen auf die Erreichung von mehreren politischen Zielsetzungen.

Zu Frage 5. Im Rahmen der laufenden Überprüfung werden verschiedene Szenarien untersucht. Dazu gehören auch alternative Entwicklungs- und Umsetzungsmöglichkeiten und ihre Konsequenzen. Wie bereits erwähnt, werden wir im Herbst dazu kommunizieren.

Und die letzte Frage zur gemeinsamen Absichtserklärung mit den Schweizerischen Rheinhäfen. Die Absichtserklärung zwischen dem Bund, den beiden Kantonen Basel-Stadt und Baselland und der SRH zur Entwicklung der Schweizerischen Rheinhäfen betrifft die künftige Beteiligung und Mitfinanzierung des Bundes an der Infrastruktur der Rheinhäfen im Rahmen des Gütertransportgesetzes. Die Frage der Hafenbahnverlagerung hat darauf keinen Einfluss.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



Fina Girard (GRÜNE/jgb): Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung der Interpellation. Es wurde auch höchste Zeit für eine rasche und klare Kommunikation in der Causa Hafenbahn. Die Kommunikation kurz vor dem langen Wochenende war weniger geglückt. Hier hat die Dialogbereitschaft etwas zu wünschen übrig gelassen, das als Randnotiz zu Beginn.

Das Ausmass der Mehrkosten, wir haben es bereits bei Nicole Strahm und Ivo Balmer gehört, da schliesse ich mich an, das brauche ich nicht zu wiederholen. Bevor ich aber auf die einzelnen Punkte eingehe, als das Projekt mit Variante Südquai 2024 in der WAK präsentiert wurde, war der Tenor im Grundsatz sehr positiv. Das ist ein Projekt, womit die Zerschneidung der Quartiere Klybeck und Kleinhüningen endlich gelöst wird, wo der Zugang zum Rhein frei wird, wo Platz für bezahlbaren Wohnraum und dringend benötigten Grünraum möglich wird, aus einer Hand auf kantonalem Boden. Zugleich war aber auch dort schon klar, eine reine Kosten-Nutzen-Rechnung allein ist nicht ausreichend. So schrieben wir im Bericht der WAK: Die Wirtschaftlichkeitsanalyse zeigt auf, dass sich der Befreiungsschlag der Hafenbahn in einer Aufwand- und Ertragslogik lohnt. Vielmehr aber steht aus politischer Sicht die Chance, ein grosses Areal an bester Lage aus einer Hand entwickeln zu können, weit im Vordergrund. Dass die Kosten für die Hafenbahn angesichts der erhofften Zusatzeinnahmen nicht zu einem Investitionsdruck führen dürfen, unter welchem die sozialen und ökologischen Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung vernachlässigt werden.

Die Mehrkosten der Hafenbahn lassen leer schlucken. Zugleich dürfen wir das Projekt nicht allein durch eine ökonomische Linse betrachten. Die nötige Betrachtungsweise für ein Projekt von dieser Tragweite ist das Zusammenspiel von sozialen, ökologischen und ökonomischen Ansprüchen, einem lebenswerten Klybeck- und Westquai-Areal für alle. Wie genau eine solche Hafenentwicklung nun aussehen wird und unter welchen Bedingungen dies realisiert werden kann, das muss nun ehrlich, pragmatisch und mutig angegangen werden und dafür braucht es dringend eine klare Offenlegung, wie es zu dieser Kostenexplosion kommen konnte, um hier das Vertrauen für eine Weiterplanung wiederherstellen zu können.

Nun noch zu den einzelnen Punkten. Wie auch von Nicole Strahm schon ausgeführt, wie sich die Mehrkosten genau zusammensetzen, das bleibt auch nach der Beantwortung unklar. Die im medialen Diskurs hervorgehobene ausfallende Synergie mit dem Rheintunnel schlägt, wie wir nun wissen, gerade mal 25 Millionen und damit nur einen Bruchteil zu Buche. Hier bleibt also immer noch ein grosses Fragezeichen bestehen. Und da möchte ich auch darauf hinweisen, es war keineswegs überraschend, dass es beim Projekt Rheintunnel zu einem Volks-Nein kommen kann. Bereits in der Beratung in der WAK haben wir mehrfach auf ein mögliches Scheitern von sowohl Rheintunnel als auch Hafenbecken 3 hingewiesen und darauf, dass die Umlegung der Hafenbahn unabhängig von diesen beiden Projekten funktionieren muss. Hier hätte es deutlich mehr politische Weitsicht in der Variantenprüfung und Kostenabschätzung gebraucht.

Zur Beantwortung von Frage 4. Hier hätte ich ein klareres Zugeständnis der Regierung zur gemeinsamen Festschreibung von 100% Kostenmiete auf dem Entwicklungsgebiet Klybeck- und Westquai erwartet. Wenn die Regierung nun antwortet, dass hierzu mehrere politische Zielsetzungen geprüft und abgewägt werden müssen, dann möchte ich klar an die breite politische Unterstützung für den Gegenvorschlag zur Hafeninitiative erinnern. Ohne klares Bekenntnis der Regierung für eine Ermöglichung von preisgünstigem Wohnraum wird der Druck der Bevölkerung angesichts einer renditeorientierten Entwicklung in Basel Nord nun weiter zunehmen.

Wir werden uns wohl oder übel bis Herbst gedulden müssen, um Antworten auf diese vielen Fragen zu erhalten, die sich ja bereits heute stellen, wirklich mehr wissen wir nach der Beantwortung heute nicht. Für die Kommunikation im Herbst erwarte ich, dass bis dahin auch entsprechend transparent Einblick in die Entscheidungsgrundlagen gewährt wird, damit sich ein klares Bild über die entscheidenden Planungsbedingungen, die neu anfallenden Massnahmen und die Kosten zeichnet.

Ich bin daher teilweise zufrieden mit der Antwort.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.1. Interpellation Nr. 55 Gabriel Nigon betreffend Erwerb der Areale «im Surinam» und «Horburg»

[03.06.26 15:46:20, 26.5203.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.



RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1 und 2. Der Gesamtpreis für beide Areale liegt im tiefen dreistelligen Millionenbereich und deutlich unter den in der Motion von Ivo Balmer zur Rahmenausgabenbewilligung für den aktiven Landerwerb beantragten 260 Mio. Franken. Der Kanton und die Verkäuferschaft machen keine detaillierteren Angaben zum Kaufpreis. Das wurde im Kaufvertrag so vereinbart. Die UBS hat dem Kanton die beiden Areale exklusiv zum Kauf angeboten. Das heisst, es gab keine Mitbietenden.

Zu Frage 3. Bei Käufen prüft Immobilien Basel-Stadt die Werte der Liegenschaften und die konkrete Marktsituation und lässt sich dabei von externen unabhängigen Immobilienexpertinnen und -experten unterstützen. Die Einschätzung der Renditekennzahlen, Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten entspricht damit den marktgängigen Rahmenbedingungen und entsprechen einer nachhaltigen Rendite gemäss Finanzhaushaltsgesetz.

Zu Frage 4. Der Regierungsrat sieht keine konkreten Auswirkungen auf private Investoren bzw. institutionelle Anbieter auf dem Wohnungsmarkt.

Zu Frage 5. Für den Kauf der beiden Areale wird Geld am Kapitalmarkt aufgenommen. Dadurch steigt die Verschuldung des Kantons kurzfristig an. Mit der Abgabe an Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus wird ein grosser Teil der Ausgaben wieder refinanziert. Der Regierungsrat hat den Erwerb dieser beiden Areale getätigt, weil damit langfristig preisgünstiger Wohnraum gesichert und entwickelt werden kann. Das unterstützt das im Gesetz verankerte Ziel, den Anteil an preisgünstigem Wohnraum an den Mietwohnungen im Kanton bis 2050 auf 25% zu steigern. Der Kauf entspricht zudem mehreren aktuellen wohnpolitischen Forderungen zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und entsprechenden politischen Vorstössen.

Zu Frage 6. Die Liegenschaften befinden sich in einem dem Alter entsprechenden Zustand. Sie sind in den nächsten 10 bis 15 Jahren sanierungsbedürftig. Sowohl die Sanierungen als auch die bauliche Weiterentwicklung sollen durch die Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus geplant, umgesetzt und finanziert werden. Entsprechend rechnet der Kanton diesbezüglich nicht mit zusätzlichen Investitionen.

Zu Frage 7 und 8. Die Abgabe an Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus erfolgt, weil sich die Areale gut dafür eignen und dies den Legislaturzielen der Regierung entspricht. Damit kann auch gewährleistet werden, dass die Mietkonditionen langfristig preisgünstig bleiben. Es ist vorgesehen, die gesamten Areale im Baurecht an Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus abzugeben.

Zu Frage 9. Beide Areale haben Verdichtungspotenzial, die Ausgestaltung der Verdichtung wird Gegenstand der späteren Baurechtsvergabe sein.

Zu Frage 10 und 11. Investitionen dieser Grössenordnung sind selten. Es kommt nicht oft vor, dass ein Wohnareal dieser Grösse integral zum Verkauf steht. Die beiden Areale wurden dem Kanton zudem exklusiv zum Kauf angeboten. Die Strategie betreffend Kauf von Wohnungen bzw. Wohnarealen ist ausgehend von der Kantonsverfassung, insbesondere im Finanzhaushaltsgesetz geregelt. Dieses sieht vor, dass der Regierungsrat eine aktive Bodenpolitik betreibt, den Erwerb von Immobilien fördert und diese bei Bedarf bevorzugt im Baurecht abgibt. Darauf aufbauend hält auch die Strategie für die Immobilien im Finanzvermögen fest, dass der Kanton eine aktive Bodenpolitik verfolgt und sich aktiv am Immobilienmarkt beteiligt. Das stellt sicher, dass der Kanton schnell auf Opportunitäten reagieren kann.

Zu Frage 12. Die bereits konkret vorgesehenen elf Verkäufe im Baurecht oder mit Land werden deutlich geringere Erlöse generieren als die Kosten des aktuellen Erwerbs der beiden Areale. Zurzeit werden aber weitere Veräusserungen im Baurecht oder mit Land geprüft. Mit der geplanten Abgabe der erworbenen beiden Areale im Baurecht an Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus können voraussichtlich rund zwei Drittel des Kaufpreises refinanziert werden. Ein Drittel des Werts ist im Boden, der beim Kanton verbleibt.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Gabriel Nigon (LDP): Ich bedanke mich bei Regierungsrätin Tanja Soland für die Antworten. Diese geben Auskunft über die aktuelle Bodenpolitik des Kantons. So betrachte ich mich zufrieden mit der Beantwortung.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



10.3. Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Basler Baustellenmanagement und Veloverkehrsrouten

[03.06.26 15:52:47, 26.5205.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1. Auf der Lys erfolgt derzeit ein koordinierter Werkleitungsbau sowie die Erneuerung der Lichtsignalanlage. Aufgrund der Arbeit ist besagter Strassenabschnitt bis Ende 2026 beidseitig für den Verkehr gesperrt. Die temporäre Öffnung der Durchfahrt an einzelnen oder sämtlichen Wochenenden wäre mit einem erheblichen Zusatzaufwand verbunden. Vor jeder Öffnung müssten die Durchfahrtsbreiten geprüft und die Signalisation, Umleitungen sowie gegebenenfalls die Lichtsignalanlagen angepasst werden. Das erfordert zusätzliche Planungs-, Bewilligungs- und Umsetzungsarbeiten. Bei der Baustelle auf der Lys handelt es sich zudem nicht um einen Einzelfall. Bei zahlreichen anderen Baustellen bestehen vergleichbare Situationen. Entsprechend würde sich der Aufwand bei jeder Baustelle und jeder kurzfristigen Öffnung in gleicher Weise wiederholen. Zudem können häufige Änderungen des Verkehrsregimes bei den Verkehrsteilnehmenden zu Unsicherheiten führen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit, der klaren Verkehrsführung und der Verhältnismässigkeit des Aufwands wird auf temporäre Öffnungen an Wochenenden verzichtet.

Zu den Fragen 2 und 3. Die Koordination von Baustellen erfolgt in Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Bauherrschaften, den Fachämtern des Bau- und Verkehrsdepartements und der Kantonspolizei. Grundsätzlich werden Verkehrsführung und insbesondere die Bedürfnisse des Veloverkehrs bereits frühzeitig in der Planung der Bauphasen berücksichtigt. Die konkrete Ausgestaltung von Verkehrsführungen und Umleitungen erfolgt durch die zuständige Projektorganisation. Im Anschluss übernimmt die Abteilung Verkehrssicherheit der Kantonspolizei Basel-Stadt die Prüfung aus Sicht der Verkehrssicherheit und gibt die Verkehrsführung frei. Ein Einbezug von Interessensvertretungen sowie der Fachstelle Velo beim Amt für Mobilität findet derzeit nicht statt. Mit der in der öffentlichen Vernehmlassung befindlichen kantonalen Veloverordnung ist jedoch vorgesehen, die Fachstelle Velo künftig stärker in den Planungsprozess miteinzubeziehen.

Zu Frage 4. Eine unterschiedliche Handhabung von Baustellen und Umleitungen ergibt sich aus den jeweils sehr unterschiedlichen projektspezifischen Rahmenbedingungen sowie der Vielzahl der beteiligten Akteure. Um dieser Heterogenität entgegenzuwirken und eine möglichst hohe Einheitlichkeit und Konsistenz sicherzustellen, wird derzeit ein Leitfaden aktive Mobilität bei temporären Verkehrsanordnungen erarbeitet. Dieser soll künftig eine verbindlichere und systematischere Grundlage für den Umgang mit dem Langsamverkehr bei Baustellen schaffen. Der Leitfaden soll nach ersten Erfahrungen sowie der ämterinternen Abstimmung auch Interessenverbänden vorgelegt werden.

Zu Frage 5. Die Bauherrschaften sind verpflichtet, die von der Kantonspolizei bewilligten Verkehrsanordnungen und Auflagen sicherzustellen und einzuhalten, dies sowohl während der laufenden Arbeiten am Tag als auch ausserhalb der Arbeitszeiten, etwa am Abend, in der Nacht oder am Wochenende. Die Einhaltung wird mittels Kontrollen überprüft. In gewissen Situationen kann zusätzlich der Einsatz von Verkehrsdiensten oder Verkehrshilfskräften erforderlich sein. Der Entscheid darüber erfolgt im Rahmen der Bewilligung durch die Kantonspolizei jeweils anhand der konkreten Situation. Massgebend sind insbesondere das Verkehrsaufkommen, die Komplexität der Verkehrsführung sowie die Anforderungen an die Verkehrssicherheit. Sämtliche eingesetzten Sicherheits- und Verkehrsdienstunternehmen sind zertifiziert. Dennoch wurde in diesem Bereich Handlungsbedarf festgestellt. Daher wird derzeit ein neues Ausbildungskonzept erarbeitet, das die Qualität und Einheitlichkeit der Ausbildung verbessern soll.

Zu Frage 6. In den nächsten zwei Jahren tangieren rund 40 Baustellen Velobasis- oder Pendler Routen gemäss Teilrichtplan Velo 2019. In über 75% der Fälle handelt es sich jedoch nur um lokale Behinderungen oder Sperrungen von weniger als zwei Wochen. Zudem werden an rund der Hälfte dieser Baustellen Massnahmen zur Verbesserung des Veloverkehrs umgesetzt.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber (BastA): Ja, ich bin grossteilweise zufrieden. Ich möchte zum ersten Bereich noch die Bilder zeigen. Ich möchte anhand des Bildes eigentlich nur zeigen, dass es nicht so wahnsinnig schwierig ist, da etwas Kleines zu machen. Es kann nicht so kompliziert sein. Wie Sie sehen, ist auf der rechten Seite die Durchfahrt absolut frei und auch von der anderen



Seite her kann man da sicher für den Veloverkehr einen kleinen schmalen Durchgang machen, wo man sich begegnen kann. Also da habe ich wirklich den Eindruck und ich bezweifle, dass hier ein erheblicher Zusatzaufwand besteht.

Ich denke, es geht vor allem um die Kommunikation und die Information, das ist wirklich wichtig. Und bei der momentan wirklich unübersichtlichen Baustellensituation, also Sie fahren ja wahrscheinlich alle, wenn ich unten schaue, auch Fahrrad, Sie sind auch betroffen, also die meisten fahren Fahrrad und sind auch betroffen, machen viele Umwege und ich denke gerade an den Wochenenden, wenn sowieso nichts gemacht wird, vor allem bei solche Basisrouten wäre es einfach schön, wenn man sie so offenlassen könnte, dass man nicht zum Beispiel, wenn man an den Rhein mit Kindern will, kleine Velos, dass man dann auf den Cityring ausweichen muss, sondern einfach normal fahren könnte. Also ich hoffe immer noch, dass es da Möglichkeiten gibt.

Was ich aber sehr gut finde, ist die Antwort, dass die Fachstelle Velo zukünftig stärker einbezogen wird. Das finde ich toll. Ich denke, das wird dann vielleicht auch gerade in diese Richtung neue Lösungen geben. Ich bin auch gespannt, wie der Leitfaden Aktive Mobilität bei temporären Verkehrsanordnungen aussehen wird, weil da erhoffe ich mir auch sehr viel, nur denke ich, je schneller, desto besser. Das möchte ich gerne mitgeben.

Ein neues Ausbildungskonzept für die jeweiligen betroffenen Verkehrsmenschen, die da stehen, das ist sicher auch eine gute Idee. Also einerseits denke ich, ja klar, die Verkehrs- und Sicherheits- und Verkehrsunternehmen sind zertifiziert, aber inwiefern sie wirklich ihr Wissen dann auch an die Einzelperson, die da vielleicht auch nur mal ein Wochenende steht, informieren, da habe ich manchmal nicht den Eindruck, dass das so gut läuft und ich denke, ein neues Ausbildungskonzept hier zu bringen, um die Qualität zu sichern, ist sicher eine sehr gute Idee.

Deshalb danke ich für die Beantwortung meiner Fragen und bin grossteilweise zufrieden.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort grossteilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.4. Interpellation Nr. 58 Jessica Brandenburger betreffend Sicherstellung einer fairen und nahtlosen Anstellung von PH-Absolventinnen und -Absolventen beim Berufsstart an Basler Schulen

[03.06.26 16:01:05, 26.5206.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

10.5. Interpellation Nr. 59 Eric Weber betreffend Tiere in der Verwaltung

[03.06.26 16:01:29, 26.5207.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe einen guten Satz gelesen und der heisst, das Parlament hat nach wie vor das Wohl und die Zukunft des Kantons im Fokus. Ich kann mich ganz kurz fassen. Auf Seite 25 frage ich ja, wer ist zuständig für Tiere der Regierungsräte, die diese mit auf Arbeit bringen. Drei Sätze. Ich habe Mitarbeiter einer Regierungsrätin gesehen, die mit dem Hündchen der Regierungsrätin unterwegs sind. Mich interessiert, wie so etwas gehandhabt wird. Ich kann auch nicht meine Schildkröte an Herrn Flury zur Betreuung abgeben.

Michael Hug (LDP): Herr Weber, verzichten Sie darauf, die ganze Zeit Namen zu nennen.



Eric Weber (Fraktionslos): Ja, ich bin gerade fertig, noch der zweitletzte Satz und der letzte Satz. Und wenn die Regierung Fehler macht, dann dürfen und müssen wir das hier benennen. Der letzte Satz ist mir jetzt entschwunden, aber wie gesagt, ich möchte das einmal geklärt haben, darum habe ich diese Interpellation eingegeben. Ich weiss den letzten Satz wieder, Sie erinnern sich, dass ich der war, der diesen Skandal mit der Bundesratsfeier von Eva Herzog aufgebracht hat, 80'000 Franken im Sand. Das war ich und das mit dem Hündchen bin ich auch.

10.8. Interpellation Nr. 62 Barbara Heer betreffend chronisches Versagen bei der Schulwegsicherheit rund um die Erneuerung Bäumlhofstrasse

[03.06.26 16:03:57, 26.5219.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie möchte.

Barbara Heer (SP): Diese Interpellation ist das Resultat von mehreren Jahren Erfahrung, leider nicht so guter Erfahrung im Quartier mit der Baustelle Bäumlhofstrasse. Nicht nur ich, sondern viele andere Quartierbewohner*innen waren in dieser Zeit immer wieder mit dem Thema Schulwegsicherheit konfrontiert, als Eltern, als Anwohnende, als Mitglied des Elternrats, Mitarbeitende von Schulen, Tagesstrukturen oder anderen Quartierinstitutionen.

Das Besorgniserregende ist, die Probleme waren nicht einmalig, sondern wiederkehrend. Immer wurden sichere Querungen aufgehoben oder verschoben, ohne dass dies ausreichend signalisiert oder durch Lotsen abgesichert wurde. Schlecht positionierte temporäre Lichtsignalanlagen schufen zwar Klarheit für Autofahrer*innen, aber Unsicherheit für Fussgänger*innen. Immer wieder mussten Menschen aus dem Quartier Mails schreiben, telefonieren und intervenieren, bevor überhaupt reagiert wurde. Auch Briefe an Regierungsrät*innen wurden verschickt. Es ist wichtig zu wissen, dass während dieser Zeit, insbesondere für Kindergartenkinder die Mobilität im Quartier stark eingeschränkt ist. Für viele Eltern wird das als Hohn wahrgenommen, weil die Förderung der selbstständigen Mobilität doch ein erklärtes Ziel ist, das den Eltern auch immer wieder mitgeteilt wird.

Für mich stellt sich beim Thema auch eine Gerechtigkeitsfrage. Im Hirzbrunnenquartier gibt es viele engagierte Eltern, einen aktiven Elternrat, Institutionen, die hartnäckig auf die Probleme hingewiesen haben. Was passiert aber bei einer Baustelle in einem Quartier, in dem diese Ressourcen fehlen? Die Schulwegsicherheit darf nicht davon abhängen, ob genügend Menschen Zeit und Energie aufwenden können, um Problemdruck aufzubauen. Deswegen habe ich auch diese Interpellation eingereicht. Schulwegsicherheit muss proaktiv, nicht reaktiv gewährleistet sein.

Aus meiner Sicht deutet vieles auf ein strukturelles Problem bei der Umsetzung und bei den Kontrollen hin. Es wurden Sicherheitsmassnahmen geplant und kommuniziert, vor Ort aber wiederholt nicht oder nicht ausreichend umgesetzt respektive vermutlich waren sie zum Teil von Anfang an schlecht geplant. Deshalb stellt sich die Frage, ob die Fachämter die Gewährleistung von Schulwegsicherheit durch Bauunternehmen oder andere Beauftragte genügend kontrollieren und begleiten.

In diesem Zusammenhang ist dann auch die Interpellation von Stefan Wittlin zu einer Baustelle im selben Quartier relevant, weil sich gleich hier wieder ähnliche Fragen stellen. Auch hier sehen wir jetzt schon in den letzten Wochen, dass Abmachungen für die Sicherheit von Kindern zwar angekündigt worden sind, aber in der Realität nicht umgesetzt werden. Wie gesagt, es geht hier nicht um Einzelfälle.

Es ist mir wichtig, dass die Regierung meine Fragen hier nicht als Kritik an Einzelpersonen versteht, sondern als Auftrag, auch die Prozesse grundlegend zu überprüfen. Braucht es verbindlichere Kontrollen, braucht es mehr Fachwissen zu den Sicherheitsbedürfnissen von Kindern oder braucht es vielleicht in der Verwaltung eine Stelle wie die Fachstelle Velo, eine Stelle, die die Interessen der Kinder bei solchen Umsetzungsfragen systematisch vertritt. Ich bin gespannt, wie die Regierung darauf antwortet.

Zum Schluss möchte ich aber hier noch danken, und zwar den Eltern, den Mitgliedern des Elternrats, den Mitarbeitenden von Schulen und Quartierinstitutionen. Diese Menschen müssten eigentlich Basler*innen des Tages werden. Ohne ihre Hartnäckigkeit wäre die Schulwegsicherheit an der Bäumlhofstrasse in den letzten zweieinhalb Jahren noch schlechter gewesen und viele dieser Themen würden nicht sichtbar werden. Und ich hoffe sehr, dass die Antwort der Regierung den Frust dieser Menschen nicht erhöht, sondern diesen Menschen aufzeigt, dass ihre langen Bemühungen eben nicht vergeblich sind, sondern dass die Regierung, dass die Verwaltung aus den Fehlern rund um die Baustelle zumindest lernt und Konsequenzen zieht und in Zukunft verbessert.



10.9. Interpellation Nr. 63 Stefan Wittlin betreffend Schulwegsicherheit rund um die Sanierung der Schwimm- und Turnhallen auf dem Campus Bäumlihof

[03.06.26 16:08:30, 26.5220.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

10.10. Interpellation Nr. 64 Christophe Haller betreffend möglichen Zusammenhang zwischen Einführung des Mindestlohnes und Zunahme der Arbeitslosenquote im Kanton Basel-Stadt

[03.06.26 16:08:50, 26.5224.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

10.11. Interpellation Nr. 65 Luca Urgese betreffend Entwicklung der Betriebsmodelle im Basler Taxigewerbe seit Einführung des kantonalen Mindestlohns

[03.06.26 16:09:10, 26.5225.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

10.12. Interpellation Nr. 66 Adrian Iselin betreffend geplante Begegnungszone am Burgweg im Wettsteinquartier

[03.06.26 16:09:29, 26.5226.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant ist nicht im Raum, somit verzichtet er auf eine Begründung.

10.13. Interpellation Nr. 67 Lorenz Amiet betreffend Begegnungszonen als Superblock Light?

[03.06.26 16:09:48, 26.5227.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen und hat das Wort.



Lorenz Amiet (SVP): Vor ein paar Wochen habe ich einen Brief bekommen, in welchem mir das Baudepartement den Vorschlag präsentiert, wie allen anderen Anwohnern auch, in der Römergasse Nr. 4 bis 11 eine Begegnungszone einzurichten. Ich habe den pflichtgemäss beantwortet und nichts Wüstes gedacht dabei. Ein paar Tage später erfahre ich aus dem Bekanntenkreis im Areal, dass genau das Gleiche gleichzeitig auch in der Alemannengasse passiert ist. Nochmals ein bisschen später stelle ich fest, auch ein anderer Teil der Römergasse, ein zweiter Teil der Alemannengasse und später auch noch der Burgweg hat genau das gleiche Schreiben zum gleichen Zeitpunkt bekommen.

Das Schreiben beginnt immer gleich, nämlich: Aus der Anwohnerschaft Ihrer Strasse wurde ein Antrag zur Einführung einer Begegnungszone eingereicht. Welch ein Zufall, in sechs Strassenzügen genau gleichzeitig der gleiche Antrag für eine Begegnungszone. Dies wohl verstanden, obwohl der neutrale Quartierverein bei uns im Wettsteinquartier letztes Jahr eine gross angelegte Umfrage gemacht hat, die gezeigt hat, dass bei der Bevölkerung kein Wunsch besteht, das Verkehrsregime zu ändern. Ich frage mich aber auch, wenn man schon das ganze Quartier zur Begegnungszone umbauen will und nicht einfach bloss, wie im Brief steht, ein Strassenzug, warum kommuniziert man das dann nicht ehrlich? Weil meine Antworten sind vielleicht nicht genau die gleichen, wenn es bloss um ein kleines Stück Strasse mit zwei, drei Parkplätzen mir gegenübergeht oder wenn es um ein ganzes Quartier geht. Ehrliche, transparente Kommunikation sieht meiner Meinung nach anders aus.

Kommt dazu, dass im Gefiert zwischen Theodorsgrabenanlage, dem Spielplatz in den schwarzen Häusern auf dem ehemaligen Kinderspitalareal, mit dem Rheinstrand, usw., jede Möglichkeit zur Verfügung gestellt werden für Begegnungen. Es hat Spielplätze, es hat Sandkasten, es hat Bänklein, wo man sich hinsetzen kann, es hat alles, was das Herz begehrt. Warum man jetzt ausgerechnet in diesem Areal zusätzliche Begegnungszonen einrichten sollte, es leuchtet mir nicht ein.

Der Eindruck, der da bleibt, ist schlicht und einfach, man möchte einen weiteren Superblock. Man kann dem Kind aber seinen Namen nicht geben, weil ja der Pilot noch nicht ausgewertet ist. Aber wenn man anschaut, bei welchen Strassen jetzt überall Begegnungszonen eingerichtet werden, ist das Resultat mehr oder weniger dasselbe. Noch einmal, ehrliche, transparente Kommunikation sieht anders aus. Ich bin sehr gespannt, wie sich die Regierung bezüglich meiner Interpellation rechtfertigen wird.

Michael Hug (LDP): Somit haben wir die Interpellationen abgehandelt und ich gebe zurück an Grossratspräsidentin Gianna Hablützel.

9. Ausgabenbewilligung zur Sanierung des Petersplatzes, Bericht der UVEK

[03.06.26 16:13:13, 25.0497.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission der UVEK das Wort hat Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission hat den Ratschlag betreffend die Sanierung des Petersplatzes sowie den Anzug Claudio Miozzari betreffend Veloweg auf dem Petersplatz beraten und beantragt dem Grossen Rat einstimmig, den Ausgabenbewilligungen für die Sanierung in der Höhe von insgesamt 8.35 Mio. Franken zuzustimmen und den Anzug Claudio Miozzari abzuschreiben.

Der Petersplatz gehört aufgrund seiner Lage und Geschichte zu den bedeutendsten öffentlichen Plätzen in der Schweiz. Die rund 13'000 m2 grosse Grünanlage dient der Bevölkerung seit Jahrhunderten als Freizeit- und Erholungsraum und übernimmt gleichzeitig wichtige Funktionen für den Fuss- und Veloverkehr in der Innenstadt. Der Petersplatz befindet sich im Perimeter des behördenverbindlichen Gestaltungskonzepts Innenstadt (GKI). Er ist in diesem als grüner Platz ausgewiesen. Besonders intensiv genutzt wird der Petersplatz während der Basler Herbstmesse sowie durch den wöchentlichen Flohmarkt. Diese Nutzungen führen seit Jahren zu erheblichen Belastungen der Wege, Grünflächen, Baumrabbatten und Wurzelräume. Viele Belege und Einfassungen befinden sich heute in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Die bestehende Grundstruktur des Platzes stammt weitgehend aus dem Jahr 1940.

Mit dem vorliegenden Projekt verfolgt der Regierungsrat verschiedene Ziele. Dazu gehören die Bewahrung der historischen Grünanlage, die Verbesserung der Aufenthaltsqualität, die Förderung von Biodiversität und Biotopvernetzung, die Optimierung der Fuss- und Veloverbindungen und damit verbunden die Veloabstellplatzsituation sowie die Schaffung einer



zeitgemässen und barrierefreien Zugänglichkeit. Gleichzeitig sollen die Beläge saniert und der Baumbestand ergänzt werden.

Die Kommission hat sich an drei Sitzungen eingehend mit der Vorlage auseinandergesetzt und sich die vorgesehenen Massnahmen des Regierungsrats durch eine Vertretung der Verwaltung erläutern lassen. Eintreten auf den Ratschlag war nicht beschritten.

Ein zentrales Thema der Beratung war die Gestaltung der Weg- und Platzflächen. Der Grundriss des Peterplatzes bleibt grundsätzlich erhalten, die Wege behalten ihre heutige Lage und Breite. Die verschiedenen Weg- und Platzflächen sollen jedoch ein einheitliches Erscheinungsbild erhalten. Vorgesehen sind geschliffene und zementverfugte Wackensteine auf den Hauptachsen sowie offenfugige und wasserdurchlässige Belege in den Randbereichen. Damit soll einerseits die Barrierefreiheit verbessert und andererseits dem sogenannten Schwammstadtprinzip Rechnung getragen werden.

Die Kommission setzte sich intensiv mit der Frage auseinander, ob die vorgesehenen Beläge für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ausreichend geeignet sind. Die Vertretung der Verwaltung erläuterte, dass die Behindertenorganisationen, insbesondere Pro Infirmis, sowohl beim Gestaltungskonzept Innenstadt als auch beim Vorprojekt einbezogen wurden. Gegenüber der heutigen Situation werde die Begehbarkeit des Peterplatzes deutlich verbessert. Nach der Sanierung sollen sämtliche Wege mit Rollstuhl, Rollator oder Kinderwagen problemlos nutzbar sein.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratung betraf die Fuss- und Veloführung entlang des Kollegiengebäudes der Universität. Heute bestehen dort unübersichtliche und teilweise konfliktträchtige Situationen zwischen Fuss- und Veloverkehr. Vorgesehen ist künftig ein 3.25 Meter breiter Zwei-Richtungs-Veloweg, der durch eine Baumreihe und unterschiedliche Belege vom Fussweg getrennt wird.

Im Zusammenhang mit dieser neuen Veloführung diskutierte die Kommission insbesondere die geplanten Veloabstellplätze entlang der Mauer des Kollegiengebäudes. Der ursprüngliche Vorschlag sah dort 84 Abstellplätze vor. Die UVEK äusserte jedoch Bedenken hinsichtlich der Sicherheit und der engen Platzverhältnisse. Insbesondere wurde befürchtet, dass das Ein- und Ausparken von Velos zu Konflikten und gefährlichen Situationen mit dem Veloverkehr führen könnte. Die Kommission liess verschiedene Alternativen prüfen. Dabei wurde aufgezeigt, dass ohne die vorgesehenen Abstellplätze ein breiter Veloweg möglich wäre. Nach eingehender Diskussion sprach sich die UVEK mehrheitlich dafür aus, entlang des Kollegiengebäudes auf die geplanten Veloabstellplätze zu verzichten und stattdessen die Verbreiterung des Velowegs weiter zu prüfen.

Die Frage der Veloabstellplätze beschäftigte die Kommission auch darüber hinaus intensiv. Rund um den Petersplatz bestehen heute bereits zahlreiche Abstellmöglichkeiten, dennoch werden viele Velos ungeordnet auf dem Platz oder in den Baumratten abgestellt. Ziel des Projekts ist es deshalb, zusätzliche und besser organisierte Veloabstellflächen zu schaffen und gleichzeitig die Grünflächen und Bäume zu schützen. Die Verwaltung legte der Kommission verschiedene Varianten für neue Veloabstellplätze vor. Die von der UVEK bevorzugte Variante sieht unter anderem zusätzliche Abstellplätze beim Petersgraben, beim Botanischen Garten sowie den markierten Abstellflächen direkt auf dem Petersplatz vor. Insgesamt würde die Zahl der offiziellen Veloabstellplätze von heute rund 228 auf mindestens 296 erhöht. Zusätzlich sollen vier Plätze für Cargo-Velos geschaffen werden.

Ein weiteres Thema war der Zugang zum Botanischen Garten. Vorgesehen ist eine neue barrierefreie Rampe neben der bestehenden Treppe. Die Kommission hinterfragte insbesondere die ursprünglich vorgesehenen Fällungen eines Baumes für diese Rampe. Die Verwaltung präsentierte daraufhin eine alternative Lösung in Form einer schwebenden Konstruktion mit zwei Stützfundamenten, bei welcher der Baum erhalten bleiben könnte. Die UVEK empfiehlt, diese Variante im weiteren Bauprojekt weiter zu verfolgen.

Weiter beschäftigte sich die Kommission mit der vorgesehenen Begegnungszone zwischen dem Petersplatz und dem Botanischen Garten. Die UVEK stellte fest, dass die Begegnungszone am Rand des Projektperimeters endet und regte an zu prüfen, ob sie künftig über den eigentlichen Projektbereich hinaus bis zum Spalenter bzw. in Richtung Bernoullianum erweitert werden könnte. Die Verwaltung hat der UVEK dargelegt, dass es mit dem Neubau für den Sonderbestand der Universitätsbibliothek und der Renovation des Bernoullianums sowieso zu Veränderungen kommen wird.

Auch die Themen Bäume, Biodiversität und Naturinventarflächen, alles Anliegen, über die in der Kommission intensiv diskutiert wurde. Der Petersplatz weist heute einen hohen Naturwert auf und befindet sich teilweise im Inventar der schützenswerten Naturobjekte. Mit dem Projekt soll der Baumbestand von heute 115 auf künftig 145 Bäume erhöht werden. Insbesondere entlang des Kollegiengebäudes und des Petergrabens sind zusätzliche Baumreihen vorgesehen. So wie ursprünglich, denn rund um den Petersplatz gab es früher durchgängig mindestens eine Doppelreihe an Bäumen. Gleichzeitig sollen die inneren Grünflächen des Peterplatzes besser geschützt werden, unter anderem durch eine angepasste Organisation der Herbstmesse. Die Vertretung der Verwaltung erläuterte, dass trotz der intensiven Nutzung seltene Pflanzenarten auf dem Petersplatz vorkommen und die ökologische Qualität mit dem Projekt weiter verbessert werden soll.



Die Kommission befasste sich zudem mit der künftigen Infrastruktur und Beleuchtung des Platzes. Vorgesehen sind neue Anschlüsse von Wasser und Strom, zusätzliche Sitzgelegenheiten sowie eine optimierte öffentliche Beleuchtung. Die Beleuchtung soll weiterhin zurückhaltend erfolgen, um die Lichtverschmutzung möglichst gering zu halten, um den Lebensraum auf dem Platz vorkommenden Tiere nicht unnötig zu beeinträchtigen. Erhalten bleiben sollen die ca. 300 Standplätze für den Flohmarkt. Zum Projekt gehören ausserdem die Instandsetzung der Stützmauer entlang des Petergrabens sowie die Sanierung der bestehenden WC-Anlage. Die Kommission liess sich schliesslich bestätigen, dass das Projekt mit möglichen zukünftigen Entwicklungen im Zusammenhang mit einem allfälligen Trambetrieb durch den Petersgraben kompatibel ist. Allfällige spätere Anpassungen im Petersgraben wurden bereits in die Planung miteinbezogen.

Zusätzlich behandelte die UVEK den Anzug betreffend Veloweg auf dem Petersplatz. Der Regierungsrat und die Kommission teilen die Einschätzung der Anzugstellenden, dass die heutige Situation für den Fuss- und Veloverkehr unübersichtlich ist und Verbesserungspotenzial besteht. Die vorgeschlagenen Massnahmen im Rahmen der Sanierung des Petersplatzes entsprechen den Anliegen des Anzugs, die Kommission beantragt deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Zusammenfassend kommt die Kommission zum Schluss, dass mit der Sanierung des Petersplatzes die historisch wertvolle Grünanlage erhalten werden kann und gleichzeitig an die heutige Anforderung bezüglich Barrierefreiheit, Aufenthaltsqualität, Biodiversität sowie Fuss- und Veloverkehr angepasst werden kann. Die Kommission beantragt dem Grossen Rat deshalb einstimmig, der beantragten Ausgabenbewilligung zuzustimmen.

Abschliessend dankt die Kommission den zuständigen Fachexpert*innen für ihr Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit in diesem Projekt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier herzlichen Dank an die Kommission, an die Präsidentin und auch an die Vizepräsidentin für den Bericht hier, auch für die sorgfältige Auseinandersetzung und die Anregungen, zu denen wir ja schon einiges gehört haben.

Der historische Petersplatz ist 800 Jahre alt, das ist schon sehr eindrücklich und nein, natürlich ist die letzte Sanierung nicht so lange her, aber doch schon einige Zeit und das sieht man ihm auch an. Wenn Sie sich mal achten, sehen Sie, dass die Wege nicht mehr fit sind, die Belagsflächen nachgelassen haben, das öffentliche WC braucht wirklich dringend auch eine Erneuerung, die Rasenfläche wird sehr intensiv genutzt und auch diese möchten wir erneuern. Wichtig ist zu wissen, dass das Nutzungskonzept dasselbe bleibt, wir möchten auch mit den neuen Bepflanzungen, mit den 30 zusätzlichen Bäumen nichts verhindern, was heute schon stattfindet, Sprichwort Flohmarkt oder Weihnachtsmarkt, also das Nutzungskonzept bleibt dasselbe.

Wir würden uns über Ihre Unterstützung sehr freuen und bitten Sie deshalb, der Ausgabenbewilligung zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Als erster für die SP eingetragen hat sich Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Die SP-Fraktion begrüsst die Vorlage zur Sanierung des Petersplatzes. Dieser geschichtsträchtige 800 Jahre alte Platz, wir haben es gehört, gilt als einer der ältesten und bedeutendsten öffentlichen Plätze der Schweiz. Wir würdigen ausdrücklich den sorgfältigen denkmalpflegerischen Umgang in der Planung. Das Projekt bewahrt die historische Grundstruktur mit dem zentralen Rondell und den diagonalen Wegen, während es gleichzeitig das heutige Patchwork aus verschiedenen Belägen bereinigt.

Besonders hervorzuheben ist die Qualität als Grünraum. Mit dem Fortbestand der zahlreichen alten Bäume und der Aufstockung auf insgesamt 145 Bäume wird ein wichtiger Beitrag zum Stadtklima und zur Biodiversität geleistet. Die Nutzungsvielfalt des Platzes bleibt dabei erhalten als Erholungsraum für die Quartierbevölkerung, als Treffpunkt für Studierende sowie als Standort für den Flohmarkt und die Herbstmesse.

Ein zentraler Punkt für unsere Fraktion ist die deutliche Verbesserung für Velofahrende. Mit der Umsetzung des Anzugs Miozzari wird eine heute unzureichende Stelle bereinigt. Die im Teilrichtplan Velo eingetragene Route entlang des Kollegiengebäudes wird endlich so dimensioniert und gestaltet, dass sie ihrer Funktion gerecht werden kann. Durch die Entflechtung von Fuss- und Veloverkehr und die Verbreiterung der Fahrbahn auf normgerechte 3.4 Meter schaffen wir eine sichere und attraktive Verbindung für die vielen Velofahrenden, die den Platz täglich queren. Die Erhöhung der offiziellen Veloabstellplätze von 228 auf mindestens 296 Plätze ist ein wichtiges Signal für den Universitätsstandort und ist auch als Wertschätzung zu verstehen für die vielen Studierenden, die das Velo als Verkehrsmittel wählen.



Trotz der allgemeinen Zustimmung gibt es einen Wermutstropfen, den die UVEK in ihrem Bericht nur ganz am Rande gestreift hat. Die SP-Fraktion stört sich daran, dass die Toilettenanlage am Petersgraben im Rahmen dieser Sanierung eine reine Männertoilette bleiben soll. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb bei einer umfassenden Erneuerung der Infrastruktur keine geschlechtsneutrale Lösung möglich sei. Der Ratschlag führt zwar den Schutz des Wurzelraums als Argument gegen eine Unisex-Anlage an, doch wir halten dies für zu kurz gegriffen. Der bestehende Raum ist etwa 7 m² gross. Damit müsste der Einbau eines WCs problemlos möglich sein, auch wenn dabei vielleicht nicht restlos alle Normen eingehalten werden können. Das ist aber einfach die Realität beim Bauen im Bestand. Und der vorgesehene Budgetbetrag müsste dafür ebenfalls ausreichen. Wir bitten den Regierungsrat daher dringend, nochmals zu prüfen, ob mit verhältnismässigen Massnahmen eine Umwandlung des Pissoirs in eine geschlechtsneutrale Toilette möglich wäre.

Mit dieser Bitte an die Vorsteherin des Bau- und Verkehrsdepartements stimmt die SP-Fraktion der Ausgabenbewilligung für die Sanierung des Petersplatzes zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Da meine UVEK-Kollegin heute die Kommission vertreten darf, darf ich kurz für die LDP Stellung nehmen. Wir sehen, dass ganz viele verschiedene Anliegen vereinbart werden mussten für die Umgestaltung vom Petersplatz und dass da wirklich auch Sanierungsbedarf besteht. Wir haben zwei Punkte, die wir gerne kurz anmerken möchten, wo wir etwas skeptisch sind oder nicht ganz sicher, ob das dann wirklich so realisierbar sein wird, wie angekündigt.

Einerseits ist es die Vereinbarkeit mit einer potenziellen Tramverbindung Petersgraben. Wir sind nicht ganz sicher, ob das dann wirklich geht, ohne noch einmal am Platz zu werkeln und da doch noch Mehrkosten zu generieren, also wie da die Kompatibilität, die angekündigt wird, tatsächlich standhält schlussendlich.

Der zweite Punkt, den wir haben, das sind die Wackensteine, die ja auch wie im Bericht hervorgehen, schon auf dem Münsterplatz auffindbar sind, wo man einfach immer wieder feststellt, wenn man dort schaut, dass die Leute oft sehr viel lieber auf dem Asphalt laufen als auf diesen abgeschliffenen Steinen und dass es schlussendlich sehr oft die Velos sind, die über die Steine ausweichen müssen, weil schon die Fussgänger auf dem Asphalt laufen. Wir haben da auch gehört, dass das Schütteln, dass das auslösen kann bei Kinderwägen oder Rollstühlen, je nachdem eher suboptimal ist für die Personen, die da betroffen sind und fragen uns, ob das ein ganz fixer Kurs ist, der da eingeschlagen ist oder ob da allenfalls auch noch einmal ein bisschen reflektiert werden kann, ob das der beste Belag ist. Ästhetisch ist er es zweifelsohne, das möchten wir nicht in Abrede stellen, aber er muss halt eben auch praktisch sein und wenn es jetzt da dann auch auf dem Petersplatz schön aussieht, auf was wir uns freuen, aber halt noch mehr schüttelt und rüttelt und je nachdem auch die Velofahrenden und Fussgänger in Zielkonflikte bringt, dann haben wir da doch das eine oder andere kleine Fragezeichen.

Ansonsten freuen wir uns auf einen neu designten Petersplatz, der sicher einen Aufwisch brauchen kann nach diesen 800 Jahren, und stimmen diesen 8.5 Millionen zu und hoffen, dass das dann wirklich auch optisch ein grosser Unterschied wird und der Platz weiterhin gerne genutzt wird für die verschiedenen Zwecke.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Wir begrüssen den Umbau des Petersplatzes. Ich habe mich schon seit Jahren, nein, ich würde sagen, seit Jahrzehnten gewundert, warum man eine solch gefährliche Situation wie das Trottoir an der hinteren Ecke, am hinteren Ausgang der Universität offenlässt und die Fahrräder, das würde mich noch interessieren, wie viele Unfälle man da in den letzten 30 Jahren gehabt hat. Ich finde es super, dass jetzt diese Velobasisroute überhaupt gemacht wird. Bis anhin ist es eigentlich einfach eine vernachlässigte Ecksituation, die mit Rollsplit das Ganze sehr gefährlich macht.

Mit der neuen Führung und Festlegung sollen nun Fahrräder gut an den Spazierenden, Kinderwägen und Rollstuhl bequem auf dem speziell bearbeiteten Boden laufen können. Ich habe mir das vorstellen lassen und ich hatte den Eindruck, dass das eine sehr gute Situation ist und ich sehe gar nicht, was Annina von Falkenstein vorhin da bemängelt hat, sondern ich denke, das ist wirklich eine Verbesserung. Auch für die Kinderwägen und die Leute, die im Rollstuhl sind, gerade zum Beispiel bei Messesituationen oder Flohmarkt oder wenn auch immer etwas passiert auf diesem Platz, dann ist das eine deutliche Verbesserung, die hier gemacht wird.

Was mir auch gefällt, ist, dass wir in der Kommission eigentlich die Abstellplatzsituation für die Velofahrenden verbessern konnten, so dass nicht einerseits die Basisroute gestört wird, aber auch andererseits die vielen Studierenden, die gerade, wenn ein, zwei Vorlesungen laufen, dann sicher einen grossen Nutzen haben von den bestehenden Geländern, die da vorhanden sind und die auch bleiben. Ich weiss nicht, nicht ganz in der Situation, wie sie jetzt sind, aber doch die Möglichkeit



bleibt, sie dort abzustellen, unkompliziert und die Stellen werden dann abgeräumt, wenn etwas Grösseres läuft. Da es bis anhin keine Probleme gab mit den Fahrrädern, die auch immer wieder verschwanden, genau zeitgemäss, denke ich, ist das super. Die Rampe beim Botanischen Garten ist auch zu begrüssen.

In diesem Sinne stimmt die Fraktion BastA dem Geschäft zu und möchte den Anzug Miozzari als erledigt abschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich möchte es hier nicht noch länger machen, ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir auch darüber gesprochen haben, diesen Perimeter auch noch anzuschauen gegen das Bernoullianum hinauf und dort auch zu schauen, ob man nicht in Zukunft vielleicht die Aufenthaltsqualität verbessern kann und sich mehr Gedanken über diesen Übergang in den Petersplatz vielleicht machen könnte.

Ansonsten sind wir sehr mit diesem Vorschlag eigentlich einverstanden, der uns heute da präsentiert wurde. Natürlich freuen wir uns auch über diesen sorgfältigen Umgang mit den Strukturen jetzt und vor allem auch mit der Bepflanzung jetzt. Auch wichtig ist natürlich, dass mit diesen Wackensteinen um die Bäume herum, dass man dort die eben nicht fest verfugt, sondern dass man Möglichkeiten findet, dass das Wasser gut versickern kann, dass zwischen den Wackensteinen sich auch Grün ansiedeln kann. Es muss wirklich sorgfältig gemacht werden. Es gibt auch dort geteerte Wege für den Veloweg und natürlich dann eben diese geschliffenen Wackensteine. Wir haben drei verschiedene Möglichkeiten, die dort eingesetzt werden, und die sind, glaube ich, auch zielführend.

Ja, die Ansprüche an diesen wunderbaren Platz haben sich während den Jahrhunderten natürlich stark geändert und es war noch interessant, dass das dort in früherer Zeit ein Stiftsgarten war. Ich als Biologe hätte vielleicht mir vorstellen können, dass man den Botanischen Garten erweitert, das wäre noch so eine Vision gewesen, aber gut, so sind wir auch zufrieden mit diesem wunderschönen Platz und ich danke den entsprechenden Stellen für diesen Vorschlag.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ganz kurz zwei Bemerkungen zur Barrierefreiheit. Wenn in Ratschlägen jeweils steht, ist mit den Behindertenorganisationen abgesprochen, dann ist das eine Floskel, meistens nur mit der Baufachstelle der Pro Infirmis. Wir haben unsererseits, seitens Behindertenselbsthilfe und betroffenen Organisationen oft auch eine andere Meinung, die geht dann eher in Richtung des Votums von Annina von Falkenstein. Das wäre die erste Bemerkung gewesen.

Die zweite Bemerkung ist die, ich kann Ihnen garantieren, dass Rollstuhlfahrende den Veloweg nehmen werden, weil der asphaltiert ist. Wenn man die Wahl hat als rollstuhlfahrende Person zwischen Wacken oder Asphalt, dann wählt man den Asphalt. Da programmiert man mit einer gewissen Sicherheit Mischverkehrskonflikte, mindestens jetzt im Fall des Petersplatzes. Ob das dann wirklich im Sinne der Barrierefreiheit eine Verbesserung ist, das würde ich bezweifeln.

Das sind einfach noch zwei Hinweise bezüglich der Barrierefreiheit, wie sie in diesem Ratschlag umgesetzt oder eben nicht umgesetzt wurden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte ganz kurz einfach noch auf den letzten Punkt eingehen, weil das mehrere Personen jetzt angesprochen haben, die Frage nach den Wacken oder asphaltierten Flächen. Ich glaube, da sind wir jetzt schon seit vielen Jahren dran, auch gute Lösungen zu finden und vielen Dank, Herr Mattmüller, dass Sie bestätigen, dass wir natürlich mit der entsprechenden Fachstelle in Kontakt sind. Wir sind nicht immer mit jeder einzelnen Organisation in Kontakt, das ist so, das sind auch sehr viele verschiedene Organisationen, das wäre schwierig, aber ich glaube, da sind wir schon länger wirklich daran, gute Lösungen zu finden.

Man muss schon sehen, dass diese Wacken nicht nur vom Historischen her wertvoll sind, also dass sie wirklich auch eben historischen Wert haben und schön aussehen, sondern es geht bei diesen Wackensteinen eben auch darum, dass sie weniger Hitze absorbieren als beispielsweise Asphalt. Sie haben eine bessere Ökobilanz, also das alles fällt in die Abwägung mit rein. Die Wacken sind heute stärker abgeschliffen als früher noch. Ich denke, wenn wir da noch weitere gute Kompromisse machen können, werden wir das gerne tun, aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir weiterhin eben auch auf



diese Steinbeläge setzen, auch aufgrund ihrer Eigenschaft, dass sie sich nicht so stark aufheizen. Das noch als Gedanke zu dieser Thematik.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Kommissionssprecherin verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 15 des Berichts)

Titel und Ingress

Gesamtausgaben

- Sanierung Petersplatz
- Entwicklungsbeitrag
- Unterhalt Belags- und Vegetationsflächen
- Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten

Hinweis gebundene Ausgaben

Publikations- und Referendums klausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009089, 03.06.26 16:39:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 8'350'000 bewilligt für die Sanierung des Petersplatzes. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 7'500'000 neue Ausgaben für die Sanierung des Petersplatzes zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur – Mehrwertabgabefonds»; (Baupreisindex Nordwestschweiz Tiefbau, April 2024 = 116,7)
- Fr. 400'000 als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Fertigstellung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds
- Fr. 15'000 als jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der Belags- und Vegetationsflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei
- Fr. 435'000 für die Erhaltung der Infrastruktur Kunstbauten (Instandsetzungsarbeiten Stützmauer Petersgraben) zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten

Die gebundenen Ausgaben können vom Regierungsrat auch dann realisiert werden, wenn der Grosse Rat oder die Stimmbevölkerung das Gesamtprojekt ablehnen würde.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen zugestimmt.



9.1. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Veloweg auf dem Petersplatz, Bericht der UVEK

[03.06.26 16:40:04, 20.5289.05]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die UVEK beantragt, den Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Veloweg auf dem Petersplatz als erledigt abzuschreiben. Die UVEK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

11. Anzug 1 Regiokommission betreffend Städtepartnerschaft als Beitrag zur europäischen Kohäsion

[03.06.26 16:40:20, 26.5141.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Über Städtepartnerschaften und deren Nutzen haben wir hier drin auch schon diskutiert, das eine oder andere Mal. Der Anzug führt entsprechend aus, es gibt heute schon zwei Arten von sogenannten Städtepartnerschaften, solche, die primär der Wirtschaft bzw. dem Standort dienen und solche, die ein soziales Engagement bilden. Jetzt sind Sie motiviert durch den Anzug Grossenbacher, der zwar ganz etwas anderes fordert, er wollte einen Unterstützungsbeitrag in der Flüchtlingskrise für Europa, jetzt möchten Sie aus dem eine Städtepartnerschaft in Europa machen für alle, für die breite Bevölkerung, die Partnerschaft soll einen Mehrwert für die breite Bevölkerung generieren. Sie haben auch schon klare Vorstellungen, was das für eine Stadt sein soll, wahrscheinlich Deutschland, Österreich, vielleicht Südtirol oder noch Luxemburg, sonst wird das sprachlich wahrscheinlich dann nicht mehr so, wie das da drinsteht.

Jetzt hört aber dann das Konkrete doch auf, wir driften sehr ins Allgemeine ab. Das soll positiv sein, attraktiv und vielfältig. Ich verstehe das nicht ganz. Was sind die Anknüpfungspunkte und für wen vor allem soll das positiv, attraktiv und vielfältig sein? Wie wollen Sie das schaffen, dass die breite Bevölkerung von dem profitieren kann? Der Nutzen oder die Notwendigkeit erschliesst sich uns nicht.

Für die FDP ist daher das Ganze viel zu unkonkret und daher können wir diesen Antrag nicht unterstützen. Der erwartende Nutzen steht in keinem Verhältnis zu den Kosten. Wenn wir schon etwas der Allgemeinheit zurückgeben können, dann senken wir doch die Steuern oder wir gehen nach Lörrach und verteilen ein paar Lächerli, vielleicht bekommen wir dann ein paar Spargeln zurück und machen das lokal. Also besten Dank, dass Sie das ablehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Niggi Daniel Rechsteiner. Entschuldigung, Tim Cuénod ist an der Reihe.

Tim Cuénod (SP): Ja, wir hatten einen langen Prozess in der Regiokommission. Wir haben uns auch in der Subkommission mit dem Thema der Städtepartnerschaften auseinandergesetzt und dabei kristallisierte sich heraus, dass es bei Flüchtlingshilfe vor Ort auf jeden Fall sinnvoll ist, dass es Unterstützungsprojekte geben kann, auch solidarischer Art mit Städtepartnerschaften. Da war strittig, wie sinnvoll es ist, da den Begriff von Städtepartnerschaft zu gebrauchen, weil Städtepartnerschaft ist etwas auf Augenhöhe.

Dabei haben wir mehr und mehr realisiert, dass die Zusammenarbeit, die wir haben, die verschiedenen Formen, heute reingeleitet sind durch Wünsche, zum einen ökonomische Art von Unternehmen, die zum Beispiel einen Standort haben und



finden, sie würden sich wünschen, dass wir zur Stärkung des Standortes auch dort quasi noch einen kulturellen Austausch oder anderes haben, Forschungszusammenarbeit, da gibt es teilweise Städtepartnerschaften, aber was wir nicht haben, sind Städtepartnerschaften, an der die breite Bevölkerung irgendwie partizipieren kann. Städtepartnerschaften, wie sie zum Beispiel aus historischen Gründen viele deutsche und französische Gemeinden und Städte miteinander haben, wo regelmässig grössere Gruppendelegationen vielleicht hin und her fahren, wo es mal einen sportlichen, kulturellen Austausch gibt, Klassenaustausch und etwas in dieser Art. Dass man also eine Form von Städtepartnerschaft hat, wo die Zusammenarbeit erlebbar ist und auch die Bevölkerung in irgendeiner Art und Weise breiter partizipieren kann.

Es wäre schön, wenn das Städtepartnerschaften wären, zum Beispiel mit einer Stadt, wo wir bereits Anknüpfungspunkte haben. In der Kommission wurde beispielsweise Rotterdam genannt, wo wir quasi die historische Gemeinsamkeit haben, wo wir den Rhein haben als gemeinsames Bindeglied. Im Historischen haben wir Erasmus von Rotterdam, der Humanismus und viel anderes gemein. Es gab auch andere Vorschläge, die diskutiert worden sind. Auf jeden Fall wollten wir da keine fixe Vorgabe machen, aber wir halten es doch für sinnvoll, dass es etwas ist in mittlerer Distanz einer Stadt, mit der es Anknüpfungspunkte gibt. Wir denken, dass es ein solches Bedürfnis in der breiteren Bevölkerung gäbe für eine Art Städtepartnerschaft zum Mitmachen und wir denken, das könnte auch ein Beitrag sein, gerade in unserer Zeit mit vielen europäischen, internationalen Spannungen, dass man auch einen kleinen Beitrag zur Völkerverständigung insofern leistet. Ich denke, das könnte auch für sehr viele Menschen durchaus ausgesprochen attraktiv sein, auch für Sport-, Kulturvereine und anderes. Da könnte man mit einem relativ bescheidenen finanziellen Beitrag, denke ich, dauerhaft unter Umständen viel bewegen.

Deswegen kam dieser Vorschlag, der in der Kommission doch auf sehr grosse Zustimmung gestossen ist und wenn ich heute den «Chrüzlistich» anschau, muss ich sagen, wahrscheinlich auch im Grossen Rat mit grosser Mehrheit überwiesen wird, was mich, was uns sehr freut und ich bitte Sie, ich spreche nicht nur im Namen der Sozialdemokratischen, sondern auch der Grünen Fraktion, in dem Sinn, den vorliegenden Anzug der Regiokommission zu überweisen. Wir hoffen, dass der Regierungsrat diesen Anzug wirklich ernsthaft und in sinnvoller Zeit prüft, schaut, wo gibt es Anknüpfungspunkte, wo könnte man effektiv mehr machen und sind überzeugt, dass eine solche neue Form der Städtepartnerschaft wirklich gewinnbringend sein könnte für grössere Teile der Basler Bevölkerung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an den Anzugsteller Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich spreche im Namen der Regiokommission, welche den vorliegenden Anzug betreffend Städtepartnerschaft als Beitrag zur europäischen Kohäsion eingereicht hat. Tim Cuénod hat eigentlich schon sehr viel voraus gesagt, das ist schön. Die Wiederholung tut vielleicht einigen noch gut.

Im Rahmen der Beratungen zu den sozialen Städtepartnerschaften mit Sahāb und Yopougon entstand die Idee, ergänzend eine europäische Städtepartnerschaft auf Augenhöhe zu prüfen. Auch wenn dies nicht mehr exakt mit dem Anzug Grossenbacher in Verbindung gebracht werden kann, verfolgt er dasselbe Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und einen konkreten Nutzen für die Bevölkerung zu schaffen. Die Kommission hat dazu Kriterien erarbeitet und ihre Überlegungen mit den zuständigen Stellen im Präsidialdepartement abgestimmt. Der Regierungsrat soll prüfen und berichten, ob eine Städtepartnerschaft mit breitem Zugang für die Bevölkerung aufgebaut werden kann, wie das in ganz vielen Städten und Dörfern und Gemeinden schon der Fall ist. Aus Sicht der Kommission fehlt Basel-Stadt bislang diese klassische Art von Städtepartnerschaft, die von der Bevölkerung aktiv mitgetragen und gelebt werden kann. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass dafür heute auch keine ausreichende Grundlage besteht und gegebenenfalls ein entsprechender Rahmen geschaffen werden müsste.

Basel-Stadt verfügt bereits, das haben wir auch gehört, über verschiedene internationale Partnerschaften. Diese dienen heute vor allem zwei Zwecken, der internationalen Vernetzung unseres Wirtschafts- und Forschungsstandortes sowie dem entwicklungspolitischen und sozialem Engagement. Die Partnerschaften mit Massachusetts, Miami Beach, Seoul, Toyama und Shanghai stärken die internationale Vernetzung unseres Wirtschafts- und Forschungsstandortes und sind deshalb auch sehr wichtig. Die Partnerschaften mit Abidjan und Sahāb leisten einen wichtigen Beitrag zur internationalen Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit. Was Basel-Stadt bislang fehlt, ist eine europäische Städtepartnerschaft, von der die breite Bevölkerung auch profitieren kann. Eine solche Partnerschaft soll nicht primär wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zielen dienen, sondern den direkten Austausch zwischen den Menschen fördern. Wie auch Tim Cuénod gesagt hat, über Vereine, Schulen, Kulturinstitutionen, Sportorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen hinweg.

Die Regiokommission ist überzeugt, dass eine solche Partnerschaft einen Mehrwert schaffen kann. Sie würde den europäischen Gedanken stärken, Begegnungen ermöglichen und neue Formen der Zusammenarbeit fördern. Deshalb ersuchen wir den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob eine solche Städtepartnerschaft in Europa aufgebaut werden kann, die die Kriterien erfüllt des niederschweligen Zugangs, der guten Erreichbarkeit, der sprachlichen Verwandtschaft und vielfältiger Anknüpfungspunkte und vor allem ein gegenseitiges Interesse der Städte an einer Partnerschaft. Zudem soll



geprüft werden, welchen Mehrwert eine solche Partnerschaft für Wirtschaft, Bildung, Forschung und Innovation, Kultur, Architektur sowie Lebensqualität und Nachhaltigkeit schaffen könnte. Weiter soll der Regierungsrat darlegen, wie eine solche Städtepartnerschaft in die kantonale Aussenbeziehungsstrategie integriert werden könnte und ob eine Finanzierung über bestehende Instrumente der internationalen Zusammenarbeit möglich wäre. Es geht nicht darum, bestehende Partnerschaftsmodelle zu kopieren, Ziel ist vielmehr eine lebendige Partnerschaft in Europa, für die Menschen in Basel konkret erlebbar macht und gleichzeitig die internationale Vernetzung des Kantons stärkt.

Die Beratungen der Regiokommission haben gezeigt, dass dieses Anliegen auf breite Unterstützung stösst. Der parteiübergreifende Austausch verlief konstruktiv und unterstrich das Potenzial einer solchen Städtepartnerschaft. Ich bitte Sie im Namen der Regiokommission, diesen Anzug zu überweisen. Ich kann mir nicht verkneifen, zu Daniel Seiler noch eine kleine Bemerkung zu machen. Ihre Fragen werden ja beantwortet, wenn die Regierung dann diesen Anzug beantwortet. Sie sind ja auch in der Regiokommission vertreten, die Fragen hätten wir schon im Vorfeld klären können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 19 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009092, 03.06.26 16:53:26]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 66 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen überwiesen.

12. Anzug 2 Tobias Christ und Leoni Bolz betreffend Klimaziel 2037 erreichen: Pilotprojekt für eine nachhaltige urbane Mobilität

[03.06.26 16:53:34, 26.5142.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ja, einmal mehr zeigen die Unterstützer des Netto-Null unseres Kantons sehr schön auf, worum es ihnen wirklich geht. Sie haben vor ein paar Jahren die Bevölkerung verführt, zur global völlig irrelevanten Klima-Aktionitis des Kantons Ja zu sagen und jetzt können sie fröhlich und ungehindert ihrem Hobby frönen, nämlich die Bevormundung der Bevölkerung und der Durchsetzung des Klimadiktats. Der zweite Punkt der Forderung des Anzugs sagt es ja deutlich, inwieweit mit gezielter Einschränkung der Verkehrsfläche für den MIV, etc., also die Einschränkung genau, das Klima wird gerettet, wenn wir in unserem Kanton auch noch dem letzten Autofahrer den Garaus machen. Denn es passiert etwas Schlimmes, es wird wärmer. Ja, seit 170 Jahren wird es wärmer, Gott sei Dank. Dem Menschen ist es immer wärmer gegangen, als wenn es kalt war, und wie reagieren wir? Wir kämpfen gegen die Natur und wir dammen das Lebenselixier CO₂, wofür ja der Autofahrer einer der ganz grossen Sünder ist. Wir nennen das Netto-Null, alles andere muss dem untergeordnet werden.



Die Klimastrategien waren ja bis jetzt auf dieses Ziel gerichtet, ein Ziel, welches von namhaften Wissenschaftlern immer wieder hinterfragt worden ist. Doch gute Neuigkeiten, das Pendel beginnt zurückzuschwingen. Es besteht berechnete Hoffnung, dass auch wir noch die Rückkehr des gesunden Menschenverstandes erleben werden. Das Horrorszenario RCP 8.5 wurde von den Klimamodellierern selbst in den Mistkübel der Geschichte geworfen und damit müssen wir auch unsere Klimastrategien neu justieren. Der Grund für die Klimapanik ist weggefallen, das heisst, dieser Anzug steht auf reichlich tönernen Füßen.

Nun, reden wir über die Mobilität. Die Mikromobilität, ich betone das ausdrücklich, die Mikromobilität soll ihren Platz in unserem Verkehrsgeschehen haben, daran besteht kein Zweifel. Aber das soll sich organisch entwickeln und nicht mit ideologisch-wissenschaftlichen Methoden durchgedrückt werden. Der Anzug bemängelt, dass auf Stadtstrassen der MIV im 2024 um 2 Prozentpunkte zugenommen habe. Ja, das ist ja eine riesengrosse Überraschung, man stopft immer mehr Leute in unser Land hinein und dann gibt es mehr Verkehr. Ja, wer hätte das auch denken können? Und zum Verkehr gehört nun einmal der MIV. Es ist ganz einfach, wer die gefahrenen MIV-Kilometer mässigen will, der sagt ganz einfach Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative der SVP. Problem gelöst.

Noch einmal zur Mikromobilität. Wie gesagt, sie ist gut und recht, sie soll ihren Platz haben, aber, und das ist der SVP wichtig, nicht auf Kosten anderer, schon gar nicht auf Kosten derjenigen, die nicht mehr zum Beispiel mit dem Trotti rumflitzen können. Ja, auch die rot-grüne Politik anerkennt, dass unsere Bevölkerung immer älter wird, gleichzeitig aber machen sie eine Verkehrspolitik für immer Jüngere. Damit bekunden Sie ganz klar, dass Ihnen die ältere Bevölkerung recht eigentlich wurscht ist, sollen doch die Eltern schauen, wie sie sich noch in der Stadt bewegen können. Das ist eine Politik, welche wir von der SVP klar und entschieden ablehnen.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich danke Ihnen dafür.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen. Die erste ist von Oliver Thommen. Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben gesagt, die Menschen mögen es heiss. Der Mensch erschien im Holozän und bald haben wir Temperaturen, die höher sind als beim Erscheinen der Menschen. Auf welcher wissenschaftlichen Basis kommen Sie zu der Aussage, dass die Menschen dies mögen?

Beat K. Schaller (SVP): Der Menschheit ist es immer besser gegangen, wenn es warm war. Wenn es kalt war, da hatten wir die Dürren, die Bürgerkriege, die Völkerbewegungen, etc. Also ich kann Ihre Frage damit beantworten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die zweite Zwischenfrage ist von Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Lassen wir mal die Klimagründe weg, aber Sie sagen, es gehe auf Kosten der Autofahrer. Wenn wir jetzt aber sehen, die Mehrheit der Fläche im Strassenraum ist bei den Autofahrenden, finden Sie dann nicht eigentlich, dass es im Moment zu Kosten des aktiven Verkehrs geht und dass 50/50 eben fair wäre?

Beat K. Schaller (SVP): 50/50 ist der Anfang, Sie werden aufhören, wenn es 100/0 ist.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Im Gegensatz zur SVP teilt die FDP das Ziel, den CO₂-Ausstoss im Stadtverkehr zu senken. Das ist kein Lippenbekenntnis, es ist ein politischer Auftrag der Bevölkerung, auch unser Auftrag. Was wir aber entschieden ablehnen, ist ein Ansatz, der Mobilität durch Flächenentzug erzwingt, anstatt durch attraktive Alternativen zu überzeugen. Diesem Ansinnen hat die Stimmbevölkerung auch eine deutliche Absage erteilt. Die beiden Stadtklimainitiativen wurden klar abgelehnt.

Die Basler Zeitung berichtete vorgestern, die ETH-Forschenden planen, 50% der gesamten Basler Verkehrsfläche für Mikromobilität zu reservieren. Die meisten Strassen würden in je eine Auto- und eine Velo-Doppelspur aufgeteilt. Das ist



keine behutsame Weiterentwicklung, das ist eine radikale Neuordnung unserer Stadtstrassen und dieser Anzug fordert die Regierung auf, genau dieses Modell zu prüfen und anzuwenden.

Das ETH-Projekt ist wissenschaftlich wertvoll, das bestreiten wir nicht. Aber selbst Projektleiter Kay Axhausen sagte es klar, E-Bike City ist eine Vision, ein Denkmodell, das zur Diskussion anregen soll, keine Politikempfehlung, kein Umsetzungsplan. Die ETH hat für Zürich modelliert, Studierende haben es auf Basel übertragen. Das ist Lehrbetrieb, kein Regierungsprogramm.

Basel-Stadt ist keine leere Karte. Wir haben Gewerbebetriebe, die auf Erschliessungsstrassen angewiesen sind, tägliche Pendlerinnen und Pendler aus Baselbiet und dem nahen Ausland, Lieferverkehr, Hafenlogistik. Das ETH-Modell ignoriert diese Realität. Wenn der MIV systematisch durch Einbahnsysteme reduzierte Verkehrsflächen eingeschränkt wird, steigen Umwege, Lieferzeiten und Kosten. Wer keine Wahl hat, weil er schwere Güter transportiert, pflegebedürftige Angehörige fährt oder schlicht ausserhalb des Veloradius wohnt, der wird bestraft. Das ist kein sozialer Ausgleich, das ist eine Belastung für genau jene, die sich keine Alternativen leisten können. Autos aus der Stadt bringen via am besten mit Ringautobahnen, wie andere Städte es auch machen. Die Nachfrage nach dem Privatauto sinkt dauerhaft nur, wenn der öffentliche Verkehr und die Mikromobilität so attraktiv werden, dass Menschen freiwillig umsteigen. Elektromobilität, intelligente Verkehrssteuerung, multimodale Hubs, das sind liberale Antworten. Wer heute Strassenfläche abbaut, verbaut sich morgen Optionen.

Die drei Prüfaufträge dieses Anzugs binden Verwaltungsressourcen für einen Ansatz, den wir politisch für nicht zielführend halten. Die FDP lehnt diesen Anzug ab. Wir erwarten von der Regierung eine Klimastrategie, Verkehr, die auf Anreizen, Innovation und Infrastruktur auf alle Verkehrsmittel beruht, nicht auf Entzug und Einschränkung. Ich bitte Sie daher, diesen Anzug abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Leoni Bolz hat eine Zwischenfrage.

Leoni Bolz (SP): Sie haben gesagt, es kommt von der ETH, sind Sie also der Ansicht, dass Erkenntnisse aus der Uni und Visionen keinen Platz in der Politik haben?

Johannes Barth (FDP): Es gab ja mal einen Politiker, der gesagt hat, wer Visionen hat, soll zum Arzt, aber es geht hier darum, klar zu trennen zwischen einer Vision und Umsetzung und wenn man solche radikalen Visionen hat, sollte man vielleicht das in der ETH lassen und nicht der Regierung diesen Auftrag geben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Die LDP lehnt diesen Anzug ab. Nicht weil wir das Klimaziel in Frage stellen, das Netto-Null-Ziel wurde von der Bevölkerung beschlossen und ist zu respektieren. Wir sollten das Ziel erreichen, aber wie wir es erreichen, das ist nochmals ein anderer Punkt. Ein ETH-Projekt präsentiert uns die E-Bike-City als möglichen Lösungsansatz, welcher uns aber gleichzeitig unterjubelt, dass die gezielte Reduktion des motorisierten Verkehrs der zentrale Hebel zur Zielerreichung sei. Damit wird uns eine bestimmte verkehrspolitische Ideologie bereits vor der eigentlichen Prüfung als bevorzugte Lösung unterbreitet. Basel ist nicht irgendeine Modellstadt auf dem Reissbrett, Basel ist Grenzstadt, Wirtschaftsstandort, Universitätsstadt, Messestadt und Arbeitsort für zehntausende Pendlerinnen und Pendler aus der Region und dem Ausland. Die komplexen Mobilitätsströme lassen sich nicht einfach nach ideologischen Vorstellungen neu ordnen. Andere Städte ticken vielleicht anders, haben keine pendelnden Ströme wie wir in Basel.

Besonders stossend finde ich an dem Anzug, dass er den Eindruck erweckt, Mobilität sei in erster Linie ein Problem, das reduziert werden müsse. Mobilität ist jedoch die Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Freiheit. Wer Mobilität primär als Belastung betrachtet, verkennt ihre zentrale Bedeutung für unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität. Klimapolitik sollte eben ergebnisoffen, technologieoffen und pragmatisch sein. Es ist nicht Aufgabe unseres Kantons, den Menschen vorzuschreiben, welches Verkehrsmittel sie zu benutzen haben. Seine Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit klimafreundliche Alternativen attraktiv werden und sich aufgrund ihrer Vorteile durchsetzen und nicht umgekehrt. Nachhaltige Mobilität bedeutet für mich deshalb nicht, einzelne Verkehrsträger systematisch zu verdrängen, sondern es bedeutet, den Menschen echte Wahlmöglichkeit zu bieten und Innovationen zu fördern und überzeugt die Menschen, statt sie umzuerziehen.

Aus diesen Gründen lehne ich im Namen der LDP den Anzug ab.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich komme nochmal darauf zurück, die letzte Verkehrsstatistik hat deutlich gezeigt, dass vor allem beim Veloverkehr in den vergangenen Jahren eine deutliche Zunahme festgestellt werden kann. Vor allem auf die Elektrifizierung des Fahrrads kann diese zurückzuführen sein. Die Regierung hat schon darauf reagiert und möchte in der Zukunft auch Velovorzugsrouten errichten. Das Problem hier dabei ist einfach, dass es sehr schleppend vorangeht und hier denke ich, dass es vielleicht eben wirklich daran liegt, dass auch eine gewisse grössere Vision fehlt, die aufzeigen könnte, wie der Verkehr insgesamt modernisiert und den zukünftigen Ansprüchen einer modernen, klimaangepassten und lebenswerten Stadt gerecht werden könnte.

Eine solche Vision, ja stimmt, ich werde mich trotzdem nicht beim Arzt sofort anmelden, präsentiert uns die ETH mit ihrem Konzept E-Bike-City, das ein schlaues Nebeneinander, und ich betone Nebeneinander, des MIV, des ÖV und des Fahrrads gestaltet. Heute konnten wir bereits mehrfach sehen, dass es solche Visionen in einem Kontext, wo alle nur auf ihre Partikularinteressen beharren, schwer haben und dennoch braucht es mehr denn je solche Initiativen, die uns helfen, möglichst schnell davon wegzukommen, dass heute immer noch 40% der CO₂-Emissionen aus Mobilitätsquellen stammen. Und hier sehen wir vor allem das Problem und nicht, dass wir völlig gegen den MIV sind. Es ist die Wirkung, die da auf unsere Umwelt geht und dort möchten wir eingreifen.

In Basel haben wir bereits viele Puzzlesteine wie ein Stadtklimakonzept, eine Lärmschutzverordnung, ein kantonales Umweltschutzgesetz, die verschiedene Immissionswerte festlegen und diese auch reduzieren, eine Mobilitätsstrategie, usw. sind da. Es wäre sehr wünschenswert, wenn wir es schaffen könnten, basierend auf einem wissenschaftlich fundierten Programm wie dem E-Bike-City positive Impulse für die Mobilität in der Stadt zu setzen, die uns ein Nebeneinander verschiedener Mobilitätsformen erlauben.

Ein solcher Versuch ist es sicher wert und daher sind die GRÜNEN/jgb sehr für die Überweisung dieses Anzugs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Ismail Mahmoud.

Ismail Mahmoud (SP): Wir sind weit vom Ziel entfernt. Das ist nicht meine Einschätzung, sondern die Schlagzeile der BZ vom 23. Mai und sie trifft es auf den Punkt. Bis 2037 muss der motorisierte Individualverkehr auf den Stadtstrassen um ein Drittel sinken. Das ist Teil der Netto-Null-Strategie bis 2037. Was zeigen uns die Verkehrszahlen 2025? Wir stehen gerade mal 1% unter dem Referenzjahr 2019. 1% 2025 bei angestrebten 33% in den nächsten 12 Jahren. Das ist kein leichter Rückstand, das ist ein grundlegendes Problem.

Der Anteil umweltschonender Fahrzeuge gestiegen von 1.3 auf 1.4%. Das Ziel ist es aber, bis 2030 jedes fünfte Auto umweltschonend zu haben. Das ist, und hier wird, glaube ich, niemand widersprechen, fast nicht mehr zu erreichen. Dabei ist die Richtung nicht falsch, die wir eingeschlagen haben. Der Veloverkehr hat seit 2010 um 25% zugenommen, wir haben es heute schon mal gehört, das ist ein starkes Zeichen. Es zeigt, dass Menschen umsteigen, weil es Sinn macht. Die Frage ist nun, schaffen wir auch die nötigen Bedingungen für weitere Umsteigende.

Und genau um das geht es in diesem Anzug. Das ETH-Forschungsprojekt E-Bike-City hat drei Jahre lang untersucht, was passiert, wenn wir den Strassenraum fair aufteilen, nicht zugunsten einer Seite, sondern gerecht, 50% MIV, 50% für den aktiven Verkehr und den ÖV. Und ich möchte hier eines klarstellen, das Projekt heisst zwar E-Bike-City, aber es geht nicht darum, alle Baslerinnen und Basler auf das E-Bike zu zwingen, es geht darum, um ganz normale Velos, um Göppel, um Gravelbikes, aber auch um Cargo-Bikes und eben E-Bikes und natürlich auch den ÖV. Es geht darum, den Strassenraum so zu gestalten, dass es sich lohnt und allen möglich ist, umzusteigen. Für Velopendler*innen, Eltern mit Kindern, ältere Menschen, für sie ist eine sichere Infrastruktur eventuell der entscheidende Unterschied.

Die ETH betont ausdrücklich, sie sind keine Aktivist*innen. Sie wollen neutral Möglichkeiten aufzeigen und das tun sie. Ihr Tool, entwickelt auf Basis von GPS und Beobachtungsdaten, kann für jedes Quartier, für jeden Platz modellieren, wie eine Neuverteilung des Strassenraums aussehen könnte. Mit möglichen Einbahnstrassen, mit besseren Velowegen, mit mehr Raum für ÖV oder Grünflächen. Und das Auto, und jetzt bitte hören Sie gut zu, das Auto, das bleibt. Es hat weiterhin Platz in unserer Stadt, aber es soll einfach nicht bevorzugt werden, wenn es bessere Alternativen gibt. Wer das Auto braucht, kann es nutzen, eben vielleicht mit einer Einbahnstrasse, vielleicht mit ein, zwei Minuten mehr Fahrzeit, dafür werden andere mit dem Velo sicherer, schneller und bequemer unterwegs sein. Das ist kein Angriff auf Autofahrende, das ist eine faire Aufteilung von öffentlichem Raum.



Und wollen wir nun die Klimakrise ernst nehmen, Herr Schaller? Ich finde, wir haben die Klimaziele ernst genommen, als wir sie beschlossen haben. Jetzt müssen wir auch die Massnahmen ernst nehmen, die nötig sind, um diese zu erreichen. Dieser Anzug fragt den Regierungsrat, nutzt dieses Werkzeug etwas, welche Massnahmen gibt es sonst noch, um dieses Drittel-Ziel zu erreichen und vor allem fordert er dazu auf, von vorhandenem Wissen zu profitieren, statt von null auf eigene Lösungen zu erfinden. Das sind alles faire Fragen, der Regierungsrat ist bereit, diese im Rahmen dieses Anzuges entgegenzunehmen, daher bitte ich um die Unterstützung dieses Anzugs.

Und zur guten Letzt noch, den Bogen zur Chaos-Initiative hatte ich eigentlich nicht vorgesehen, aber einfach fürs Protokoll, diese Initiative bringt Chaos, dieser Anzug und das Projekt E-Bike-City bringt Ideen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Ich danke insbesondere meinem Vorredner, der sehr viel schon klargestellt hat, deshalb kann ich mich jetzt hier kurz halten. Trotzdem will ich nochmal darauf eingehen, dass bei den Voten der Leute, die den Anzug bestreiten wollen, dass dort doch vielleicht sich der Verdacht aufdrängt, dass noch einige Missverständnisse bestehen oder vielleicht auch, dass sie sich nicht so gut mit dem Projekt E-Bike-City auseinandergesetzt haben. Das ist nicht als Vorwurf zu verstehen, das ist ein grosses angelegtes Forschungsprojekt oder mehr so ein Rahmenprojekt mit einzelnen Projekten darin und ich bin auch weit davon weg, da den Überblick zu haben.

Aber doch vielleicht, was das Grundverständnis angeht, worum es dabei gegangen ist oder geht, da will ich doch noch einmal klarstellen, es geht da nicht um eine Vision und jetzt insbesondere auch in unserem Kontext hier mit diesem Anzug geht es nicht um die Vision, wie soll es aussehen, sondern das Ziel ist vorgegeben. Das kann man natürlich in Frage stellen, das ist erlaubt auch bei dieser Gelegenheit jetzt, aber das Ziel ist vorgegeben schon in der Klimastrategie, Reduktion des MIV und wie wir auch schon gehört haben, im Moment sieht es nicht gut aus, was die Erreichung dieses Ziels betrifft, und das setze ich jetzt mal als gegeben. Ich bin in anderem Rahmen gerne wieder bereit, auch darüber zu diskutieren natürlich, man darf immer alles wieder in Frage stellen, das soll so sein, aber darum geht es jetzt hier nicht.

Und E-Bike-City, da geht es nicht um eine Vision, wie soll das in Zukunft aussehen, sondern da geht es darum, wie kann man unter gegebenen Rahmenbedingungen, wenn man Mobilitätsbedürfnisse hat, das ist ein Teil der Rahmenbedingungen, man hat den Stadtraum, das sind die Rahmenbedingungen, da haben sie verschiedene Forschungsarbeiten gemacht, wie kann man mit diesen Rahmenbedingungen diese Mobilitätsbedürfnisse zukünftig erfüllen. Sie haben auch sehr viel Arbeit gemacht, Forschung gemacht, wie gelingt es, Verhaltensänderungen herbeizuführen oder versucht das zu simulieren, um zu schauen, wenn man die Infrastruktur anpasst, was bedeutet das dann, erreicht man damit dann auch diese Ziele oder ist es plausibel, dass man sie erreichen kann.

Was auch schon von meinem Vorredner gesagt worden ist, aber auch nochmal in aller Deutlichkeit, E-Bike-City hat nicht zum Ziel, Mobilität zu verhindern und wir als Anzugsstellende jetzt haben definitiv auch nicht dieses Ziel. Wir sehen Mobilität auch nicht als Problem primär, wir sehen Probleme, die daraus entstehen, zum Beispiel CO₂-Ausstosse. Diese Mobilitätsziele, die gibt es auch in Zukunft, die anerkennen wir, wir finden Mobilität nichts per se Schlechtes und es geht genau darum, wie kann man das auch in Zukunft erfüllen, wie können die Leute sich vernünftig, sinnvoll, effizient bewegen in Zukunft in der Stadt unter den gegebenen Rahmenbedingungen.

Und da hilft E-Bike-City, Lösungen zu finden, Antworten zu finden und es ist nur eine Einladung an die Verwaltung, das anzuschauen, auch ein bisschen politischen Rückenwind, da vielleicht auch wirklich ein bisschen mutiger voranzugehen und ich hoffe, diese Einladung wird angenommen. Und wie immer, ich bin nicht naiv, ich weiss genau, es gibt ganz viele Schwierigkeiten, man kann diese Konzepte, wie sie jetzt von E-Bike-City teilweise vorgeschlagen werden, nicht 1:1 umsetzen, das kann man nicht erwarten, dass das gelingt in Basel, aber dann hoffe ich dann vor allem auch darauf, dass dann dargelegt wird, warum das eben nicht so einfach ist und das bringt uns dann wirklich weiter im politischen Diskurs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie kennen ja meine Frage schon, ich habe Sie schon mal gefragt. Ich habe ein bisschen versucht, mich mit der Studie zu beschäftigen. Wo und wie wurde darin wissenschaftlich nachgewiesen, dass eben diese massiven Einschnitte keine Konsequenzen auf die Erreichbarkeit für alle haben, wie es im Anzug steht?



Tobias Christ (GLP): Es gibt sehr viele Forschungsarbeiten darin. Ich denke, was die Erreichbarkeit betrifft, das war eine der Rahmenbedingungen bei diesen Modellrechnungen, die da gemacht worden sind bei E-Bike-City, die genau einfließen dann auch in diesen Planungstools, die daraus entstanden sind, nämlich man muss sicherstellen, dass alle immer noch erreichbar sind mit MIV, auch Erreichbarkeit von Blaulichtorganisationen, usw., das sind genau diese Rahmenbedingungen. Darauf kann man vertrauen, dass das auch funktionieren würde.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Beat K. Schaller und Johannes Barth. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009094, 03.06.26 17:18:46]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 55 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

13. Anzug 3 Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Massnahmen für ein einfaches Parkieren des Gewerbes

[03.06.26 17:18:54, 26.5163.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wir von der LDP werden diesen Anzug sicher nicht unterstützen. Dieser Anzug läuft aus Sicht des Gewerbes für mich unter Dreist. Das Gewerbe wird für einen weiteren Parkplatzabbau, ja, man kann sagen, missbraucht. Was ist das für eine Logik? Da kann ich nur den Kopf schütteln. Der Anzug schafft keine zusätzlichen Parkplätze für das Gewerbe, er verteilt lediglich die vorhandenen neu. Das Gewerbe gewinnt so also nichts hinzu. Andersherum gesagt, es verliert Parkplätze. Das ist keine Lösung, sondern eine Umverteilung des Mangels.

Dabei ist das Anliegen des Gewerbes berechtigt. Handwerkerinnen und Handwerker, Servicebetriebe, Lieferdienste und viele andere Gewerbetreibende müssen möglichst nahe bei ihren Kundinnen und Kunden arbeiten können. Wer Werkzeug, Material oder Maschinen transportiert, ist auf praktikable Parkierrmöglichkeiten angewiesen. Die vorgeschlagenen Massnahmen lösen dieses Problem jedoch nicht, sondern verschieben es lediglich. Werden zusätzliche Parkplätze der blauen Zone in exklusive Gewerbeparkplätze oder Güterumschlagplätze umgewandelt, verschwinden reguläre Parkplätze, die heute von Mitarbeitenden, Kundinnen oder Kunden sowie Anwohnenden genutzt werden.

Zudem sollten wir die verschiedenen Nutzenden des öffentlichen Raums nicht gegeneinander ausspielen, das wurde heute schon mehrmals auch gesagt. Das Gewerbe braucht gute Rahmenbedingungen, aber auch Anwohnende, Besucherinnen und Besucher haben berechnete Interessen. Ein funktionierender Strassenraum entsteht nicht durch Verdrängung, sondern durch ausgewogene Lösungen. Scheinbar hat die Anzugstellerin halt immer noch nicht begriffen, dass ein guter Mix des MIV



für eine Stadt wichtig ist. Dazu gehören nun Parkplätze halt mal. Wobei, ja, ich schätze mal ein, der Grundsatz ist ja hier, Parkplätze abzuschaffen als zu erhalten.

Ich hole jetzt hier an dieser Stelle nicht mehr aus, darum danke ich, wenn Sie diesen Anzug nicht überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Jérôme Thiriet. Sie wird nicht angenommen. Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Dieser Vorstoss hat bei uns durchaus Sympathie gehabt in der Sozialdemokratischen Fraktion und die hat nicht mit dem Parkplatzabbau per se zu tun, sondern damit, zumindest nach unserer Information, dass der Leerstand der Parkplatzflächen in den Jahren, vor allem seit der Einführung der Veränderung bei der Parkkartengebühr gestiegen ist. Es ist auch sinnvoll, dass Leute, die ihr Auto so gut wie nie brauchen, in der Tendenz auf ein Auto verzichten und Mobility oder andere Modelle brauchen. Das ist das eine.

Das andere ist, dass wir anerkennen, dass es für Kurzzeitparkplätze, Umschlagsparkplätze für Gewerbebetriebe effektiv gewisse Probleme gibt und dass man diese Probleme angehen muss, dass solche Plätze an gewissen Stellen mehr gefragt sind, dass es dadurch zum Teil wirklich sehr unnötigen Suchverkehr gibt. Ich denke, das ist keine Frage der Ideologie, sondern der politischen Realität, der Realität auch, wie man sie vorfindet und dass es natürlich Gewerbetreibende gibt, die gar nicht anders als mit dem Auto unterwegs sein können, wenn sie ihren beruflichen Tätigkeiten nachgehen.

Insofern ist es nicht so, dass dieser Vorstoss aus unserer Sicht irgendwie dreist wäre, sondern wir sagen, es wäre sinnvoll, einige Parkplätze umzuwandeln in kurzzeitig nutzbare Parkplätze für Gewerbebetriebe oder für Umschlag. Insofern scheint mir das ein überaus vernünftiger Vorstoss zu sein. Ich verstehe die Vorwürfe an dieser Stelle nicht ganz.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt diesen Anzug, er kommt auch von uns, und ich möchte gerne noch die Vorgeschichte dieses Anzugs noch ein bisschen erzählen. Tim Cuénod hat es ein bisschen vorne weggelassen. Es gibt eine gewisse Anzahl Parkplätze in dieser Stadt, in diesem Kanton und es ist effektiv so, dass Gewerbetreibende, wie auch Daniel Hettich oder ich, als wir mehr Probleme haben, dort das Auto abzustellen, wo sie arbeiten müssen. Das ist uns von Gewerbetreibenden auch sehr plastisch und nachvollziehbar dargelegt worden in einem dieser Austausche, was der Gewerbeverband mit den Politikschaffenden macht mittlerweile, was sehr begrüßenswert ist.

Aus diesem Austausch heraus ist eigentlich dieser Anzug entstanden. Es geht genau nicht darum, weitere Parkplätze abzubauen, sondern es geht darum, den Parkraum, der jetzt verfügbar ist, so für das Gewerbe zugänglich zu machen, dass die vernünftig arbeiten können. Aus meiner Sicht als Gewerbler müssen wir das Gewerbe in dieser Stadt vor den MIV, vor die private Nutzung des Autos stellen können. Denn wenn wir dem Gewerbe das verunmöglichen, direkt bei einem Kunden zu parkieren, verlieren die viel Zeit, das kostet viel Geld und das geht dann der Kundschaft, die auch hier im Saal ist, wieder ans Portemonnaie.

Es macht doch absolut Sinn, wenn wir jetzt einmal dem Regierungsrat den Anzug zur Prüfung überweisen, schauen, wo werden am häufigsten Parkplätze für das Gewerbe gebraucht und dort vielleicht ein Parkplatz, der von allen gebraucht werden kann in einer blauen Zone, so zu markieren, dass zumindest den Tag durch ein Gewerbler dort Platz hat, den reservieren kann, wenn er dort eine Baustelle hat, dass er dort hinfahren kann. Das ist doch wichtig. Und es ist auch so, dass wirklich ein Privatauto, ein Mitarbeitender, ein Kunde, andere Möglichkeiten hat, an einen Arbeitsort zu kommen oder auf eine Baustelle. Der kann das Velo nehmen, der kann den ÖV nehmen, der kann ein Park-and-Ride-System nehmen, der kann laufen, der kann sich anders organisieren. Daniel Hettich hat sich mit seinem Holz und mit allem Material, das er bringt, keine Alternative. Wegen dem braucht das Gewerbe mehr Parkfläche in der Stadt, zumindest durch den Tag durch. Das ist ja mit diesen Anlieferzonen und Gewerbeparkplätzen, die durch den Tag durch für das Gewerbe reserviert sind und abends vom MIV oder von jenen mit einer Parkkarte genutzt werden können, eigentlich gegeben.

Der Anzug ist absolut sinnvoll und wir bitten Sie, ihn zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie wissen aber schon, dass der Gewerbeverband, den Sie zitiert haben, gegen diesen Anzug ist, oder?



Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Das weiss ich und ich habe ein absolutes Unverständnis für die ablehnende Haltung des Gewerbeverbandes, weil dieser Wunsch eigentlich vom Gewerbe kommt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte-EVP beantragt Ihnen die Nichtüberweisung, obwohl ich jetzt zweimal gehört habe, wie vernünftig dieser Anzug ist oder wie überhaupt sinnvoll dieser Anzug ist, im Kern ist es natürlich eine vernünftige Überlegung. Wir brauchen für das Gewerbe genügend Parkplätze, aber die Wirkung, die damit zusammenhängt, ist natürlich für die Menschen in dieser Stadt ausserordentlich problematisch, denn das führt dazu, dass nochmals weniger Parkplätze tagsüber zur Verfügung stehen werden für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die natürlichen Personen in dieser Stadt. Da haben wir jetzt schon ein grosses Problem geschaffen und dieses Problem verschärfen wir nochmals mehr mit einem guten Grundgedanken und das geht nicht miteinander auf. Wir haben schon einmal so etwas gemacht, da war ich noch nicht im Rat, aber das ist eigentlich eine gute Sache. Wir haben, damit man mehr E-Mobilität fördern kann, ganz viele E-Mobilitätsparkplätze in der Stadt aufgebaut. Ich glaube, das System ist noch gar nicht fertig ausgebaut und ich habe vor zwei Wochen etwa eine Statistik gesehen von IWB und die deckt sich mit meinen eigenen Beobachtungen, diese Plätze sind eigentlich fast immer leer, 1.3 Ladungen pro Tag finden statt.

Also wir leisten uns den Luxus, den knappen Boden so grosszügig an irgendwelche Bedürfnisse zu verteilen, die möglicherweise gar nicht genügend abgeklärt worden sind, währenddem unterdessen wirklich klar geworden ist oder für die meisten klar geworden ist, dass wir für die Menschen, die in dieser Stadt leben, in einigen Quartieren unterdessen dramatische Verhältnisse geschaffen haben mit dem Abbau von Parkmöglichkeiten und die Menschen haben halt ein Auto, sie haben es vielleicht auch in Form von einem E-Mobil, von einem Elektroauto, aber die Menschen haben das und das sind die Menschen, die hier leben und wir müssen auch Politik machen für die Menschen, die hier leben und die hier ihren Alltag verbringen müssen. Diese Autos lösen sich nicht in Luft auf den Tag durch, die müssen halt zum Teil auch am Tag hier irgendwo stehen bleiben. Deshalb ist die Lösung, dass man dann nachts schon dort stehen kann, nur eine halbe Lösung, weil es dann eben für die Menschen am Tag fehlt.

Es tönt sehr gut, aber wenn sogar der Gewerbeverband sagt, halt, so ist es für uns nicht richtig, so können wir das nicht für uns haben, haben wir unsere Bedenken, dass es wirklich so sinnvoll oder so hervorragend ist, wie es auf den ersten Moment scheint. Deshalb sind wir hier skeptisch. Wir sagen einmal Marschhalt, nicht noch mehr und noch ständig und noch schneller. Wir haben heute auch schon wieder Parkplätze abgebaut im Zusammenhang mit dem Strassenprojekt im Kleinbasel. Deshalb würden wir empfehlen, dass wir hier nicht überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich lege mich nicht fest, ob dieser Vorstoss gut gemeint ist oder ob es einfach ein knallharter Parkplatzabbauvorstoss ist. Mein kurzes Votum beschränkt sich jetzt auf ersteres Szenario, also ich bin da eher auf der Seite edle Absicht von Kollege Jérôme Thiriet als auf der Seite von Daniel Hettich, man will primär einfach weiterhin Parkplätze abbauen. Nun gut gemeint, wie Sie wissen, ist häufig nicht gleich gut und ich werde hier ganz kurz für die Haltung des Gewerbeverbandes etwas Verständnis aufbauen zu versuchen.

Wenn Sie Dinge anliefern, die über ein Couvert hinausgehen, dann werden Sie nicht 50 Meter tragen wollen, schon gar nicht 100 Meter. Wenn Sie also eine Baufirma sind oder eine Möbelschreinerei oder sogar ein Umzugsunternehmen, und da spreche ich, wie Sie wissen, aus Erfahrung, dann wollen Sie vor der Haustür parkieren, jeder Meter zählt. Eine durchschnittliche 4,5-Zimmer-Wohnung sind etwa drei bis vier Tonnen Haushaltsgut. Jetzt können Sie sagen, die Leute sollen halt 100 Meter tragen oder schieben oder Sie können Verständnis dafür haben, dass man diese drei bis vier Tonnen nicht über grosse Distanzen tragen will. Was ist das Resultat? Das Resultat ist, Sie wollen einen Parkplatz vor dem Haus haben, den Sie für den Zweck reservieren können als Unternehmer.

Jetzt, was bleibt am Schluss noch, wenn Sie mit den schweren Gütern nicht auf diesen reservierten Parkplätzen gemäss Vorstoss parkieren können? Dann bleiben noch die PWs. Auch PWs können selbstverständlich gewerbliche Fahrten sein. Vorhangvertreter, Versicherungsvertreter oder irgend so etwas. Und dann stellt sich genau die Frage, die vorhin Kollege Bruno Lötscher gestellt hat. Da haben wir dann irgendwo die Güterabwägung zu machen zwischen Parkplätzen, die gelegentlich von Gewerbetreibenden benutzt werden, oder den Parkplatz, den genau der gleiche Gewerbetreibende eben genau dann braucht, wenn er zu Hause ist. Gerade Vertreter arbeiten heute häufig aus dem Homeoffice und gehen dann



zum Kunden, wenn sie einen Termin haben. Aber genau dann brauchen diese Gewerbetreibende den Parkplatz nicht fürs Gewerbe, sondern privat und der steht dann nicht mehr zur Verfügung.

Das Problem muss gelöst werden, indem wir grundsätzlich schauen, dass man Fahrzeuge abstellen kann und nicht diesen Nutzungskonflikt gemäss diesem Vorstoss hervorheben. In diesem Sinne bittet auch die SVP darum, dass man das nicht überweist.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ich möchte noch ergänzen zu meinem Votum, diese gelbe Fläche, von der wir hier reden, steht für uns Handwerker, wenn wir auf die Baustelle fahren, vier Stunden zur Verfügung und nicht länger, da habe ich einen Zettel unter dem Scheibenwischer. Die blaue Zone, die es schon gibt, die kann ich, wie Herr Amiet gesagt hat, mir reservieren, das ist möglich, gerade beim Zügeln, und ich kann mit der Gewerbeparkkarte dort den ganzen Tag das Fahrzeug hinstellen im Gegensatz zur gelben Fläche. Also auch aus diesem Grund sind wir nicht für diesen Anzug.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Tim Cuénod hat sich ebenfalls für ein zweites Votum gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Ich wollte nur kurz einfach noch auf Bruno Lötscher entgegnen. Bei den Elektroautos gilt logischerweise das Zitat; gouverner, c'est prévoir. Man hat bei den Neuzulassungen heute einen deutlich grösseren Anteil an Elektro-, auch an Hybridautos als vor einigen Jahren. Es sind nur noch, glaube ich, knapp 30% Benziner, die zugelassen werden bei den neuen Autos und da wird die Infrastruktur, die man jetzt erstellt hat, sich in ein paar Jahren schon als deutlich nützlich erweisen, weil natürlich die Autos, die aufgegeben werden, natürlich grösstenteils Benziner sind, insofern ist mit einer besseren Belegung zu rechnen.

Auch ist zu sagen, dass wenn Sie sich die Statistiken anschauen über die Belegung in einzelnen Quartieren, so ist es nach der Einführung, nach der letzten Revision der Parkplatzgebühren, wo man unter anderem festgelegt hat, dass grössere Autos mehr bezahlen, also insgesamt ist man hochgegangen, ich denke, das hat dazu geführt, dass es an der Parkplatzfront eine gewisse Beruhigung gegeben hat und dass es so ist, dass ganz objektiv die Belegungszahlen in einigen Quartieren rückläufig sind. Ich finde es auch ehrlich gesagt sinnvoller, auch in einer ökonomischen Betrachtung, dass jetzt Parkplätze drei, vier Mal am Tag durch Gewerbeautos oder anders belegt werden als durch Leute, die eigentlich ein Auto nicht unbedingt brauchen und das dort drei, vier Monate stehen lassen.

Insofern erscheint es mir äusserst sinnvoll, in diese Richtung ein paar zusätzliche Schritte zu gehen, zumal es da wirklich objektive Probleme gibt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Auch für ein zweites Votum gemeldet hat sich Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Ich komme auch noch schnell mit einer Präzisierung betreffend Umzüge und Daniel Hettich. Eine Forderung in diesem Anzug ist eben auch, dass man ein einfaches Verfahren schafft für die Blockade der blauen Zone. Das war an diesem Austausch auch ein Thema, dass es mittlerweile wahnsinnig kompliziert ist. Du musst es eine Woche vorher buchen, du weisst gar nicht, wann du einen Termin hast. Früher konnte man offenbar einfach den «Töggel» bei sich im Auto haben, random selber das machen, das geht nicht mehr, man kriegt eine Busse. Also auch dort kommen wir dem Gewerbe entgegen, wenn wir den Anzug jetzt einmal überweisen und schauen, was sie dazu sagt, wenn es wirklich einfacher wird für das Gewerbe, genau dort, wo es arbeiten muss, dann auch Parkplätze zu haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Diese wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Kann ich Sie davon überzeugen, hier Nein zu stimmen, wenn ich Ihnen sage, dass es in keinem Kanton der Schweiz einfacher ist als in Basel-Stadt, solche blauen Zonenparkplätze zu reservieren?

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Nein, das wäre umso mehr ein Anreiz, hier ein Basler Finish zu machen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Somit hat die Anzugstellerin Raffaella Hanauer das Wort.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich möchte gerne mein Votum mit ein paar Tatsachen beginnen. Tatsache ist, Basel-Stadt, Basel, unsere Stadt, ist eine wachsende Agglomeration. Tatsache ist auch, etwa die Hälfte der Haushalte besitzt kein eigenes Auto. Tatsache ist auch, dass der öffentliche Raum begrenzt ist und dass es nicht für alle Privathaushalte Platz im öffentlichen Raum hat, ihr eigenes Auto dort abzustellen. Ein weiter wie bisher und der Ansatz, dass jeder doch ein Auto abstellen dürfen soll im öffentlichen Raum, ist daher auf Grundlage der Tatsachen eine ziemlich unlösbare Gleichung. Das Auto im öffentlichen Raum zu parkieren ist demnach auch ein Privileg. Ich möchte daher gerne über den Leidensdruck sprechen und nicht über, wie wir das Problem verschieben, wem wir es zuschreiben, etc. Denn für das Gewerbe ist die Problematik hier grundlegend, und zwar grundlegender als die Frage, ob ich das Auto, das ich eigentlich nur für Wochenendausflüge brauche und genauso gut auch reservieren könnte und ein Mietwagen nehmen könnte, tatsächlich in der Nähe meiner Wohnungstüre abstellen kann oder nicht.

Dieser Anzug, der jetzt hier vorliegt und zur Debatte steht, möchte Parkplätze dort, wo sie gebraucht werden, schaffen. Es ist ein Anzug, das heisst, alle Inputs, die jetzt hier auch genannt wurden, die können auch bei der Beantwortung Berücksichtigung finden. Ich selbst, ich komme aus einer Handwerksfamilie, man würde es kaum glauben, aber ich habe Verwandte, die machen Sanitär, Spenglerei, ich komme nicht ganz von irgendwo, dass ich jetzt hier selbst diesen Anzug erarbeitet und eingereicht habe. Ich kann daher auch praxisorientiert denken, habe das von meiner Familie mitbekommen und daher möchte ich zur Sensorenthematik auch noch sagen, wenn wir alle Parkplätze im öffentlichen Raum nun mit Sensoren ausrüsten wollen, um dieses Problem zu beheben und um zu schauen, dass das Gewerbe dort die Parkplätze hat, wo sie es brauchen, dann müssen wir das Gewerbe recht lange verträsten, weil das ist ein sehr grosser Aufwand und nicht sehr praxisorientiert. Hingegen mit ein wenig Farbe kann man eine erste Abhilfe schaffen und daher bitte ich Sie, diesen Anzug im Sinne des Pragmatismus für das Gewerbe zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Daniel Hettich und weiteren. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs. NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 37 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009096, 03.06.26 17:42:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 52 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen überwiesen.

14. Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser, Stellungnahme des RR

[03.06.26 17:42:42, 25.5492.02]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Schutz von Opfern vor Gewalt ist dem Regierungsrat ein grosses Anliegen. Vor diesem Hintergrund hat er mit zwei Frauenhäusern in der Region Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Darüber hinaus werden mit dem im letzten Jahr lancierten Gewaltmonitoring Daten zu häuslicher Gewalt gesammelt und ausgewertet, um die Prävention in diesem Bereich zu stärken. Denn das Ziel ist letztlich, Gewalttaten im häuslichen und persönlichen Umfeld zu verhindern.

Der Regierungsrat hat im Rahmen der Verhandlung der Leistungsvereinbarungen mit den Frauenhäusern bereits festgestellt, dass Bedarf nach einer formell gesetzlichen Grundlage besteht und dem JSD einen entsprechenden Auftrag erteilt. Die Arbeiten dazu sind in Gang und werden im Laufe des laufenden Jahres abgeschlossen. Im Zentrum der Arbeiten steht eine gesamtheitliche Betrachtung der Situation, welche die unterschiedlichen Bedarfsgruppen berücksichtigt. Neben erwachsenen Frauen mit oder ohne Kinder sind dies auch queere Menschen, Minderjährige und junge Erwachsene, Männer und Menschen mit Behinderungen. Ebenso gilt es, verschiedene Szenarien zu berücksichtigen, wie zum Beispiel akute Notfälle, Hochsicherheitsfälle oder Anschlusslösungen. Im Unterschied zum Kanton Basel-Landschaft werden wir voraussichtlich keinen separaten Erlass schaffen. Das Thema eignet sich für eine Ergänzung des Einführungsgesetzes zum Opferhilfegesetz des Bundes. Somit ist das erste Anliegen der Motion bereits in Arbeit.

Darüber hinaus fordert die Motion eine Erhöhung der Schutzplätze in den Frauenhäusern sowie deren Finanzierung zu mindestens 75%. Wie die rechtliche Abklärung ergeben hat, liegen diese Forderungen nicht oder besser gesagt nicht ausschliesslich im Zuständigkeitsbereich des Grossen Rates oder des Regierungsrats. Vielmehr sind die Themen Gegenstand von Gesprächen und Verhandlungen mit den Frauenhäusern und dem Kanton Basel-Landschaft. Organisationen, deren Mitwirkung nicht mittels Motion verbindlich festgelegt werden können. Die Motion ist diesbezüglich also rechtlich unzulässig.

Natürlich ist es aus Sicht des Regierungsrats sehr ernst zu nehmen, wenn gewaltbetroffene Personen in akuten Krisensituationen keinen Schutzplatz finden. Hierzu möchte ich aber noch einmal deutlich klarmachen, es wurden und werden auch bei Platzmangel keine Schutzbedürftigen im Stich gelassen. Können betroffene Personen wegen Platzmangels oder aus anderen Gründen nicht aufgenommen werden, wird über die Opferhilfe beider Basel bei einem anderen Frauenhaus einen Platz organisiert. In Notfallsituationen können die Frauenhäuser oder die Opferhilfe zudem kurzfristige Platzierungen in Hotels veranlassen. Erst vor kurzem haben die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit den beiden Frauenhäusern Abgeltungen ausgehandelt, die das bestehende Platzangebot nachhaltig sichern sollen.

Die Weiterentwicklung der Fallzahlen wird von den zuständigen Fachstellen der beiden Kantone in engem Austausch mit den Frauenhäusern und der Opferhilfe aufmerksam beobachtet. Entscheidend ist dabei die Betrachtung der Gesamtsituation. Je nach Entwicklung kann der Bedarf an Schutzplätzen sehr unterschiedlich ausfallen, sei es für Minderjährige und junge Erwachsene, für akute Notfälle und auch für Hochsicherheitsplätze oder Anschlusslösungen. Nicht zuletzt spielt auch die Entwicklung des Schutzplatzangebots anderer Kantone eine Rolle. Eine seriöse Bedarfsplanung setzt deshalb eine kontinuierliche Evaluation voraus. Sobald eine solche vorliegt, kann diese als Grundlage dafür dienen, die Anzahl Schutzplätze im Rahmen der Neuverhandlung der Leistungsvereinbarungen zu erhöhen und die Abgeltung an die Frauenhäuser anzupassen, immer in enger Absprache mit dem Kanton Basel-Landschaft, den Frauenhäusern und der Opferhilfe. Hierzu kann Ihnen der Regierungsrat in zwei Jahren gerne Bericht erstatten.

Vor diesem Hintergrund beantragt Ihnen der Regierungsrat, die Motion Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und die Finanzierung der Frauenhäuser als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Erster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass die Motion nur teilweise rechtlich zulässig sei. Rechtlich nicht zulässig sei der Motionsteil, der die Erhöhung der Anzahl Schutzplätze fordert, weil er eine Mitwirkung der Frauenhäuser bedingt. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Selbstverständlich hatte ich mit den Leiterinnen der Frauenhäuser Kontakt und sie unterstützen alle Forderungen dieser Motion.

Das Frauenhaus beider Basel hat in den letzten Jahren mehrmals gegenüber dem Regierungsrat erwähnt, dass es mehr Schutzplätze benötigt. Im Jahr 2024 hatte das Frauenhaus beider Basel eine durchschnittliche Auslastungsquote von 96%



und im 2025 waren es 88%. Beim Heilsarmee Frauenhaus Region Basel waren es im Jahr 2024 90% und im Jahr 2025 88%. Stand heute ist das Frauenhaus beider Basel im Jahr 2026 zu 94% belegt, das Heilsarmee Frauenhaus 91%. Also beide Frauenhäuser sind auch heute sehr stark ausgelastet.

Im Jahr 2025 konnten 142 Frauen aus Platzmangel im Frauenhaus beider Basel nicht aufgenommen werden, im 2024 waren es sogar 225 Frauen. 28 Frauen konnten wegen fehlenden personellen Ressourcen nicht aufgenommen werden, im 2024 waren es sogar 38 Frauen. Die Abweisungsquote betrug somit im Jahr 2025 22%, nur die Frauen gerechnet, also ohne ihre Kinder. 2024 lag die Abweisungsquote sogar bei 35%. Davon konnten nur 37 Frauen respektive 4,5% direkt an das Heilsarmee Frauenhaus vermittelt werden. Der Bedarf an zusätzlichen Schutzplätzen ist also auch seit der Einreichung dieser Motion sehr hoch.

Im Jahr 2026 gab es bisher ungewöhnlich viele Hotelplatzierungen. Dies geschieht natürlich nur, wenn beide Frauenhäuser über kein freies Zimmer verfügen. Die Aussage in der Motionsantwort, dass keine Schutzbedürftigen im Stich gelassen werden, ist falsch, denn es ist Tatsache, dass viele Frauen während einem Hotelaufenthalt zurück zum Täter gehen, weil sie alleine in einem Hotelzimmer überfordert sind, vor allem wenn die Platzierung zum Beispiel an einem Freitagabend geschieht und erst am Montag der erste Kontakt zur Opferhilfe stattfindet, oder wenn die Frauen hoch gefährdet sind und entsprechend Angst haben, aber auch, wenn die Frauen mehrere Kinder mit dabei haben. In der Antwort auf meine vorhergehende schriftliche Anfrage schrieb der Regierungsrat damals sogar selber, dass gemäss den Vorgaben der Istanbul-Konvention in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland zusätzlich zu den bestehenden Schutzplätzen insgesamt zehn weitere Plätze respektive Zimmer optimal wären.

Es freute mich zu lesen, dass der Regierungsrat bereits daran ist, eine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der Schutzplätze auszuarbeiten. Ob dies als eigenständiges Gesetz oder als Teil im Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz geschieht, spielt meines Erachtens keine Rolle.

Zur Finanzierung. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren empfiehlt eine Sockelfinanzierung idealerweise zu 75% und ergänzend Bereitstellungskosten. Dies wären also sogar mehr als 75%, wie wir in der Motion als Mindestfinanzierung fordern. Die beiden Kantone haben entschieden, dass sie keine Sockelfinanzierung mehr zahlen, sondern nur Bereitschaftskosten. Das ist auch okay so. Es ist korrekt, dass das Staatsbeitragsgesetz bei der Ausrichtung von Staatsbeiträgen eine Eigenleistung vorsieht. Im Jahr 2025 lag diese aber beim Frauenhaus beider Basel bei 41% im Vergleich zu den Staatsbeiträgen von nur 59%. Im Jahr 2024 waren 52% Eigenleistung des Frauenhauses beider Basel und 48% finanzielle Beteiligung der Kantone Basel-Stadt und Baselland.

Das Frauenhaus beider Basel muss jährlich etwa 800'000 Franken selber akquirieren. Das ist extrem viel Geld und bedeutet ein grosser Aufwand, diese Mittel aufzutreiben. Warum die Opferhilfe beider Basel als Verein und auch mit einem Leistungsvertrag hingegen zu rund 95% finanziert wird, ist für mich nicht nachvollziehbar. Da erwarte ich gleich lange Spiesse. Da die beiden Frauenhäuser bikantonal finanziert werden, wurde im April auch eine Motion im Landrat eingereicht, ebenfalls mit Unterschriften aus allen Parteien.

Ich befürchte, dass mit einer Zweitüberweisung als Anzug der Regierungsrat erst bei den nächsten Verhandlungen für die Leistungsvereinbarung ab 2029 mit den Frauenhäusern über die Finanzierung und die Erhöhung der Anzahl Schutzplätze verhandeln würde. Deshalb bitte ich Sie, auch im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, die Motion nochmals als Motion zu überweisen, damit diese innert der geforderten zwei Jahre umgesetzt wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist ein Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Die Auslastung und Verfügbarkeit von Frauenhäusern zeigt sich als zentral in einer Gesellschaft, in welcher Gewalt an Frauen und Kindern so ausgeprägt ist. Wenn im Jahr 2024 fast 300 gewaltbetroffene Frauen und Kinder in den bestehenden Basler Frauenhäusern abgewiesen werden mussten, zum Teil direkt wegen akutem Platzmangel, dann besteht beim Opferschutz unbestreitbarer Handlungsbedarf, auch wenn in allen Fällen zum Glück kurzfristige Lösungen gefunden wurden. Wenn wir schon die Gewalt nicht schnell genug reduzieren und verhindern können, müssen wir unbedingt die Schutzräume dem Bedarf entsprechend garantieren.

Die Regierung teilt dieses Problembewusstsein und bestätigt im Bericht, dass bereits an einer gesetzlichen Grundlage gearbeitet wird. Aber beim Instrument dieses Vorstosses gehen unsere Meinungen auseinander. Der Regierungsrat beantragt uns heute, diese Motion als unverbindlicheren Anzug zu überweisen. Er begründet dies im Wesentlichen mit formellen Bedenken bezüglich der Zuständigkeit. Die formellen Argumente sind zwar verständlich, aber sie dürfen uns hier nicht blockieren. Die Regierung gibt zu bedenken, dass man per Motion nicht direkt den Inhalt von Leistungsvereinbarungen mit spezifischen privaten Trägerschaften diktieren könne. Doch diese rechtliche Argumentation greift hier zu kurz, wenn wir das eigentliche Ziel dieses Vorstosses betrachten. Es geht bei dieser Motion im Kern nicht um ein exklusives Privileg für die zwei namentlich genannten Institutionen, es geht um den übergeordneten Auftrag an den Kanton, Schutzplätze in



ausreichender Zahl zu garantieren und deren Finanzierung auf ein solides, verlässliches Fundament von mindestens 75% zu stellen. Selbstverständlich beschränkt sich dieser Auftrag nicht nur auf die bestehenden Häuser. Sollte der Bedarf es erfordern, ist ja völlig klar, dass im Rahmen eines neuen Gesetzes auch weitere und andere Frauenhäuser und Opferschutzeinrichtungen finanziert werden können und müssen. Das können wir der Regierung heute mit unseren Voten mitgeben.

Wenn wir die Motion heute überweisen oder nächstes Mal, geben wir der Regierung den klaren verbindlichen Auftrag, genau diese gesetzliche und finanzielle Basis für den gesamten Opferschutz im Kanton zu schaffen. Damit nehmen wir ernst, in welcher schlimmen Realität die gewaltbetroffenen Menschen leben und bieten ihnen unabhängig von formalistischen Argumenten einen Ausweg. Die Überweisung als Anzug würde dem Ernst der Lage hingegen nicht gerecht werden. Ein Anzug bleibt unverbindlich. Angesichts der Zahlen und des täglichen Risikos für gewaltbetroffene Frauen und Kinder in unserer Region brauchen wir Verbindlichkeit und Planungssicherheit. Wir benötigen ein kantonales Opferschutzgesetz, das eine ausreichende Anzahl an Plätzen und eine faire staatliche Finanzierung langfristig sichert. Das ist das Mindeste und wir müssen das als Kanton leisten.

Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb bitte ich Sie deshalb, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Es ist erfreulich, dass der Regierungsrat daran ist, eine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung von Schutzplätzen zu schaffen. Damit wird ein wichtiger Teil dieser Motion erfüllt. Nach dem Lesen der Stellungnahme des Regierungsrats war ich deshalb auch wie damit einverstanden, dass die Motion als Anzug weiterbehandelt wird. Danach ist mir aber aufgefallen, dass der Einwand, dass eine Leistungsvereinbarung mit nichtstaatlichen Institutionen nicht Gegenstand einer Motion sein darf, in letzter Zeit etwas inflationär verwendet wird. Hier geht es mir wie dem Motionär Christoph Hochuli, dieser Einwand, der verhebt einfach nicht. Der Grosse Rat kann doch dem Regierungsrat einen verbindlichen Auftrag erteilen, der auch die Zusammenarbeit mit privaten Institutionen beinhaltet. Welche anderen Organisationen kämen denn sonst in Frage als die aktuellen Betreiberinnen der beiden Frauenhäuser in der Region? Oder möchte der Regierungsrat in Eigenregie zusätzliche Schutzplätze aufbauen? Nur zu, dagegen wäre grundsätzlich ja nichts einzuwenden, aber darum geht es ja gar nicht. Wir wollen, dass es mehr Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder gibt, und zwar rasch. Das ist doch der Punkt. Wie das genau gehandhabt wird, sei ruhig dem Regierungsrat überlassen, er wird da sicher eine pragmatische Lösung finden, höchstwahrscheinlich mit den schon jetzt dafür zuständigen nichtstaatlichen Organisationen. Diesen Auftrag möchten wir aber dem Regierungsrat verbindlich geben und wir möchten eine zeitnahe Erfüllung und deshalb plädieren wir auch für die Überweisung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Mit Blick auf die Uhr schliesse ich die Sitzung. Wir fahren nächsten Mittwoch weiter mit der Rednerliste, die wir jetzt haben, Jenny Schweizer und Melanie Nussbaumer. Besten Dank und einen schönen Abend.

Schluss der 18. Sitzung

18:00 Uhr



Protokoll

der 19. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 10. Juni 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Melanie Eberhard (SP), Leonie Bolz (SP), Lea Wirz (Grüne/jgb)*

Verhandlungsgegenstände:

14. Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser, Stellungnahme des RR 2
15. Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend Anpassung der Verordnung zum Swisslos-Fonds Basel-Stadt zur mehrjährigen Unterstützung etablierter Festivals, Stellungnahme des RR..... 6
16. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend grenzüberschreitende Polizeiarbeit und effizientere Bekämpfung und Aufklärung von Velo- und E-Bike-Diebstählen, Stellungnahme des RR..... 11
17. Motion Franziska Stier und Konsorten betreffend grundrechtskonformen Internetzugang in der Administrativhaft, Stellungnahme des RR 17
18. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Gewährung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung ab 10 Hafttagen für alle Haftarten bei fehlenden finanziellen Mitteln, Stellungnahme des RR..... 18
19. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Kinderrechte umsetzen: Für ein Verbot ausländerrechtlicher Administrativhaft für Minderjährige im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR..... 22
20. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR 27
21. Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten für einen weiteren Standort der Rettungs-Sanität im Hirzbrunnen oder Riehen, Schreiben des RR 31
22. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen, Schreiben des RR 34



Beginn der 19. Sitzung

Mittwoch, 10. Juni 2026, 09:00 Uhr

14. Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser, Stellungnahme des RR

[10.06.26 09:00:07, 25.5492.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Abstimmungskärtli einstecken

Ich möchte Sie wieder daran erinnern, Ihr Abstimmungskärtli einzustecken. Falls Sie dies bis 9.30 Uhr nicht gemacht haben, erhalten Sie kein Sitzungsgeld.

Letzte Grossratssitzung von Raoul Furlano

Raoul Furlano ist seit Februar 2014 Mitglied des Grossen Rates und hat sowohl in der Petitionskommission, in der Spezialkommission Klima und seit 2017 in der GSK politisiert. Wir verlieren mit Raoul Furlano einen sehr aktiven Gesundheitspolitiker. Raoul Furlano, vielen Dank für die dem Kanton geleisteten Dienste. Alles Gute, herzlichen Dank.
[Applaus]

Abgabe persönliche Vorstösse

Diesen Freitag wird das Geschäftsverzeichnis für die Bündelitag-Sitzung verschickt. Persönliche Vorstösse, die bis 12 Uhr beim Ratssekretariat abgegeben werden, können noch abgedruckt und im September behandelt werden.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Reinach mit Lehrperson Karin Davis. Ihr habt vorhin mit Jo Vergeat schon viele Fragen beantwortet bekommen. Schön seid ihr da.

Wir fahren fort mit Traktandum 14. Wie bereits letzte Woche kommuniziert, der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Christoph Hochuli und weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir fahren mit den Fraktionssprechenden weiter. Jenny Schweizer für die SVP hat das Wort.

Jenny Schweizer (SVP): Ich möchte vorausschicken, dass auch der SVP-Fraktion der Schutz von Frauen sehr wichtig ist und sie das Anliegen auch unterstützt. Dass wir die Motion als Anzug überweisen möchten, ist alleine der Tatsache geschuldet, dass die erste Forderung der Motion, nämlich die Ausarbeitung eines Frauenhausgesetzes, bereits in der Umsetzung ist und deshalb erfüllt wird, was uns sehr freut, die zweite Forderung aber nicht Teil einer Motion sein kann. Hier wird gefordert, dass zwei explizit genannte Institutionen nicht staatlich sind und somit ihre Mitwirkung, die ja notwendig ist, nicht hundertprozentig im Zuständigkeitsbereich des Grossen Rates und des Regierungsrates liegt. Wir können der Regierung vertrauen, und ich erinnere Sie an das Votum von Regierungsrätin Stephanie Eymann, die dies auch versichert hat, dass sie sich der Problematik bewusst ist und ihre Verantwortung wahrnimmt, die Situation der Schutzplätze stets im Auge zu behalten, entsprechend überprüft und dazu geeignete Massnahmen trifft und dem Grossen Rat darüber Rechenschaft ablegt. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion als Anzug weiterzubehandeln.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Vor zwei Wochen war ich am 45-jährigen Jubiläum des Frauenhauses beider Basel. Das war ein sehr schönes Jubiläum, unter anderem, weil da drei Gründerinnen anwesend waren, die erzählten, wie die Gründungsphase



so war in den 80er-Jahren. Es hat mich tief berührt, wie stark, progressiv, mutig und auch visionär diese Frauen damals waren. Man muss sich das vorstellen, anfangs der 80er-Jahre gab es zehn Jahre das nationale Frauenstimmrecht, der Mann war gesetzlich das Oberhaupt der Familie und Vergewaltigung in der Ehe war erlaubt. Damals war das Thema der häuslichen und sexualisierten Gewalt noch völlig tabuisiert. Die Gründerinnen haben am Jubiläum erzählt, wie sie immer wieder überall erklären mussten, dass es überhaupt Gewalt in der Ehe, ja, im eigenen Heim gibt, dass nicht das Frauenhaus die Familien zerreisst, weil es ein Zufluchtsort für die gewaltbetroffenen Frauen ist, sondern dass die gewaltausübenden Männer die Familien kaputt machen und sonst niemand.

Wenn ich nun die Kreuztabelle von heute anschau, stelle ich dankbar fest, dass wir heute weiter sind, zumindest im Kanton Basel-Stadt. Wir haben ja letzte Woche andere Aussagen vom nationalen Parlament gehört, wo auch die SVP nicht ganz so klar auf dieser Linie ist, aber dass das hier in Basel-Stadt anders ist, das freut mich wirklich sehr. Dass alle Parteien der Erstüberweisung dieser Motion zugestimmt haben und jetzt auch alle für eine der beiden Arten der Zweitüberweisung sind, freut mich wirklich. Dafür will ich mich auch jetzt schon bedanken und ich habe die Gründerinnen zwar nicht gefragt, aber ich bin sicher, dass das auch sie sehr freuen wird.

Nun geht es also nur noch darum, ob wir die Motion als Motion weiterziehen und damit den Regierungsrat klar verpflichten, die genannten Forderungen umzusetzen oder den Spielraum wieder für den Regierungsrat weiter öffnen. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass wir bei der Motion bleiben müssen und bittet Sie, dies auch so zu tun. Das Ziel, ja, die Forderungen in der Motion sind klar formuliert und umsetzbar. Für die Umsetzung braucht jetzt in diesem Fall der Regierungsrat keinen Spielraum via Anzug, wie das vielleicht bei anderen Vorstössen zum Teil sinnvoll sein kann. Und ja, natürlich müssen die Frauenhäuser mitmachen, damit das funktioniert, aber ich kann Ihnen versichern, die Frauenhäuser stehen bereit, Schutzplätze zu erhöhen. Sie fordern dies nämlich seit Jahren und wissen Sie warum? Es ist überhaupt nicht lustig, nein, es ist schwierig, immer und immer wieder gewaltbetroffene Frauen in akuten Krisensituationen ablehnen zu müssen, weil beide Häuser in der Region Basel und auch schweizweit die Frauenhäuser seit Jahren ausgelastet sind.

Als freiwillig engagierte Stiftungsrätin des Frauenhauses beider Basel war ich bei den letzten Verhandlungen des Frauenhauses mit dem Kanton dabei und ich kann Ihnen sagen, diese Verhandlungen waren sehr, sehr zäh und es bestand wirklich nicht wirklich eine Offenheit, hier vorwärtzumachen, sondern es wurde gebremst und gezögert. Ganz ehrlich, es war ein kleines Trauerspiel. Die Finanzierung wurde zwar ganz minim erhöht, aber die Schutzplätze eben nicht. Das Frauenhaus muss aktuell weiterhin 40% ihres Budgets mit Spenden aufreiben, das sind jährlich etwa 800'000 Franken, und das, obwohl die Schutzplätze ja eigentlich einer staatlichen Aufgabe entsprechen. Und das ist mit ein Grund, diese Verhandlungen, warum ich in dieser Geschichte jetzt dem Regierungsrat nicht ganz traue, wenn er hier nun einen Anzug fordert. Es braucht unseren politischen Druck auch heute.

Es ist im Übrigen auch nicht nötig, eine weitere Bedarfsanalyse zu machen, wie das letzte Woche Regierungsrätin Stephanie Eymann einbrachte. Die aktuellen Zahlen der Anrufe, der Belegungen und Abweisungen liegen der Regierung regelmässig vor. Die Istanbul-Konvention ist unterzeichnet und wir erfüllen die Empfehlungen bezüglich Anzahl Schutzplätzen in der Region nicht, Punkt. Auch hier also wieder ein Zögern von Seiten Regierung.

Ich muss zugeben, die Verhandlungen waren auch zäh, weil die Frauenhäuser eben beider Basel sind. Das Konstrukt ist wie in all diesen Themen mit beiden Basel nicht immer ganz einfach. Damit die Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung innerhalb dieses Konstrukts beider Basel aber funktioniert, haben unsere Kolleg*innen im Landrat in Baselland die gleichlautende Motion mit Unterzeichner*innen von allen Parteien eingereicht. Sie kennen das Game, wenn das so ist, wenn alle Parteien unterzeichnet haben, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass das dann auch funktioniert politisch. In dem Sinn müssen Sie sich auch diesbezüglich keine Sorgen machen, dass Basel-Stadt hier plötzlich alleine dasteht.

Aus all diesen Gründen bittet Sie die SP-Fraktion, diese Motion als Motion weiterzubehandeln, damit mehr Frauen geschützt werden können, damit die Frauenhäuser endlich, endlich für diese unendlich wertvolle Arbeit gut abgegolten werden. Und machen wir das auch für die unglaublich mutigen und engagierten Gründerinnen der 80er-Jahren. Ni una menos.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Diese wird abgelehnt. Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich glaube, hier hat der Regierungsrat wirklich nachvollziehbar dargelegt, warum die Motion teilweise eben nicht als Motion überwiesen werden kann und weil man sie nicht formell trennen kann, heisst dies Anzug. Und ich meine, man sollte das Recht manchmal auch ernst nehmen und ich habe auch schon gesagt, manchmal braucht es erzieherische Massnahmen beim Regierungsrat und die sind hier nicht angebracht. Ich glaube, Sie können mir hier glauben. Sie singen ja auch sehr oft das hohe Lied auf das Recht und in dieses können Sie hier jetzt auch mal ohne Risiko, dass es anders herauskommt, einstimmen und der schlüssigen rechtlichen Schlussfolgerung des Regierungsrates folgen. Es ist nicht Aufgabe des Grossen Rates, an genau bestimmte Institutionen mit diesem Instrument quasi Verträge abzuschliessen, da



haben wir eine Aufgabenteilung zwischen Regierung und Parlament und das sollten wir auch respektieren. In diesem Sinne wäre es wirklich sinnvoll, wenn Sie hier der Regierung folgen würden. Im Ergebnis sind wir uns ja alle einig.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Meine einzige Rede heute, weil ich in 10 Minuten abgeholt werde. Ich muss in einen Café Werbung als Influencer machen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich bitte Sie, zum Thema zu sprechen.

Eric Weber (Fraktionslos): Melanie Nussbaumer, meine Vorrednerin, ich kann es nicht mehr hören. Wir Männer sind immer nur die Bösen. Als Grossrat möchte ich die anderen Männer jetzt bitten, kommen Sie nach vorne, fordern Sie Ihre Rechte als Mann ein. Ich kann es einfach nicht mehr hören, dass wir Männer immer die Bösen sind. Es braucht immer Mann und Frau und ich möchte eine Debatte, es ist keiner in der Rednerliste und das finde ich schade. Tim Cuénod, wir waren zusammen in St. Gallen, wir haben uns im Zug eine halbe Stunde unterhalten. Sie sind jetzt ein bisschen später, kurz zur Debatte, wir diskutieren gerade das Thema Frauenhaus. Ich finde es schade, dass ich der einzige Mann bin, der hier vorne für die Interessen der Männer kämpft. Meine Damen und Herren, ich erfinde das nicht. Ich möchte jetzt ein Beispiel machen an meinem Fall. Meine Ehefrau hat mich geschlagen. Meine Ehefrau hat auch meine Töchter geschlagen. Ich habe das nicht gemacht und ich möchte einfach einmal feststellen, dass ich als Mann keine Frau geschlagen habe. Und dann hat Melanie Nussbaumer das Thema Vergewaltigungen gebracht. Meine Damen und Herren, man muss sich das mal auf der Zunge zergehen lassen, das Wort Vergewaltigung. Es gibt auch Männerhäuser, die unterstützt werden müssen, es müsste auch Schutzplätze für Männer geben. Melanie Nussbaumer hat gesagt, da muss ein politischer Druck entstehen. Ja, Druck von uns Männern, dass wir auch Druck auf das Männerhaus haben wollen. Ich bedaure und ich wiederhole mich, ich weiss, dass es keine Diskussion gibt und ich finde es schade, dass da zu wenig Männer sind, die hier nach vorne kommen und sagen, ja, ich bin ein Mann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Johannes Sieber.

Johannes Sieber (Fraktionslos): Ich sage gerne etwas als Mann gelesene Person zu diesem Thema. Ich finde es unglaublich wichtig, dass wir diese Motion hier als Motion überweisen, auch wenn sie vielleicht ein bisschen in die Kompetenz der Regierung übergreift. Es muss hier einfach etwas gehen und auch wenn der Titel dieser Motion vielleicht nicht ganz passlich ist, ist doch im Text ausgeführt, dass diese Schutzplätze nicht nur für Frauen eingerichtet werden und verbessert werden sollen, sondern für alle, die Schutz brauchen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion als Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich denke, wir können doch festhalten, wir sind in der Sache, dass hier die Schutzplätze erhöht werden müssen, dass wir Vorgaben haben von der Istanbul-Konvention, dass die SODK auch Umsetzungsvorschläge gemacht hat, in der Sache sind wir uns absolut einig. Ich denke, es ist auch wichtig, dass Sie anerkennen, dass wir die Bekämpfung der häuslichen Gewalt, der sexualisierten Gewalt auch als Schwerpunktthema definiert haben und deshalb muss ich mir hier schon etwas zur Wehr setzen, wenn es heisst, da geht zu wenig. Also das ist ein hoch priorisiertes Thema im Regierungsrat, auch bei mir im Departement und deshalb möchte ich einfach nur noch auf ein paar wenige Punkte aus der Debatte eingehen.

Ich bin froh, vom Motionär gehört zu haben, dass der Ort der Legiferierung nicht sakrosankt ist, dass sie da nicht bestehen auf ein Frauenhausgesetz. Wir sind der Meinung, dass wir wohl eher das Einführungsgesetz zum OHG entsprechend anpassen werden, aber da kommt dann entsprechend ja noch die Legiferierung, die Sie auch wieder anschauen können.

Zur rechtlichen teilweisen Unzulässigkeit, ich denke, David Jenny hat es sehr gut zusammengefasst. Es geht nicht darum, dass wir irgendetwas nicht machen wollen, aber es geht um die Vertragsfreiheit. Sie sagen ganz genau, mit diesen zwei Frauenhäusern wollen Sie das und das und das geregelt haben und das ist der Grund, der so nicht funktioniert. Weil es kann auch sein, es ist vielleicht etwas hypothetisch, dass in diesen Verhandlungen die Frauenhäuser dann vielleicht nicht



einverstanden sind oder doch etwas anderes wollen und das ist der Eingriff eigentlich in diese Verhandlungsfreiheit des Regierungsrates, der so nicht festgeschrieben werden kann. Also es ist nicht einfach ein gesuchtes Element, damit wir nichts tun, sondern wir wollen einfach Ihnen auch rechtlich darlegen, wo die Grenzen sind der Motion. Selbstverständlich werden wir verhandeln, selbstverständlich haben wir das gemeinsame Ziel, diese Schutzplätze anbieten zu können und diese auch in genügender Menge anbieten zu können.

Ich bin durchaus viel unterwegs in der Schweiz an verschiedenen Konferenzen und ich kann Ihnen sagen, auch wenn wir hier diskutieren, dass wir immer noch zu wenig haben, wir sind trotzdem im Schweizer Schnitt eigentlich sehr fortschrittlich unterwegs, es braucht immer Zeit, aber es gibt immer noch Kantone, die nichts haben, keine Strukturen haben. Das sind Dinge, die mir auch Sorgen machen, weil ich denke, wir müssen dieses Netz so schliessen, dass wir als ganzes Land eigentlich genügend machen in diesem Thema. Ich bin auch sehr dankbar, dass wir mit Baselland hier zusammenspannen. Ich denke, auch hier zeigt sich einmal mehr, dass wir ein geografischer Raum sind, dass es nicht eine Rolle spielen darf, ob man jetzt irgendwo in Allschwil lebt oder in Basel-Stadt, da bin ich sehr dankbar.

Vielleicht noch ein letztes Wort zu den Abweisungsquoten, die auch hier genannt wurden, so ziemlich pauschal. Ich möchte einfach sagen, dass diese Quoten, die genannt wurden, sich auf alle eingegangenen Anfragen beim Frauenhaus beziehen. Also inklusive sind da auch Frauen, die nur eine Beratung gewünscht haben, es sind solche Frauen, die nicht aufgenommen werden konnten, weil sie eine Thematik hatten, die das nicht zulässt, sprich Suchtthematik, die dann das Setting nicht zulässt. Wir haben auch solche Fälle der Abweisung, die dann aber nachher in ein anderes Frauenhaus, sei das ins andere unsere oder in ausserkantonale zugewiesen wurden, das ist die Gesamtmenge der abgewiesenen Fälle. Also es ist nicht so Platzmangel und alle abgewiesen.

Deshalb, ja, wir bleiben mit Hochdruck an diesem Thema dran auf jeden Fall und das einfach zu Ihrer Erläuterung, warum wir da eher auf Anzug plädieren, nicht weil wir irgendetwas verzögern wollen, sondern weil wir es einfach in den rechtlichen Rahmenbedingungen richtig machen wollen.

Und vielleicht noch mein letzter Input zu diesem Thema. Ich finde, und ich bin einig mit Ihnen, Schutzplätze sind enorm wichtig, aber was wir nicht vergessen dürfen, ist, jede Frau, die häusliche Gewalt erlebt, die wir in einen Schutzplatz zuweisen, verlässt ihr gewohntes Umfeld. Wir reißen die Frau aus ihrem Setting, wir schauen, dass sie anonym irgendwo unterkommt, und wir dürfen bei der ganzen Debatte um die häusliche Gewalt nicht vergessen, dass eigentlich auch im Prinzip gilt, wer schlägt, der geht. Und da, glaube ich, müssen wir das ganze Thema deshalb auch ganzheitlich betrachten. Ich bin sehr willens, der Regierungsrat ist willens, hier weiter Fortschritte zu machen. Seien Sie gewiss, es ist uns ein wichtiges Thema.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Eventualabstimmung. Christoph Hochuli und weitere beantragen Überweisung als Motion. Der Regierungsrat möchte als Anzug überweisen.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009103, 10.06.26 09:20:55]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 31 Ja-Stimmen gegen 61 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Der Regierungsrat und weitere beantragen Nichtüberweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009105, 10.06.26 09:21:43]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 84 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

15. Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend Anpassung der Verordnung zum Swisslos-Fonds Basel-Stadt zur mehrjährigen Unterstützung etablierter Festivals, Stellungnahme des RR

[10.06.26 09:21:54, 25.5581.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann wünscht das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Die vorliegende Motion zielt darauf ab, die Planungssicherheit für Festivals in Basel durch eine mehrjährige Förderung zu stärken. Der Regierungsrat teilt dieses Anliegen und schätzt das Engagement für die Festivallandschaft im Kanton Basel-Stadt sehr. Doch die Motion geht in ihrer konkreten Ausgestaltung weniger weit. Auch deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, sie als Anzug zu überweisen.

Die Motion fordert eine zweijährige Förderung für Festivals, die mindestens dreimal stattgefunden haben und einen Beitrag von über 30'000 Franken erhalten. Der Regierungsrat erkennt die Dringlichkeit des Anliegens an, schlägt aber ein umfassenderes und nachhaltiges Modell vor, die Schaffung eines Förderschwerpunkts Festivals auf Basis des Festivalkonzepts zur Stärkung des Kulturstandorts. Dieses Festivalkonzept sieht vor, dass Festivals bei Bewilligung eines Beitrags eine Förderperspektive für die Folgeausgabe erhalten und dies unabhängig von der Beitragshöhe und da, wo es aufgrund längerer Planungshorizonte wegen dem Buchen von Acts und Venues und/oder Miet- und Arbeitsverträgen wichtig ist. Diese Perspektive kann jährlich verlängert werden, sofern die Voraussetzungen wie Publikumsinteresse, stabile Organisation und finanzielle Abstützung erfüllt sind. Damit wird langfristige Planungssicherheit geschaffen, ohne aber eben die notwendige Flexibilität einzuschränken.

Die Motion schlägt zudem einen Schwellenwert von 30'000 Franken vor, um Festivals für eine mehrjährige Förderung zu qualifizieren. Der Regierungsrat lehnt eine solche künstliche Trennung ab, da kleine und grosse Festivals gleichbehandelt werden sollen. Stattdessen wird im Festivalkonzept ein modulares System eingeführt, das einen Basisbeitrag für alle Festivals und flexible Ergänzungen für Festivals mit besonderem Potenzial für den Kulturstandort vorsieht. Die Förderungsgerechtigkeit wird damit für alle Veranstaltenden verbessert.

Die Motion verlangt weiterhin eine Anpassung der Swisslos-Fonds-Verordnung, um mehrjährige Förderung zu ermöglichen. Doch die bestehende Verordnung erlaubt bereits wiederkehrende Unterstützungen für Projekte mit regionaler Ausstrahlung oder wechselnden Programmen. Der Swisslos-Fonds kann und wird seine Vergabepaxis anpassen.

Das Festivalkonzept ist bereits in Arbeit. Am 19. Juni, also dieses Jahres, ist eine Anhörung der strategischen Partnerorganisationen geplant und am 22. Juni mit den Festivals selbst. Deren Rückmeldungen sollen noch in das Konzept einfließen. Das Festivalkonzept soll noch im Jahr 2026 in Kraft treten, also deutlich vor Ablauf der Frist für die Beantwortung dieser Motion. Es umfasst transparente Kriterien für die Beitragsbemessung, fördert Perspektiven für Folgeausgaben und



höhere Mittel für die Festivalförderung. Die Motion würde Teilen dieses Konzepts widersprechen, wenn sie jetzt überwiesen würde.

Ich möchte mich richtig verstanden haben, die Motion hat das richtige Ziel im Auge. Ich denke einfach, dass wir hier parallel am Arbeiten sind und in unseren Kriterien weitergehen und das ist der Grund, weshalb ich Ihnen im Namen des Regierungsrates auch beantrage, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Als erster eingetragen hat sich Claudio Miozzari für die SP.

Claudio Miozzari (SP): Wir warten lange, sehr lange schon auf dieses Festivalkonzept und ich weiss, das ist nicht Ihr Fehler, Frau Eymann, aber es ist schon vielleicht jetzt auch einfach ein sehr schlechtes Timing, wenn Sie sagen, man ist bereits dran zu arbeiten. Es sind schon sieben Jahre, die man dran ist zu arbeiten an diesem Festivalkonzept und tatsächlich wurde jetzt in der Beantwortung und der Stellungnahme zur Motion von Jo Vergeat Interessantes gesagt. Mehr Planungssicherheit, mehr Mittel wahrscheinlich auch und bessere Begleitung für die Festivals, das ist alles sehr zu begrüßen. Was ein bisschen fehlt, ist halt das Vertrauen, dass das jetzt wirklich so beschlossen und implementiert werden kann und wir möchten natürlich mit einer Motion auch eine gewisse Garantie haben, wie sie umgesetzt wird.

Wir haben dieses Festivalkonzept nicht gesehen und es wird seit sieben Jahren angekündigt. Jetzt findet eine Veranstaltung statt am Montag, an dem wir alle in den Fraktionssitzungen, oder wenigstens die, die welche haben, sitzen. Ich glaube, dieser Prozess soll wirklich weitergehen mit diesem Festivalkonzept, aber für mich ist auch nicht garantiert, dass wirklich die kleinen, die einen wichtigen Beitrag leisten, genug gut berücksichtigt werden können. Da habe ich auch im Kulturleitbild dann eher auch widersprüchliche Sachen gelesen. Kleine Festivals, da werden Sie alle einig sein, auch Frau Eymann hat das gesagt, sind ebenso wichtig, sie sind ein Sprungbrett, aber es gab gerade bei kleinen Festivals zuletzt grosse Probleme mit der Planungssicherheit und auch mit der Entwicklungsperspektive. Die wurden vom Kanton dann lieber klein gehalten und man darf kleine Festivals auch nicht mit den gleichen professionellen Kriterien bemessen, der Stabilität, wie das in gewissen Dokumenten auch schon dahergekommen ist. Bei der Mehrjährigkeit der Förderung bleiben wir dabei, dass das eine sinnvolle Sache sein könnte.

Entsprechend bitten wir Sie nochmals, als Motion zu überweisen. Wir haben jetzt sieben Jahre gewartet, jetzt können wir diese Motion auch noch ein bisschen stehen lassen, bis wir wirklich wissen, was Sache ist.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Auch wir von BastA wollen die Motion erneut als Motion überweisen. Das Anliegen ist einfach umzusetzen und würde die doch immer viel gelobte und gewünschte Festivalkultur stärken. Die klar formulierte Motionsforderung fordert etwas, das aus unserer Sicht ohne weiteres eben umgesetzt werden kann, ohne dass die Verwaltung gross gefordert sein wird. Diese Anpassung der Verordnung beim Swisslos-Fonds bei der Vergabepaxis, aber auch vielleicht beim entstehenden Festivalkonzept ist gut integrierbar. Also ich weiss hier nicht wirklich, wo das Problem hier sein soll. Als zuständige Verwaltung wäre ich vielleicht sogar froh und würde mich bedanken, der Aufwand würde sich bei Teilaspekten bei beteiligten Organisationen und Behörden wahrscheinlich deutlich reduzieren und dies in einem Bereich, wo ja auch der Kanton mehr fördern will. Denn in den grundsätzlichen Bemerkungen der Regierung zur Antwort auf die Motion entnehme ich eigentlich nur positive und dem Anliegen unterstützende Gründe.

Das in Aussicht gestellte Festivalkonzept, welches in der zweiten Hälfte des Jahres ja erscheinen soll, nimmt ja diverse Schwierigkeitspunkte auf und die geforderte Anpassung der Verordnung bzw. der Vergabe kann ja dann mitgedacht werden. Der Regierungsrat hat ja eben, wie gesagt, Verständnis für das Anliegen und unterstützt die Stossrichtung und den Wunsch nach grösserer Planungssicherheit, was in diesem Kulturbereich halt wichtig und entscheidend ist.

Ein Festival zu organisieren, bedeutet ein hohes Engagement von verschiedenen Menschen bei gleichzeitig grossen Unsicherheiten, insbesondere vor allem bei der finanziellen Art. Die Erhöhung dieser Planungssicherheit ist für langjährige Engagements entscheidend. Weshalb dies nicht nachhaltig sein soll, ist schleierhaft. Wenn soziale Organisationen für Projekte bei den Vergabestiftungen Anträge stellen, haben diese in der Regel auch eine mehrjährige Perspektive und ich gehe mal davon aus, dass auch die grossen Konzerne, welche beim Standortförderungsfonds Anträge stellen, hoffentlich auch eine mehrjährige Perspektive verfolgen. Die Gewährung von Unterstützungsbeiträgen über mehrere Jahre ist also keine Ausnahme, also auch hier, weshalb soll das nicht möglich sein.



Falls dann aber doch noch Widersprüche zum entstehenden und bestehenden, aber jetzt noch nicht verabschiedeten Festivalkonzept bestehen, dann wäre ja jetzt mit der definitiven Überweisung der Motion die Gelegenheit, einerseits den politischen Willen klar zum Ausdruck zu bringen und andererseits für die Verwaltung bestehende Widersprüche noch zu eliminieren oder im Sinne einer guten Praxis zu verbessern. Es ist aus unserer Sicht halt dann schon etwas anders, ein Okay zur finanziellen Unterstützung für zwei Jahre definitiv zu erhalten, als ein Okay für nur ein Jahr mit einer Aussicht auf ein mögliches weiteres Jahr. Und wie in der Motion klar erwähnt wird, geht es um bereits etablierte Festivals, die ja seit mindestens drei Jahren bestehen.

Für uns ist klar, dass wir das Anliegen dieser Motion unterstützen und von der Verwaltung erwarten, dass mit der Überweisung der Motion das Festivalkonzept entsprechend ergänzt wird, so dass es Sinn macht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich glaube, was man vorweg festhalten kann, egal, wie wir uns heute entscheiden, die Förderbedingungen für Festivals werden sich verbessern auf die eine oder andere Art und Weise und das ist schon mal etwas Positives. Das ist auch unabhängig davon, ob es ein Festivalkonzept gibt oder nicht und um das geht es ja heute auch nicht bei diesem Vorstoss.

Wenn wir diese beiden Varianten miteinander vergleichen, stehen sich zwei Möglichkeiten gegenüber. Das eine ist die Variante des Regierungsrates, ein Beitrag mit einer Förderperspektive für das Folgejahr. Wenn man so will, kann man das eine rollende Finanzierung jeweils über zwei Jahre nennen. Und dann haben wir die Variante der Motion mit einer fixen Förderung, die alle zwei Jahre wieder erneuert werden muss. Und hierzu, denke ich, kann man sich praktische Fragen stellen, aber auch ganz grundsätzliche Fragen.

Der Swisslos-Fonds liegt ausschliesslich in der Kompetenz des Regierungsrates, das ist ja bekannt, und deshalb ist er eigentlich auch begrenzt auf jährliche Projekte bzw. die Projekte brauchen jedes Jahr eine neue Prüfung. Auch bei wiederkehrenden Unterstützungen ist das notwendig, so sieht das die Forderung entsprechend vor, eine wiederkehrende, eine jährliche Überprüfung ist notwendig. Und deshalb bin ich auch nicht einverstanden mit Kollege Bolliger, wenn er sagt, ja, es ist ja kein grosser Mehraufwand, wenn man das dann für zwei Jahre gleich spricht, weil es ist ja völlig klar, dass wenn der Swisslos-Fonds für zwei Jahre eine Unterstützung sprechen muss, dass er natürlich auch zwei Jahre anschauen muss, ob für beide Jahre auch die Voraussetzungen entsprechend gegeben sind. Da kann man nicht einfach sagen, statt ein Jahr schreiben wir zwei Jahre darunter, sondern da müssen natürlich auch entsprechend zusätzliche Informationen eingeholt werden.

Ich weiss jetzt auch nicht, es scheint ein bisschen eine Obsession zu sein, bei allen möglichen und unmöglichen Geschäften noch die Verknüpfung zum Standortpaket herzustellen, aber selbstverständlich müssen beim Standortpaket die Unternehmen jedes Jahr ein neues Gesuch einreichen, jedes Jahr neu belegen, dass sie anspruchsberechtigt sind, um das auch noch festgehalten zu haben.

Unterstützte Projekte müssen konkret und überprüfbar sein und das ist auch richtig so und das wollen wir auch beibehalten, denn für mehrjährige Unterstützung, ohne dass es jährlich eine Überprüfung gibt und ohne dass es jährlich eine neue Entscheidung gibt, ist das Instrument der Staatsbeiträge vorgesehen und Staatsbeiträge müssen bekanntlich durch den Grossen Rat, also das ist ein wesentlicher Unterschied. Und wir wollen kein zweites Kulturbudget für mehrjährige Unterstützungen schaffen, welches dann vom Regierungsrat in Eigenregie und in Eigenkompetenz verwaltet werden kann. Dafür ist der Swisslos-Fonds nicht da.

Mit einer fixen zweijährigen Förderung würden wir da so ein Zwischending schaffen zwischen Staatsbeiträgen und den heutigen Swisslos-Beiträgen. Wir sprechen jetzt über zwei Jahre, aber man könnte dann ja bald auch die Frage in den Raum stellen, warum dann genau zwei Jahre, warum nicht drei Jahre, warum nicht vier Jahre, denn die Frage der Planungssicherheit stellt sich ja immer wieder aufs Neue, wenn eine Erneuerung der Unterstützung ansteht, sei das jetzt nun nach einem, nach zwei oder nach drei Jahren. Und warum beschränken wir dann dieses Konzept nur auf Festivals, es gibt ja verschiedenste andere Kulturformen, die auch vom Swisslos-Fonds unterstützt werden, also irgendwie schaffen wir ja ein separates Konstrukt am Grossen Rat vorbei.

Um dem Problem dennoch zu begegnen, hat der Regierungsrat aus unserer Sicht eine elegante Lösung gefunden, eben diese rollende Finanzierung mit Bedingungen. Und diese Bedingungen, die sind aus unserer Sicht vernünftig, es müssen natürlich genügend Mittel im Fonds vorhanden sein, das Publikumsinteresse muss nach wie vor gegeben sein und eine stabile Organisation auch, das scheinen mir jetzt nicht unüberwindbare Hürden zu sein. Aber es ist doch eine Lösung, die den Festivals mehr Sicherheit gibt als heute. Wenn sich ein Festival in den Bedingungen vorgegebenen Rahmen entwickelt, hat es jedes Mal die Gewissheit, dass es im Folgejahr wiederum eine Unterstützung aus dem Swisslos-Fonds bekommen wird und das ist doch, das kann man schon festhalten, eine klare Verbesserung gegenüber dem Status quo. Wer aber eine



mehrfährige Sicherheit will, der muss nun mal einen Staatsbeitrag beantragen, der von uns hier im Grossen Rat genehmigt werden muss, sonst hebeln wir uns selber und schliesslich auch unsere Budgetkompetenz aus.

Die FDP unterstützt, dass Festivals mehr Planungssicherheit bekommen, aber die Variante des Regierungsrates mit der rollenden Unterstützung über zwei Jahre erscheint uns im Rahmen des Swisslos-Fonds die richtige Variante und deshalb beantragen wir Ihnen, diesen Vorstoss als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir haben Besuch auf der Zuschauertribüne. Ich begrüsse die Schülerinnen und Schüler der 7. bis 9. Klasse der PRISMA Schule in Riehen mit Lehrperson Rebecca Bilali. Schön, seid ihr zu Besuch. [Applaus]

Wir fahren fort mit den Fraktionssprechenden. Das Wort hat Jo Vergeat für die GRÜNE/jgb.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ganz vornweg möchte ich kurz präzisieren, weil das jetzt schon mehrfach so gefallen ist, es geht explizit nicht um zwei Jahre, sondern um zwei Ausgaben, das ist so auch im Motionstext festgehalten. Die Festival-Landschaft ist in ihren Startlöchern oder man kann mit dem vergangenen Wochenende sagen, die Sommersaison ist eingeläutet, das Imagine hat das eindrücklich bewiesen. Wir blicken auf einen Sommer voller Festivals, Pärkli Jam, Summerblues, Bebby Jazz, Theaterfestival, HillChill und vieles mehr erfüllen unsere Stadt mit Leben und schaffen Raum für Kultur.

Umso mehr freut es mich und auch meine Fraktion, dass das Festivalkonzept endlich in Angriff genommen wird. Wir haben es gehört, das ist deutlich mehr als fünf Jahre, also die ganze Zeit, in der ich jetzt mittlerweile Grossrätin bin, wird uns dieses Festivalkonzept versprochen. Es gab also auch schon mal Kick-off-Sitzungen, einfach um das ein bisschen einzuordnen und passiert ist da nichts, auch wenn ich jetzt natürlich glaube, dass da jetzt wirklich etwas vorwärtsgesht. Ich finde es wichtig, dass wir einen guten Überblick über diese Festival-Landschaft schaffen und dass diese Förderstrategie klarer definiert wird.

An diesem Punkt möchte ich ganz kurz einfügen, dass die Option für Staatsbeiträge für Festivals eben nicht eingesetzt wird, das wurde mehrfach so auch gewünscht und abgelehnt, also das ist ganz klar, dass es diese Förderung nicht geben soll. Das zeigt sich auch im Festivalkonzept, in der Ankündigung darin, dass es eine Schwerpunktförderung im Swisslos-Fonds geben soll für die Festivals, also ein ganz bewusster Entscheid der Regierung, hier mit dem Swisslos-Fonds zu fördern. Dem entsprechend ist auch diese Motion entstanden.

Viele Punkte, welche durch dieses neue Festivalkonzept in Aussicht gestellt werden, und das möchte ich auch hier ganz deutlich machen, finden wir sinnvoll und sehr zielführend. Unsere Festival-Landschaft ist sehr historisch gewachsen, die Förderbeiträge sind historisch gewachsen und sie werden vom Swisslos-Fonds gefördert, werden aber auch sehr stark fachlich betreut durch die Abteilung Kultur und dass das noch näher zusammenwachsen soll, finden wir sehr sinnvoll und dass man die Transparenz erhöht und die Förderstrategie schärft, das ist absolut wichtig. Deswegen fordern wir das seit mehr als sieben Jahren.

Trotz all dieser positiven Punkte möchte ich kurz ausführen, warum wir bei Motion bleiben möchten. Es geht mir nämlich hier wirklich darum, dass eine Aussicht auf eine Förderperspektive am Ende keine verbindliche Zusage ist für eine mehrjährige Förderung und somit die Motion nicht erfüllt, und zwar auch, weil am Ende wir dieses Instrument nicht kennen, das Instrument einer Förderperspektive. Da kann die Regierung sagen, ja, wir möchten diese Förderperspektive euch gewähren, aber es ist an Kriterien geknüpft und ich glaube, das ist so die Kernaussage der Motion, das Problem ist ja wirklich, dass es manchmal einfach an einem gewissen Beitrag fehlt, um überhaupt noch weitere Drittmittel für eine andere Ausgabe planen zu können, und die Idee ist, dass der Swisslos-Fonds diese Mindestausgaben gewähren kann. Klar, hier für zwei Jahre oder zwei Ausgaben, und das muss nicht endlos ausgeweitet werden, aber das gelingt nicht durch eine Förderperspektive, weil das Geld ist nicht klar einplanbar und kann deswegen halt auch nicht für diese Büroräumlichkeiten oder für die niederprozentige Anstellung der Geschäftsleitung weitergetragen werden.

Dass eine mehrjährige Förderung an Kriterien geknüpft werden soll, ist wichtig und nachvollziehbar. Wir wissen aber nicht, wie diese ausgelegt werden und wo deren Auslegung auch gefährlich sein kann, auch für die unterschiedlichen Festivals und ihre Gegebenheiten. Diese Absichtserklärung ist also kein verbindlicher Beschluss und eine Förderaussicht finanziert keine Geschäftsstelle.

Die Kritik an der vorliegenden Motion nehme ich gerne zur Kenntnis und aus meiner Sicht kann man sagen, dass mit einem Umsetzungsvorschlag das angegangen werden kann. Es kann sowohl diese Schwelle, die als grosses Problem dargestellt wird, mit einem Umsetzungsvorschlag angepasst werden. Von mir aus kann man da auch dieses modulare Konzept anwenden.

Das mit der Berichterstattung, das ist mir einfach auch noch wichtig, dass nämlich, obwohl ein Festival vielleicht vom Swisslos-Fonds diese zweite Ausgabe in Aussicht gestellt wird, die jährliche Drittmittelförderung ja trotzdem weitergehen



muss, weil der Swisslos-Fonds in der Regel immer nur etwa 20% eines Festivals finanziert. Das heisst, es braucht trotzdem jährliche Förderung, es braucht trotzdem jährliche Berichterstattung für alle anderen, dementsprechend ist das auch möglich für den Swisslos-Fonds, für die Regierung. Wir haben das auch zum Beispiel bei der Förderung vom Bund, da gibt es oft Förderung über mehrere Jahre zu verschiedenen Phasen und da muss man auch heute schon einen Zwischenbericht machen und kann also so klar Bericht erstatten und somit der Regierung auch diese Berichterstattung gewähren.

Schlussendlich möchte ich noch kurz zu etwas Stellung nehmen, das Frau Eymann nicht so betrifft, aber vielleicht kann sie das dann ihrem Kollegen weitergeben, nämlich diese Berichterstattung, die verlangt wird für grosse Festivals über 100'000, das bezieht sich auf das Festivalkonzept und ich weiss nicht, wann wir das hier noch diskutieren können. Und zwar kann man davon ausgehen, dass ein grosses Festival über 100'000 Franken eine professionelle Berichterstattung durchführen kann, aber ich finde es wirklich problematisch, wenn wir bei einer jährlichen Förderung an einen Veranstalter oder eine Veranstalterin plötzlich die gleichen Ansprüche stellen, wie wenn wir hier drin einen Staatsbeitrag demokratisch legitimiert über vier Jahre in Aussicht stellen. Es ist aus meiner Sicht einfach nicht gleichzustellen. Ich würde das einfach gerne mitgeben, dass man sich das nochmal genau anschaut, was man hier für eine jährliche Förderung plötzlich von diesen grossen Festivals verlangt. Wie gesagt, das bezieht sich nicht auf die Motion, sondern auf das Festivalkonzept.

Wir schaffen also mit der Überweisung als Motion für diese wichtige Festivallandschaft wirklich eine Planungssicherheit. Und wenn es so weit kommen sollte, dass dieses Festivalkonzept vorliegt, wenn wir dann in die endgültige Umsetzung kommen und dann alle absolut überzeugt sind von diesem Konzept und wir das Gefühl haben, hier schaffen wir jetzt doch etwas, das sehr viel besser ist als das, was wir wirklich in der Hand hätten hier für Festivals, dann kann man das immer noch abwägen und wir können uns das nochmal anschauen. Aber im Moment ist es wirklich so, wir haben eigentlich ein Versprechen, auf das wir vertrauen könnten. Ich möchte nicht mein Misstrauen gegen Regierungsrätin Stephanie Eymann zum Ausdruck bringen, aber gegen den ganzen Prozess, der sieben Jahre andauert, und wir bitten Sie deswegen, hier bei der Motion zu bleiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung. Claudio Miozzari und weitere beantragen Überweisung als Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009107, 10.06.26 09:44:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 31 Ja-Stimmen gegen 62 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Der Regierungsrat weiterbeantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 3 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009108, 10.06.26 09:45:16]



Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung zu wiederholen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir starten nochmals, falls das System mitmacht.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009111, 10.06.26 09:46:00]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 92 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung für die Überweisung als Motion entschieden.

16. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend grenzüberschreitende Polizeiarbeit und effizientere Bekämpfung und Aufklärung von Velo- und E-Bike-Diebstählen, Stellungnahme des RR

[10.06.26 09:46:07, 25.5529.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich denke, ich kann mich relativ kurz fassen. Der Regierungsrat teilt natürlich das Anliegen der Motion. Es ist so, dass Velo- und auch E-Bike-Diebstähle eine grosse Sorge unserer Bevölkerung sind und wir müssen hier auch wirklich schauen, dass wir im operativen Bereich viel mehr tun. Das geschieht auch insofern, dass wir in der Kantonspolizei mittlerweile klare Ansprechpersonen, klare Zuständigkeiten haben, die sich exklusiv um dieses Thema kümmern. Wir müssen und machen mehr Schwerpunktaktionen genau an den bekannten Brennpunkten und das auch systematisch.

Auch die Zusammenarbeit mit den deutschen und den französischen Behörden ist essenziell in dieser Sache, weil wir doch die Erfahrungswerte haben, dass diese Velos und E-Bikes sehr häufig und sehr schnell ins nahegelegene Ausland abtransportiert werden. Auch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit ist hier eng involviert und es sollen und werden auch vermehrt Kontrollen jetzt im Dreiland gemeinsam durchgeführt. Wir haben auch diese freiwillige Velovignette im Test, die wir dann sehr gespannt sind, was da die Erfahrungswerte sind, wenn es darum geht, auch diese gestohlenen Velos auch wieder zuzuordnen.

Warum aber teilweise rechtlich zulässig? Ich denke, wichtig ist einfach, dass gewisse Forderungen der Motion auf Bundesebene geregelt werden müssen, gerade die Themen, die den Strafprozess, das Strafprozessrecht tangieren und ebenfalls die internationale respektive grenzüberschreitende Strafverfolgung. Da ist die kantonale Hoheit respektive Zuständigkeit nicht gegeben. Wir sind seitens Regierungsrat aber überzeugt, dass wir die Anliegen der Motion innerhalb



dieses rechtlichen Rahmens umsetzen können und werden, aber dafür nicht neue gesetzliche Grundlagen brauchen. Also es geht mehr darum, operativ und mit Partnern sich noch vernetzter und besser aufzustellen, um diesem Thema Herr zu werden, und weniger darum, Gesetze zu justieren.

Deshalb empfiehlt der Regierungsrat, die Motion als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Für die Mitte-EVP hat Bruno Lötscher-Steiger das Wort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich könnte mich eigentlich zurücklehnen und sagen, das sieht ja toll aus, das tönt ja toll, der Regierungsrat hat eigentlich praktisch alles aufgenommen, aber möchte es einfach nicht als Motion entgegennehmen, sondern als Anzug und damit ist die Sache erledigt. Und er sagt gleichzeitig, vier von fünf Anliegen seien rechtlich eigentlich nicht zulässig. Das spricht gegen eine Motion, das ist schon richtig, aber ich muss Ihnen sagen, diese Beurteilung, die hier vorgenommen worden ist, teile ich in keiner Weise. Und ich muss Ihnen auch sagen, ich bin überzeugt, dass dies ein Thema ist, das eigentlich weiter erhöhten politischen Druck braucht, auch wenn die Regierung jetzt mitmacht und mitzieht und mitwirkt und etwas unternimmt, weil hier ein grosser Teil der Bevölkerung betroffen ist und weil wir tausende von Fällen haben, allein im letzten Jahr wieder über 3'000 Fälle, die Basler Zeitung am Wochenende hat das Beispiel unserer Ratskollegin gezeigt, viermal bereits gestohlen und jetzt aus der Versicherung rausgeworfen.

Wir machen Politik für die Bevölkerung, manchmal auch für uns und für die Tribüne oder so, aber hier geht es um ein ernsthaftes Anliegen. Wir haben fünf Punkte. Ich habe fünf Punkte aufgeführt und diese fünf Punkte teilen sich auf in Massnahmen Inland und Massnahmen Ausland. Jetzt Massnahmen Inland, das beginnt eigentlich mit einer Zielvorgabe. Im Inland wäre der Wunsch, die Aufgabe, das Ziel, innert zwei Jahren die Zahl der Diebstähle zu halbieren, auf Dauer auf 1'000 zu reduzieren und die Aufklärungsquote von sagenhaften 2% auf eine durchschnittliche Aufklärungsquote für Vermögensdelikte auf 25% zu heben.

Ich habe als mögliche Vorgabe gesagt, macht doch eine Taskforce. Jetzt sagt die Regierung, ich darf nicht schreiben oder wir dürfen nichts sagen, macht doch eine Taskforce. Aber wenn wir dann lesen, was die Regierung macht, sie macht wohl keine Taskforce, aber sie macht genau das, was wir wollen oder was wir in der Motion beantragt haben, nämlich sie koordiniert nun die Massnahmen, sie arbeitet besser zusammen, es werden Zuständigkeiten definiert, klare Definition von Koordinationsstrukturen geschaffen, fachliche Bündelungen gemacht, Koordinationen, zentrale Schnittstellen, das ist das, was man auch Taskforce nennen kann. Weshalb wir nicht sagen sollen oder sagen dürfen sollen, dass man gezielt gebündelt an einem solchen Thema arbeiten soll in der Regierung, weil es politisch so wichtig geworden ist, leuchtet mir nicht ganz ein.

Dann die Zielvorgabe, das sei nicht so zielführend, das stimmt natürlich, das ist ja etwas zufällig, aber wissen Sie, die ist nicht nur zufällig gewählt. Ich habe jetzt gelesen, auch hier drin, und das macht mir ja Freude, man überlegt sich, Velos mit GPS-Trackern auszustatten, weil man da in Amsterdam offenbar gewisse Ideen gehabt hat, die man umsetzt und da könnte man vielleicht schauen, ob das eventuell nutzt. Genau das ist es, was die Motion will, dass man eben die Polizeiarbeit stärkt, dass man solche Dinge macht und dass man eben dann auf die Ideen kommt, mit solchen Massnahmen halt die Selbstbedienungsmentalität einzuschränken und wahrscheinlich eben auch die Deliktsquote zu senken und vielleicht auch die Aufklärungsquote zu erhöhen. Also es macht Sinn, Zielvorgaben zu machen und es macht Sinn zu sagen, bündelt die Kräfte und wir nennen es halt Taskforce, aber dass das unzulässig sein soll, leuchtet mir nicht ein.

Dann das zweite, die Möglichkeit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur raschen Intervention. Da wird mir gesagt, das gehe nicht, Strafprozessrecht sei Bundesrecht. Jetzt, Frau Regierungsrätin, Sie dürfen davon ausgehen, dass ich das weiss und ich habe auch nicht gewollt, dass wir irgendwelche strafprozessualen Regeln machen. Das war nicht die Überlegung. Vielleicht habe ich es nicht gut genug geschrieben, man hat offenbar nicht gesehen, was die Idee dahinter ist. Die Idee dahinter ist folgende und jetzt wird es ein bisschen juristisch und ich bitte, das zu entschuldigen.

Wir kennen schon seit jeher vom römischen Recht den Dieb, der auf frischer Tat ertappt wird, den *fur manifestus*. Dem darf man nachrennen, nacheilen nennen wir das heute auch, dem darf man nachrennen und man darf ihm alles wieder wegnehmen, was er mir gestohlen hat. Deshalb müssen wir diese Rechtsstruktur kennen. Das hat damit zu tun, dass wir eben eine rechtliche Vermutung haben, dass alles, was ich bei mir habe, mir gehört. Auch wenn ich das vorher jemandem gestohlen hätte, wenn was nicht direkt *sur place* bemerkt worden ist, habe ich eine rechtliche Vermutung, dass das, was ich habe, mir gehört.

Das hat jahrhundertlang so funktioniert, bestens funktioniert, aber heute haben wir technische Möglichkeiten wie diese GPS-Tracker. Wir müssen nicht mehr dem Dieb hinterherrennen und nur wenn wir ihn direkt erwischen, können wir sagen, aha, jetzt haben wir den *fur manifestus*, den haben wir jetzt genommen, sondern wir können eben auch noch nach ein paar Stunden sagen, das ist ja ganz offensichtlich, dass das das Velo vom X oder vom Y ist. Denn was man natürlich



berücksichtigen muss, auch an einer gestohlenen Sache kann ein Dritter Eigentum erwerben, wenn er das gutgläubig macht. Also nach ein paar Stunden irgendwann, wenn man auf einem Markt das Velo dann angeboten und verkauft hat, spielt das nicht mehr. Aber die ersten 12, 24, vielleicht 48 Stunden müsste das funktionieren. Und die Idee war, dass der Kanton versucht, im EG ZGB beispielsweise oder vielleicht, ich weiss auch nicht wo, im Polizeigesetz zu sagen, wir definieren, wir versuchen zu sagen, immer dann, wenn innert 12 Stunden der GPS-Tracker noch funktioniert und wir wissen, dort steht das drin, dass da diese gesetzliche Vermutung noch nicht greift, und wir erleichtern die Rückgabe.

Jetzt weiss ich natürlich ebenfalls, und deshalb habe ich den Punkt 3 gemacht, falls Punkt 2 nicht ginge, ich weiss ja, dass das auch im Bundesrecht geregelt ist, die Besitzerschutzregeln sind im ZGB geregelt, aber die sind ja nicht sakrosankt, weil die schreiben ja nicht ganz genau, wie das ist, sondern es kann auch interpretiert werden und wenn in einem kantonalen Recht mal steht, wir interpretieren jetzt diese für manifestus-Regel so, dass das auch nach ein paar Stunden mit einem GPS-Träger noch möglich sein kann, dann hätte das Bundesgericht die Möglichkeit, seine Praxis anzupassen. Das war die Idee und von Anfang an zu sagen, es geht nicht, weil es strafprozessual nicht geht, da hat man die Thematik oder die Problematik verkannt.

Das Dritte, die organisatorischen Massnahmen, die sind offensichtlich möglich. Das finde ich auch richtig, das muss möglich sein. Da könnte man, das war die Rückfalllinie, sagen wollen, wenn das nicht geht, dann machen wir organisatorische Massnahmen. Vielleicht muss man da auch gesetzlich etwas machen, dann machen wir eine Massnahme wie Pikettstellen, wo man innert 12, 24 Stunden Recht bekommen kann in solchen liquiden Fällen. Also das war quasi die Kaskadenüberlegung und so einfach, wie es jetzt dargestellt worden ist in der Antwort, habe ich mir das nicht vorgestellt.

Jetzt zur Statistik, da habe ich auch gelesen, das geht natürlich nicht, das sei ja vom Bund vorgegeben. Ja, ich weiss das, dass es vom Bund vorgegeben ist und wenn man die Antwort liest, hat man ja auch gesehen, dass die Regierung, vielen Dank, dass sie auch bereit ist zu machen, denn es steht in der Antwort dann, wir haben jetzt den Leuten gesagt, wenn nicht spezielle Verdachtsmomente sind, dann bitte von jetzt an das so beachten. Also das wurde in meinen Augen bereits erfüllt, so wie ich das gewollt habe. Ich habe nicht gesagt, wir müssen die bundesrechtlichen Vorgaben ändern, sondern wir müssen bei unserem Personal die entsprechenden Sensibilisierungsmöglichkeiten, Kampagnen machen, die sind offenbar gemacht worden.

Ich muss vielleicht dann nochmals reden zum fünften Punkt, zum Ausland. Das ist ja fast der wichtigste Punkt, diese Koordination, und ich habe auch hier gesehen, die Regierung macht und ist bereit und möchte. Aber sie sagt, es ist unzulässig, wenn wir sagen, macht neue Verhandlungen und Verträge, macht irgendwelche. Das stimmt nicht. Einerseits sagt die Regierung ja selber, wir haben hier Gefässe, da können wir uns noch verbessern und man macht es, wir machen es, und das andere, ich habe auf diesen Polizeivertrag verwiesen als Beispiel. Natürlich ist er vom Bund gemacht, aber wir haben drei oder vier Artikel in diesem Vertragswesen, wo klarerweise die Kantone für die Umsetzung zuständig sind, die direkte, dringende Nachteile, usw.

Kurzer Satz, wir sind auf dem richtigen Weg, wir sind noch lange nicht am Ziel. Ich bitte Sie, hier den politischen Druck aufrechtzuerhalten, für Motion zu stimmen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und ich danke der Regierung auch für das offene Ohr, das sie gehabt hat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb ist offen. Ich erkläre schnell warum. Ein Teil der Fraktion hat sich tatsächlich von der Regierung überzeugen lassen, dass die Punkte in der Motion rechtlich nicht zulässig sind und würden darum auf Anzug gehen. Sie finden das Anliegen der Motion aber trotzdem sehr wichtig, das ist klar. Bruno Lötscher hat es angetönt, in der Zeitung war auch eine Exponentin unserer Fraktion prominent drin, weil sie unter diesem Problem leidet. Und genau, weil das so ein riesiges Problem ist, Bruno Lötscher hat es anfangs auch ausgeführt, das betrifft ganz viele Leute in diesem Kanton, hat der andere Teil der Fraktion das nicht einfach so gegessen mit dieser Antwort, weil das ja häufig passiert, wenn der Regierungsrat nicht unbedingt jetzt gerade sofort etwas machen will, dann spricht man die rechtliche Zulässigkeit quasi ab. Ich bin jetzt wahnsinnig froh, hat Bruno Lötscher vor mir schon votiert und hat seine wahrscheinlich sehr fundierte Sicht auf die Beurteilung schon platzieren können.

Ich gehöre natürlich zum Teil der Fraktion, der hinter Bruno Lötscher steht und die Motion beantragen will. Denn ich habe das Problem schon 2019 kommen sehen. Es gibt einen Anzug aus dieser Zeit, der sagt, ja, wir machen ein bisschen Prävention und das funktioniert dann schon und die Zusammenarbeit mit den ausländischen Behörden ist zu kompliziert, usw. Und was ist passiert? Die Diebstahlzahlen sind exponentiell hinaufgegangen, wir haben jetzt ein wahnsinniges Problem und das wird sich noch verschärfen. Wenn wir jetzt nicht wirklich die Punkte, die Bruno Lötscher gefordert hat in dieser Motion, angehen, sehr verbindlich, dann wird die Bevölkerung noch eine Weile unter diesem Problem leiden.



Ich sehe auch einen grossen Hebel mit diesem Nacheilen, mit diesem GPS-Tracker, mit der Zusammenarbeit mit den ausländischen Behörden, denn es ist wirklich ein Businessmodell für die Banden geworden. Also das funktioniert institutionell, das sind längst keine Gelegenheitsdiebstähle mehr und dort müssen wir jetzt unbedingt etwas machen. Insofern, die Fraktion GRÜNE/jgb ist offen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Ich kann es kurz machen. Auch uns fehlt der Glaube einer tatsächlichen Umsetzung, so wie das momentan läuft, und wir würden deshalb sehr gerne bei einer Motion bleiben. Wir teilen die rechtliche Einschätzung von Bruno Lötscher und ich hoffe, dann auch von Daniel Gmür noch ähnliches zu hören.

Aber grundsätzlich, es handelt sich um ein Business von 12.5 Millionen pro Jahr. Es sind bisher 2% Erfolgsquote, das, denken wir, ist kein wirklich gutes Zeichen. Ich selbst kann auch berichten, mir wurden drei Velos gestohlen in den letzten Jahren. Das ist eine Gesamtsumme von 15'000 Franken. Auch ich wurde aus der Versicherung geworfen, die wurde gekündigt, ich habe dann auch alles andere gekündigt, so geht es ja eigentlich nicht. Aber ich möchte nur sagen, ein Velo ist ja schliesslich auch etwas, wovon man abhängig ist Tag für Tag, die Kinder hin und her zu fahren, das Essen zu kaufen, usw. Also von daher, wenn es Autos wären, wären wir, glaube ich, schon längstens an einem anderen Punkt in dieser Diskussion. Aber gut.

Vielleicht für diejenigen, die kein Velo haben, Ihnen kann ich mitgeben, dass auch Ihre Versicherungssummen natürlich insgesamt sich erhöhen, weil es ja so ist, dass die Versicherung das irgendwie ja auch abwälzen muss oder abwälzen will, also von daher könnten auch Sie sich daran beteiligen, dass es eine verbesserte Möglichkeit gibt, das ganze Problem zu handhaben. Und ich möchte Frau Eymann sagen, es ist nicht einfach eine grosse Sorge der Bevölkerung, nein, bei 2% Erfolgsrate sollte es von mir aus gesehen wirklich eine grosse Sorge der Regierung sein, dass hier wirklich etwas gemacht werden muss.

Deshalb bleiben wir klar mit einer Ausnahme bei einer Motion und ich bitte Sie, unserem Anliegen hier auch zu folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Die SP-Fraktion begrüsst die Forderungen der Motion und die Bereitschaft der Regierung, in diesem Sinne sich zu engagieren. Wir legen Ihnen die Überweisung als Anzug nahe und das nicht, weil wir die Forderungen der Motion weniger stark unterstützen, sondern mit Blick auf die rechtlichen Vorbehalte, die wir dort gehört haben, und das insbesondere in Bezug auf die bundesrechtliche Zuständigkeit. Ich komme gleich zu den Ausführungen des Motionären.

Was wir festgestellt haben, ist, dass der Regierungsrat doch sehr glaubhaft dargelegt hat, sowohl schriftlich als auch heute hier mündlich, dass er sich wirklich engagieren will in die Richtung der Ziele dieser Motion und wir sind auch zuversichtlich, dass diese Umsetzung auch mit einem Anzug ausreichend engagiert angegangen wird. Wir haben es ja auch gehört im Votum des Motionären, dass ein Teil der Kritik auch ein bisschen ist, dass man Sachen als nicht ganz motionszulässig anschaut, aber doch schon umsetzen möchte oder ich verweise auf die Ausführungen zu dieser Taskforce.

Wir möchten unsere Anzugsüberweisung oder zumindest diesen Antrag explizit und mit dem deutlichen Hinweis und damit mit dem Auftrag versehen, im Sinne der Motion möglichst umfassende Massnahmen zu treffen und hier vor allem den Fokus auf diese Prävention und die möglichst schnelle Rückführung dieser Fahrräder an die Eigentümer*innen oder Besitzer*innen, auch die müssen eine Möglichkeit haben, zu legen. Ich finde die Ausführungen des Motionären durchaus spannend. Wir bewegen uns da eigentlich ein bisschen in der Rechtsfortbildung zur Frage dieser sachenrechtlichen Konstellationen. Ich stelle mir ein bisschen die Frage, ob das nicht eine Aufgabe der Gerichte ist und nicht eines kantonalen Parlaments. Wir können da sehr gerne darüber streiten, aber ich bin eben davon überzeugt, dass der Regierungsrat auch mit einem Anzug das engagiert angehen will und wir möchten auch hier den Regierungsrat bitten, diese Ausführungen des Motionären, sehr interessante Ausführungen möglichst vertieft und ernsthaft zu prüfen und überall, wo Sie eine Möglichkeit sehen, auch umzusetzen. Besten Dank für die Überweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir haben jetzt viel auch Juristisches gehört. Es freut mich natürlich auch immer wieder, hier drinnen etwas zu lernen, das ist ganz erfreulich, aber ich möchte noch schnell auch die Stimme weitergeben, wo ich das Gefühl habe, die



man auf der Strasse hört. Ich bin vor ein paar Wochen wieder einmal durch die Utengasse gelaufen, dann kommt mir ein Herr entgegen, der ein weisses Velo relativ schwer trägt. Dann denke ich, oje, der arme Kerl hat eine Panne. Dann ist einer im Restaurant aufgestanden und hat gedacht, der trägt jetzt schwer an diesem Velo, ich will ihm helfen und als er hinläuft, um dem Herrn zu helfen, lässt dieser das Velo stehen und rennt davon. Das war um 3 Uhr nachmittags, wunderbares Wetter, spaziert einfach einer mit einem Velo tragend durch die Utengasse und kein Mensch reagiert und in einer Selbstverständlichkeit, die mich sprachlos gemacht hat. Das heisst auch etwas.

Ich sitze vorgestern wieder in einem Lokal, da kommen zwei Herren herein, die gerade eine Sitzung hatten um 3.30 Uhr nachmittags, es waren zwei Polizisten, die gesagt haben, jetzt haben wir die Velos zusammengebunden, wir hatten eine Sitzung eine Stunde, wir kommen aus dieser Sitzung raus, Klybeckstrasse, beide Velos weg. 3 Uhr, 3.30 Uhr nachmittags, zusammengebunden. Also nicht irgendwie, wie heisst das, Diebstahl für Entwendung oder was weiss ich, nichts ist da Entwendung, da fährst du also nicht mit zwei Velos an einer Kette gleichzeitig weg. Also die Sachen nerven, alle kennen das, ganz vielen ist das Velo gestohlen worden.

Und ganz kurz noch zu den Versicherungen. Die Versicherungen sind da nicht die Bösen, die sind sogar enorm kulant in Basel. Was die hier alles zu zahlen, ich bin seit 40 Jahren in dieser Branche. Vor, ich weiss nicht, 30 Jahren musstest du einen Polizeirapport ausfüllen und vorbeigehen und sagen, ja, das ist mein Velo. Heute kannst du im Internet schnell eingeben und zwei Tage später ist das Geld drauf. Okay, zwei, drei Mal, dann darfst du es nicht mehr machen, dann bist du nicht mehr bei dieser Versicherung. Aber eines müssen Sie wissen, die Versicherungen legen nicht drauf, die legen nie drauf, die erhöhen einfach die Prämien und das zahlen wir ja dann wieder alle.

Ich freue mich, dass die Idee jetzt hier in diesem Rat ist, ich freue mich, dass die Regierung das ernst nimmt, aber ich hoffe natürlich auch, dass mal etwas passiert, weil à la longue geht es einem echt auf den Nerv.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecherin eingetragen hat sich Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich werde heute auch für die Motion stimmen. Ich kann leider nicht so nette Geschichten erzählen wie Alex Ebi, aber ich oute mich, uns sind mehr als zehn Velos gestohlen worden. Die Versicherung ist tatsächlich nicht mehr kulant, verständlicherweise. Ich habe auch mit Stephanie Eymann vor Jahren schon versucht, irgendetwas aufzugleisen, wir sind nicht weitergekommen und aus diesem Grund heute für die Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bruno Lötscher-Steiger hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Noch ein kurzes Wort, ich wage einfach nochmals zu sprechen. Wir haben heute jetzt tatsächlich schon zwei Motionen überwiesen, die auch die ähnliche Grundkonstellation hatten. Partiiell nicht ganz alles motionswürdig, aber wir haben gesagt, es hat ein gewisses Interesse, auch ein politisches Interesse, dass wir das umsetzen, zum Teil sogar rechtlich eher fragwürdig. Und diese Motion hier jetzt, diese ist rechtlich meines Erachtens dort, wo sie als unzulässig erachtet worden ist, eben nicht unzulässig oder sicher nicht mehr als vorher die anderen, aber ich glaube, die politische Konstellation oder die politische Grundvoraussetzung, dass hier effektiv ein Ärgernis besteht, das wir als Rat konsequent angehen sollten und auf Seiten der Regierung hier konsequent ein Zeichen setzen sollten, das glaube ich, diese Gelegenheit sollten wir nutzen. Wir sollten sagen, ja, wir wollen in diesem Sinn hier konsequentes Weiterverfahren fördern und deshalb bitte ich Sie, die Motion aufrechtzuerhalten.

Wer nachher noch will, kann bei mir auf dem Handy wunderschöne Geschichten sehen, Sie glauben nicht, wie viele Leute mir geschrieben haben, zuerst nach der Interpellation in dieser Sache und dann nach dem Einreichen der Motion, was Ihnen geschehen ist. Ich habe ganze Verläufe von Diebstählen, wie die da ins Elsass gegangen sind, wochenlang noch dort gestanden sind und dann via Marseille nach Afrika beispielsweise. Und was halt das Problem war, niemand konnte etwas tun, alle haben gesagt bei der Polizei, wir sind machtlos, sobald es im Ausland ist und wenn man die französische Polizei zur Hilfe holt, gehen die nicht rein, weil es im Haus drin ist. Also die Geschichten wiederholen sich. Deshalb, der Druck von Basel auf die elsässischen Behörden, auf die deutschen Behörden in diesem Sinne, wie er jetzt offenbar aufgegleist ist, aufrecht zu erhalten, wäre ausserordentlich sinnvoll und wertvoll.

Ich bitte Sie hier tatsächlich im Interesse der Menschen unseres Kantons zu sagen, ja, das wollen wir, ja, wir wollen, dass das aufhört, ja, wir leisten auch einen Beitrag und unser Beitrag könnte eben die Motion sein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: David Jenny hat sich als Einzelsprecher gemeldet.



David Jenny (FDP): Zuerst hat es Bruno Lötscher auf der rechtlichen Schiene versucht mit hoher Kreativität, im zweiten Anlauf hat er dann das neue Kriterium erfunden, je mehr Heulgeschichten, desto eher Motion. Ich meine, die SP hat bei der vorigen Motion wortreich geschwiegen zur Frage der Gültigkeit und dort gab es wirklich keine Argumente für Gültigkeit, da hat Bruno Lötscher auch geschwiegen. Ja, wir müssen, glaube ich, alle zugestehen, es ist ein bisschen ein Eiertanz und mir wurde auch mal ein Akku gestohlen. Daher stimme ich jetzt zuerst für Anzug und dann auch für Motion, ob das etwas hilft oder nicht. Aber ich glaube, wenn wir uns zurücknehmen, dann müssen wir alle sagen, wir sind jetzt da vom rechtlichen her in der Advokaturprüfung. Ob wir immer da eine genügende Note erhalten hätten von Herrn Lötscher, würde ich jetzt bezweifeln.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte schon betonen, das Thema ist nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei der Regierung ein grosses Ärgernis, eine grosse Not, die wir wirklich beheben müssen. Aber jetzt werde ich auch noch etwas juristisch, Herr Lötscher, und ich bin ursprünglich mal im Strafrecht und im Strafprozess tätig gewesen. Die Forderungen, die Sie stellen, da irgendwie schnelle Nachteile zu machen auf Kantonsgebiet, wir haben diese Grundlagen alle. Sie heissen Sicherstellung, sie heissen Hausdurchsuchung, alles kein Problem, prima, machbar auf Kantonsgebiet. Aber der Fall, den Sie im Kopf haben, der dann auch im Fünftens kommt, der viel häufiger ist, heisst eben, Sie haben es genannt, GPS-Sender gibt an in Mulhouse und dann ist fertig mit Nachteile oder mit Hausdurchsuchung und das ist das Problem. Da endet die kantonale Zuständigkeit, da fängt das Territorialprinzip an von Frankreich und die haben keine Freude, wenn die Basler Polizei einfach über die Grenze kommt und Velos einsammelt.

Und klar, wir schauen da, was wir optimieren können auf der operativen Schiene, aber diese gesetzlichen Souveränitätsfragen, die sind nicht von Basel-Stadt aus lösbar. Wir sind zuversichtlich, dass wir einiges auch im Schnellen intervenieren im Sinne von, wir haben Velos festgestellt mit GPS, liebe Franzosen, könnt ihr mal schauen gehen, dass das auf der operativen Schiene schon besser läuft und jetzt auch systematisiert besser laufen muss, aber ich denke, die anderen Forderungen, also rein jetzt auf unser Staatsgebiet, da haben wir alles, was es braucht, aber es ist nicht so häufig, dass das Velo zwei Strassen nebendran auftaucht, sondern zwei Strassen neben der Grenze.

Also seien Sie versichert, auch wenn Sie das heute als Anzug überweisen, das Thema ist hoch priorisiert und wir wollen definitiv diese Zahlen runterbekommen. Ich verstehe jeden, der genug von diesem Thema hat, aber es ist vielleicht einfach nicht ganz so einfach zu bewältigen und deshalb meine Versicherung hier im Namen des Regierungsrats haben Sie, dass wir an diesem Thema hoch dranbleiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Eventualabstimmung. Bruno Lötscher-Steiger und weitere beantragen Überweisung als Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009113, 10.06.26 10:17:40]

Remote-Teilnehmerin war nicht sichtbar. Korrektes Resultat: 67 JA, 25 NEIN, 1 Enthaltung

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug und stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 67 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung die Motion als Anzug dem Regierungsrat überwiesen.



17. Motion Franziska Stier und Konsorten betreffend grundrechtskonformen Internetzugang in der Administrativhaft, Stellungnahme des RR

[10.06.26 10:18:32, 25.5544.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Franziska Stier hat sich als Fraktionssprecherin gemeldet.

Franziska Stier (BastA): Ich bin froh darüber, dass das Problem des Internetzugangs bereits aufgegriffen wurde und der Regierungsrat bereit ist, die Motion umzusetzen. Ich will hier aber noch einmal festhalten, was Administrativhaft heisst. Menschen werden eingesperrt, ohne dass hier eine Straftat dieser Haft zugrunde liegt. Die Auswirkungen der Administrativhaft sind gravierend. Sie leben über Wochen oder Monate in Ungewissheit darüber, ob und wann sie ausgeschafft werden, wohin sie ausgeschafft werden und was sie dort erwartet. Die psychische Belastung ist enorm. Gerade deshalb ist es wichtig, wenn der Regierungsrat festhält, dass sich die Auswirkungen dieser Haft auf die Betroffenen als verhältnismässig erweisen müssen.

Wir haben mit Blick auf die heutige Debatte sieben leitfadengestützte Interviews mit Betroffenen geführt. Fast keine dieser Personen war in der Lage, einen typischen Tag im Gefängnis strukturiert zu schildern und das lag nicht am Sprachproblem, sondern daran, dass viele von ihnen in einem Zustand permanenter psychischer Überforderung leben. Die ständige Fremdbestimmung, die Unsicherheit, die Angst und die Hoffnungslosigkeit führen dazu, dass die Tage verschwimmen. Wenn wir sie fragten, was sie von uns erwarten oder worum sie uns bitten, antworteten sie, Freiheit, ein bisschen mehr Freiheit.

Ein selbstbestimmter Internetzugang löst nicht alle Probleme, aber er gibt Zugang zu Informationen, Kontakt zur Aussenwelt, Anwält*innen, zu sozialer und rechtlicher Unterstützung. Der Umsetzungsvorschlag der Regierung ist damit in jedem Fall ein Fortschritt, wenngleich er sehr unkonkret ist und sich im schlechtesten Fall darauf beschränkt, ein bis zwei Computer in den Aufenthaltsraum zu stellen.

Ich möchte das Problem, das hier entsteht, kurz skizzieren. Alles im Gefängnis ist zeitlich reglementiert. Aktuell gibt es einen Zugang zu Videotelefonie pro Station für zehn Personen und es gibt ein grösseres Gedränge um das Gerät am Abend. Stellen Sie sich das konkret vor, 7.30 Uhr Aufschluss, Frühstück 8.30 Uhr, danach je nach Wochentag Arbeit oder Hofgang. Gegen 16.30 Uhr kommen alle auf die Station zurück. Bis zum Einschluss verbleiben also ungefähr drei Stunden Zeit inklusive Abendessen für zehn Personen. Bei einem Gerät entspricht das weniger als 20 Minuten pro Tag und pro Person. Bei voller Belegung einer Station heisst das, auch nicht viel mehr Internet als jetzt. Wenn also nicht gleichzeitig deutlich mehr Geräte zur Verfügung gestellt werden, bleibt das Grundproblem bestehen und ich sehe nicht, wie im Moment in der heutigen Raumaufteilung mehr als zwei Computer pro Station im Gemeinschaftsraum Platz finden werden.

Wir haben in unserer Motion bewusst darauf verzichtet, konkrete technische und organisatorische Vorgaben zu machen. Uns ging es darum, eine pragmatische und rasche Umsetzung zu ermöglichen. Dennoch möchte ich festhalten, ohne eine ausreichende Zahl an Geräten wird die Forderung nach einem umfassenden, kostenlosen und niederschweligen Internetzugang kaum erfüllt werden können. Das ist die notwendige Randbemerkung, die ich heute noch anbringen wollte. Diese Motion wird viele Probleme in der Administrativhaft nicht lösen, aber sie beseitigt eine unnötige Einschränkung und stärkt ein Grundrecht. Wer Menschen einsperrt, im Besonderen, wenn sie keine Straftat begangen haben, hat eine besondere Verantwortung dafür, dass ihre verbleibenden Rechte tatsächlich gewahrt werden. Daher bitten wir von BastA sowie die Fraktion der SP Sie, die Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.



18. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Gewährung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung ab 10 Hafttagen für alle Haftarten bei fehlenden finanziellen Mitteln, Stellungnahme des RR

[10.06.26 10:23:50, 25.5545.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet momentan. Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Für die LDP eingetragen hat sich Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP will diese Motion abschreiben im Sinne der regierungsrätlichen Stellungnahme. Die Motion verlangt einen pauschalen automatischen Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung ab dem 10. Hafttag. Diese Regelung ist vielleicht gut gemeint, vor allem als Arbeitsbeschaffung für die involvierten Anwälte, führt aber zu rechtlichen, praktischen und verfassungsrechtlichen Problemen, die eine Ablehnung zwingend erfordert.

Die unentgeltliche Rechtspflege ist ein Instrument, das einzelfallbezogen anzuwenden ist. Entscheidend sind Bedürftigkeit, Erfolgsaussicht und Erforderlichkeit. Ein Automatismus nach starren Regeln unterläuft diese verfassungsrechtlich verankerte Einzelfallprüfung und würde die gesetzliche Systematik aushöhlen. In Basel-Stadt bestehen bereits wirksame Schutzmechanismen. Rasche richterliche Überprüfung, die Möglichkeit der unentgeltlichen Rechtsvertretung auf Gesuch sowie niederschwellige Beratungsangebote.

Die Motion zieht Parallelen zur Strafprozessordnung. Strafverfahren unterscheiden sich jedoch grundlegend in Komplexität und Rechtsfolgen. Die automatische Zuweisung einer Verteidigung in Strafsachen beruht auf anderen rechtlichen und praktischen Voraussetzungen und lässt sich nicht ohne weiteres auf die Administrativhaft übertragen. Ein pauschaler Anspruch würde zusätzlichen administrativen Aufwand und erhebliche Kosten verursachen, ohne nachweislichen Mehrwert für die Qualität der Entscheide. Ressourcen sollen zielgerichtet dort eingesetzt werden, wo konkrete Defizite bestehen, etwa bei den Sprachbarrieren, Informationszugang und frühzeitiger Rechtsberatung.

Die Motion schafft einen formalen Automatismus, der die verfassungsrechtlich gebotene Einzelfallprüfung ersetzt, vorhandene Schutzmechanismen nicht sinnvoll ergänzt und unnötige Belastungen für die Verwaltung und die Justiz erzeugt. Deshalb wird die LDP die Motion nicht überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Diese wird nicht angenommen. Wir kommen damit zu Hanna Bay für die Fraktion SP.

Hanna Bay (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, die vorliegende Motion entgegen dem Antrag der Regierung ein zweites Mal als Motion und somit zur Erfüllung zu überweisen. Dies aus folgenden Gründen. Der Regierungsrat hält in seiner Stellungnahme ausdrücklich fest, dass die Administrativhaft einen schweren Eingriff in die persönliche Freiheit darstellt. Franziska Stier hat es bei der vorherigen Motion gesagt, das ist eine Haft ohne strafrechtliche Verurteilung, das ist eine Haft ohne Straftat, das ist eine Haft einzig aus dem Grund, dass diese Person einen negativen Entscheid hatte. Die Betroffenen verfügen oft weder über die ausreichenden Sprachkenntnisse noch Kenntnisse über das schweizerische Rechtssystem. Zudem räumt der Regierungsrat auch ein, dass die Hürde für ein Gesuch für die Rechtsverteidigung hoch sein kann. So weit, so richtig.

Wenn er nun aber ausführt, dass trotzdem kein erhöhter Rechtsschutz notwendig ist, verkennt der Regierungsrat gleich mehrere Punkte. Erstens, wenn der Betroffene oder die Betroffene oft nicht in der Lage ist, sein Recht oder ihr Recht wirksam wahrzunehmen, ist der allgemeine Verweis auf die allgemeinen Regeln der unentgeltlichen Rechtspflege eben ungenügend und auch bei der unentgeltlichen Rechtspflege die anwaltliche Vertretung gemäss Praxis des Bundesgerichtes in aller Regel innerhalb der ersten drei Monaten nicht gewährt wird. Das Bundesgericht sagt hierzu, dieses Verfahren muss besonders komplex sein, damit diese Voraussetzungen erfüllt sind, und das Bundesgericht sagt halt auch, dass das Verfahren in den ersten drei Monaten nicht komplex sei. Aber auch wenn das Verfahren nicht ausserordentlich komplex ist, was ich im Übrigen bestreite, können Fehler geschehen und Ermessen falsch ausgeübt werden. In den Fällen der Administrativhaft hat das dann die Konsequenz, dass unter Umständen eine Person drei Monate in Haft ist, obwohl sie das nicht sein dürfte. Das ist ein Skandal und ich glaube, hier müssen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen.

Die Motion verweist so dann auf den Bericht der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht. Der Bericht, und ich rate Ihnen allen, diesen Mal zu lesen, zeigt eindrücklich auf, dass es eben immer wieder zu solchen



Verfahrensfällen kommt, Fehler, die hoffentlich durch eine anwaltliche Vertretung vermieden werden könnten. Und hier genügt auch die Tatsache nicht, dass eine Haftanordnung durch ein Gericht verfügt respektive überprüft wird. Ein Gericht garantiert noch keine wirksame Wahrnehmung der Verfahrensrechte. Ohne anwaltliche Unterstützung können Betroffene oft keine rechtlichen Einwände formulieren, sie wissen oft auch gar nicht, auf was es darauf ankommt, sie können nicht Beweise beibringen oder Verfahrensfehler erkennen.

Mit der Argumentation, dass ein Gericht ja überprüft, könnten wir in weiten Fällen das Institut der Verteidigung oder der Anwälte abschaffen. Überall im Strafverfahren gilt die *Offizialmaxime*, im Familienrecht gilt oftmals die *Offizialmaxime*, wir können schon sagen, dass wir dann die Anwälte nicht mehr brauchen. Ich glaube, es wäre einfach falsch, wenn wir hier jetzt sagen, da braucht es sie nicht.

Ebenso wenig kann die Beratungsstelle BAS, und ich möchte hier wirklich nicht sagen, dass diese schlecht arbeitet, eine Anwältin oder einen Anwalt ersetzen. Eine wirksame Vertretung erfordert detaillierte Aktenkenntnisse und eine vertiefte Auseinandersetzung mit der konkreten Situation der betroffenen Person. Bei allem Respekt, wie gesagt, für die Arbeit der BAS, das kann sie nicht leisten, das geht über ihre Kompetenzen und vor allem über ihre Ressourcen hinaus.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eine unentgeltliche Rechtsvertretung bereits ab der ersten Haftüberprüfung ist so dann auch keine neue Erfindung. Die Schweiz kennt dies auch im Ausländerrecht, nämlich in den Fällen gemäss der Dublin-III-Verordnung, welche für die Schweiz verbindlich ist. Dort hat jeder Mann und jede Frau Anspruch auf einen Anwalt, eine Anwältin ab der ersten Haftüberprüfung. Und interessant ist, es gibt Zahlen aus dem Kanton Zürich, die Dublin-Haft wird dort in nur 41% der Fälle bestätigt, die übrige Ausschaffungshaft in 91%, also beinahe doppelt so oft. Ich möchte hier nur nicht behaupten, dass dies allein auf das Zaubern oder das Handeln der Anwältinnen und Anwälte zurückzuführen ist, aber ich denke, es müsste uns doch zu denken geben, wenn diese Gutheissungsquote durch die Gerichte in unterschiedlichen Verfahren derart unterschiedlich ist. Ich glaube, deswegen wäre es auch falsch, einfach zu sagen, es gibt keinen nachweislichen Mehrwert. Ich glaube, das kann weder Lukas Faesch behaupten noch ich.

Ich bitte daher um Zweitüberweisung und danke Ihnen bestens.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Diese Motion, das haben wir gerade gehört, fordert im Grunde eine Angleichung bestimmter Schutzbestimmungen von der Administrativhaft an die Strafhaft. Der Regierungsrat argumentiert, dass es diese nicht bräuhete, unter anderem, weil kein Ermittlungsverfahren vorliegt. Doch uns geht es mit dieser Motion darum, dass staatliches Handeln eben überprüfbar bleibt. Gerade weil die Betroffenen keine Straftat begangen haben, müssen rechtsstaatliche Schutzmechanismen besonders ernst genommen werden.

Administrativhaft ist am Ende eben doch auch Haft. Wie ich vorhin ausgeführt habe, ist der psychische Druck real, Hierarchien sind auch real und viele der Inhaftierten haben schwere Erkrankungen, Depressionen, Schmerzen und Schlafstörungen. Kommt es in dieser angespannten Situation zu Auseinandersetzungen, beispielsweise zur Frage der Gesundheitsversorgung, kann das für die Betroffenen in Isolationshaft enden. Im Gespräch mit den Insassen wurden uns genau solche Beispiele geschildert. Einige der administrativ Inhaftierten fürchten sich mittlerweile, um Behandlung bzw. medizinische Versorgung zu bitten. Eine andere Person teilte uns mit, wenn ich meinen Anwalt kontaktiere, erhalte ich die Medikamente, die ich brauche. Und wenn selbst der Zugang zu medizinischer Versorgung faktisch davon abhängt, ob jemand einen Anwalt kontaktieren kann, dann zeigt das doch, weshalb anwaltliche Vertretung in der Administrativhaft besonders wichtig ist.

Alle Jurist*innen in diesem Raum wissen um ihre Rolle als Anwalt oder Anwältin. Sie wissen, dass eine angeklagte Person nicht selten auf sich allein gestellt ist, aber auf die anwaltliche Vertretung sicher zählen kann. Wieso sollte man das Menschen, die inhaftiert werden, ohne eine Straftat zu begehen oder begangen zu haben, nicht ermöglichen? Stellen Sie sich vor, Sie erhalten eine Krebsdiagnose. Am Tag eines zweiten zentralen Abklärungstermins geraten Sie in Ausschaffungshaft. Sie können den Termin also nicht wahrnehmen. Sie haben Schmerzen, grosse Schmerzen. Sie bitten um eine Abklärung und etwas gegen die Schmerzen. Sie glauben, sie werden sterben, wenn es keine Behandlung gibt. Der Arzt hilft ihnen aber nicht weiter. Sie streiten mit ihm unter Schmerzen und Todesangst. Sie landen schliesslich in einer Isolationszelle, sieben Tage, mit nichts ausser sich selbst, ihrer Todesangst und ihren Schmerzen.

Dieser reale Fall zeigt, dass es eben nicht um Formalitäten geht. Die Frage ist, wer die Rechte einer inhaftierten Person durchsetzt, wenn sie selbst faktisch dazu nicht mehr in der Lage ist. Wenn wir anwaltliche Unterstützung für Menschen selbstverständlich finden, die einer Straftat beschuldigt werden, dann sollten wir dieses Recht doch auch Menschen gewähren, die keiner Straftat schuldig gesprochen werden. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Fraktion BastA, diese Motion zu überweisen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Eine Haft ist ein grosser Eingriff in die persönliche Freiheit der Menschen. Entsprechend gibt es im Strafrecht die unentgeltliche Rechtspflege bei nicht aussichtslosen Fällen und bei komplexen Fällen. Die Administrativhaft ist eigentlich auch ein gleich grosser Eingriff und trotzdem behandeln wir diese Haft ganz anders als beim Strafrecht. Bei der Administrativhaft haben wir zudem noch ein besonderes Verhältnis, weil die Personen dort, die kennen weder das schweizerische Recht noch kennen sie ihre Möglichkeiten noch sind sie sprachlich auf einem Niveau, wo sie sich effektiv gut wehren können. Es gibt hier zahlreiche Belege von AsyLex, welche solche Verfahren führt bis zum Bundesgericht zum Teil. Ich habe einige gelesen und keiner davon war nicht komplex und alle haben gerechtfertigt, dass man eine unentgeltliche Rechtspflege gibt. Es gibt sogar Beispiele, da hat der Kanton das verweigert und es wurde dann vom Bundesgericht wieder gut gesprochen, weil es eben doch notwendig ist.

Die Motion ist rechtlich zulässig, es spricht also nichts gegen diese Motion und wir können hier mit einer Hilfeleistung das Leben ganz vieler Personen verbessern. Alle Inhaftierten sind Ausländer, alle Inhaftierten haben eine kleine Lobby in der Schweiz und es ist eigentlich gerechtfertigt, wenn wir diesen Umstand so gut wie möglich verbessern für diese Personen. Ich bitte Sie darum im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, diese Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Der Regierungsrat hat im Schreiben relativ gut ausgeführt, weshalb es jetzt diese Zweitüberweisung nicht benötigt. Insbesondere auch die Unterschiede zum Strafrecht hat der Regierungsrat relativ gut dargelegt, da kann sich auch die SVP-Fraktion anschliessen.

Im Strafrecht ist es ja so, dass es notwendige Verteidigung gibt und amtliche Verteidigung. Die notwendige Verteidigung wird ab zehn Jahren Untersuchungshaft gegeben. Die Untersuchungshaft ist die grösste Einschränkung der Freiheitsrechte, die man sich vorstellen kann, und die notwendige Verteidigung wird auch bei einer drohenden Freiheitsstrafe von einem Jahr gegeben. Die amtliche Freiheitsstrafe gibt es bei notwendiger Freiheitsstrafe oder wenn Mittellosigkeit gegeben ist oder die im Raum stehende Strafe keine Bagatelle ist. Dies wird gemäss Strafprozessordnung bei vier Monaten Freiheitsstrafe angeordnet.

Hier sehen wir also, es gibt eine gewisse Kaskade im Strafrecht, welche auch eine gewisse Komplexität hat und auch aus unserer Sicht jetzt nicht zwingend mit dem Administrativstrafrecht oder mit der Administrativstrafe vergleichen kann. Wir sind hier der Meinung, dass hier die unentgeltliche Rechtspflege nach wie vor gelten soll und auch gelten wird. Es ist möglich, eine unentgeltliche Rechtspflege zu erhalten bei Mittellosigkeit, bei Notwendigkeit und wenn das Verfahren nicht aussichtslos ist. Dies ist auch in der Bundesverfassung so garantiert.

Aus meiner persönlichen Anwaltstätigkeit, ich habe jetzt zugegebenermassen nicht täglich zu tun mit AIG und AsyLfällen, aber es ist mir jetzt nicht bekannt, dass die kantonalen Behörden von Basel-Stadt besonders streng wären bei der unentgeltlichen Rechtspflege und diese im Vergleich zu anderen Kantonen weniger sprechen. Das war jetzt auch bei der heutigen Debatte nicht zwingend der Fall, auch bei der Erstüberweisung wurde so nicht argumentiert, so dass ich hier der Meinung bin, dass wir hier auch als Kanton die ganz normalen Gesetze gelten lassen sollen, wie es in anderen Kantonen auch ist. Und wie gesagt, ich denke jetzt nicht, dass wir hier strenger sind als in anderen Kantonen. Entsprechend ist es auch zumutbar, dass man hier diese allgemeinen Voraussetzungen der unentgeltlichen Rechtspflege weiterhin auch im Kanton praktiziert und es entsprechend diese Motion nicht benötigt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Diese wird angenommen.

Daniel Gmür (SP): Besten Dank für die Annahme, dass Sie hier einen dialektischen Diskurs in dieser Demokratie wollen. Sie haben ja die Unterschiede zwischen dem Strafrecht und der AIG-Haft hervorgehoben, wären Sie denn einverstanden, wenn man das übernimmt, eine notwendige Rechtsvertretung einführt bei AIG-Haftfällen ab zehn Tagen?

Pascal Messerli (SVP): Nein, ich wollte mit dieser Ausführung darstellen, dass man nicht zwingend diese beiden Rechtsgebiete miteinander vergleichen kann.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Ich möchte mich als erstes ganz herzlich für die unterstützenden Voten bedanken, die bisher abgegeben wurden. Die Motion verlangt, dass bedürftige Personen in ausländerrechtlicher Haft ab einer Haftdauer von zehn Tagen eine unentgeltliche Rechtsvertretung gewährt wird. Heute besteht ein Anspruch auf eine solche erst nach Ablauf von langen drei Monaten. Schweizweit werden jährlich rund 3'000 Personen in Administrativhaft genommen. Diese Menschen, und das haben wir heute schon ein paar Mal gehört, haben keine Straftat begangen. Die Haft dient einzig der Durchsetzung ihrer Ausschaffung und dabei gilt eine maximale Haftdauer von 18 Monaten. Aktuell wird sogar in der EU diskutiert, ob das auf 24 oder sogar 30 Monate verlängert wird.

Die unglaublich lange Maximalhaftdauer und der schwerwiegende Eingriff in die Grundrechte, der eben nicht auf Begehung eines Delikts beruht, rechtfertigt bereits eine Rechtsvertretung. Einige Haftarten sind dabei besonders problematisch. Bei der Durchsetzungshaft zum Beispiel handelt es sich um eine reine Beugehaft. Weil die Schweiz die Personen nicht ausschaffen kann, sollen die betroffenen Menschen durch willkürliche Haft dazu bewegt werden, freiwillig auszureisen. Bei der Vorbereitungshaft wiederum werden Menschen inhaftiert, die noch gar keinen Entscheid haben.

Gerade weil es sich nicht um ein Strafverfahren handelt, rechtfertigt sich die Rechtsvertretung, dies umso mehr, weil die Haftbedingungen der Strafhaft ähneln. Es ist nicht ersichtlich, wieso bei der strafprozessualen Haft den Betroffenen nach einer relativ kurzen Haftdauer von Amtes wegen ein Rechtsbeistand beizugeben ist, während bei der ähnlich stark in die Rechte der Inhaftierten eingreifenden ausländerrechtlichen Haft eine unentgeltliche Rechtsvertretung erst so spät möglich sein soll. So viel zu, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, da bräuchte es wahrscheinlich noch die Ergänzung, ausser halt, wenn man nicht aus der Schweiz ist.

Der Regierungsrat sagt, dass die bundesrechtlichen Vorgaben eingehalten werden und das bestreite ich ja gar nicht. Es geht aber darum, dass die unentgeltliche Rechtsvertretung ausgebaut werden soll. Basel-Stadt orientiert sich aktuell am Minimum und dieses sieht eine Rechtsvertretung erst ab drei Monaten vor. Das ist sehr spät. Neben den Punkten, die auch Hanna Bay ausgeführt hat, wenn der Regierungsrat behauptet, dass kein entsprechender Bedarf bestehe, sollte er vielleicht mal mit den betroffenen Personen reden oder sich den Bericht der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht zu Herzen nehmen. Diese beschreibt nämlich ganz klar, dass ein Handlungsbedarf besteht.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie darum, die Motion zur Umsetzung zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Die Debatte wird, ich habe fast das Gefühl gehabt, sie wird ein bisschen kompliziert und ich muss vielleicht nochmal hervorheben, um was es hier geht. Es geht darum, und ich möchte hier den Vergleich zum Strafrecht ziehen, es geht hier darum, dass wir sagen, es gibt ein Rechtsgebiet, da haben Menschen möglicherweise etwas falsch gemacht und wenn wir zum Schluss kommen, dass sie vielleicht für zehn oder mehr Tage in Haft kommen, dann muss ihnen eine Anwältin oder ein Anwalt zur Verfügung gestellt werden. Die Kostenwerte, über die wird dann am Schluss entschieden, aber sie müssen vertreten werden. Auch wenn sie das nicht wollen, wird ihnen einfach eine Person zur Seite gestellt, die sicherstellt, dass sie rechtlich informiert sind.

Wir verlangen heute etwas viel weniger Weitgehendes. Wir verlangen, dass wenn die Person sich eine Anwältin oder einen Anwalt nimmt, dass die dann vorerst auf Staatskosten übernommen wird und dann passiert genau das gleiche wie bei der notwendigen Verteidigung, die wir im Strafrecht kennen. Am Schluss wird dann darüber entschieden, was mit diesen Kosten passiert und ob die Person dann, wenn sie wieder Geld hat, das zurückzahlen muss. Das heisst, wir verlangen weniger, als im Strafrecht gilt. Und dann hier zu kommen und zu sagen, ja, beim Strafrecht ist etwas anders, weil es gibt eine notwendige Verteidigung, die ja weitergeht, verstehe ich wirklich überhaupt nicht.

Und dann möchte ich nochmals hervorheben, was Kollegin Bay heute gesagt hat. Im Dublin-Verfahren hat man von Beginn weg eine amtliche Vertretung zur Seite gestellt und wir haben dort eine Abweisungsquote von über 50%. In über 50% der Fälle kommt das Gericht zum Schluss, das war falsch, und in den anderen Fällen haben wir nicht in jedem Fall eine Vertretung zur Seite und dort haben wir in weniger als 10% der Fälle, dass das Gericht zu diesem Schluss kommt. Ja, es kann andere Faktoren geben, aber der einzige Grund, den ich Ihnen hier unterstellen möchte, und ich habe auch keinen anderen Grund gesehen, der mich überzeugt hat, ist, dass Sie einfach wollen, dass diese rechtswidrige Haft angeordnet und nicht überprüft wird mit sinnvoller Wahrnehmung der Rechte. Besten Dank für die Überweisung.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich würde jetzt da das letzte Votum, dass Sie wollen, dass diese rechtswidrige Haft angeordnet wird, so absolut jetzt wirklich nicht verstanden haben. Ich bin nicht sicher, ob Sie es im Zusammenhang mit den Gerichtsurteilen verstanden haben. Der Regierungsrat ist der Meinung, wir haben heute ein funktionierendes Rechtsschutzsystem, wir haben die Möglichkeit, unentgeltliche Rechtsverteidigung zu bekommen respektive jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, bekommt auch diese Rechtsvertretung. Und wir haben eine gerichtliche Überprüfung. Es tönt jetzt doch im einen oder anderen Votum so, ja, Gerichte, die machen sowieso, was sie wollen. Also es ist schon eine Instanz, die da diese Voraussetzungen prüft und ich gehe also wirklich davon aus, dass das auch nach bestem Wissen und Gewissen und nach allen Grundsätzen gemacht wird.

Der Vergleich mit dem Strafverfahren, er hinkt halt eben irgendwo doch, weil es ist unterschiedlich geregelt, es ist ein anderer Haftgrund. Bei der strafprozessualen Untersuchungshaft haben wir es mit der Unschuldsvermutung zu tun, wir müssen den strafrechtlichen Sachverhalt erst abklären. Und hier geht es in den meisten Fällen halt schon darum, es geht ja gar nicht um das Strafrecht, es geht darum, dass man einen Entscheid hat ausländerrechtlicher Natur und dass der Vollzug nicht sichergestellt ist, ohne dass diese Haft angeordnet wird. Zuvor gibt es selbstverständlich auch immer die Möglichkeit, freiwillig auszureisen und wirklich in den Fällen, wo das nicht möglich ist, wird überhaupt diese Administrativhaft geprüft.

Jetzt tönt es schon so ein bisschen, wir gehen da weniger weit als andere Kantone, auch hier haben wir es mit Bundesrecht zu tun und wir vollziehen das nach diesen Grundsätzen, die wir gewähren. Unentgeltliche Rechtsvertretung ist möglich und wird gewährt und das ist der Grund, warum der Regierungsrat der Meinung ist, diese zusätzliche Rechtsvertretung ist nicht nötig und wir bitten Sie daher, die Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Hanna Bay und weitere beantragen Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009117, 10.06.26 10:49:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Überweisung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 51 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung die Motion als Motion dem Regierungsrat überwiesen.

19. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Kinderrechte umsetzen: Für ein Verbot ausländerrechtlicher Administrativhaft für Minderjährige im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[10.06.26 10:49:35, 25.5546.02]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hätte Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA hat Heidi Mück das Wort.

Heidi Mück (BastA): Wir von BastA haben dieses ganze Vorstosspaket am internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember eingereicht. Ich war damals überzeugt und bin es heute noch, dass wir mit dem Verbot der Inhaftierung von Minderjährigen nichts Revolutionäres verlangen. Nun argumentiert der Regierungsrat mit rechtlicher Unzulässigkeit und das ist ja wirklich ein Killerargument. Aber in diesem Fall nicht wirklich nachvollziehbar und das geht nicht nur mir als Nichtjuristin so, ich habe auch von erfahrenen klugen Juristen und Juristinnen durchaus grosses Unverständnis für diese Argumentation zurückgemeldet bekommen.

Die Behauptung, dass die bundesrechtliche Regelung über die Administrativhaft für kantonale Abweichungen keinen Raum lassen, kann hier eigentlich so nicht stehen gelassen werden. Es ist schlicht nicht wahr, dass das Bundesrecht die Kantone zwingt, Minderjährige in Administrativhaft zu nehmen. Aber für mich ist das auch irgendwie wie ein Scheingefecht und ich appelliere an Sie, dieses Anliegen der Motion nicht in diesem Scheingefecht versinken zu lassen. Es geht hier ganz einfach darum, dass die UNO-Kinderrechtskonvention im Kanton Basel-Stadt umgesetzt wird, und zwar ohne Wenn und Aber. Der Regierungsrat sagt in seiner Stellungnahme selbst, dass ein Verbot der Administrativhaft für Minderjährige von geringer praktischer Tragweite wäre, denn der Kanton Basel-Stadt verfügt über keine Administrativhaft gegenüber Minderjährigen. Basel-Stadt sperrt aber Minderjährige im Auftrag von Partnerkantonen ins Ausschaffungsgefängnis Bässlergut. Wir wünschen uns, dass die interkantonalen Vereinbarungen, die der Regierungsrat erwähnt hat, dahingehend überarbeitet werden, dass die Partnerkantone diese Aufgabe nicht mehr an Basel-Stadt abschieben können.

Bei den Ausführungen zu den kurzfristigen Festhaltungen, die offenbar ein so wichtiges Instrument zur Sicherstellung eines geordneten Vollzugs sind, stellt sich halt ernsthaft die Frage, wie relevant dieses Argument überhaupt ist. Gemäss Antwort auf eine schriftliche Anfrage meiner Fraktionskollegin Franziska Stier, waren es jeweils sehr wenige Personen. Da ist zum Beispiel Ende 2025 von sechs Personen die Rede, die von dieser Massnahme betroffen sind. Ich möchte einfach nochmals betonen, dass ein Freiheitsentzug für Minderjährige einen besonders massiven Eingriff in die persönliche Freiheit und eine Verletzung des Kindeswohls darstellt. Ein rein ausländerrechtlich motivierter Haftgrund ist einfach keine ausreichende Begründung für einen solchen Eingriff in die Kinderrechte.

Ich muss zugeben, ich finde es auch irritierend und auch ein wenig beschämend, dass der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zu dieser Motion die UNO-Kinderrechtskonvention mit keinem einzigen Wort erwähnt. Basel-Stadt führt ja stolz das UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde» und ich finde, wir können auch zu Recht da stolz darauf sein, aber wir sollten doch im Bereich der UNO-Kinderrechtskonvention deshalb auch eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir können über viele Dinge streiten und anderer Ansicht sein, aber die ausländerrechtliche Administrativhaft von Minderjährigen ist eine so massive Verletzung von elementaren Grundrechten, dass sie auf Basler Boden einfach nicht stattfinden soll.

Das Killerargument der rechtlichen Unzulässigkeit ist, wie ich schon gesagt habe, aus meiner Sicht eigentlich ein Scheingefecht und wir haben dann lange diskutiert, wie gehen wir damit um und wir wollen einfach nicht, dass dieses wichtige Anliegen mit diesem Scheingefecht, mit diesem Nebelargument beerdigt wird. Deshalb haben wir uns überlegt, wir bieten Spielraum für ein möglichst weitgehendes Verbot der ausländerrechtlichen Administrativhaft für Minderjährige in unserem Kanton. Deshalb möchten wir diese Motion auch als Anzug überweisen, damit der Kanton wirklich Spielraum hat, hier möglichst weit zu gehen in unserem Sinn.

Wir beantragen deshalb auch im Sinne eines Kompromisses die Überweisung als Anzug und ich bitte Sie, mir doch zu folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die SVP gemeldet hat sich Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Ich beantrage Weiterbehandlung als Anzug, nicht als Motion, wie irrtümlich geschrieben, sondern als Anzug und begründe dies gerne wie folgt.

Es geht hier nicht um Kriminaltouristen, Schwerverbrecher, die ausgeschafft gehören, es geht um 15- bis 18-Jährige, die nicht aus strafrechtlichen Gründen eingesperrt werden sollen oder eben nicht. Das ist schon sehr wichtig. Nun, das ist eine humanitäre Frage, ob man Kinder, Jugendliche einsperrt ohne Straftat und Humanität ist fest verankert im Bürgertum. Deswegen ist es auch ein bürgerliches Anliegen und nicht ein exklusives der Linksparteien. Nun also vorab die Frage, bevor man ins Gesetz schaut, will man 15- bis 18-Jährige einsperren, ohne dass sie eine Straftat begangen hätten. Und da komme ich zum Schluss, nein, das wollen wir nicht, aber das kann jeder für sich beantworten.



Nun, was sagt das Gesetz? Das Gesetz lässt dies zu, das Bundesgesetz lässt dies zu als Kann-Vorschrift. Aber wie wir aus dem Bericht des Regierungsrates lesen, wendet es Basel-Stadt nicht an. Das heisst, wir haben eine grosse Widersprüchlichkeit. Basel-Stadt scheint aus ethischen Gründen, nehme ich wohl an, dies nicht zu handhaben, es gibt keine Basler Ausländer mit 15 Jahren, die in Haft kommen, ausserhalb des Strafrechts, aber es gibt solche aus den anderen Kantonen. Diese Widersprüchlichkeit gilt es schon aufzulösen. Entweder sagt man, 15-Jährige kann man einsperren, dann kann man aber auch die Hiesigen einsperren, oder man sagt, nein, das geht nicht, dann kann man aber auch die anderen nicht einsperren. Das geht so nicht.

Ich habe mir noch die Mühe gemacht, in die Materialien zu schauen, in die Botschaft von 2014. Ich lese dort in Ziffer 3.1.2, dass der UNHCR diese damalige Änderung begrüsse, aber empfehle, Minderjährige unter 18 Jahren nicht zu inhaftieren. Und da steht auch, dass der Kanton Neuenburg dies sogar verboten habe. Ich weiss nicht, ob dieses Gesetz noch besteht oder nicht. Und jetzt kommen wir wieder zurück, Basel-Stadt macht es einfach nicht, ausser eben für andere Kantone und das geht für sich einfach nicht auf. Was werden für Argumente genannt, quasi Freund eidgenössischer Hilfe und Unterstützung und dann doch etwas seltsam eine Fallpauschale, dass man da irgendetwas zurückbezahlen müsste, gleichzeitig lesen wir, es seien sehr wenig Fälle.

Also ich glaube, hier sollte man sich tatsächlich einen Ruck geben und sagen, wir verzichten für die «Basler Kinder und Jugendlichen», somit verzichten wir auch für diejenigen der Nachbarkantone. Deswegen beantrage ich Überweisung als Anzug.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb gemeldet hat sich Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Die vorliegende Motion verfolgt ein wichtiges Anliegen, nämlich den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor ausländerrechtlicher Administrativhaft. Die Diskussion berührt grundlegende Fragen der Kinderrechte, der Verhältnismässigkeit von staatlichen Eingriffen sowie der Umsetzung von internationalen Verpflichtungen. Und hier scheint es mir, dass ein Spannungsfeld besteht, dass der Regierungsrat etwas gar leicht auf die leichte Schulter zu nehmen scheint. Die UNO-Kinderrechtskonvention verpflichtet staatliche Behörden, bei allen Massnahmen, die Kinder betreffen, das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen. Internationale Organisationen wie der UN-Kinderrechtsausschuss oder das UNHCR beurteilen die Inhaftierung von Minderjährigen aufgrund ihres Migrationsstatus seit Jahren kritisch und weisen auf die erheblichen psychischen und physischen Folgen hin.

Der Regierungsrat führt nun aus, die Motion sei in ihrer Form rechtlich unzulässig, weil die Administrativhaft bundesrechtlich geregelt sei. Diese Einschätzung stellen wir zwar nicht grundsätzlich in Frage, wir befürworten jedoch, dass diese Frage hier bei uns im Kanton, nämlich wie Kinderrechte und das Kindeswohl im Rahmen seiner bestehenden Kompetenzen bestmöglich gewährleistet werden kann, im Rahmen eines Anzuges vertieft geprüft werden soll und eine entsprechende, auch juristische Auslegung dazu erstellt werden soll. Denn selbst der Regierungsrat anerkennt, dass bei Minderjährigen besondere Schutzbedürfnisse bestehen und dem Kindeswohl Rechnung getragen werden muss. Gleichzeitig hält er fest, dass Minderjährige in Basel-Stadt ja ohnehin nur von diesen kurzfristigen Festhaltungen betroffen sein können.

Für betroffene Kinder und Jugendliche möchte ich hier anmerken, spielt das jedoch nur eine untergeordnete Rolle, ob eine Freiheitsbeschränkung juristisch als Administrativhaft oder als kurzfristige Festhaltung bezeichnet wird. Und schon gar keinen Unterschied macht es, ob diese Kinder und Jugendlichen aus Basel oder aus einem anderen Kanton zugewiesen werden und hier inhaftiert werden. Entscheidend ist tatsächlich die Erfahrung des Freiheitsentzugs und die Frage, welche Auswirkungen dieser auf die Entwicklung, die psychische Gesundheit und das Sicherheitsgefühl eines Kindes hat. Und hierzu, glaube ich, braucht man keine Fachperson zu sein, um dies nachvollziehen zu können, was dies für Auswirkungen haben kann.

Die Fraktion GRÜNE/jgb sieht es daher als richtig und wichtig an, dass der Regierungsrat prüft und berichtet, wie das Kindeswohl bei allen ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen gegenüber Minderjährigen sichergestellt wird, auch dann, wenn sie aus einem anderen Kanton zugewiesen werden, ob es genügend Alternativen zu freiheitsentziehenden Massnahmen gibt, ob gesetzliche oder organisatorische Anpassungen angezeigt sind und wo es Handlungsspielraum gibt, beispielsweise bei Vereinbarungen mit anderen Kantonen, und ob die heutige Praxis den Anforderungen der Kinderrechtskonvention vollumfänglich genügt.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, die Motion als Anzug zu überweisen und dies vom Regierungsrat prüfen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Fraktion SP gemeldet hat sich Maria Ioana Schäfer.



Maria Ioana Schäfer (SP): Die SP-Fraktion beantragt, diese Motion als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat hält fest, ein kantonales Totalverbot der ausländerrechtlichen Administrativhaft für Minderjährige ist rechtlich schwierig, weil dies im Bundesrecht geregelt ist. Das nehmen wir so zur Kenntnis, aber die Antwort des Regierungsrates zeigt ebenso klar auf, das Thema betrifft Basel-Stadt konkret. Im Bässlergut waren in den letzten fünf Jahren drei Minderjährige in Administrativhaft, wie wir schon gehört haben, obschon ausserkantonaler Einweisung, aber schlussendlich sollte das keine Rolle spielen. Zudem hält Basel klar Minderjährige in kurzfristiger Festhaltung. Das können aber immerhin 72 Stunden sein und eine zusätzliche Traumatisierung und Haftchock und gemäss WHO erhöhte Suizidrisiko mit sich bringen. Somit muss diese Praxis auch sehr sorgfältig durchgeführt werden.

Basel-Stadt sticht zudem heraus, zwischen 2022 und 2024 entfielen 43.4% aller in ZEMIS dokumentierte kurzfristige Festhaltungen auf unseren Kanton. Gleichzeitig ist bekannt, dass nicht alle Kantone vollständig erfassen. Gerade weil offenbar für die Zulässigkeit nach Ansicht der Regierung zwischen diesem Freiheitsentzug und den anderen Haftarten zu unterscheiden ist, braucht es hierzu Transparenz. Auch die nationale Kommission zur Verhütung von Folter kritisiert Fälle, in denen Kinder unter 15 Jahren mit ihrer Familie vor Rückführung in Haft genommen wurden und bezeichnen solche Unterbringungen als unhaltbar. Der Fachbericht 2025 der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht zeigt, dass zwischen 2019 und 2024 schweizweit 78 Jugendliche kurzfristig festgehalten und 27 Jugendliche in anderen ausländerrechtlichen Haftformen inhaftiert wurden und das bei lückenhafter Datenerfassung.

Aufgrund dieser Hinweise gilt nun sicherzustellen, dass Minderjährige im Kanton Basel-Stadt möglichst nie in Administrativhaft geraten und dass kurzfristige Festhaltungen nur dort stattfinden, wo sie nach geltendem Recht zwingend sind, also nur in absoluten Ausnahmefällen erfolgen, gesetzlich vorgesehen, wirklich notwendig, verhältnismässig, so kurz wie möglich und mit dem Kindeswohl vereinbar. Sie darf nicht zur Routine werden und sie darf erst recht nicht zur Administrativhaft durch die Hintertür werden.

Genau deshalb ist der Anzug der richtige Weg, nicht weil wir diese Thematik als weniger wichtig empfinden, sondern weil wir wissen, dass die Regierung diesen Raum braucht, um sicherzustellen und den Auftrag hat zu überprüfen, wie der Schutz von Minderjährigen in diesem Verfahren auch konsequent sichergestellt wird. Wir haben gehört, es ist verboten, aber wird es auch so sichergestellt, dass dieses Verbot eingehalten wird? Und darum ist die SP-Fraktion dafür, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die LDP gemeldet hat sich Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Sie erlauben mir ein paar Worte heute. Das wird meine letzte Vorstellung sein hier vorne, meine letzte Rede und ich bin einfach sehr dankbar, das wollte ich hier sagen. Ich bin dankbar für jahrelange intensive Diskussionen, gemeinsame Lösungsfindungen, aber auch die Verantwortung, die ich mit Ihnen allen hier drinnen tragen durfte. Ich bin überzeugt, dass gerade in so anspruchsvollen Zeiten unsere Politik unbedingt weniger ideologische Gewissheiten und mehr gesunden Menschenverstand braucht. Liberal sein hat und heisst für mich immer noch Verantwortung zu tragen und zu übernehmen, Augenmass zu bewahren und Lösungen über Schlagwörter und Emotionen zu stellen. Vielleicht tut uns auch allen ein wenig mehr stoische Gelassenheit gut, die Fähigkeit, ruhig und klar zu entscheiden, gerade dann, wenn es laut wird, wenn es polarisierend wird und wenn es zugespitzt wird. Basel war immer stark, wenn Pragmatismus vor Dogma gestanden ist. Es ist mein Wunsch, dass wir die Stärke bewahren und ich danke Ihnen herzlich und wünsche dem Rat und der Regierung weiterhin die Weisheit, das Richtige zu tun, nicht nur das, was am nächsten liegt, und danke für Ihren Einsatz weiterhin.

Dann komme ich zum Votum, das ich als letztes halten darf, und da würden Sie sich wundern und sagen, ja, als Kinderarzt steht er jetzt noch da vorne und bestreitet die Überweisung dieser Motion oder als Anzug, was auch immer. Ich erkläre jetzt hier, was die Fraktion, die ich als Fraktionspräsident jetzt hier auch vertrete, in dieser Sitzung gesagt hat und wie wir das diskutiert haben, auch mit dem Regierungsrat.

Wir bewegen uns ja hier im Kernbereich des Bundesrechts, wie die Regierung ja geschrieben hat. Ein kantonales Verbot schafft für uns eigentlich keinen Fortschritt, sondern unterläuft eine kohärente nationale Lösung, wie sie jetzt ist und würde dann zu einem Flickenteppich führen. Und die Motion suggeriert auch ein wenig, dass das ein dringend massives Problem ist in Basel-Stadt, das ja gar nicht ist. Wir haben es gehört, wir haben es gelesen, dass die Praxis heute wirklich sehr zurückhaltend ist. Und warum dann ein absolutes Verbot, das wäre einfach nicht liberal und auch undifferenziert. Ein funktionierender Rechtsstaat hat unserer Meinung nach auch Ausnahmefälle in einem Gesetz drin und Instrumente, um dann rechtskräftig den Entscheid durchsetzen zu können. Wer diese Instrumente abschaffen will, pauschal und jetzt einfach einen Schritt und dann immer mehr und immer mehr, und solche Gesetze auch abschafft, der schwächt schlussendlich in meinen und unseren Augen die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats. Deshalb sind wir eigentlich nicht für eine Überweisung, auch nicht als Anzug.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Keine Angst, ich werde nicht nochmals versuchen, alles Gesagte nochmals zusammenzufassen und Klarheiten hervorzuheben. Es geht mir um einen ganz spezifischen Punkt, auf den ich sehr aufmerksam geworden bin beim Lesen des Schreibens des Regierungsrates. Es gibt ja verschiedene Arten des Freiheitsentzugs. Auf der einen Seite von Ausschaffungshaft über Vorbereitungshaft bis Durchsetzungshaft, ich sage jetzt mal, klassische Inhaftierungen und Freiheitsentzüge. Ich lege jetzt den Schwerpunkt auf die Ausführungen zu dieser kurzfristigen Festhaltung.

Es ist vorauszuschicken, bei der kurzfristigen Festhaltung findet in der Regel keine gerichtliche Überprüfung statt. Das heisst, es hat nie eine unabhängige Instanz darüber geschaut, ob das rechtswidrig war. Die Datenerhebung ist extrem lückenhaft. Wir können dem Bericht der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht entnehmen, dass der Kanton Basel-Stadt einsamer Spitzenreiter ist bei den kurzfristigen Festhaltungen, die auf ihn entfallen. Wenn ich es richtig gelesen habe, 39% der kurzfristigen Festhaltungen schweizweit. Ob jetzt diese rechtswidrig sind oder nicht, können wir nur spekulieren, weil die kommen ja in der Regel nicht vor Gericht.

Ich bin jetzt froh, dass der Regierungsrat im Grundsatz anerkennt, dass es einen Unterschied gibt zwischen dieser kurzfristigen Festhaltung und allen anderen Haftarten. In der Praxis, da habe ich ja den Kontakt zu diversen Beratungsstellen, wird festgestellt, dass diese Art der Haft sehr häufig einer Überprüfung nicht standhält und die Stellungnahme des Regierungsrates bestätigt eigentlich diesen Verdacht in erstaunlich freiwilliger Offenheit. Ich möchte hier vielleicht kurz sagen, gemäss Gesetz gibt es drei Gründe, warum so eine kurzfristige Festhaltung möglich ist. Das ist, wenn man einer Person eine Verfügung eröffnen will, das heisst, ich treffe eine Person an, da steht in einem System, die braucht eine Verfügung, nehme ich die mit, bring sie zum Migrationsamt, da wird ihr das in die Hand gedrückt, Empfangsbestätigung, kann sie wieder gehen. Es gibt bei der Feststellung der Identität die Situation, wo es eine Mitwirkungspflicht braucht, da heisst es zum Beispiel, wir brauchen einen Fingerabdruck dieser Person, damit sie ein Laissez-passer ihres Herkunftslands bekommt, einpacken, mitnehmen, Fingerabdruck, kann wieder gehen. Und die dritte Möglichkeit ist die Sicherstellung der Übergabe an nachbarliche Staaten. Also da geht es darum, Deutschland sagt, der ist gerade bei euch rübergekommen, dann kann man den nehmen, rüberbringen, ihnen übergeben, Sache abgeschlossen.

Jetzt kommen wir zur Stellungnahme des Regierungsrates und ich weiss ja nicht, ob man da überhaupt ins Gesetz geschaut hat oder einfach seine eigene Praxis wiedergegeben hat in der Hoffnung, dass es niemand merkt. Da steht jetzt als erster Grund die Sicherstellung der Anwesenheit. Nein, lieber Regierungsrat, das ist Ausschaffungshaft und muss gerichtlich überprüft werden. Punkt 2, Identitätsabklärung, ganz allgemein. Ich hoffe, dass auch der Regierungsrat versteht, dass das nur bei mitwirkungspflichtiger Identitätsabklärung notwendig ist und nur für den Zeitraum der Mitwirkungshandlung der betroffenen Person und dass man die nicht einfach mal 72 Stunden in einer Zelle liegen lässt, während man auf die E-Mail-Antwort irgendeiner anderen Behörde wartet. Und dann das Dritte, Vorbereitung weiterer Verfahrensschritte. Nein, auch das ist nicht kurzfristige Festhaltung, dafür gibt es, und das Wort wäre eigentlich genug simpel, dass man es erkennt, die nennt man Vorbereitungshaft und auch die ist gerichtlich zu überprüfen.

Also die Mehrheit der Haftgründe, die hier vorgeführt werden, sind unzulässige Haftgründe für die kurzfristige Festhaltung. Ich möchte deswegen mit dieser Anzugsüberweisung dem Regierungsrat in aller Deutlichkeit den Auftrag vermitteln, hier über die Bücher zu gehen und sicherzustellen, dass die kurzfristige Festhaltung nicht in diesem Masse angeordnet wird, wie hier in der Stellungnahme steht, und nicht rechtswidrig angewendet wird. Beim nächsten Bericht oder um ehrlich zu sein, bitte deutlich früher, erwarte ich hier eine Korrektur und Mitteilung, wie man das jetzt gesetzmässig macht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Wir besprechen hier ein Thema, das eigentlich kein Thema ist in Basel-Stadt. Wir haben ausgeführt, weshalb wir keine Fälle haben dieser Inhaftnahme von Jugendlichen, aber es ist mir schon wichtig zu sagen, dass es trotzdem ein Unterschied ist, ob wir die Praxis so handhaben oder anders und ob man das dann auch von diesem Parlament aus bestimmen kann. Es ist klarerweise bundesrechtswidrig, was Sie hier wollen. Die Möglichkeit ist da auf Bundesebene, wie wir das anwenden, ist noch das eine, aber praktisch den Auftrag dann zu geben, wir müssen jetzt auf die anderen Kantone auch noch einwirken, ich denke, der Weg ist einfach nicht der richtige. Ich meine, Sie haben fast alle hier im Parlament irgendwelche Vertretungen in Bundesbern, dann müsste man auch korrekterweise da intervenieren. Dementsprechend können Sie das gerne jetzt als Anzug überweisen, aber es wird ehrlich gesagt nicht wahnsinnig viel anderes herauskommen als das, was ich Ihnen jetzt gesagt habe.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Stefan Suter und weitere beantragen Überweisung als Anzug. Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Damit wird die Motion als Anzug behandelt. Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 27 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009120, 10.06.26 11:16:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 63 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen die Motion als Anzug dem Regierungsrat überwiesen.

20. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR

[10.06.26 11:16:26, 25.5543.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen mit einer Frist von vier Jahren. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat teilt das Anliegen der Motion, im gewerblichen Personentransport faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen und ist ja auch bereit, das als Motion entgegenzunehmen. Es gibt aber schon Folgefragen und Ausführungsfragen, die genauer angeschaut werden sollen. Also nur die pauschale Gleichstellung nicht nur in den Pflichten, sondern eben auch in den Rechten zu den Taxifahrern ist dann schon eine Weichenstellung, die man sich überlegen muss, ob man das wirklich möchte, sprich Zufahrtsmöglichkeiten durch die Innenstadt, fixe Standplätze, etc. Das ist einfach in diesem Gesetzgebungsprozess sauber aufzuarbeiten und zu schauen. Wir haben ausserdem auch verschiedene weitere Vorstösse in gleicher Sache und deshalb sind wir inhaltlich, dass wir da etwas tun wollen und müssen, einig, aber nicht in einer Frist von einem Jahr. Für dieses Projekt ist das wirklich einfach zu kurz und deshalb ist der einzige Dissens eigentlich mit der Regierung, uns für dieses Gesetzgebungsprojekt von einer gewissen Komplexität die Zeit zu geben, die es braucht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Für die LDP gemeldet hat sich Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Entgegen der allgemeinen Meinung hier in diesem Saal bleibt die LDP standhaft und wir sind für Abschreibung dieser Motion. Ich begründe das wie folgt. Die Taxibewilligung ist neben Pflichten auch mit bedeutenden Sonderrechten verbunden. Zufahrt zur Innenstadt, öffentliche Standplätze, Taxileuchten etc. All diese Rechte müssten bei der Umsetzung der Motion auch allen Uber-Fahrern zugestanden werden. Das ist überhaupt nicht im Interesse des angestammten Taxigewerbes und schon aus diesem Grunde muss diese Motion nicht überwiesen werden.



Selbstverständlich muss die Einhaltung aller geltenden Arbeits- und Sozialversicherungs- und Steuergesetze auch gegenüber Uber durchgesetzt werden.

Dies ist vermutlich auch der Kern des Anliegens der Motionäre. Aber wegen eines Vollzugsmissstandes die ganze geltende Taxiordnung auf den Kopf zu stellen, eine pauschale Gleichstellung geht deutlich zu weit und ein Systemwechsel ist unnötig. Die praktische Umsetzung dieser Motion führt zu einer unabsehbaren Zunahme des Individualverkehrs in der verkehrsfreien Innenstadt, was ja wohl kaum Interesse der Motionärskreise ist und widerspricht diametral dem vom Stimmvolk beschlossenen Grundsatz, wonach der private Motorfahrzeugverkehr nicht zunehmen darf.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass trotz der bestehenden Problematik der Durchsetzung der geltenden Gesetze die Uber-Modelle innovativ sind und ständig weiterentwickelt werden. Innovation, soweit sie sich an die gesetzlichen Regeln hält, abzuwürgen, ist nicht in der DNA der Liberalen Partei und mit Verboten verhindert man zwar neue Modelle, aber keine Auswüchse. Die Unterstellung aller Personenbeförderungsdienste unter das Taxigesetz hätte einen riesigen Verwaltungs- und Vollzugsaufwand zur Folge mit Bewilligungsverfahren, Prüfungen, Kontrollen und Überwachung. Das kann die Verwaltung gar nicht leisten und der Vollzug des geltenden Rechts bliebe auch in Zukunft unerfüllt. Das wäre dann reine Symbolpolitik.

Aus all diesen Gründen wird die LDP-Fraktion diese Motion nicht überweisen und ich bitte Sie, das Gleiche zu tun.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Das Plus der SVP-Fraktion in der Kreuztabelle ist nicht damit verbunden, dass wir das Anliegen der Motion zwingend teilen, aber es ist Fakt, dass schon mehrere Vorstösse zu diesem Thema überwiesen wurden und dass der Regierungsrat jetzt auch einen pragmatischen Vorschlag gemacht hat in der Stellungnahme und hier fordert, dass man innerhalb von vier Jahren dann einen Ratschlag bringt und dann diese ganzen verschiedenen Punkte, die verschiedenen Anliegen, welche jetzt hier eingebracht werden, auch dann behandelt werden können und wir dann darüber diskutieren können, ob es ein neues Taxigesetz benötigt und was nicht und was dann auch konkret in diesem Gesetz rein soll.

Auch die SVP-Fraktion vertritt ganz klar die Meinung, dass man nicht einfach sagen kann, man soll Uber verbieten, man soll neue Technologien verbieten, man soll Innovation verbieten, das muss alles auch Platz haben. Es gibt auch im Bereich der Taxibranche immer noch Grundsätze wie Wirtschaftsfreiheit und Gleichbehandlung und entsprechend muss es dann auch in einem Taxigesetz, wenn es dann kommt, auch adäquat eingebracht werden und entsprechend sind wir hier der Meinung, können wir hier dem Regierungsrat folgen, dass man das jetzt sauber abwägt und jetzt wirklich auch alle Player an Bord holt, vielleicht auch eine Vernehmlassung durchführt und entsprechend dann auch ein gutes Ergebnis bringen kann, was zukunftsorientiert ist und auch eben diese neuen Sharing Economy-Formen, diese innovativen Formen auch berücksichtigt.

Da kann die SVP-Fraktion auch damit leben, dass wir hier jetzt dieser Motion zustimmen, weil es ja auch schon andere Vorstösse in diesem Bereich gibt, dass man das bündeln kann und dann als Ganzes dem Parlament vorlegen kann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Wir reden heute mitnichten zum ersten Mal zum Thema Uber. Die Herausforderungen eines sich stark verändernden Personentransports sind bekannt. Sie waren schon bei der letzten Revision des Taxigesetzes im Grundsatz bekannt, seither haben wir sie hier drin schon mehrfach eingehend diskutiert und währenddessen haben sich die Herausforderungen weiter verschärft. Zugleich haben sich aber auch in mehreren Städten und Kantonen Lösungen etabliert, mit denen versucht wird, gleiche Spiesse für alle Marktteilnehmende zu schaffen. Einige sind komplex, andere liessen sich rasch und unbürokratisch umsetzen, etwa eine erkenntliche Beschriftung der Uber-Fahrzeuge.

Das ist alles nicht neu und es sollte auch für die Verwaltung nicht neu sein. Wenn der Regierungsrat nun eine Frist von vier Jahren fordert, um endlich Hand anzulegen, dann ist das eigentlich ein Bekenntnis dazu, diese Thematik weiter auszusetzen, und ein Bekenntnis zum leisen Sterben unserer hiesigen Taxigewerbe. Das wollen wir so nicht hinnehmen, denn nichts tun bedeutet eine Zementierung einer systematischen Ungleichbehandlung. Verlieren tun die Taxifahrer*innen, die sich seit Jahren an die Regeln halten und die, die unzureichend geschützt im Prekariat der Gig Economy weiterarbeiten.

Noch eine Bemerkung aus grüner Warte, wenn die Regierung oder auch vorher in der Debatte davon gesprochen wird, dass die Motionsforderung im Spannungsverhältnis zum vom Stimmvolk 2020 beschlossenen verkehrspolitischen Grundsatz steht, wonach der private Motorfahrzeugverkehr nicht weiter zunehmen darf, ich bitte Sie, hier spielen wir die Falschen gegeneinander aus. Auch wenn wir in einer klimagerechteren Zukunft vielleicht irgendwann einmal eine Stadt Basel haben sollten, die ganz ohne MIV auskommen kann, Taxis wird es in irgendeiner Form weiterhin brauchen, da bin ich überzeugt.



Denn das Taxi ist ein integraler Bestandteil des öffentlichen Verkehrs, weil es die Lücken schliesst, die eben nicht von Bus und Tram und Pick-e-Bike gedeckt werden können. Das mit dem regulären MIV gleichzusetzen, ist schlicht realitätsfern.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, die Motion mit der ursprünglich geforderten Einjahresfrist zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Die FDP unterstützt die Überweisung dieser Motion mit der Fristverlängerung von vier Jahren, aber mit einer klaren Botschaft an die Regierung. Wir wollen faire Wettbewerbsregeln im gewerblichen Personentransport. Was wir nicht wollen, ist eine Lex Uber, die die digitale Plattform de facto aus dem Kanton Basel-Stadt hinausräumt. Ja, es stimmt, wer heute einen klassischen Taxibetrieb betreibt, unterliegt Bewilligungspflichten, Sozialversicherungsforderungen, Kontrollen der Arbeits- und Ruhezeiten. Wer dasselbe via App vermittelt, kann diese Anforderung heute leichter umgehen. Das ist eine Ungleichheit und die muss korrigiert werden. Aber Gleichheit im Recht bedeutet nicht, dass man alle Geschäftsmodelle in dieselbe 20 Jahre alte Schablone pressen darf. Gleichzeitig bedeutet, gleiche Pflichten dort, wo gleiche Tätigkeiten vorliegen und das mit Augenmass.

Die Motion fordert, dass Personenförderungsdienste auf Abruf generell unter das Taxigesetz fallen, inklusive sämtlicher digitalen Plattformen. Der Regierungsrat selbst weist in seiner Stellungnahme auf das Problem hin, eine pauschale Gleichstellung würde plattformbasierten Fahrdiensten Kraft Gesetz automatisch dieselben Sonderrechte gewähren wie klassische Taxis, also Zugang zu öffentlichen Taxistandplätzen und Zufahrt in die Innenstadt. Umgekehrt bedeutet es, wer die Taxianforderungen nicht erfüllen kann oder will, darf nicht mehr fahren. Das trifft nicht nur Uber, das trifft jede neue App, jeden digitalen Fahrdienst, der sich in Zukunft entwickeln könnte. Innovation wird im Keim erstickt, bevor sie entstanden ist.

Es ist bemerkenswert, was der Regierungsrat in seiner Stellungnahme beschreibt. Die rechtliche Einordnung dieses Geschäftsmodells sei derzeit nicht abschliessend geklärt. Verschiedene Verfahren seien hängig. Die Kantone streben gemeinsam mit dem Bund, dem SECO eine einheitliche rechtliche Einschätzung an. Mit anderen Worten, selbst die Regierung weiss noch nicht genau, was sie da regulieren soll. Und trotzdem sollen wir heute eine Motion überweisen, die den Regierungsrat verpflichtet, in vier Jahren ein neues Gesetz vorzulegen. Das ist politisch mutig und gesetzgeberisch riskant.

Die FDP gibt dieser Motion ihre Stimme, aber mit klaren Leitplanken für die Gesetzesrevision. Erstens, gleiche Pflichten wo gleiche Tätigkeit. Wer gewerbsmässig Personen transportiert, muss die Arbeitszeitvorschriften einhalten, Sozialversicherung bezahlen und die Fahrgastsicherheit gewähren, egal über welchem Kanal. Zweitens, keine Vermischung von Pflichten und Privilegien. Die Sonderrechte des klassischen Taxis, öffentliche Standplätze, Innenstadtzufahrt, sind an konkrete Pflichten geknüpft. Wer diese Pflichten nicht trägt, erhält auch die Privilegien nicht. Aber wer nur gleiche Pflichten überträgt, darf nicht gleichzeitig das Geschäftsmodell zerstören. Drittens, Technologieneutralität. Das neue Gesetz muss technologieneutral formuliert sein. Es darf nicht eine Plattformgeneration regulieren und die nächste bereits wieder ausschliessen. Und viertens, Koordination mit dem Bund. Der Regierungsrat soll nicht alleine vorpreschen, sondern eine interkantonale bundesrechtliche Koordination abwarten und aktiv mitgestalten.

Unser Fazit ist, überweisen wir diese Motion, aber beobachten wir die Umsetzung kritisch. Der Regierungsrat soll faire Spielregeln schaffen, keinen Marktausschluss für digitale Geschäftsmodelle. Wer Innovation im Kanton Basel-Stadt will, darf das Taxigesetz nicht zur Innovationsbremse machen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): ARISDO AG, ca. 50 Wagen in Liquidation, Taxiphon GmbH, ca. 8 bis 10 Wagen in Liquidation. Das sind die Ereignisse der letzten 60 Tage und nur bezogen auf die Taxifirmen. Fahrerinnen und Fahrer, die als einzelne aufgeben, sind da nicht mitgezählt. Es dürften aber, hört man den Taxifahrenden zu, Dutzende, wenn nicht deutlich mehr sein.

Sie haben viel von mir schon gehört zu diesem Thema, darum lasse ich jetzt mal die Betroffenen sprechen, aus Mails von Taxifahrenden, die sich gemeldet und klargemacht haben, wie es ihnen momentan geht und warum sie die Motion in einem Jahr brauchen. Ich zitiere: Unfairer Wettbewerb, während wir uns an alle gesetzlichen Vorgaben, Versicherungen und Tarife halten, operieren zahlreiche Anbieter und Plattformen faktisch im selben Markt, ohne die gleichen Auflagen zu erfüllen. Vier Jahre Wartezeit sind für uns viel zu lang. Wenn nicht schneller gehandelt wird, müssen viele traditionsreiche Betriebe aufgeben, bevor die neuen Regeln überhaupt gelten. Es gibt eine grosse Anzahl an Fahrern, die ohne entsprechende



Bewilligungen arbeiten. Dies schadet nicht nur dem ehrlichen Gewerbe, sondern gefährdet auch die Fahrgastsicherheit. Ein ehrlicher Betrieb kann unter diesen Missständen nicht bestehen. Wir brauchen sofortige Massnahmen und echte Kontrollen, um den Berufsstand und die Sicherheit der Fahrgäste zu schützen. Ich würde Ihnen allen danken für Ihren Einsatz für ein faires Gewerbe in Basel. Soweit zu den Zitaten von Fahrerinnen und Fahrern.

Lassen Sie mich jetzt noch ein paar Worte zur Antwort der Regierung sagen. Vorneweg, wow, zehn Jahre nach Markteintritt erleben wir Erstaunliches, der Regierungsrat will tatsächlich was machen und das Taxigesetz ändern. Damit ist es dann aber auch gleich zu Ende mit den guten Nachrichten. Der Regierungsrat erklärt in seiner Antwort, die Thematik betreffe mehrere Rechtsgebiete und könne nicht isoliert über das Taxigesetz geregelt werden. Einspruch, liebes JSD und lieber Regierungsrat, schauen Sie mal in die Waadt und nach Genf, Sie erhalten da sehr gute Denkanstösse. Und weil das viele Rednerinnen und Redner vorher aufgenommen haben, wenn das Problem ist, dass der Name Taxigesetz heisst, in Genf heisst das Gesetz, Achtung, mein Französisch kommt jetzt, Loi sur les taxis et les voitures de transport avec chauffeur, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Idee, dass man natürlich das Gesetz dann entsprechend erweitert. Genf sieht beispielsweise eine Anschlusspflicht an eine Ausgleichskasse vor, verlangt Betriebsgenehmigungen für Transportunternehmen, um die Unternehmen greifbar zu machen, und schreibt vor, die Fahrten zu dokumentieren und diese Dokumentation den Behörden zur Verfügung zu stellen, um die arbeitsrechtlichen Dimensionen kontrollieren zu können.

Und dann wird die Antwort der Regierung ehrlich gesagt irgendwann auch ein wenig zynisch. Wenn man vier Jahre wartet, um eine Beschriftung durchzusetzen, trotz parlamentarischem Auftrag, mit dem man dann das Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht sicherstellen könnte, dann ist man eher näher dran, dass man nichts tun will, als dass man reflektiert und gut überlegt etwas tun will. Und die Absurdität, das hat Fina Girard aufgenommen, geht ja noch weiter. Der Regierungsrat schreibt, die Revision kann im Spannungsverhältnis zum vom Stimmvolk beschlossenen Reduktion vom Motorfahrzeugverkehr führen. Also diese Logik ist absurd. Momentan haben wir keine regulierte Anzahl von Taxis, das ist komplett liberalisiert, und eine nicht vorhandene Regulierung von Plattformanbietern. Und das ist also jetzt klimafreundlicher als eine Regulierung? Liebes Departement, wenn Sie eine Regulierung nicht machen wollen, dann sagen Sie das lieber, als über die Bande des Klimaschutzes zu spielen.

Und dann, wir brauchen ein Jahr und nicht vier Jahre, sonst wird der rechtlich nicht haltbare Zustand einfach verlängert. Plattformbasierte Dienstleister können weiterhin ungehindert auf dem Markt agieren und der Vollzug ist blockiert. Gleichzeitig werden klassische Taxifahrerinnen und Taxifahrer aus dem Markt gedrängt. Es werden Fakten geschaffen, die sich mit der Zeit immer schwerer aufhalten lassen.

Und dann noch etwas, weil jetzt ganz viel in diese Motion hineininterpretiert wurde, was ich ja auch schön finde, aber ich möchte trotzdem nochmal zum Text zurück zur Motion. Es wird nirgends gesagt in der Motion, es braucht genau die gleichen Rechte für Taxis wie für die plattformbasierten Dienstleistungen und das ist auch in keiner Revision von diesen Taxigesetzen, sei es auf dem liberalen Weg in Zürich oder auf dem restriktiveren Weg in Genf oder in der Waadt passiert. Das ist nicht so. Es geht darum, dass man überhaupt reguliert, wie gewerblicher Personentransport im Kanton geregelt ist. Um das geht es und um Greifbarkeit herzustellen in Themen, wo uns ja die Regierung selber auch sagt, dass sie es nicht genauso gut vollziehen kann, wie sie will. Das ist das Anliegen der Motion und der Revision des Taxigesetzes und es muss auch nicht, falls das der springende Punkt ist, aber ich glaube es nicht, es muss nachher auch nicht mehr Taxigesetz heissen.

Und zu den Privilegien, ich habe Ihnen das schon mal gesagt bei der Beantwortung zu einer Interpellation, also die Privilegien für die Taxidienste, das ist super, ja. Zufahrt zur Innenstadt, Laden am Flughafen, aber wenn gleichzeitig natürlich diese Privilegien praktisch ausser Kraft gesetzt sind, weil die anderen Anbieter das auch machen, dann können Sie sich von den Privilegien für Ihren Stundenlohn nicht so viel kaufen. Und diese Stundenlöhne, einfach dass wir uns das bewusst sind, diese Stundenlöhne sind in einem Bereich, die wir in wohl keiner anderen Branche in Basel-Stadt so tolerieren würden.

Und man kann mit mir gerne ins Gespräch gehen, wie man auch auf Seite der Taxi Sachen regulieren muss, anpassen muss, da bin ich sehr offen. Ich finde es auch, aber das haben Sie in diesem Saal hier beschlossen, auch absurd, dass wir eine nach oben offene Zahl haben von Taxis in Basel-Stadt, die natürlich auch massive Auswirkungen hat auf die Löhne. Aber wenn wir regulieren und wenn wir dann auch noch bei den Taxis regulieren, dann müssen wir endlich auch bei den plattformbasierten Dienstleistungen regulieren, weil es kann einfach nicht sein, dass in diesem Gewerbe dieser Zustand so ist.

Und wenn wir heute, und es sieht ja so aus, wenn wir heute eine Motion mit einer Frist von einem Jahr überweisen, dann bitte ich den Regierungsrat wirklich fest, eine Vorlage vorzulegen, mit der man wirklich dann die Probleme und Missstände angehen kann und ich hoffe dann, dass wir einigermassen zeitig für parlamentarische Verhältnisse hier eine Regulierung hinbekommen, die greift, und die diesen Leuten nutzt, die momentan aus dem Markt gedrängt werden, und ich habe keine Illusion, es werden noch viel mehr aus dem Markt schon gedrängt sein, aber damit wir ein Taxigewerbe nachher noch haben, das sich Taxigewerbe nennen kann und damit wir nicht einfach am Schluss der Marktmacht von plattformbasierten Dienstleistungen ausgesetzt sind. Darum brauchen wir jetzt diese Revision, wir brauchen sie zügig, wir brauchen sie konkret und wir brauchen sie greifbar.

Ich bitte Sie wirklich darum, die Motion mit der Frist von einem Jahr zu überweisen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hätte Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Ein Antrag auf Anzug wurde nicht beantragt. Es kommt nun zur Weiterbehandlung als Motion.

Wir kommen damit zur Abstimmung der Frist. Die Motionär*innen beantragen eine Frist von einem Jahr, der Regierungsrat eine Frist von vier Jahren. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Frist 1 Jahr, NEIN heisst Frist 4 Jahre.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 23 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009122, 10.06.26 11:37:45]

Der Grosse Rat beschliesst

Frist von 1 Jahr.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 64 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Frist zur Umsetzung innert einem Jahr entschieden.

Lukas Faesch beantragt Nichtüberweisung der Motion. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 19 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009124, 10.06.26 11:38:31]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen mit einer Frist von 1 Jahr.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 67 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen die Motion als Motion dem Regierungsrat zur Umsetzung innert vier Jahren überwiesen.

21. Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten für einen weiteren Standort der Rettungs-Sanität im Hirzbrunnen oder Riehen, Schreiben des RR

[10.06.26 11:38:41, 22.5036.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann wünscht das Wort.



RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat kann die Überlegungen der Anzugstellenden nachvollziehen. Es ist so, dass die Sanität mit steigenden Einsatzzahlen zu kämpfen hat. Auch die zunehmende Verkehrsdichte und die verkehrslenkenden und beruhigenden Massnahmen haben selbstverständlich einen Einfluss auf unsere Einsatzdisposition und auf die Hilfsfristen und die müssen gewahrt werden, das ist, glaube ich, hoffentlich auch selbstverständlich die Meinung hier drin.

Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass wir ja bereits eine Standortstrategie haben für die Sanität. Sie wissen, der Standort Zeughaus, der Zweitstandort Zeughaus, der ist im Moment vollamtlicher Sitz der Sanität, weil in der Zwischenzeit die Hebelstrasse saniert wird. Und wenn dieser dann in Betrieb geht, dann haben wir dann zwei vollwertige Standorte, von denen die Sanität ausrücken kann und auch die Stadt und die Gemeinden aus den zwei verschiedenen Standorten bedienen kann.

Es ist mir wichtig, mit diesem Antrag auf Abschreiben nicht zu sagen, damit ist alles erledigt. Ich teile das Anliegen, aber wir sind noch nicht so weit, dass wir wirklich jetzt auch mit den beiden Standorten, die doch auch einiges an Geld gekostet haben, sagen können, reicht das jetzt oder braucht es dann noch mehr. Deshalb ist das Abschreiben mehr im Sinne gemeint, wir haben jetzt diesen Plan, wir wollen das auch zuerst anschauen, wie der Zweitstandort sich entwickelt und selbstverständlich ist es ein steter Auftrag der Regierung zu schauen, dass unser Kantonsgebiet, natürlich einschliesslich der beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen einen guten Versorgungsstandard haben, die Hilfsfristen eingehalten werden und wenn wir da etwas feststellen, bin ich also die erste, die hier wieder kommt und sagt, wir brauchen weitere Standorte.

Aber das ist eigentlich mehr der Grund. Wir haben das damals alles gerechnet, auch gerechnet, was es bedeutet für die Hilfsfristen und sind sehr zuversichtlich, dass wenn wir dann wirklich so in Betrieb sind mit beiden Standorten, dass wir da auch einen grossen Teil erfüllt haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir haben erneut Besuch auf der Zuschauertribüne. Ich begrüsse eine 6. Klasse des Schulhauses Hirzbrunnen mit Lehrperson Monika Lisser. Schön, seid ihr da.

Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Für die SP das Wort hat Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Wir von der SP waren schon gegen die Erstüberweisung dieses Anzugs und ich erinnere mich oder ich habe es nachgeschaut, wir haben den Vorstoss damals als Heulen mit dem Martinshorn im Riehener Wahlkampf bezeichnet und an dieser Einschätzung hat sich auch nicht viel geändert mittlerweile und deshalb wird auch heute unsere Fraktion mehrheitlich für Abschreiben stimmen.

Der Anzug verlangt eine sehr grosse Investition. Für einen zusätzlichen Rettungsstützpunkt mietet man nicht einfach irgendwo eine Garage und stellt ein Krankenauto hinein, es braucht ein neues Gebäude, eine hochtechnische Infrastruktur, Räume für Personal, das wäre schnell ein sehr grosser Brocken. Basel-Stadt ist ein kleiner Kanton und was den Rettungsdienst angeht, gut abgedeckt. Die Einsatzzeiten genügen den Richtlinien des Interverbandes für Rettungswesen. Andere Kantone haben in diesem Bereich deutlich grössere Probleme. Natürlich kann man immer noch etwas optimieren, aber nicht jede Optimierung rechtfertigt gleich einen neuen Standort.

Ausserdem haben wir ja bereits, Regierungsrätin Stephanie Eymann hat es gesagt, eine beschlossene Strategie mit zwei Standorten. Aktuell funktioniert der Betrieb sogar mit nur einem Standort, weil der andere gerade umgebaut wird und offenbar klappt das insgesamt recht gut. Auch deshalb halten wir es für falsch, schon jetzt den dritten Standort zu fordern, bevor die Zweistandortstrategie überhaupt vollständig umgesetzt ist. Hinzu kommt, die Sanität Basel fährt nicht nur im Kanton Basel-Stadt, sie fährt auch nach Allschwil, Schönenbuch, Binningen, Bottmingen, Muttens und Birsfelden. Darum greift auch das Argument des geografischen Mittelpunktes des Kantons zu kurz. Entscheidend wäre nicht der Mittelpunkt des Kantons, sondern der Mittelpunkt des tatsächlichen Einsatzgebiets.

Dann noch zum Argument, es gehe um Sekunden. Erstens einmal ist der grösste Teil der Fahrten keine dramatischen Notfälle, sondern Transporte oder weniger zeitkritische Einsätze. Aber natürlich gibt es auch Situationen, bei denen jede Minute zählt, das bestreitet niemand. In solchen Momenten hängt es jedoch nicht alleine davon ab, ob die Ambulanz innerhalb von acht oder vielleicht von zehn oder elf Minuten vor Ort ist. Wenn jemand zu Hause oder auf einem Platz einen Herzstillstand oder eine Hirnblutung erleidet, hängt sein Überleben zuerst davon ab, wie schnell die Person aufgefunden wird und ob die Menschen, die als erste vor Ort sind, richtig reagieren. Entscheidend ist, ob jemand alarmiert, ob jemand mit der Reanimation beginnt, ob ein Defibrillator verfügbar ist, etc.

Genau in diese Richtung gehen auch unsere Vorschläge. Wir wären für den Ausbau von First-Responder-Systemen oder ähnlichen Netzwerken. Wir fordern schon lange eine bessere Beschilderung und Zugänglichkeit von AED-Geräten im



öffentlichen Raum. Solche Strukturen können in den entscheidenden ersten Minuten helfen. Dort könnten wir mit deutlich weniger Geld schneller und mehr erreichen. Wir werden den Anzug also abschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten ein Anliegen, welches Ihnen sehr am Herzen liegt und Sie möchten darüber ernsthaft sprechen und Ihr Gegenüber sagt einfach, oh, schau mal, wie die Sonne schön scheint. Genau so geht es den betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern und auch mir bei der Antwort dieses Anzugs. Noch schlimmer, er wird sogar als Wahlkampf abgetan. Wir fühlen uns nicht ernst genommen. Die erste Beantwortung wurde vergessen, rechtzeitig zu beantworten. Die Antwort darauf ist dann auch dementsprechend ausgefallen. Auch bei der erneuten Beantwortung, man hätte ja jetzt wirklich Zeit gehabt, kommt fast die gleiche Antwort, ohne Zahlen, ohne Fakten, ohne Erkenntnisse. Logisch, man kann ja noch nichts sagen, da noch keine zwei wirklich im Betrieb stehenden Stützpunkte voll einsatzbereit sind.

Es geht in diesem Anzug nicht in erster Linie um die neu renovierten oder neu erstellten Gebäude oder um irgendwelche superdigitalisierten Organisationsformen, wie in der Beantwortung leider fast ausschliesslich steht, sondern ob langfristig sichergestellt werden kann, dass die Bevölkerung im Hirzbrunnenquartier sowie in Riehen und Bettingen auch künftig innerhalb der vorgeschriebenen Hilfsfristen erreicht und gerettet werden kann. Der Regierungsrat anerkennt in seiner Antwort selber, dass die Einhaltung der Hilfsfristen anspruchsvoller wird. Trotzdem erhalten wir keine konkreten Aussagen darüber, wie sich die Situation künftig entwickeln wird.

Da macht es sich Zürich nicht so einfach und es lohnt sich, da mal einen Blick darauf zu werfen. Dort begegnet man der Verantwortung mit einem neuen Konzept und reagiert auf Verdichtung, Bevölkerungswachstum und zunehmende Verkehrsbehinderungen mit einer stärkeren Dezentralisierung der Rettungsdienste und zusätzlichen Standorten. Im Zentrum stehen da die Patientinnen und Patienten und nicht die Organisation, grosser Unterschied. Wieso genau geht hier Basel den umgekehrten Weg und setzt auf eine stärkere Zentralisierung? Für mich nicht nachvollziehbar, wo sonst in unserem Kanton mindestens ein Basler Finish nur annähernd gut genug ist.

Mein Anzug verlangt keinen sofortigen Entscheid für einen zusätzlichen Standort. Er verlangt lediglich, dass diese Option nicht vorschnell ausgeschlossen wird und dass die langfristige Versorgungssicherheit der östlichen Kantonsteile vertieft geprüft wird. Vielleicht kommt man zum Schluss, dass die geplanten Strukturen ausreichen werden, aber genau deshalb sollte es möglich sein, diese Einschätzung mit einer vertieften Prüfung zu untermauern und die offenen Fragen transparent zu beantworten, eventuell sogar zusammen mit der Gemeinde Riehen. Ich bin sicher, dass es auch in Ihrem Interesse ist, eine optimale Lösung für alle Blaulichtorganisationen zu finden und Riehen wird sicher ihren Teil dazu beitragen.

Wer den Anzug stehen lässt, entscheidet nicht nur für einen neuen Rettungsstützpunkt, er entscheidet sich lediglich, eine wichtige strategische Frage weiter zu verfolgen und die langfristige Versorgungssicherheit sorgfältig zu überprüfen. Hinzu kommt, dass sich die Ausgangslage seit Einreichung des Anzugs verändert hat. Das Clara-Spital ist heute Teil des USB-Verbunds und verfügt weiterhin über eine Notfallinfrastruktur. Die Prüfung einer dezentralen Lösung erscheint deshalb nach wie vor legitim und kann gut vertreten werden.

Aus all diesen Gründen beantrage ich im Namen der LDP, den Anzug stehen zu lassen. Ich weiss, dass ein Stehenlassen und ein Weiterdenken im Interesse der Bevölkerung von Basel-Stadt, insbesondere aber von Riehen, Bettingen und dem Hirzbrunnenquartier ist.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Auch unsere Fraktion möchte an diesem Anzug festhalten. Vieles hat jetzt Nicole Strahm-Lavanchy schon erwähnt, hat das eigentlich vorweggenommen, was ich auch im Grossen und Ganzen so sagen wollte. Nochmals zur Betonung, der Anzug fordert ein Prüfen und Berichten und das ist in unseren Augen eigentlich bis jetzt noch nicht erfolgt und es geht ja wirklich mal darum, auszuführen, macht es Sinn. Ich möchte nicht mal so fest jetzt nach Riehen oder mit Bettingen argumentieren, sondern es geht für mich auch darum, macht ein zweiter Standort auf der anderen Seite des Rheins zusätzlich Sinn. Es wurde da erwähnt mit den Hilfsfristen, es wurde auch von Regierungsrätin Stephanie Eymann erwähnt, dass eigentlich schon durchgerechnet wurde und gerade da kann ich nicht verstehen, warum das nicht ausgeführt wird in der Beantwortung dieses Anzugs, so dass wir das hier im Rat auch nachvollziehen können, was denn jetzt genau die Beweggründe sind. Ich lese aus dieser Beantwortung eigentlich nur heraus, ja, der Zeitpunkt ist nicht der richtige und das reicht mir nicht, um diesen Anzug jetzt abzuschreiben und ich möchte darum bitten, dass das in zwei Jahren vielleicht dann gemacht wird, auch dann mit den Erfahrungen, die wir gemacht haben mit diesen zwei Standorten, die dann hoffentlich



bestens oder schon eine Zeit lang gemeinsam in Betrieb sein werden. Daher in aller Kürze, bitte lassen Sie diesen Anzug stehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 45 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009126, 10.06.26 11:51:51]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 41 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen stehen gelassen.

22. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen, Schreiben des RR

[10.06.26 11:51:59, 24.5142.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort? Er wünscht es.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir sprechen hier über die Finanzierung von Menschen, die EL beziehen und in einem Pflegeheim sind. Der Regierungsrat setzt die Forderungen des Anzugs grossmehrheitlich um und hat Ihnen dies dargelegt. Es geht darum, dass Menschen mit EL-Bezug, die nicht mehr zu Hause wohnen, sondern in einem Pflegeheim sind, die allermeisten der Kostenblöcke oder der Tätigkeiten, die sie haben und der Bedürfnisse, die sie haben, durch die Heim- und Spitaltaxen gedeckt sind. Also das Essen, das Wohnen, die Betreuung, die sind gedeckt und ja auch finanziert durch die Ergänzungsleistung. Was bleibt, sind die Ausgaben für persönliche Auslagen im Heim und die sind pauschalisiert. Das heisst, die Menschen können frei darüber entscheiden und verfügen, was sie mit diesem Geld machen.

In der Vergangenheit hatten wir das Problem, dass der Grundbedarf in der EL, dass der regelmässig angepasst wurde an die Teuerung und an den Mischindex, das ist stetig passiert, aber diese Pauschale wurde nicht dieser Teuerungsentwicklung angepasst. Und diese wird nachgeholt, einmalig jetzt, indem die Erhöhung stattfindet auf den neuen Betrag und diese Forderung des Anzugs erfüllt, aber dann auch diese Pauschale koppelt an den Grundbedarf der Ergänzungsleistungen und das bedeutet, dass in Zukunft, wenn der Grundbedarf in der EL steigt, automatisch diese Pauschale der Heimbewohnerinnen und -bewohner auch steigt und deshalb der Kaufkraftverlust wegfällt und sie auch an diese Teuerung ihrer Beträge angepasst werden. Das machen einige andere Kantone auch schon, nicht alle, aber dieser wichtige Entscheid, der hat der Regierungsrat entschieden, indem die Verordnung entsprechend angepasst wurde. Damit haben die Menschen in den Heimen die Möglichkeit, das abzudecken.

Was auch stattfinden wird demnächst, ist die 13. AHV-Rente. Das heisst, diese Menschen werden auch noch zusätzlich mehr Geld zur Verfügung haben, indem sie die 13. AHV-Rente bekommen und das ja nicht an die EL angerechnet wird. Also nebst der Erhöhung, die wir jetzt vornehmen, geschieht dann auch noch die Erhöhung der Kaufkraft durch diese 13. AHV-



Reform, die auch den Menschen in den Pflegeheimen zugutekommt. Also da findet eine weitere Kaufkraftstärkung dieser Bewohnerinnen und Bewohner statt.

Die zwei weiteren Anliegen, die gefordert sind in den Punkten 3 und 4, die erachtet der Regierungsrat nicht als notwendig. Dies vor allem, weil mit den ersten und zweiten Teilen möchten wir die horizontale Gerechtigkeit wiederherstellen, das heisst, die Gleichbehandlung von Menschen in Heimen mit EL mit Menschen, die zu Hause wohnen mit EL, indem man eben diese Kopplung macht, und bei den anderen Kosten empfehlen wir Ihnen, sollte das wirklich auch so sein. Das heisst, nicht KVG-induzierte Kosten, die werden nicht automatisch durch die EL bezahlt, sondern die werden mit dem Grundbedarf bei der EL-Bezügen zu Hause und mit der Pauschale durch EL Beziehenden in den Heimen gedeckt.

Wir möchten diese Gleichbehandlung beibehalten und möchten deshalb jetzt nicht auf hier zwei relativ zufällig ausgewählte mögliche Kosten von Heimbewohnenden in einen Automatismus gehen. Weil der Grundsatz ist, es ist eine Pauschale, die Menschen sollen selber und frei entscheiden, was sie damit machen, was nötig ist, ob dann die Fahrt zum Hörakustiker drin ist und wie man das finanziert, das ist Teil dieser Pauschale, weil nicht KVG indiziert.

Von dem her beantragt Ihnen der Regierungsrat, diesen Antrag als erfüllt abzuschreiben. Die Hauptforderung, wie gesagt, dieses Anzuges ist erfüllt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Nur kurz, wir möchten den Anzug nochmal stehen lassen. Wir begrüssen aber es auch sehr, dass die ersten beiden Punkte des Anzugs auch umgesetzt wurden, dass man da Massnahmen ergriffen hat, dass man auch die Pauschale erhöht hat auf 414, jetzt ist es ja 400 im Monat, das finden wir mal gut. Wobei ich schon auch noch sagen muss, ich muss jetzt auch gerade reagieren auf das Votum von Regierungsrat Kaspar Sutter, der Kaufkraftverlust, also es ist schon so, dass man immer einen Kaufkraftverlust hat, wenn ich aus einem ambulanten Bereich in einen stationären gehe. Also dann habe ich vielleicht über 1'000 Franken gehabt und dann noch 400 und es ist auch so, dass nicht alle Personen, die in einem Heim sind oder in einem stationären Aufenthalt, für immer dann für den Rest des Lebens in einem solchen Aufenthalt sind, sondern vielleicht auch nur kurzfristig, vielleicht mal einen Monat oder sechs Wochen, und dann, das kann ich Ihnen aus der Praxis sagen, ist es sehr schwierig, ausser man hat Vermögen oder Ersparnisse oder Personen, die einem dann aushelfen, dass man dann alle Rechnungen bezahlen kann, wenn man diese 400 Franken dann noch hat. Also dann kommt man sehr schnell in eine Situation, wo man vielleicht auch mal eine Rechnung mit einem Mahnstopp dann irgendwie herauszögern muss.

Vergessen wir auch nicht, wenn wir diese Erhöhung jetzt machen, die die Ergänzungsleistungen betrifft, dass man auch den Betrag, das möchte ich gerne mitgeben, bei der Sozialhilfe entsprechend erhöht. Auch dort ist der Betrag momentan bei 400, es macht wahrscheinlich keinen Sinn, dort einen unterschiedlichen Betrag zu haben.

Aber das finden wir gut, das finden wir toll, die Punkte 3 und 4, da hätte ich mir ein bisschen mehr Dynamik gewünscht, dass man medizinische, gesundheitliche, notwendige Leistungen, es geht ja nicht darum, alles, sondern dass man dort diese Punkte hat, die nicht immer KVG-pflichtig sind, dass man da das aufnimmt mit der Beantwortung dieses Anzugs, eventuell auch dann auf der Verordnungsstufe sich überlegt, welche Punkte sind das, dass die real auch immer wieder zu Schwierigkeiten führen in den Heimen, dass man die da mitnimmt und in der Verordnung entsprechend aufnimmt, so dass es auch Sinn macht. Da hätten wir gerne, dass man das nochmals prüft, irgendwie schaut, wo kriegen wir das hin und deshalb beantragen wir, diesen Anzug noch einmal stehen zu lassen, um diese zwei Punkte sinngemäss, so dass es Sinn macht, von der Regierungsseite her zu prüfen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Aus mangelnder Erfahrung habe ich hier auf den falschen Knopf gedrückt, ich darf auch für die Fraktion sprechen. Ich schliesse mich da vollumfänglich meinem Vorredner an, auch wir anerkennen, dass der Regierungsrat einen guten Job gemacht hat, was diese Pauschalen, die Teuerung betrifft, das verdanken wir, das finden wir gut, aber auch uns fehlen da diese beiden Punkte. Es geht ja um Podologie und die Fahrt zum Hörakustiker, das sind halt beides Themen, Fusspflege und auch schlecht Hören, das sind Themen, die Heimbewohnende, die ja normalerweise älteren Jahrgängen angehören, die brennen. Und ob das jetzt KVG-pflichtig ist oder nicht, das finde ich nicht das entscheidende Kriterium. Gerade wenn jetzt etwas nicht finanziert wird, aber doch klar gesundheitlich ein Problem sein kann, dann könnte man zumindest das nochmals prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, hier, wie es mein Vorredner gesagt hat, mehr entgegenzukommen, möglicherweise auf Ebene der Verordnung.



Das würden wir gerne deshalb auch so beantragen. Wir weisen auch darauf hin, dass das Thema EL ohnehin auf der Pendenzenliste steht des Departementes. Wir werden ja dann umfangreichere Anpassungen vornehmen müssen aufgrund der eidgenössischen Anpassung in Sachen Betreuung und da könnte man dieses kleine Anliegen, ohne deshalb nochmals extra das Dossier öffnen zu müssen, gut noch mitnehmen.

In diesem Sinne beantragt Ihnen auch meine Fraktion sehr gerne, Stehenlassen dieses Anzugs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Mit Blick auf die Uhr werde ich die Sitzung jetzt schliessen und wir fahren heute Nachmittag mit diesem Traktandum in der Reihenfolge der eingetragenen Sprecher weiter.

Schluss der 19. Sitzung

12:01 Uhr



Protokoll

der 20. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 10. Juni 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Melanie Eberhard (SP), Leonie Bolz (SP), Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP), Lea Wirz (Grüne/jgb)</i>

Verhandlungsgegenstände:

22.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen, Schreiben des RR	2
23.	Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote, Schreiben des RR.....	3
24.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend "Ein Bus" für Basel, Schreiben des RR	5
25.	Motion Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers, Stellungnahme des RR	8
26.	Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Wasserstofftankstellen, Schreiben des RR.....	12
26.1.	Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Chance für eine regionale Leuchtturm-Zusammenarbeit? Batterie- und H2-Brennstoffzellen-Antrieb, Schreiben des RR	12
27.	Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO2-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität", Schreiben des RR.....	13
28.	Motion der Spezialkommission Klimaschutz für eine Ersatzpflicht für fossile Heizungen per 2035, Zwischenbericht des RR.....	15
29.	Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen, Stellungnahme des RR	16
30.	Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person», Schreiben des RR .	17
31.	Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt, Schreiben des RR	17
32.	Interpellation Nr. 46 Brigitte Kühne betreffend wie weiter mit den Pilotprojekten «Superblocks» in den Quartieren St. Johann und Matthäus, Schreiben des RR	18
33.	Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung, Stellungnahme des RR.....	18
34.	Motion Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds, Stellungnahme des RR	21
35.	Interpellation Nr. 47 Eric Weber betreffend die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Verpflegungsangebot in den Tagesstrukturen im Sinne von § 77b Schulgesetz, Schreiben des RR	26
36.	Anzug der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend ergänzende Velomassnahmen zur Sanierung St. Jakobs-Strasse, Zeughaus - Birsstrasse, Schreiben des RR	27
37.	Interpellation Nr. 48 Bruno Lötscher-Steiger betreffend willkürliche Anwendung von § 58 Bau- und Planungsgesetz durch Fachgremien und deren Auswirkungen auf die Wohnraumentwicklung, Schreiben des RR	27



Beginn der 20. Sitzung

Mittwoch, 10. Juni 2026, 15:00 Uhr

22. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen, Schreiben des RR

[10.06.26 15:00:53, 24.5142.02]

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Wir finden, dass dieser Anzug teilweise erfüllt wird, die Teuerung wird angepasst, die regelmässigen Anpassungen werden vorgenommen. Dieser Teil ist auch der Teil, der überhaupt machbar ist aus einer kantonalen Sicht und dieser wird erfüllt.

Nicht erfüllt werden die anderen Forderungen. Aber das sind Forderungen aus dem KVG. Machen diese Regelungen Sinn? Macht es Sinn, dass für einen Hörakustiktermin die Fahrt übernommen wird, bei der technischen Seite dann nicht? Nein, das macht keinen Sinn, da bin ich bei Ihnen und das ist ärgerlich. Aber wir müssen realistischerweise auch anerkennen, dass hier der Kanton mutmasslich sehr, sehr wenig Handlungsspielraum hat. Ursächlich ist das KVG und zuständig ist der Bund und die Bundesparlamentarier und die Änderungen müssen von dieser Seite her kommen. Wir sehen darum wenig Sinn im Stehenlassen und werden den Anzug darum abschreiben.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Mit diesem Vorstoss verlangte ich die Erhöhung des sehr knapp gemessenen Pauschalbetrags von 400 Franken pro Monat für persönliche Auslagen von EL-Bezügerinnen und -Bezügern in Heimen und Spitälern. Zudem soll die Betragshöhe regelmässig überprüft und angepasst werden, inklusive Teuerung. Diese zwei Forderungen hat der Regierungsrat erfreulicherweise erfüllt, wobei der Betrag nur um 14 Franken pro Monat per 1. Januar 2027 erhöht wird.

Weiter sollte mit dem Anzug geprüft werden, ob auch Fahrten zum Hörgeräteakustiker sowie Podologieleistungen auch für Nicht-Diabetiker durch die Ergänzungsleistungen finanziert werden können. Diese zwei Forderungen wurden durch den Regierungsrat leider nicht erfüllt. Bisher wird die Fahrt zum Ohrenarzt von den Ergänzungsleistungen übernommen, die Fahrt zum Hörgeräteakustiker aber nicht, mit der Begründung der Hörgeräteakustiker sei keine medizinische Behandlungsstelle gemäss KVG.

Die Kosten für Podologie werden für Nicht-Diabetiker von der Krankenkasse nicht übernommen und auch von den Ergänzungsleistungen nicht. Diese unterschiedlichen Behandlungen machen keinen Sinn und sind unfair, denn es handelt sich dabei schliesslich auch um krankheitsbedingte Kosten. Die entsprechende Verordnung ist kantonal und könnte durch den Regierungsrat ganz einfach angepasst werden.

Deshalb bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen. Damit geht der Auftrag oder die Bitte an den Regierungsrat, die zwei genannten Forderungen auch zu erfüllen, dass also die Fahrten zum Hörgeräteakustiker und Podologieleistungen für Nicht-Diabetiker auch von den EL bezahlt werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

27 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009129, 10.06.26 15:04:48]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 27 Ja-Stimmen, 59 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Anzug stehen gelassen.

23. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote, Schreiben des RR

[10.06.26 15:05:02, 24.5143.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Armut gibt es auch in unserer reichen Stadt Basel und entsprechend wichtig ist auch unser Augenmerk und die Bekämpfung dieser Situation, dass Menschen in Armut leben. Die grösste Gefahr, wo wir am meisten Armut antreffen, ist dort, wo Menschen ihre ihnen zustehenden Leistungen nicht beanspruchen. Und genau deshalb ist das Augenmerk des Regierungsrates sehr stark und sehr präzise auch auf dem Nichtbezug bei den Sozialleistungen, weil wenn die Menschen, Haushalte und Familien die Leistung beziehen würden, die ihnen zusteht, dann kann Armut in den meisten Fällen verhindert werden. Aus diesem Grund ist es wichtig und da bin ich auch froh um diesen Anzug von Nicole Amacher, so dass es uns möglich war, auch darzulegen, was wir tun.

Wir sind aktiv auf verschiedenen Ebenen. Ganz offensichtlich ist das Kennen des Nichtbezugs, dementsprechend haben wir jetzt auch die Nichtbezugsstudie aktualisiert, auch synchronisiert zeitlich zwischen den verschiedenen Ämtern bei mir im Departement, also zwischen der Sozialhilfe und den Leistungen des Amtes für Sozialbeiträge. Das gibt uns einen klaren Blick auch, wo und wie hoch der Nichtbezug ist. Dieser Nichtbezug ist statistisch höchstwahrscheinlich ein bisschen zu hoch eingeschätzt, weil gewisse Faktoren nicht berücksichtigt werden, wie zum Beispiel die Vermögenssituation und weitere Situationen, aber er zeigt uns vor allem auch in der zeitlichen Entwicklung, wie sich der Nichtbezug entwickelt.

Und da sehen wir in den meisten Bereichen eine gute Entwicklung, nämlich dass diese Quote sinkt. Wir haben hingegen bei den Prämienverbilligungen eine leicht andere Tendenz bei Quote und auch bei der Sozialhilfe leicht anders, aber in absoluten Zahlen hat auch dort die Anzahl von Menschen, die in den Nichtbezug fallen oder dort anzusiedeln sind, abgenommen. Das heisst, diese Tendenz ist gut aber soll uns nicht daran hindern, weiterhin da zu arbeiten.

Wir versuchen täglich, die Leistungen verständlicher zu machen, zu kommunizieren, damit die Menschen wissen, was sie erwartet, auch zu übersetzen in andere Sprachen und in den direkten Anschreiben auch sie hinzuweisen auf ihre Ansprüche, die sie haben könnten. Wir haben das bei der Sozialhilfe gemacht auch. Dort war die Antwortquote sehr ernüchternd, sie war nämlich relativ gering und auch von den Menschen, die sich gemeldet haben, hatten viele am Ende des Tages keinen Anspruch auf Sozialhilfe, weil es sich oft um selbständige Personen gehandelt hat. Und Selbständigkeit und Sozialhilfe beziehen ist eine schwierige Sache, weil wir möchten nicht Geschäftsmodelle, die nicht funktionieren, die auch in Konkurrenz stehen zu anderen Selbständigen, mit Sozialhilfe unterstützen. Das heisst, in der mittleren Frist, wenn man Sozialhilfe bezieht, ist eine solche Selbständigkeit mittelfristig nicht möglich. Das ist mir noch wichtig zu betonen.

Im anderen Bereich, bei den Ergänzungsleistungen, da haben Sie auf unseren Antrag hin die gesetzliche Grundlage geschaffen, dass wir auch dort wie bei den Prämienverbilligungen potenziell Berechtigte anschreiben können. Das ist jetzt am Laufen, es ist noch zu früh, hier eine Auswertung zu machen, wie gross hier die Rücklaufquote war und wie viele von diesen angeschriebenen Menschen dann effektiv anspruchsberechtigt sind.

Ich sehe, dass die meisten Fraktionen abschreiben möchten, wie Ihnen das auch der Regierungsrat beantragt. Wir werden trotzdem auch mit Abschreiben an diesem Thema bleiben, um den Nichtbezug wo möglich weiter zu senken.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecherin für die SP eingetragen hat sich Nicole Amacher.



Nicole Amacher (SP): Zuerst möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken, die diesen Vorstoss unterstützt haben. Er hat doch einiges erreicht, und ich bedanke mich natürlich auch beim ASB, bei Regierungsrat Kaspar Sutter für die umfangreiche Beantwortung oder Stellungnahme zum Anzug und auch für die bereits eingeführten Massnahmen, um die Niederschwelligkeit des Bezugs zu verbessern. Beispielsweise erhielt die Website Informationen in einfacher Sprache, mehrsprachige Erklärvideos und Tonaufnahmen zu den Leistungen und zum Vorgehen bei der Antragstellung. Und es gibt nun einen Sozialleistungsrechner, um einfach ausrechnen zu können, auf welche Leistungen Anspruch bestehen. Neu informiert das ASB seit diesem Februar gezielt Personen, die aufgrund ihrer Steuerdatenpotenzial Anrecht auf Ergänzungsleistungen haben. Und hier war natürlich auch nochmals der Vorstoss von meiner Kollegin Christine Keller sicher auch massgebend.

Das ist ja alles super und hilfreich und trotzdem, Regierungsrat Kaspar Sutter hat es ja vorhin auch nochmal gesagt, ist der Nichtbezug immer noch sehr hoch. Bei den Ergänzungsleistungen beträgt dieser immer noch 32%. Der Nichtbezug bei den Krankenkassenprämienverbilligungen ist gar noch gestiegen und beträgt neu 23%. Ja, ein kleiner Lichtblick, der Nichtbezug bei den Familienmietzinszuschüssen ist etwas gesunken. Aber bei der Sozialhilfe sehen wir deutlich, dass sich bei den Anspruchsberechtigten ohne Schweizer Pass die Nichtsbezugsquote merklich erhöht hat und je nach Aufenthaltsbewilligung eine Quote zwischen 45 bis 50% des Nichtsbezugs erreicht.

Und auch im Gesamten gesehen bin ich nicht der gleichen Meinung wie der Regierungsrat, ich sehe bei der Sozialhilfe keinen Rückgang des Nichtbezugs, denn die Herausnahme der Quellenbesteuerten aus der Erhebung, weil das die meisten anderen Kantone auch so machen, und deshalb der Nichtbezug von 30% auf 25,5% gesunken ist, sehe ich nicht als Fortschritt. Besorgniserregend ist, dass aufgrund der immer noch steigenden Arbeitslosigkeit sich die Gruppe der Anspruchsberechtigten in der Sozialhilfe jetzt vergrössert und umso wichtiger ist es, die immer noch vorhandenen grossen Hürden aus dem Weg zu schaffen, damit diese Menschen die Unterstützung beantragen und sie möglichst nicht in die Schuldenspirale geraten.

Ich und einige der Mitunterzeichner:innen waren sehr hin- und hergerissen bezüglich des Abschreibungsantrags dieses Anzugs, denn es gibt ja einige Aspekte, die ich auch erwähnt habe, die auch für Stehenlassen gesprochen hätten. Und dennoch haben wir uns dazu entschieden und wollen weiter mit gezielten Vorstössen Ideen lancieren, um den Nichtbezug der Sozialleistungen weiter zu reduzieren, damit künftig weniger Menschen in Basel-Stadt in eine derart prekäre finanzielle Lage geraten, um eben auch auf die Sozialhilfe angewiesen zu sein. Und nicht, weil ich Anspruchsberechtigten davon abrate, nein, im Gegenteil, ich finde die Sozialhilfe super wichtig, aber weil ich in meiner Arbeit mit Betroffenen erlebe und mir auch andere Fachpersonen erzählen, die die gleichen Erfahrungen machen, nämlich diese, dass die Hemmschwelle bei den Betroffenen, diesen Schritt zu machen, unglaublich riesig ist und dann oft eben auch nicht gemacht wird. Stattdessen versuchen sie mit aller Kraft, sich irgendwie finanziell durchzukämpfen und leider ist das häufig der Weg in eine meist aussichtslose Verschuldungssituation. Und warum machen sie das? Weil ihre Angst vor der Aufgabe ihrer Selbstbestimmtheit, die Scham, die Stigmatisierung, welcher Sozialhilfebezüger:innen immer noch ausgesetzt sind, eben real ist. Und natürlich ganz gross ist sie bei denen, die das betrifft, die Angst vor Rückstufung bei der Aufenthaltsbewilligung oder gar der Ausweisung.

Diese Angst ist wirklich recht gross. Ich weiss, dass da Bestrebungen gelaufen sind, dass das ASB 391 Anspruchsberechtigte für die Sozialhilfe angeschrieben hat und der Rücklauf sehr gering war, nämlich eben nur 21 Personen. Das zeigt auch, wie, wie hoch die Hemmschwelle bei diesen Menschen ist. Ich sehe das nicht so, als gäbe es kein Problem, sondern ich sehe es eben als ein Problem. Man will einfach nicht auf den Radar geraten, man hat wirklich Angst vor Konsequenzen, die ja irgendwann ja dann auch eintreten würden.

Und ja, da gebe ich Regierungsrat Kaspar Sutter recht, unser Sozialsystem in Basel ist gut ausgebaut, da sind wir uns alle einig. Und wir sind ja auch weiter daran, es zu verbessern, wie auch mit den Mietzinszuschüssen für Einzelpersonen oder bald auch hoffentlich mit den Familien-Ergänzungsleistungen. Aber, und das habe ich auch schon bei der Einreichung des Anzugs gesagt und das hat vorhin auch Regierungsrat Kaspar Sutter gesagt, eine nachhaltige Sozialpolitik funktioniert nur dann, wenn die Unterstützung bei den Menschen ankommt.

Jetzt wurden erste Verbesserungsmassnahmen gemacht. Aber ich glaube, wir sind noch lange nicht da, wo wir sein müssen. Beispielsweise braucht es eine bessere Koordination zwischen den einzelnen Leistungen, damit bei Anspruch auf mehrere Leistungen nicht x-fach dieselben Unterlagen eingereicht werden müssen. Wir müssen die Menschen noch mehr, also wirklich noch mehr informieren und da, wo sie eben sind, also aufsuchend. Der nächste Anzug ist vielleicht ein guter Ansatz dafür.

Wir brauchen weiterhin Ihre Unterstützung, damit wir bei weiteren Vorstössen und Ideen, die den Nichtbezug reduzieren wollen, auch Ihre Unterstützung haben. Ich habe gehört, dass das ASB und auch die Regierung sehr bestrebt sind den Nichtbezug weiter reduzieren zu wollen und das stimmt mich doch hoffnungsvoll.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Besten Dank. Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug abzuschreiben.

24. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel, Schreiben des RR

[10.06.26 15:16:30, 24.5266.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Am Freitag fand in Basel-Stadt Einblick statt. Das ist ein Nachmittag und Abend, wo die sozialen Institutionen in unserer Stadt, in unserem Kanton offen sind für Besuchende, für Interessierte und ihnen ihre Arbeit und ihre Herausforderung darlegen. Ich selber war auch unterwegs und einige von Ihnen waren auch bei Einblick in diesem Jahr. Es hat eindrücklich gezeigt, wie breit das soziale Basel ist und es macht auch unser Angebot aus, anders im Vergleich mit vielen anderen Städten und Regionen, dass es nicht nur der Staat und die Stadt sind, sondern dass auch ganz viele private Organisationen, Stiftungen, Vereine, NGOs in diesem Bereich tätig sind, viele von ihnen auch mit Leistungsvereinbarungen und finanzieller Unterstützung der Stadt und des Kantons. Und ich glaube, wenn wir davon sprechen, ob es zusätzliche Angebote braucht oder nicht, dann ist es wichtig, nicht nur auf die enge staatliche Perspektiven zu schauen, sondern dieses soziale Angebot in seiner Breite zu erfassen, wozu eben auch all die privaten Angebote gehören, die einen sehr wichtigen und wesentlichen Beitrag leisten für das soziale Basel.

Und da gibt es viele Bereiche, auch in dem hier im Anzug angesprochenen Bereich, wo Beratung stattfindet, die aufsuchend ist, die niederschwellig ist. Um einige zu nennen: Wir haben das Fachteam Mittler im öffentlichen Bereich der Abteilung Sucht, das ist eine staatliche Stelle mit niederschwelliger Beratung. Wir haben das Angebot Last der UPK Basel, der psychiatrische aufsuchende Arbeit betreibt. Wir haben den sehr niederschwelligen und sehr direkt bei den Menschen sich befindenden Verein Gassenarbeit Schwarzer Peter, den Sie alle kennen, mit seiner Beratung und Angebot im öffentlichen Raum und auch mit einem neuen Angebot, nämlich mit ihrem Bus, womit sie zu Hotspots gehen, insbesondere auch beim Bahnhofplatz. Der wichtige Teil dabei ist neben der Beratung, die auch stattfindet, die Erstversorgung im Gesundheitsbereich. Ich glaube, das ist der Ort, wo noch am ehesten eine Angebotslücke da war und so wichtig ist auch dieses Angebot, das der Schwarze Peter hier bringt. Wir haben die Frauen-Oase, wir haben die diakonische Stadtarbeit Elim, wir haben Aliena, die Fachstelle für Frauen im Sexgewerbe, wir haben das Projekt Housing First für obdachlose Menschen, Pro Senectute, etc. Und seit Neustem ist die Soziale ganz direkt mit präventiver Beratung beim RAV vor Ort anzutreffen, weil die Arbeitslosigkeit ja meistens kurz davor kommt und es wichtig ist, diese Leute zu erreichen. Also das ist auch neu neben dem Bus von dem Verein Gassenarbeit Schwarzer Peter, seit dieser Anzug eingereicht wurde. Also es hat neben dem schon sehr breit bestehenden Angebot jetzt auch noch zwei zusätzliche Angebote.

Wir haben eine sehr breite Beratung. Der Regierungsrat denkt nicht, dass es im Beratungsbereich eine Lücke gibt und dass hier viel mehr erreicht werden kann, wenn wir jetzt noch ein zusätzliches Angebot neben dem bereits erwähnten und dem bestehenden eröffnen. Aus diesem Grund kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass wir kein weiteres zusätzliches Angebot brauchen. Dieses wird nicht den Nutzen erbringen, den man sich erhofft und es ist nicht notwendig, da wir hier keine Angebotslücke in unserer Stadt haben. Aus diesem Grund bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA gemeldet hat sich Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Dass wir diesen Anzug stehen lassen wollen, hängt damit zusammen, dass wir den vorherigen abgeschrieben haben. Ich möchte das gerne noch klarer erläutern. Zuerst möchte ich aber gegenüber dem Regierungsrat meinen Dank aussprechen, dass ihm das Thema Nichtbezug sehr wichtig ist. Trotzdem bleibt einiges zu tun, wie das meine Kollegin erläutert hat.



Es geht dabei nicht um den Bus, der Informationen weitergibt, sondern dass die Nichtbezugsquote immer noch zu hoch ist. Es war sehr eindrücklich anlässlich von Einblick zu sehen, wie dicht das Netz an Unterstützungsangeboten, Beratungsstellen und auch an Sozialleistungen ist, auch im Vergleich mit anderen Kantonen. Aber ich stelle auch aufgrund meiner Erfahrungen in der Praxis der Sozialarbeit immer wieder in Frage, ob das Angebot immer gut aufeinander abgestimmt ist und ob wir immer die Menschen, die den Bedarf haben, wirklich erreichen. In allen Sozialwerken muss man erfahren, dass man schnell von der Sozialleistung abgelöst wird, wenn man keinen Anspruch mehr hat. Das führt dazu, dass es Leute gibt, die zwischen den Sozialversicherungssystem hin- und herwandern. Und dort ist ein kleiner Teil des Problems des Nichtbezugs verortet.

Ich gebe dem Regierungsrat aber auch recht, es ist kaum mehr die fehlende Kenntnis der Angebote, die dazu führt, dass Leistungen nicht bezogen werden, sondern es sind vielmehr Überforderung oder fehlende digitale Fähigkeiten, Angst vor negativen Konsequenzen angesichts des Ausländer:innengesetzes, Scham und Hemmungen, diese Leistungen in Anspruch zu nehmen, vielleicht aber auch schon gemachte schlechte Erfahrungen mit Behörden.

Was mir aber fehlt, ist die aufsuchende Behörde, über alle Angebote hin gedacht, indem eine aufsuchende Sozialhilfebehörde vor Ort ist, zum Beispiel in den Quartiertreffpunkten, um zu schauen, wer einen Anspruch hat und wie man niederschwellig ausgestalten kann, dass der Anspruch dann auch fliesst. Das fände ich eine prüfenswerte Idee, um gerade Hemmung und Scham abzubauen an einem Ort. Mit Stehenlassen des Anzugs möchten wir erreichen, dass der Regierungsrat das nochmals prüft und uns darüber berichtet.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Wenn ich Nicole Amacher zitiere «Wir sind noch lange nicht da, wo wir hinwollen», hat das eine Verbindung auch zu diesem Geschäft. «Ein Bus für Basel» regt an, ein mobiles Beratungsangebot für soziale Fragestellungen zu realisieren. Das existiert ja in Zürich und dort funktioniert es. Der Regierungsrat hat das geprüft und verweist auf zahlreiche bestehende Angebote, die teilweise aufsuchend und teilweise stationär sind in Basel.

In der Anzugsbeantwortung, das hat auch Regierungsrat Kaspar Sutter nochmals gesagt, werden zehn Institutionen genannt, die Hilfe und Beratungen anbieten. Es wird darauf hingewiesen, dass es weitere diverse lokale Angebote gibt und man wolle kein zusätzliches schaffen. Aber es wäre eigentlich gar kein zusätzliches Angebot nach unserer Meinung.

Bei genauer Betrachtung fällt auf, dass sämtliche Beratungsangebote, die aufgezählt wurden, für spezifische Probleme sind. Also ich muss entweder alt sein, jung, ich muss Suchtprobleme haben, ich muss obdachlos sein oder mich auf der Gasse aufhalten oder ich muss psychisch krank sein. Das sind alles Voraussetzungen, um in diese Beratungsstellen gehen zu können. Ich kann durchaus nachvollziehen, dass der Bus nicht das richtige Instrument ist, weil sich die räumlichen Begebenheiten zwischen Basel und Zürich unterscheiden. Das muss nicht zwingend die richtige Lösung sein. Dennoch bleibt festzuhalten, das hat auch Oliver Bolliger schon ausgeführt, die aufsuchende Arbeit ist für Menschen ohne soziales Netzwerk beziehungsweise ohne Bezugspersonen von enormer Bedeutung, da die Hemmschwelle, eine Beratungsstelle aufzusuchen, häufig sehr hoch ist.

Hierzu ist auf die vielen Beratungsstellen hinzuweisen, die eben nicht bedingungslos Leute aufnehmen, sondern gewisse Bedingungen erfordern. Da ist das Problem, dass eine Person ohne klar definierte oder spezifische Problemstellung im Augenblick, in der es ihr schlecht geht, gar nicht weiss, wohin sie sich wenden soll. Und sie wird sich auch kaum trauen, eine dieser Institutionen zu kontaktieren oder aufzusuchen. Die Personen, die nicht in das Raster der jeweiligen Zielgruppen passen, haben oftmals gar keinen Zugang zu diesen Angeboten.

Was mich immer wieder beschäftigt, ist, dass die Sozialhilfe ja ihren Auftrag macht. Aber sie hätte auch den Auftrag nach Gesetz, immaterielle Hilfe zu leisten, das heisst Beratung und nicht nur fokussiert auf wirtschaftliche Hilfe. Und da komme ich auf das Wichtige. Es bräuchte eine polyvalente Beratung. Ob die aufsuchend ist oder nicht, ist eigentlich noch zu definieren. Aber es braucht eine Stelle, an die Leute hingehen können und sich einmal eine Auslegeordnung machen können und ihre Dinge bündeln können. Und dann braucht es dort einen etwas längeren Beratungszyklus, um auch nachhaltig diese Fälle, wie wir sie nennen, zu begleiten. Das muss natürlich niederschwellig sein, das ist das, was Oliver Bolliger auch mit der aufsuchenden Arbeit meint. Es müsste eine Art Case-Management geben. Und da gibt es ganz wenige Stellen in der Stadt oder im Kanton, die einzelne Fälle machen oder beraten. Ich denke, dass dies eigentlich die nachhaltigere Lösung wäre und beispielsweise administrative Defizite von Personen, das Geltendmachen von Leistungen, Verschuldungsproblematiken dort behandelt werden könnten.

Die Grünliberalen sprechen sich deshalb für ein Stehenlassen aus im Sinne einer polyvalenten Beratungsstelle, die es noch zu schaffen gibt.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich das Positive vorwegnehmen, ich danke dem Regierungsrat für den ausführlichen und sorgfältigen Bericht. Er macht sehr eindrücklich sichtbar, wie viele Institutionen in unserem Kanton aufsuchend tätig sind. Und diese Vielfalt, die ist wichtig, die ist gut. Und es ist auch schön und gut, dass der Regierungsrat sie hier zusammengetragen hat, und auch, dass das WSU jetzt den Nichtbezug von Sozialleistungen untersucht und ernst nimmt mit Studien und hoffentlich dann in Zukunft auch mit einem Armutsmonitoring, das anerkennen wir ausdrücklich.

Aber hier kommt das grosse Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen. Trotz all dieser Angebote, trotz dieser Vielfalt, gehen die Zahlen einfach in eine andere Richtung, also haben wir diesen Nichtbezug, haben wir diese Realität. Und das ist das Kernanliegen dieses Anzugs und das geht jetzt auch nicht um das Fahrzeug des Busses. Mir ist es noch so recht, wenn man den Bus durch eine andere Kombination von aufsuchender behördlicher Arbeit ersetzt. Aber das Problem des Nichtbezugs betrifft einen breiten Kreis der Bevölkerung, Familien, ältere Menschen, Working Poor, die einen rechnerischen Anspruch hätten auf diese Leistungen, auf Ergänzungsleistungen, auf Prämienverbilligungen, auf Mietzinsbeiträge und sie machen ihn nicht geltend. Und genau diese Menschen erreicht man dort, wo sie ohnehin sind, in den Quartieren, in ihren Gemeinschaften, an Begegnungsorten. Ich durfte für eine gewisse Zeit mitarbeiten bei Fundus, aufsuchende Altersarbeit. Das ist genau der Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man dorthin geht, wo diese Personen sich befinden.

Solange wir diese Nichtbezugsquoten in der Dimension haben, können wir diesen Anzug nicht abschreiben. Es geht nicht nur ums Bekanntmachen, es geht darum, vor Ort niederschwellig und ganz konkret zu unterstützen bei der Anmeldung für diesen Leistungen. Diesen aufsuchenden, anpackenden Ansatz zu den Leuten gehen und die Hürde gleich an Ort und Stelle abbauen, die sehe ich in der Antwort des Regierungsrates noch nicht abgedeckt. Und das Pilotprojekt des Schwarzen Peter, liebe Kolleginnen und Kollegen, das begrüsse ich sehr, es geht in eine verwandte Richtung, ist aber auf etwas ganz anderes ausgerichtet. Es ist auf die medizinische und psychosoziale Grundversorgung am Bahnhof ausgerichtet und nicht deckungsgleich mit dem Anliegen des Anzugs. Ich finde es auch hier schön, dass der Regierungsrat das ausführt und es ist auch gut, dass es dieses Projekt gibt, aber es ist halt nicht das Gleiche, was inhaltlich gefordert wurde.

Und sollte sich unser Ansatz künftig mit solchen Angeboten verbinden lassen, wäre das umso besser, aber abgedeckt ist er damit eben noch nicht. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, den Anzug nicht abzuschreiben und ihn stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Zuerst auch der Dank an den Regierungsrat für diesen Bericht über diese Angebote und die Massnahmen, die auch der Kanton selbst ergreift. Ich kann mich im Wesentlichen kurz halten und auf die Vorredner verweisen, möchte aber ganz kurz noch eine Lanze für den Bus brechen. Weil natürlich das Angebot ist etwas anders und es könnte natürlich auch ausgeweitet werden. Aber das Projekt wurde im Oktober 2025 gestartet, es wird zwei Jahre gehen, ist hauptsächlich finanziert durch die Christoph Merian Stiftung und vom Kanton bezuschusst und wenn sich so ein Projekt dann bewährt, wäre es ja schade, wenn man das nicht irgendwie weiterentwickeln würde, vielleicht auch in dem Sinne, wie esursprünglich in dem Anzug angedacht ist und so etwas dann nicht einfach wieder stirbt und von Neuem aufgebaut werden muss und dass man das wirklich genau anschaut und dann, wenn man zu dem Anzug und zum eigentlichen Anliegen des Anzugs dann berichtet, das dann vielleicht auch nochmals aufnimmt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009132, 10.06.26 15:36:03]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 39 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Anzug stehen gelassen.

25. Motion Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers, Stellungnahme des RR

[10.06.26 15:36:17, 25.5519.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Als erster Fraktionssprecher für die BastA eingetragen hat sich Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Im Namen von BastA beantrage ich, entgegen dem Antrag des Regierungsrates, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen. Gerne führe ich kurz aus, warum. Sans-Papiers arbeiten häufig in Haushalten, in der Betreuung, auf dem Bau oder in der Gastronomie. Trotz ihrer Arbeit verfügen sie kaum über soziale Absicherung. Krankheit, Unfall, Schwangerschaft oder der Verlust einer Arbeitsstelle können deshalb innert kürzester Zeit zu einer existenziellen Krise führen. Zeitlich befristete Unterstützung kann verhindern, dass vorübergehende Krisen zu langfristigen sozialen Problemen werden.

Ich bin sehr froh, dass der Regierungsrat das Anliegen anerkennt. Er schreibt in seiner Stellungnahme, dass der Kanton zur Überbrückung zeitlich befristeter Notlagen von Sans-Papiers beitragen soll und er hält unmissverständlich fest: «Alle in der Schweiz lebenden Menschen unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status, haben einen grundrechtlich geschützten Anspruch auf Hilfe und Betreuung in Notlagen. Aufgrund des ungeregelten und den Behörden unbekannten Aufenthaltsstatus von Sans-Papiers kann die Sozialhilfe auch in zeitlich begrenzten Notsituationen faktisch keine Hilfe leisten.»

Der Regierungsrat kritisiert, dass in der Motion konkret die Anlaufstelle für Sans-Papiers genannt wird, weil eine Übertragung der Ausrichtung von Überbrückungsbeiträgen zwangsläufig auch deren Mitwirkung erfordert. Ich gestehe ein, dass die konkrete Nennung vielleicht etwas ungeschickt war, aber natürlich ist diese Motion auch mit der Anlaufstelle für Sans-Papiers besprochen. Sie ist die einzige spezialisierte Organisation im Kanton und zudem haben der Kanton und die Anlaufstelle bereits entsprechende Erfahrungen aus der Corona-Zeit. Sollte eine Zusammenarbeit aber tatsächlich aus irgendwelchen Gründen nicht zustande kommen, kann die Nennung in der Motion auch als Beispiel verstanden werden.

Mit der gleichen Begründung wollte die Regierung die Motion Hochuli betreffend Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser als Anzug überwiesen haben. Erst heute Morgen hat sich eine Mehrheit hier im Saal dem Antrag von Christoph Hochuli angeschlossen und die Motion ein zweites Mal als Motion überwiesen. Ich bitte deshalb speziell auch die Kolleg:innen aus der Mitte-EVP-Fraktion, meinem Antrag zu folgen und auch bei diesem Vorstoss bei Motion zu bleiben.

Ein weiterer Punkt betrifft die Verfahren in anderen Städten. Ich erachte es als nicht notwendig und wenig sinnvoll, gerichtliche Entscheide aus Bern und Zürich abzuwarten. Bei der Überweisung als Anzug kann genau das die Umsetzung künstlich verzögern. Warum es diese Verzögerung nicht braucht, schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme gleich selbst und ich zitiere nochmals, weil er so eine gute Antwort geliefert hat: «Die hier vorliegende Ausgangslage und der Motionsinhalt unterscheiden sich jedoch im wesentlichen von jener in den anderen genannten Städten. Zum einen betreffen die beiden Verfahren in Bern und Zürich auch die Frage der Vereinbarkeit von städtischen Leistungen mit kantonalem Recht, was für den Kanton Basel-Stadt nicht relevant ist. Zum anderen beschränkt sich der vorliegende Motionstext ausschliesslich auf Sans-Papiers und bezieht sich nicht auch auf Personen mit ausländerrechtlicher Bewilligung.»

Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen der Motion und sieht in der Umsetzung keine Probleme. Einzig aufgrund der Nennung der Anlaufstelle für Sans-Papiers erachtet er die Motion als rechtlich unzulässig. Das ist zu wenig, um ein wichtiges



Anliegen, ein klares Anliegen, das auch verständlich ist, welches der Regierungsrat selbst als notwendig erachtet, in einen weniger verbindlichen Anzug umzuwandeln. Deshalb bitte ich alle hier im Saal, welche das Anliegen unterstützen, einer Zweitüberweisung als Motion zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die Zweitüberweisung dieser Motion als Motion. Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen ausdrücklich, wir haben es gehört. Er hält fest, dass Sans-Papiers besonders vulnerabel sind, dass sie häufig unter prekären Bedingungen arbeiten und dass sie in zeitlich befristeten Notlagen oft durch alle Maschen unseres sozialen Netzes fallen. Er schreibt sogar, dass der Kanton zur Überbrückung solcher Notlagen beitragen soll.

Genau darum geht es bei dieser Motion. Wir sprechen hier nicht von einer Ausweitung der Sozialhilfe. Wir sprechen nicht von neuen dauerhaften Leistungsansprüchen. Wir sprechen von Menschen, die in Basel leben, arbeiten, Kinder grossziehen und einen Beitrag an unsere Gesellschaft leisten. Wenn diese Menschen wegen Krankheit, Schwangerschaft, Unfall oder eines vorübergehenden Lohnausfalls in eine existenzielle Notlage geraten, braucht es eine minimale Überbrückungshilfe. Besonders wichtig ist dabei auch die Situation der Kinder. Der Regierungsrat weist selbst darauf hin, dass mehrere 100 Kinder und Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus in Basel leben. Armut, Wohnungsverlust oder fehlende medizinische Versorgung treffen nie nur die Eltern, sondern immer auch die Kinder.

Der Regierungsrat begründet seine Ablehnung als Motion nicht mit dem Inhalt, sondern mit einer formalen Frage, wir haben es bereits gehört. Konkret moniert er, dass in der Motion die Anlaufstelle für Sans-Papiers genannt wird. Dieses Argument überzeugt uns auch nicht. Entscheidend ist doch nicht, welche Organisation die Unterstützung schliesslich umsetzt. Entscheidend ist, dass eine Lösung gefunden wird. Der Motionär, Nicola Goepfert, hat bereits klargestellt, dass die Umsetzung nötigenfalls auch über eine andere Organisation erfolgen kann. Damit fällt das zentrale Argument gegen die Motion weitgehend weg. Wenn der Regierungsrat das Anliegen unterstützt, wenn er die Notwendigkeit anerkennt und wenn er selbst festhält, dass Sans-Papiers einen grundrechtlichen Anspruch auf Hilfe in Notlagen haben, dann ist es folgerichtig, ihm mit einer Motion einen klaren Auftrag zu erteilen. Die betroffenen Menschen können nicht darauf warten, bis irgendwann alle rechtlichen Fragen in anderen Kantonen geklärt sind. Basel-Stadt hat die Möglichkeit, hier Verantwortung zu übernehmen und eine pragmatische Lösung zu schaffen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring für die SP.

Joël Thüring (SVP): Ich darf hier im Namen der Fraktion der Liberaldemokraten und der SVP sprechen. Wir beantragen Ihnen, dieses Geschäft nicht noch einmal dem Regierungsrat zu überweisen, auch nicht als Anzug. Wir haben bereits bei der Erstbehandlung dieses Geschäftes unsere ganz grundsätzlichen Bedenken zum Ausdruck gebracht. Wir sind nicht der Ansicht, dass man einen Zustand der Illegalität dadurch belohnen soll, dass man weitere Möglichkeiten schafft, um in dieser Illegalität zu verharren. Hier sind wir der Ansicht, dass sich jemand, der in der Schweiz lebt – und gemäss dem, was ja auch Nicola Goepfert bereits erwähnt hat sind das Menschen, die teilweise über Jahre hinweg hier schon leben – um einen geregelten Aufenthaltsstatus kümmern muss, so wie es das Gesetz eben auch vorschreibt. Das ist nicht anders als recht und das, finde ich, gehört auch zur Gleichbehandlung aller Personen, die hier in der Schweiz um einen Aufenthalt ersuchen.

Der zweite Grund, das ist das, was der Regierungsrat in seiner schriftlichen Stellungnahme bereits ausgeführt hat. Die Motion ist rechtlich gar nicht zulässig, das heisst, man kann in dieser Form diese Motion auch gar nicht umsetzen.

Der dritte Punkt, auch das wird in der Stellungnahme des Regierungsrates doch sehr deutlich ausgeführt, gibt es bereits heute für Personen, die sich als Sans-Papiers bezeichnen lassen wollen, diverse Unterstützungsmassnahmen. Diese werden auch im Bericht des Regierungsrates aufgeführt. Unter anderem wird auch diesen Personen die Krankenversicherung bezahlt. Hier wird also etwas geleistet für Personen, die sich nicht an unsere Gesetzgebung halten wollen. Das ist eine Leistung, die man sicherlich so auch in Frage stellen könnte für all jene, die ihre Krankenkassenprämie selber bezahlen. Zweitens erhalten sie sogar dann noch, obschon sie ja gar nicht registriert sind in der Schweiz respektive im Kanton Basel-Stadt, eine Prämienverbilligung. Diese Mitteilung wird nicht dem Migrationsamt übermittelt. Auch das ist ein grosses Entgegenkommen gegenüber Personen, die sich illegal hier aufhalten und drittens haben auch Kinder von Sans-Papiers Zugang zu unserem Bildungssystem sowie eben auch alle gemeinsam Zugang zum Gesundheitssystem.



Damit wird in diesem Bereich im Kanton Basel-Stadt schon sehr viel, wenn nicht gar etwas zu viel unternommen. Wir bitten Sie deshalb, diese Motion heute als erledigt zu erklären und das Geschäft auch nicht als Anzug noch einmal dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe noch weitere Fraktionssprechende eingetragen. Für die GRÜNE7jgb hat Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Nur kurz, ich kann mich weitgehend meinen Vorredner:innen Nicola Goepfert und Amina Trevisan anschliessen. Die Fraktion GRÜNE/jgb möchte Sie auch dazu aufrufen, diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen. Es handelt sich um ein sehr wichtiges Anliegen, eine wichtige Lücke, die hier geschlossen werden soll.

Wir haben heute Morgen ja schon diskutiert über diese rechtliche Unzulässigkeit, die dann zum Tragen kommt, wenn man vielleicht ein bisschen ungeschickterweise eine spezifische Organisation in eine Motion reinschreibt und das vielleicht besser nicht gemacht hätte. Ich möchte hierzu einfach auch noch bemerken, meistens geschieht das ja dann, wenn sich eine Organisation extrem aufdrängt, dass sie für ein bestimmtes Anliegen zuständig ist. Jetzt im vorliegenden Fall mit der Anlaufstelle für Sans-Papiers ist klar, dass die Anlaufstelle für Sans-Papiers die Einrichtung ist, die einen niederschweligen Zugang für Sans-Papiers anbietet. Ich habe erst gerade eine Studie gelesen über Sans-Papiers, die von häuslicher Gewalt betroffen sind und da wird die Anlaufstelle für Sans-Papiers ganz klar als die risikoärmste Organisation bezeichnet, an die sich Sans-Papiers überhaupt vertrauen zu wenden.

Dass das formal rechtlich unzulässig ist, das verstehe ich. Aber im Grossen Rat haben wir immer wieder die Praxis, dass wir eine Motion dann trotzdem nochmals als Motion überweisen. Wir haben das auch heute Morgen getan, als die Frauenhäuser spezifisch genannt wurden und da hat die Fraktion Mitte-EVP sich durchgerungen und diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überwiesen. Ich bitte Sie, das hier nun auch zu machen, weil klar ist eigentlich, welche Organisation sich dann eignet, um dieses Anliegen umzusetzen. Wenn man natürlich gegen das Anliegen ist, dann ist auch klar, dann kann man das jetzt hier auch abschreiben, aber wenn Sie das Anliegen unterstützen, dann unterstützen Sie es doch als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin fast eingeschlafen, aber dann habe ich das Reizwort Sans-Papiers gehört. Da bin ich plötzlich wach geworden. Wenn ich das Reizwort Sans-Papiers höre, dann geht bei mir der Rolladen runter. Sans-Papiers sind illegal, Sans-Papiers sind verboten, Sans-Papiers werden ausgeschafft. Es ist einfach so, wenn man im Kleinbasel wohnt, hat man diese Probleme. Man getraut sich nicht mehr raus und dann hat man die illegalen Kriminalität, die Überfälle. Ich gehöre ja auch schon zu diesen Leuten, die abends nicht mehr ausgehen. Und dann kann ich nicht verstehen, dass wir hier diskutieren über Überbrückungsbeiträge für Sans-Papiers.

Sicherlich muss man den Menschen helfen. Ich bekomme auch Hilfe vom Kanton, aber ich finde, diese Leute müssen in ihr Land zurück. Und als Grossrat und Journalist, der einordnen kann und der noch einen klaren Verstand hat, noch nie getrunken, noch nie Drogen genommen hat, muss ich einfach feststellen, meine Damen und Herren, wir haben hier diskutiert. Ich wollte das noch sagen zum Thema Sans-Papiers, ganz sachlich, man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Vor zwei Monaten haben wir das diskutiert, ein Anzug oder eine Motion, ich weiss es nicht mehr, und da hat der Motionssteller zu Sans-Papiers gesagt, die Leute würden arbeiten. Und das muss ich bezweifeln, die Statistik sagt, 95 bis 98% der Sans-Papiers arbeiten nicht, arbeiten einfach nicht. Und von was leben die? Das wollte ich einfach mal sagen und das ist wirklich ein Reizwort für viele Leute und das muss man hier noch sagen, ungestraft, dass diese Leute ausgeschafft werden müssen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sans-Papiers sind eine Realität in unserer Gesellschaft. Sie befinden sich zwar aufenthaltsrechtlich illegal bei uns, aber es ist eine Realität und die meisten von ihnen arbeiten, wie sonst sollten sie ihr Leben finanzieren. Sie bekommen keine Sozialhilfe, sie haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Also sind sie da, wenn Sie eine Arbeit haben. Auch habe ich noch nirgends gesehen, dass die These, dass Sans-Papiers übermässig kriminell sein sollten plausibel ist. Im Gegenteil, Sans-Papiers machen alles, damit sie nicht auffallen, damit sie ja keinen Kontakt mit der Polizei haben, denn wenn sie kriminell sind und die Polizei sie aufgreift, werden sie verlieren, dann können sie nicht mehr hierbleiben, sondern werden rückgeführt.



Das sind meistens Menschen, die arbeiten, in Haushalten, in der Gastronomie, in anderen Bereichen, oft in prekären Situationen und das ist die Situation von Sans-Papiers. Der Staat ist hier auch in einer anspruchsvollen Situation. Einerseits ist der Aufenthaltsstatus nicht korrekt, andererseits ist es eine Realität und es ist auch hier zum Beispiel breit anerkannt, dass zum Beispiel Kinder von Sans-Papiers in die Schule gehen können oder dass wenn Sans-Papiers verletzt oder krank sind, sie auch die Möglichkeit haben von medizinischer Versorgung bei uns. Und dass es auch Situationen gibt bei Sans-Papiers, die schon länger hier sind und die Kinder haben, dass wenn irgendetwas Unvorbereitetes eintritt, wenn sie in größere Probleme kommen, das ist eine Realität und das hat sich in der Covid-Zeit sehr klar geäussert. Da haben insbesondere in der Haushaltsarbeit natürlich viele Sans-Papiers von einem Tag auf den anderen ihre Einkommensquellen verloren und dort hat der Regierungsrat auch entsprechend gehandelt und mit 400'000 Franken an die Anlaufstelle hier Nothilfe geleistet.

Wir sprechen ja hier jetzt bei dieser Forderung auch nicht von Sozialhilfe oder von einer Leistung in dieser Höhe, sondern wir sprechen von Nothilfe, das heisst zeitlich befristet nur für Leute, die schon länger hier sind. Es soll also auch nicht Anreize bieten, dass jemand wegen dem hierherkommt, sondern es sind Leute, die hier sind, die Realität sind, die schon mehrere Jahre hier in Basel sind, dass man hier in der Notsituation hilft. Denn es macht auch wenig Sinn, Kindern eine Ausbildung zu geben und gleichzeitig sie in absoluter Armut zu lassen. Das passt irgendwie auch nicht zusammen. Auch das wäre nicht sehr kohärent als staatliches Handeln.

Deshalb ist der Regierungsrat bereit, diese Forderung auch wirklich zu prüfen und zu schauen, wie man das umsetzen kann, mit welcher Organisation auch immer. Die Anlaufstelle drängt sich hier schon stückweise auf, da sie hier eine hohe Kompetenz und ein Netzwerk mitbringen und auch das schon in der Covid-Zeit geleistet haben.

Formal, das wurde richtig erwähnt, ist diese Motion nicht zulässig. Sie können mit einer Motion nicht private Organisationen per Motion zu etwas verpflichten. Das geht halt nicht. Sie können zwar uns, den Regierungsrat, verpflichten, aber nicht private Organisationen. Das ist eigentlich bei jeder Motion das Gleiche und aus diesem Grund ist diese Motion rechtlich nicht zulässig und beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Motion nicht als Motion, sondern als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nicola Goepfert beantragt Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug. NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009134, 10.06.26 15:56:29]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 36 Ja-Stimmen, 59 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Wir kommen damit zur Abstimmung. Joël Thüring und weitere beantragen Nichtüberweisung. Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 34 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009136, 10.06.26 15:57:14]

Der Grosse Rat beschliesst



die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 58 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen für die Überweisung als Motion entschieden.

26. Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Wasserstofftankstellen, Schreiben des RR

[10.06.26 15:57:27, 19.5290.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Als Fraktionssprecherin für die SP eingetragen hat sich Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): An dieser Stelle auch einen Dank für die Berichterstattung durch den Regierungsrat. Wir haben es hier ja mit zwei Vorstössen zu tun, die beide über sechs Jahre alt sind. Um es vorwegzunehmen, die SP wird sich nicht dagegen wehren und ebenfalls keinen Gegenantrag stellen. Dennoch möchte ich ein paar Dinge noch anfügen, die uns doch wichtig erscheinen, in diesem Zusammenhang noch einmal zu erwähnen.

Wir hatten ja auf der einen Seite den Vorstoss von Martina Bernasconi, bei dem es um das Tankstellennetz ging, die Wasserstofftankstellen. Da sehen wir auch, dass das nicht die erste dringliche staatliche Aufgabe ist. Dennoch scheint es uns wichtig, dass wir diese Energienische, so nenne ich es jetzt mal, nicht ausser Acht lassen. Wir sind da einig mit der Einschätzung des Regierungsrates, es ist wirklich eine Nische, aber es wird auch eine wertvolle Energieform sein für ganz präzise, spezifische Dinge. Wir anerkennen die Bemühungen des Kantons und des Regierungsrates, hier Lücken zu schliessen und sich nicht der Entwicklung zu verschliessen. Darin begründet sich eben auch, dass wir nicht das Gefühl haben, dass wir das jetzt stehen lassen sollten.

Wichtig ist mir trotzdem noch ein potenzielles Missverständnis auszuräumen. Wenn ich die Berichterstattung lese, habe ich das Gefühl, unser Vorstoss sei ein bisschen falsch interpretiert worden. Selbstverständlich wollten wir nie, dass die kantonale Dekarbonisierung bei den Fahrzeugen voll und ganz dahingeht, dass es nur noch Wasserstofffahrzeuge gibt im Kanton. Das klingt ein bisschen so. Die Umstellung des ganzen Fuhrparks wollten wir nie. Wichtig ist aber, dass bei der Beschaffung von Kraftfahrzeugen oder spezifischen Fahrzeugen und Geräten mit besonderen Anforderungen diese so ausgeschrieben werden, dass eine Eingabe mit Wasserstoffantrieb möglich ist, dass das nicht ausgeschlossen ist und die Innovation aussen vor bleibt. Wir glauben, dass es sehr wichtig ist, dies in die Entwicklung einzuschliessen und nicht vornherein auszuschliessen.

Was der SP ebenfalls besonders wichtig ist sind die regionalen Projekte, die in unserem Vorstoss enthalten waren. Wir halten es für einen Schlüsselfaktor, dass gerade bei diesen Technologien, wo eine grosse Entwicklung im Gange ist, der Kanton und der Staat regional auch über die Landesgrenzen hinaus solche Lernkurven zu ermöglichen hilft, dass wir Projekte anpeilen gemeinsam mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn, sie mittragen und entsprechend die Innovation weiter vorantreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

26.1. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Chance für eine regionale Leuchtturm-Zusammenarbeit? Batterie- und H2-Brennstoffzellen-Antrieb, Schreiben des RR

[10.06.26 16:01:40, 19.5299.04]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

27. Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO₂-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität", Schreiben des RR

[10.06.26 16:01:44, 23.5341.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet auf ein Votum. Als Fraktionssprecher für die SVP eingetragen hat sich Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wir hätten ein gewisses Verständnis für den Antrag der Regierung, wenn man für E-Fuels notwendigerweise den Umweg via Wasserstoff wählen müsste, genauso wie die Regierung das in ihrer Begründung in Satz 3 zugrunde legt. Das war mal so. Aber das ist nicht mehr so. Und damit fällt die ganze Begründung für das Abschreiben der Regierung mehr oder weniger in sich zusammen.

Nicht zuletzt auch dank Schweizer Technologie ist heute die Produktion von E-Fuels ohne Umweg über Wasserstoff machbar. Ja, bisher erst in relativ kleinen Mengen, wir sprechen da von Tausenden bis Zehntausenden Litern, noch nicht von Millionen Litern, wie wir das mal brauchen werden, wenn wir Treibstoff weiter dekarbonisieren wollen. Klammerbemerkung an alle Grünen im Saal, Dunkelgrüne und Hellgrüne: Das wird auch eine wichtige Rolle spielen, wenn wir von Carbon Capturing sprechen, weil in Gottes Namen flüssige Stoffe einfacher in den Boden zu pressen sind als Gase.

Es gibt Anwendungen, wo E-Fuels deutlich attraktiver sind als batteriebetriebene Fahrzeuge. Typischerweise sind das Einsätze von Fahrzeugen bei kurzen Distanzen. Wir haben in den letzten Jahren mehr als einmal hier drin Fahrzeuge bestellt, die im Jahr 1'000 Kilometer fahren. Das ist ein Treibstoffverbrauch von rund 100 Liter im Jahr. Die Tatsache, dass E-Fuels bei den Betriebskosten deutlich teurer sind als Strom, spielt bei diesen kleinen Einsatzdistanzen eine untergeordnete Rolle gegenüber den deutlich höheren Investitionskosten von Elektrofahrzeugen. Weiter gibt es aber auch im Bereich von Einsatzfahrzeugen, Stichwort Resilienz, Stichwort Strommangellage usw. Verwendungen, wo es Sinn macht, etwas anderes als einfach nur batteriebetriebene Fahrzeuge einzusetzen. Dekarbonisierung sollten wir flexibler verstehen, innovativer verstehen, als einfach nur bei dem Rezept zu bleiben, das zugegebenermassen den Hauptharst der Dekarbonisierung heute bei den Fahrzeugen bestreitet.

Wir nehmen also zur Kenntnis gemäss Kreuztabelle, dass hier wenig Appetit darauf besteht, innovativ mit neuen Technologien zu arbeiten. Stellen wir aber dabei die Frage, ob das daran liegt, dass man das schlicht nicht möchte, oder ob es daran liegt, dass man die technologischen Möglichkeiten schlicht zu wenig kennt. Bei der Regierung ist es klar, denn das steht schwarz auf weiss in ihrer Antwort auf den Anzug. Bei Ihnen, geschätzte Damen und Herren im Saal, wenn Sie die Technologien nicht kennen, dann stehe ich sehr gerne zur Verfügung, um mit Ihnen das Gespräch zu führen. Mit meiner Fraktion habe ich das Gespräch bereits geführt und deshalb beantragt Ihnen die SVP-Fraktion Stehenlassen des Anzugs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Unsere Fraktion stellt ja einen der beiden Mitunterzeichnenden, deshalb möchte ich auch gerne begründen, weshalb wir hier jetzt trotzdem das Abschreiben unterstützen. Im Kern geht es bei diesem Vorstoss ja um die Frage, wie fossile Brennstoffe dort ersetzt werden können, wo sie heute noch als unvermeidlich gelten. E-Fuels haben selbstverständlich Vorteile, sie lassen sich speichern, transportieren und in Bereichen einsetzen, in denen Batterien schwierig sind, beispielsweise wenn sehr hohe Temperaturen benötigt werden. Gleichzeitig haben sie aber auch ein grosses Problem und das ist, dass ihre Herstellung mehrere energieintensive Umwandlungsschritte braucht, auch wenn es nicht via Wasserstoff geht. Trotzdem ist die Energiebilanz entsprechend schlecht.

Und genau deshalb ist es richtig, dass der Kanton bei seiner Fahrzeugflotte nicht das Konzept neu ausrichtet, sondern bei Personenwagen, Lieferwagen, Bussen und vielen Spezialfahrzeugen elektrifiziert. Das hat der Kanton auch bereits gezeigt,



bei der BVB, bei den Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr, bei Lastwagen des Tiefbauamts, etc. Und hier jetzt mit E-Fuels wieder eine Hintertür für Verbrennungsmotoren zu öffnen, wäre ein unnötiger Rückschritt aus unserer Sicht.

Dann ging es bei diesem Anzug auch um die Schiffe, die immer noch mit Öl oder Gas auf dem Rhein dampfen. Dieses Problem wurde inzwischen erfolgreich ausgelagert, wie wir wissen. Die Dekarbonisierung ist im Aktienkaufvertrag mit United Waterways geregelt und mit dem Verkauf, den wir hier drin im Januar bewilligt haben, besteht die Verpflichtung, dass der Betrieb spätestens 2037 CO₂-neutral erfolgen muss.

Dann habe ich gelesen bei der Handelskammer, sie empfiehlt auch Stehenlassen, dass es vor allem auch mit der Forschung an Flugtreibstoffen begründet ist. Dem muss ich recht geben, dort könnten synthetische Treibstoffe tatsächlich eine Rolle spielen. Allerdings dürfen E-Fuels keinesfalls zur Entlastungsrhetorik für den Flugverkehr werden. Wir sind klar der Ansicht, dass Fliegen reduziert werden muss, und zwar rasch. Dafür braucht es in erster Linie verursachergerechte Preise und Gebühren. Was wir sicher nicht brauchen, ist eine Erzählung, man könne einfach fröhlich weiterfliegen, möglichst noch mit gutem Gewissen oder sogar mit Flugstolz, nur weil irgendwo an synthetischen Treibstoffen geforscht wird. Diesen Begriff Flugstolz übrigens, den habe ich im Newsletter des EuroAirports gelesen und ich war zurückhaltend gesagt befremdet davon.

Unterstützen könnten wir hingegen den Gedanken, dort genauer hinzuschauen, wo Restbestände fossiler Fahrzeuge noch längere Zeit im Einsatz bleiben und wo keine elektrische Lösung verfügbar ist. Dort können wir gerne über Biodiesel, HVO 100 oder künftig auch über synthetische Treibstoffe diskutieren, aber das ist dann eine sehr konkrete Beschaffungs- und Betriebsfrage und die steht so nicht im Anzug und rechtfertigt deshalb auch nicht, dass wir diesen Vorstoss stehen lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Wir waren schon bei der ersten Überweisung gegen diesen Anzug. Es hat sich nun gezeigt, dass wir da richtig lagen, weil es einfach keine sinnvolle Lösung gibt, die der Kanton hier weiterverfolgen kann. Mich hätte noch interessiert von Lorenz Amiet zu erfahren, ob ich jetzt ein heller Grüner bin oder ein dunkelgrüner. Ich kenne diese Einteilung noch nicht, aber vielleicht wird er es uns irgendwann verraten.

In Zusammenhang mit den E-Fuels von Dekarbonisierung zu sprechen, finde ich doch eher gewagt. Vielleicht gibt es irgendwann eine Welt, wo E-Fuels eine Rolle spielen. Die verschiedenen Bereiche wurden ja schon genannt. Und dann kann man da auch etwas machen, aber dass der Kanton hier jetzt sich auf Kantonsgebiet irgendwie dafür einsetzt und das vorantreibt, das sehen wir eher nicht. Es wird auch nicht eine grosse CO₂-neutrale Ergänzung zu irgendetwas sein und bestimmt nicht in der Elektromobilität.

Wir bitten Sie, diesen Anzug abzuschreiben und vielleicht gibt es ja auf Bundesebene eine Möglichkeit. Sie haben ja da den Luxus, den wir Hell- oder Dunkelgrünen nicht haben, einen Bundesrat zu haben, der sogar noch im richtigen Departement sitzt und der die Wasserstoffstrategie vorantreiben könnte und vielleicht im gleichen Zug auch noch etwas vielleicht für die Restbereiche beim E-Fuel machen könnte. Vielleicht geben Sie ihm das mal mit, dass er vielleicht auch mal etwas aktiver wird bei der CO₂-neutralen Umgestaltung der Schweiz.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009140, 10.06.26 16:11:09]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 71 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Anzug gemäss Antrag Regierungsrat abgeschrieben.

28. Motion der Spezialkommission Klimaschutz für eine Ersatzpflicht für fossile Heizungen per 2035, Zwischenbericht des RR

[10.06.26 16:11:23, 21.5744.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Motion stehen zu lassen. Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort nicht. Als Fraktionssprecher für die SVP eingetragen hat sich Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, ist die SVP bei diesem Thema die einsame Ruferin in der Wüste. Wir beantragen Ihnen, diese Motion abzuschreiben. Nun, was zur Verdammung von CO₂ zu diesem irrelevanten Netto-Null-Ziel in unserem Kanton bereits gesagt wurde, das muss ich nicht wiederholen. Wichtig ist aber, das kann ich nur betonen, sogar die Klimamodellierer des IPCC, also die, welche diese Kurven, die da so wahnsinnig in die Höhe gehen, berechnen, haben selbst gesagt, das Katastrophenszenario ist nicht plausibel, es wird nicht eintreten. Wer ehrlich politisiert, muss sagen, wenn dieser Hauptpfeiler der ganzen Klimathematik wegfällt, dann müssen wir auch unsere Klimastrategie hinterfragen. Andererseits, das ist auch Realität, hat das Stimmvolk in unserem Kanton Ja gesagt zum Netto-Null-Ziel 2037. Das müssen wir respektieren, wir müssen auf diesem Pfad bleiben, es wird leider noch einige Zeit dauern, bis wieder das Primat des gesunden Menschenverstandes das Thema in die Hand nimmt. Leider, das müssen wir respektieren, das ist Teil des demokratischen Systems.

Aber kommen wir zur Motion selbst. Der Hauptpfeiler, die Hauptforderung der Motion ist folgender: Die Spezko Klima beauftragt den Regierungsrat, eine Ersatzpflicht für fossile Heizungen vorzusehen. Lesen Sie es nach in der Motion, sie schreibt es genauso. Und dieser Ersatzzwang für fossile Heizungen besteht in Basel. Diese Forderung ist erfüllt. Ich zitiere den Regierungsrat: «Seit Oktober 2017 verpflichtet das kantonale Energiegesetz Gebäudeeigentümer, beim Ersatz von Heizungen für Raumwärme und Warmwasser auf erneuerbare Energien umzusteigen. Seither werden Öl- und Gasheizungen kontinuierlich durch erneuerbare Systeme ersetzt. Die klaren gesetzlichen Vorgaben zeigen Wirkung.» Als Nebenbemerkung, eine Folge dieses Ersatzes fossiler Heizungen ist der Ausbau der Fernwärme. Wir reissen dafür einen Fünftel unserer Strassen auf, 60 von 300 Kilometern, und neben den gesellschaftlichen Einschränkungen, wirtschaftlichen Schäden dieser Bauarbeiten, emittieren wir damit auch ganz erheblich CO₂. Und umso dringender ist es, dass diese Baustellen so kurz wie möglich gehalten werden.

Der Regierungsrat zeigt in seinem Fazit, dass die Motion erfüllt ist. Jetzt zur Frage, ob wir stehen lassen oder abschreiben sollen. Nun stehen lassen, das machen wir, wenn wir sehen, dass der Regierungsrat einen Vorstoss in der vorgegebenen Zeit überhaupt nicht angepackt hat oder nur ganz wenig. Oder wir lassen einen Vorstoss stehen, wenn wir sehen, dass der Regierungsrat daran ist, ihn umzusetzen, aber gewisse Voraussetzungen noch nicht gegeben sind, er noch mehr Zeit braucht, um das zu tun. Oder wir lassen einen Vorstoss dann stehen, wenn wir sehen, dass der Regierungsrat etwas gar nicht macht und die Forderungen nicht erfüllt hat.

Nun, das ist alles in diesem Fall überhaupt nicht gegeben, also anzunehmen, Regierung und Verwaltung würden gerade im Thema Klima, gerade in unserem Kanton nichts machen, kann ja wohl niemand im Ernst behaupten, im Gegenteil, die Forderung der Motion ist erfüllt, ergo wir können die Motion als erledigt abschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die vom Menschen verursachte Klimaerhitzung ist Realität, sie findet statt. Man kann das schon beobachten, wenn man das Klima, wenn man die Klimaentwicklung anschaut, wenn man die Entwicklung der Extremereignisse im Wetterbereich ansieht, dann ist diese Herausforderung für unsere Generation real. Entsprechend wichtig ist es, dass die Menschheit und dass wir als Basel-Stadt unseren Beitrag leisten, um diesen Klimaschutz voranzutreiben.



Im Heizungsersatz ist das relativ einfach. Wir wissen, wie man Häuser heizt, ohne fossile Brennstoffe zu verbrennen. Auch noch ein kleiner Nebensatz, die Unabhängigkeit gegenüber Erdöl zu reduzieren ist ja in Anbetracht der geopolitischen Lage und wenn man schaut, wo die Erdölreserven dieser Welt sind, ein wirklich ein souveräner Akt. Von dem her bin ich auch froh, dass das Volk uns ein sehr ambitioniertes Ziel vorgegeben hat im Klimaschutz, und dieses wollen wir erreichen.

Bei der Heizung hat mein Vorredner recht, da gibt es die Ersatzpflicht seit 2017 im Energiegesetz. Das heisst aber nicht, dass wir 2037 keine fossile Heizung mehr haben. Bei den Gasheizungen wissen wir das, weil wenn kein Erdgas mehr durch die Strassen und die Leitungen kommen, dann kann man auch nicht mehr heizen damit. Dort haben Sie bereits den Gesetzesbeschluss gefasst als Parlament. Aber beim Erdöl ist er noch nicht legiferiert und deshalb ist es logisch und klar, dass wir das im Energiegesetz noch legiferieren werden. Das ist auch Teil der Klimaschutzstrategie des Regierungsrates und was noch fehlt, ist die gesetzliche Grundlage, weil alle wissen, ab 2037 wird auch die letzte Erdölheizung dann ersetzt werden müssen.

Das möchten wir noch legiferieren. Entsprechend beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Motion der Spezialkommission Klimaschutz stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 12 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009142, 10.06.26 16:18:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 77 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Motion gemäss Antrag Regierungsrat stehen gelassen.

29. Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen, Stellungnahme des RR

[10.06.26 16:19:12, 25.5509.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.



30. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person», Schreiben des RR

[10.06.26 16:19:46, 24.5076.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

31. Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt, Schreiben des RR

[10.06.26 16:20:16, 23.5629.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Gemeldet für die Fraktion der LDP hat sich Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Die Antwort des Regierungsrats verdeutlicht ein zentrales Problem der Verwaltungspolitik. Digitalisierung wird mit Entbürokratisierung verwechselt, in der Praxis werden meist bestehende Prozesse einfach digitalisiert, ein kompliziertes Verfahren bleibt jedoch kompliziert, unabhängig davon, ob es auf Papier oder elektronisch abgewickelt wird.

Der Regierungsrat verweist auf das Portal AGOV Online-Baubegehren und elektronische Verfahren. Diese Massnahmen mögen technisch modern erscheinen, lösen jedoch das Kernproblem nicht. Für Einwohnerinnen und Einwohner sowie für Unternehmen ist nicht entscheidend, ob ein Gesuch digital eingereicht werden kann, sondern ob weniger Gesuche und Nachweise erforderlich sind und Entscheide schneller erfolgen. Gerade KMU beklagen seit Jahren nicht primär den Papierverbrauch, sondern eine stetig zunehmende Regulierungsdichte. Zudem verursachen Digitalisierungsprojekte erhebliche Kosten, Software, Beratungsmandate und IT-Projekte binden über Jahre hinweg Millionenbeträge, während Verfahrensbeschleunigung und Einsparungen oft ausbleiben und die Departemente im Headcount wachsen.

Dies liegt nicht an einem Mangel an Digitalisierung, sondern an der zunehmenden Komplexität von Gesetzen, Vorschriften und Zuständigkeiten. Solange mehrere Departemente beteiligt sind, aufwendige Prüfverfahren durchgeführt werden und zahlreiche Vorhaben erfüllt werden müssen, bleiben Verfahren auch digital langsam und ressourcenintensiv.

Die Antwort des Regierungsrats bestätigt dies indirekt selber. Einerseits wird die Digitalisierung als Lösung präsentiert, andererseits werden dafür zusätzliche gesetzliche Grundlagen, organisatorische Anpassungen und langfristige Transformationsprozesse als notwendig bezeichnet. So entstehen neue Projekte mit erheblichen Kosten, während konkrete Verfahrensvereinfachungen und Einsparungen oft ausbleiben. Es wird primär in technische Lösungen investiert, statt die eigentlichen Ursachen der Bürokratie anzugehen, also weniger Vorschriften, einfachere Verfahren und eine schlankere Verwaltung.

Trotz all dieser Vorhaben stimme ich auch im Namen der LDP-Fraktion der Abschreibung dieses Anzugs zu. Ich werde die Entwicklung der Bürokratie in unserem Kanton weiterhin kritisch beobachten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stillschweigend als erledigt abzuschreiben.



32. Interpellation Nr. 46 Brigitte Kühne betreffend wie weiter mit den Pilotprojekten «Superblocks» in den Quartieren St. Johann und Matthäus, Schreiben des RR

[10.06.26 16:23:33, 26.5147.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitte Kühne (GLP): Voraus möchte ich nochmals festhalten, dass ich es doch für sinnvoll gehalten hätte, wenn der zuständige Regierungsrat Conradin Cramer diese Interpellation mündlich beantwortet hätte, gerade weil es sich um ein Projekt mit erheblichem öffentlichem Interesse handelt. Trotzdem vielen Dank dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Antwort vermag jedoch in zwei wesentlichen Punkten nicht zu überzeugen.

Erstens das Problem mit dem Zeitpunkt der Evaluation. Die Interpellation thematisiert eine einfache und pragmatische Frage, wie kann verhindert werden, dass bei einem eventuellen positiven Ergebnis der Superblock-Pilotprojekte unnötige Rückbauten, Doppelspurigkeiten und zusätzliche Kosten entstehen, insbesondere für Private? Der Regierungsrat hält jedoch starr am ursprünglichen Zeitplan fest und verweist auf die vollständige Auswertung nach Ablauf der Testphase. Denn was problematisch ist, ist, dass zunächst bestehende Installationen zurückgebaut werden müssten, bevor allenfalls später eine definitive Umsetzung beschlossen werden kann. Ein solches Vorgehen verursacht Kosten und bindet Ressourcen in Verwaltung und Quartierarbeit, ohne einen erkennbaren Mehrwert zu schaffen.

Daher sollte die Erkenntnis respektive die Lehre aus diesem entstandenen Problem respektive Denkfehler sein, die politischen Prozesse so zu organisieren, dass bei einem erfolgreichen Pilotversuch eine nahtlose Weiterführung möglich bleibt. Das heisst konkret, Pilotprojekte von Anfang an länger anzusetzen – in diesem Fall wohl zwei Jahre – und dann von Anfang an klar zu kommunizieren, dass nach einem Jahr die Evaluation beginnt, damit sie rechtzeitig vorliegt, bevor das Pilotprojekt endet. Dieses Learning übrigens wurde ja zum Beispiel gerade beim Gegenvorschlag der UVEK zur Tauben-Initiative gegenüber dem Gegenvorschlag des Regierungsrates verbessert. Start, Auswertung nach drei Jahren, Pilotprojektdauer insgesamt vier Jahre anstatt insgesamt drei Jahre, wie vom Regierungsrat vorgeschlagen. Ich hoffe, dass wir alle aus diesem hier entstandenen Problem lernen werden in der Zukunft.

Dann noch etwas zu den Sommermonaten. Der Regierungsrat antwortet auf Frage 3: «Die Evaluation soll auch die wichtigen Sommermonate umfassen. Der Regierungsrat hat zudem die Dauer des Versuchs mehrfach öffentlich kommuniziert. Eine Evaluation der Tests ohne die Sommermonate ist wenig aussagekräftig.» Natürlich, man kann jetzt sagen, das ist ein bisschen pingelig, aber der Sommer dauert ja kalendarisch bis zum 22. September und nicht bis 16. August 2026, dem Endzeitpunkt des Superblock-Projektes im St. Johann, respektive 13. September 2026, dem Enddatum des Superblock Matthäus. Dies ist somit ein Widerspruch.

Und last but not least, dass dies auch noch festgehalten ist: Gemäss Bajour-Bericht vom 17. April könnte der Kanton gemäss Bundesamt für Strassen ASTRA nach Ablauf des Versuchs die Massnahmen gleich definitiv einführen. Dies ist ein interessantes Detail. Mit der Beantwortung der Interpellation bin ich nicht zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

33. Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung, Stellungnahme des RR

[10.06.26 16:28:01, 25.5508.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Der Regierungsrat wünscht das Wort zu einem späteren Zeitpunkt. Dann habe ich als Fraktionssprecherin eingetragen für die LDP Catherine Alioth.



Catherine Alioth (LDP): Wir haben es gerade gehört, der Regierungsrat erklärt die Motion als rechtlich unzulässig und beantragt, sie als Anzug zu überweisen. Ich möchte Ihnen aber beantragen, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen und ich begründe.

Wenn ich zwar die Kreuztabelle anschau, stehe ich mit meiner Überzeugung ziemlich alleine da. Auch die LDP-Fraktion wird unterschiedlich abstimmen. Dies hängt damit zusammen, dass die Gewerbler in unserer Fraktion eine aktive Förderung einer einzelnen Branche ablehnen. Diese Haltung respektiere ich. Dennoch bin ich überzeugt, dass dieses Anliegen nicht auf die Motion zutrifft. Bei der vorgeschlagenen ICT-Lehrstellenförderung geht es gerade nicht um die Förderung einer einzelnen Branche. ICT ist kein isolierter Industriezweig, sondern ein Querschnittssektor, von dem heute praktisch alle Branchen abhängig sind, von Banken und Versicherungen über die Industrie bis hin zu MedTech.

Auch die in unserer Region stark verankerte Quantentechnologie ist auf ICT-Fachkräfte angewiesen. Wer ICT-Fachkräfte ausbildet, stärkt deshalb nicht einen einzelnen Sektor, sondern die Wettbewerbsfähigkeit unseres gesamten Wirtschaftsstandorts. Eine ICT-Lehrstellenförderung stellt daher keine Ungleichbehandlung verschiedener Branchen dar. Zudem sind Informatiklehren für Unternehmen besonders aufwendig und kostenintensiv. Der Betreuungsaufwand ist hoch und die Produktivität der Lernenden anfangs ziemlich tief. Gerade kleinere Unternehmen stossen dabei an ihre Grenzen.

Genau hier setzt die Motion sinnvoll an. Sie schafft gezielte Unterstützung und erleichtert die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte, etwa durch die Förderung von Basislehrjahren oder Lehrfirmenverbünden. Ohne zusätzliche Anstrengung droht die Region Basel im Wettbewerb mit starken ICT-Standorten wie zum Beispiel Zürich zurückzufallen. Zudem braucht die ab Herbst 2026 startende Hochschule für Informatik der Fachhochschule Nordwestschweiz für ihre Studiengänge genügend Studierende und die kommen immer noch, wie ursprünglich vorgesehen, hauptsächlich aus der Berufsbildung. Dafür braucht es genügend ICT-Lehrstellen in unserer Region.

Die Förderung von ICT-Lehrstellen ist deshalb keine Sonderbehandlung, sondern eine Investition in Fachkräfte, Innovation und die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes. Vor diesem Hintergrund möchte ich an der Motion und damit an einer professionellen ICT-Lehrstellenförderung festhalten. Bei einer Überweisung als Anzug verlieren wir wertvolle Zeit, bis Bewegung in dieses Anliegen kommt, Zeit, die wir angesichts des Fachkräftemangels nicht haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Auch ich sehe auf der Kreuztabelle, dass wir allein auf weiter Flur sind, deshalb nur kurz. Wir haben uns schon bei der ersten Überweisung gegen diese Motion ausgesprochen. Wir haben damals kritisiert, dass eine einzelne Branche – und es ist halt eine einzelne Branche – mittels Anschubfinanzierung bevorzugt und staatlich gefördert werden soll. Wir haben viele andere Bereiche erwähnt, bei denen auch ein enormer Bedarf besteht und die unbedingt gefördert werden müssten, zum Beispiel Pflege oder Kinderbetreuung und so weiter.

Wir lesen in der Stellungnahme des Regierungsrats eigentlich, dass er uns Recht gibt mit dieser Argumentation. Trotzdem will er diese Motion als Anzug weiterbehandeln, weil er sorgfältig prüfen will, ob es eine branchenspezifische Förderung durch den Kanton braucht und ob das nötig ist. Das kann man machen, das muss man aber unserer Meinung nach nicht. Wir bleiben dabei, dass wir es ablehnen, eine einzelne Branche herauszupicken und mit einer kantonalen Anschubfinanzierung zu bevorzugen. Wir möchten deshalb die Motion gar nicht überweisen, auch nicht als Anzug.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine zentrale Aufgabe der Berufsbildung. Gleichzeitig müssen wir uns bewusst sein, dass die Berufsbildung in der Schweiz als Verbundaufgabe organisiert ist. Die Verantwortung für Berufsmarketing, die Entwicklung von Ausbildungsmodellen und die Unterstützung der Lehrbetriebe liegt in erster Linie bei den Branchen und ihren Organisationen.

Der Kanton schafft die Rahmenbedingungen, fördert aber grundsätzlich nicht einzelne Branchen gezielt. Eine besondere Förderung von ICT-Lehrstellen wirft deshalb die Frage der Gleichbehandlung auf, denn der Fachkräftemangel betrifft nicht nur die ICT-Branche. Gemäss aktueller Erhebung bestehen in der Nordwestschweiz mindestens ebenso grosse Engpässe in den Gesundheits-, Bau-, Ingenieur- sowie Finanz- und Mathematikberufen. Eine Sonderbehandlung der ICT-Branche müsste daher besonders gut begründet werden.

Gleichzeitig ist klar, das Erziehungsdepartement fördert die Berufsbildung. 2025 haben wir einen Masterplan Berufsbildung erstellt. Dieser schafft die strategischen Rahmenbedingungen, er soll den Zugang zur beruflichen Grundbildung verbessern,



er soll die Ausbildungsverhältnisse stabilisieren und er soll die Berufsbildung attraktiver machen. Von diesen Massnahmen werden auch die ICT-Berufe profitieren.

Zusätzliche Erkenntnisse werden zudem aus einer laufenden Analyse der eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung erwartet, die wir im August präsentieren wollen. Hinzu kommt, im ICT-Bereich ist die Entwicklung unklar. Langfristig braucht ICT sicher qualifizierte Fachleute. Aktuell zeigen sich jedoch weniger offene Stellen in ICT-Berufen. Die Entwicklung muss genau beobachtet werden.

Aus diesen Gründen erscheint eine sofortige branchenspezifische Förderung nicht angezeigt. Sinnvoll ist hingegen, die Entwicklung weiter zu verfolgen und bei Bedarf gezielt Massnahmen zu prüfen. Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen des Regierungsrats, die Motion als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Catherine Alioth beantragt Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009148, 10.06.26 16:36:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 75 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden. Heidi Mück beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 9 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009150, 10.06.26 16:37:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 77 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen für die Überweisung als Anzug entschieden.



34. Motion Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds, Stellungnahme des RR

[10.06.26 16:37:47, 25.5554.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt Ihnen, diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Motion spricht ein zentrales Anliegen unseres Standorts an. Die duale Berufsbildung ist eine tragende Säule für die Fachkräftesicherung und für faire Bildungs- und Erwerbschancen unserer Jugendlichen. Basel-Stadt steht hier unter Druck. Unsere Abschlussquote auf Sekundarstufe II liegt mit 87,5% unter dem schweizerischen Durchschnitt von 90,2%. Jede zusätzliche abgeschlossene Ausbildung reduziert das Risiko von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe und stärkt gleichzeitig unseren Fachkräftepool.

Die Idee eines Berufsbildungsfonds mit Solidaritätsbeiträgen aller Betriebe und einer gezielten Entlastung der Lehrbetriebe ist grundsätzlich überzeugend und in anderen Kantonen erprobt. Sie adressiert die strukturelle Schieflage zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben und schafft eine gerechtere Lastenverteilung. Gleichzeitig unterstützt ein solcher Fonds die Qualität der Berufsbildung und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Gerade weil der Ansatz wirkungsvoll sein kann, müssen wir ihn für Basel-Stadt sauber aufgleisen. Heute erbringt der Kanton bereits hohe Förderleistungen, etwa mit der Verdoppelung der ÜK-Beiträge, der Übernahme der Kosten des Qualifikationsverfahrens und der Rückerstattung bei auswärtigem Berufsschulunterricht. Ein neuer Fonds kann nicht einfach oben aufgesetzt werden, sondern muss in dieses bestehende System eingebettet und rechtlich, finanziell und organisatorisch sauber abgestützt werden. Die Erfahrungen anderer Kantone zeigen zudem, ein Fonds ist nur dann dauerhaft tragfähig, wenn die Wirtschaft ihn als fair, effizient und mehrwertstiftend wahrnimmt. Dafür braucht es eine klare Zweckbindung der Mittel, eine schlanke Verwaltung mit tiefen Verwaltungskosten und eine verlässliche Koordination mit den bestehenden nationalen Branchenfonds, um Doppelbelastung zu vermeiden. All diese Punkte lassen sich nicht mit einem Schnellschuss regeln, sondern erfordern eine vertiefte, ergebnisoffene Ausarbeitung zusammen mit den Sozialpartnern und den Organisationen der Arbeitswelt.

Genau hier setzt der Vorschlag des Regierungsrats an. Mit der Umwandlung der Motion in einen Anzug sichern wir uns den politisch klaren Auftrag, die Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds sorgfältig und angepasst an die Basler Verhältnisse zu prüfen. So können wir gemeinsam mit den betroffenen Akteuren die offenen Fragen klären, Varianten ausarbeiten und dem Grossen Rat eine tragfähige, breit abgestützte Lösung vorlegen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen für die LDP hat sich Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf auch für die SVP sprechen. Wir möchten keine Zweitüberweisung dieses Vorstosses, weder als Motion noch als Anzug. Lassen Sie mich gleich Bezug nehmen auf unseren Regierungsrat im Saal. Er hat von einem Masterplan gesprochen, Masterplan Berufsbildung. Wir können jetzt an viele verschiedene Bereiche der Politik in Basel-Stadt denken und ich glaube, vielleicht geht es Ihnen wie mir, es kommen mir wenig Beispiele in den Sinn, wo wirklich ein Masterplan erarbeitet wurde. Wo man kurz sagt, okay, wir machen schon viel und wir müssen noch mehr machen und wir schauen, wie wir das machen und es ist ein Masterplan. Und so wie Regierungsrat Mustafa Atici sich das auf die Fahne geschrieben hat seit seinem Wahlkampf, bevor er gewählt wurde, so zieht er das auch durch. Und das darf jetzt auch einmal genannt werden, auch von jemandem, der nicht in seiner Partei ist. Das finde ich bewundernswert und es ist extrem wichtig, dass die Berufsbildung weiterhin einen starken Stellenwert hat in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und dass das funktioniert.

Und jetzt kommen wir zu abweichenden Haltungen zwischen seiner Partei und meiner Partei, dem Prinzip der Eigenverantwortung. Das ist uns aus der LDP und auch sehr oft bei der SVP, wie ich das beobachte, sehr wichtig und zwar wollen wir auch hier beibehalten, dass die Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit halten können und dass sie sich dort unterscheiden können von anderen und so eben entscheiden können, wie attraktiv die Berufsbildung bei ihnen im Betrieb ist, wie attraktiv es ist, eine Lehre zu machen. Der Wettbewerb kann da eben entscheidend sein, weil wenn gewisse mit gutem Beispiel voranschreiten, müssen andere irgendwann nachziehen.



Und je mehr staatliche Abgaben wir machen, das gilt generell bei der Wettbewerbsfähigkeit, desto gebundener sind die Ausgaben von Unternehmen und desto unattraktiver und schwerer wird es zu wirtschaften. Deswegen stellen wir uns generell in der Tendenz gegen Fondslösungen und hier insbesondere. Es wäre eine weitere Belastung von Unternehmen und dagegen stellen wir uns.

Wir haben zudem in diesem Bereich wirklich schon eine überdurchschnittliche Förderung und wir sind in vielen Bereichen überdurchschnittlich, wir haben hohe Anforderungen in unserem Kanton und das ist auch unterstützenswürdig. Aber wir müssen nicht überall noch das bekannte Basel Finish obendrauf haben und noch besser sein und uns selber übertreffen. Deswegen finden wir auch hier, es wäre wie so das Tüpfchen auf dem I, aber man kann das I schon sehr gut lesen und deswegen brauchen wir auch das Tüpfchen nicht.

Zudem wird zwar ein schlanker Fonds verlangt, ein Fonds ist aber aus Prinzip eigentlich mit sehr viel Aufwand verbunden. Es braucht eine Gesetzesgrundlage, es braucht eine Verwaltung des Fonds, die Kommission muss gewählt werden, die Vergabe der Mittel muss definiert werden, es muss ein Kontrollprozess eingerichtet werden. Das kann mit noch so guter schlanker Intention geschehen, schlussendlich braucht es diese Schritte dafür. Diesen Aufwand könnte man direkt in die Berufsbildung stecken durch diese vielen Massnahmen, die wir schon haben und die jetzt offenbar auch im Rahmen dieses Masterplans noch einmal überdacht werden.

Was ich auch spannend finde, ist, dass wir grundsätzlich ja gar nicht wissen, ob es die fehlenden finanziellen Anreize sind, die zur Lehrstellensituation führen. Mir ist keine Evidenz bekannt, die besagt, dass zu wenig Anreize für Betriebe bestehen, auszubilden. Es wäre spannend, da wirklich eine Grundlage zu haben, ob es daran liegt, ob es aber vielleicht auch daran liegt, dass für junge Menschen einfach der Berufswahlprozess zu früh kommt und sie deswegen lieber noch ein bisschen in der Schule bleiben, wo sie mehr Ferien haben, wo sie wissen, sie haben noch Zeit, bis sie sich entscheiden müssen, wohin das Leben sie führen soll.

Es gibt ganz viele Gründe, die da ursächlich dafür sein könnten. Ob das nachher besser ist, nur weil alle in einen Fonds einzahlen, auch wenn sie vielleicht vom Betrieb her gar nicht geeignet sind, um auszubilden, das wissen wir nicht. Und dafür jetzt einen Fonds eventuell sogar als Motion, also sehr verbindlich zu fordern, das finde ich, ist einfach ein bisschen fahrlässig, weil wir die Grundlage nicht kennen und nicht wissen, ob das wirklich dann die Situation verbessert.

Kurz, wir finden, es soll gefördert werden mit Anreizen, die idealerweise wirklich Anreize sind und nicht Verpflichtungen, die wir staatlich den Betrieben auferlegen, statt einfach pauschal weiter zu belasten. Denn wir finden, es ist eben genau eine Stärke unseres Berufsbildungssystems, dass das sehr aus der Eigenverantwortung herauskommt, dass das uns so auch Wettbewerbsfähigkeit geben kann, dass viele Unternehmen sich generell in der Fachkräfteakquise, in der Arbeitskräfteakquise auch über ihre Berufsbildung auszeichnen. Und das wollen wir nicht durch eine staatliche Fondslösung in den Schatten stellen.

Deswegen bitten wir Sie, diesen Vorstoss nicht weiter zu überweisen und wenn Sie doch damit liebäugeln, dann tun Sie das als Anzug und nicht als Motion, aber am liebsten wirklich gar nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die Stärkung der Berufsbildung ist ein überaus wichtiges und unbestrittenes Anliegen, das hat eben meine Vorrednerin sehr deutlich ausgeführt. Die Diskussion der GLP dreht sich darum auch nicht um das Ziel, sondern um den Weg dorthin. Wenn man die verschiedenen Stellungnahmen zum Berufsbildungsfonds liest, fällt vor allem eines auf: Die Meinungen darüber, wie ein solcher Berufsbildungsfonds konkret ausgestaltet werden müsste, gehen heute weit auseinander. Der Gewerbeverband unterstützt die Motion, die Handelskammer und der Arbeitgeberverband lehnen den Fonds grundsätzlich ab und der Regierungsrat anerkennt das Anliegen klar, möchte aber zuerst die komplexen Fragen klären.

Für die GLP zeigt das vor allem eines: Es braucht eine fundierte Grundlage. Wir müssen klären, wie Doppelbelastungen vermieden werden können, wir müssen sicherstellen, dass KMU entlastet werden, ohne gleichzeitig grosse Ausbildungsbetriebe zu bestrafen, wir müssen wissen, ob ein Fonds tatsächlich zusätzliche Lehrstellen schafft oder vor allem Geld umverteilt und wir müssen die Wirkung messen können.

Eine weitere Fragestellung betrifft die spezifische Basler Ausgangslage. Basel-Stadt unterstützt die Berufsbildung bereits heute in verschiedenen Bereichen. Offen ist, wie ein Berufsbildungsfonds in das bestehende System eingebettet werden soll. Aus Sicht der GLP muss klar sein, dass ein Fonds bestehende Förderinstrumente sinnvoll ergänzt und nicht einfach andere Finanzierungsquellen ersetzt. Und nicht zuletzt ist die grundlegende Frage der Modellwahl zu klären. Die Motion legt sich auf ein bestimmtes Solidaritätsmodell fest, bei dem grundsätzlich alle Betriebe einzahlen. Gleichzeitig wird Zürich als Vorbild genannt. Dort funktioniert der Fonds aber anders. Welches Modell ist also für Basel-Stadt überhaupt das richtige?



Dazu kommt die regionale Dimension des gemeinsamen Arbeitsmarkts mit Baselland und auch hier muss geprüft werden, ob eine koordinierte Lösung möglich ist, bevor wir in Basel-Stadt überhaupt gesetzliche Vorgaben schaffen.

Aus Sicht der GLP sind das keine Nebenschauplätze, das sind Fragen, die darüber entscheiden werden, ob ein solcher Fonds am Ende wirkt oder ob er Fehlanreize und zusätzlichen Aufwand schafft. Innerhalb der GLP haben wir abgewogen, welches Vorgehen angesichts der Komplexität stimmiger ist und haben uns für den schrittweisen Ansatz des Regierungsrats entschieden.

Mit der Überweisung als Anzug verabschieden wir uns aber noch nicht vom Gedanken eines Berufsbildungsfonds, im Gegenteil. Wir geben dem Regierungsrat den Auftrag, die offenen Fragen innerhalb von zwei Jahren vertieft zu prüfen und eine belastbare Grundlage zusammen mit den verschiedenen Akteuren auszuschaufen, die mehrheitsfähig wäre. Auf dieser Basis steht es dem Parlament offen, mit einer verbindlichen Motion und konkreten Gesetzesvorlagen nachzulegen.

Wir Grünliberalen halten also fest, das Thema wird uns, ob Anzug oder Motion, weiter beschäftigen. Man kann heute Ja zur Stärkung der Berufsbildung sagen und gleichzeitig verlangen, dass zuerst die Hausaufgaben gemacht werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Wir von BastA möchten diese Motion als Motion weiterbehandeln. Ich habe schon bei der Erstüberweisung gesagt, dass ich mich freue, dass ein altes linkes Anliegen, nämlich die Schaffung eines Lehrstellenfonds, nun von bürgerlicher Seite und auch vom Gewerbeverband unterstützt wird. Auch der Regierungsrat hat ja durchaus Sympathien für diese Idee, die ja in mehreren Kantonen schon erfolgreich realisiert wurde. Da ist also keine Rede von Basel Finish und wir zwingen auch keine Lehrbetriebe dazu, irgendwelche Lehrstellen zu schaffen, das ist reine Fantasie.

Es spricht also eigentlich nichts dagegen, dass dies auch bei uns umgesetzt wird. Einzig die Argumentation, dass es noch eine ergebnisoffene Prüfung braucht, können wir diskutieren, aber wir sind nicht dafür. Auch wenn wir die Motion als Motion überweisen, besteht doch noch genug Zeit, um zu überprüfen, welche fundierten Grundlagen es braucht, welches Modell und welche Umsetzungsmodalitäten für die Rahmenbedingungen in Basel-Stadt passen. Da haben wir doch noch Zeit, wir setzen es ja nicht morgen um, wenn wir jetzt eine Motion beschliessen. Wir möchten dieser Idee einfach einen stärkeren Schub geben, wir möchten einen verbindlichen Auftrag geben und deshalb möchten wir die Motion als Motion weiterverfolgen. Ich bitte Sie, diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Beda Baumgartner für die SP.

Beda Baumgartner (SP): Wir haben die inhaltliche Debatte zu dieser Motion und diesem Anliegen eigentlich schon sehr ausführlich in der ersten Runde geführt. Ich möchte noch zwei Dinge dazu sagen. Ich finde die Antwort des Regierungsrates sehr gut. Ich verstehe auch, dass er viel prüfen muss, dass er verschiedene Stakeholder einbeziehen muss. Ich bin aber überzeugt, dass mit einer Motion innerhalb von vier Jahren diese Fragen genau geklärt werden können, auch die Modellwahl. Eingehend auf das, was Sandra Bothe gesagt hat, glaube ich nicht, dass sich herausstellen würde, dass man zwingend am einen oder anderen Modell festhalten muss, wenn sich bei der Prüfung andere Lösungen ergeben.

Und nochmals grundsätzlich zum Anliegen. Das ist ja auch das Zentrale und Wichtige, das wir hier diskutieren. Das Anliegen wird jetzt vom Regierungsrat unterstützt und ich hoffe auch von einer Mehrheit in diesem Rat. Das Anliegen geht ja ganz konkret darum, egal mit welchem Modell man das macht, dass man die Berufsbildung in diesem Kanton stärkt. Ich habe jetzt, ausser dem Vorwurf des Basel Finish, den wir immer wieder in verschiedenen Kontexten hören, noch nicht so konkret gehört, warum diese Idee jetzt der Berufsbildung oder den betroffenen Betrieben konkret schaden soll. Und wenn jetzt der Regierungsrat mit Überweisung der Motion Ihnen etwas vorschlägt, mit dem Sie überhaupt nicht mitgehen können und angesichts dessen Sie unglaublich gut darlegen können, warum das jetzt am Schluss der Berufsbildung sogar schadet, dann müssen wir in maximal vier Jahren in diesem Rat die Umsetzung dieser Motion diskutieren und tatsächlich vielleicht schwerwiegende Korrekturen vornehmen. Aber aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrates sehe ich diese Gefahr überhaupt nicht, im Gegenteil, ich sehe die Möglichkeit, dass er abstimmt und konzentriert, was er bereits tut, und ein funktionierendes Modell für Basel-Stadt etabliert und einführt.

Darum bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, diese Motion als zweites Mal auch als Motion zu überweisen, weil Sie dem Regierungsrat sogar mehr Zeit geben, als wenn Sie es als Anzug überweisen, damit er ein gutes und kompetentes Modell erstellen und uns zur Abstimmung vorlegen kann.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Anina Ineichen für die GRÜNE/jgb.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb ist, wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, für Überweisung als Anzug. Das Anliegen im Grundsatz wird unterstützt. Ich habe ja auch die Motion mitunterzeichnet damals. Die Berufsbildung ist uns durchaus sehr wichtig, aber die Fraktion hat doch auch Bedenken oder befürchtet, dass ein Mehraufwand für die Betriebe besteht und auch allenfalls Mehrkosten.

Nun ist eine Motion eine Verpflichtung, es so umzusetzen und darum plädieren wir für Anzug, dass noch die zentralen Fragen geklärt werden können. Ich denke nicht, dass ein Fonds eingeführt werden kann, ohne dass ein Mehraufwand für die Betriebe entsteht. Die Frage ist, ob es ein Mehraufwand ist, der tragbar ist oder der nicht tragbar ist. Solche Fragen können im Rahmen eines Anzugs gut beantwortet werden.

Die Regierung hat in der Beantwortung noch weitere Fragen aufgeworfen und wir teilen das Anliegen, dass man vielleicht hier jetzt wirklich einen Zwischenstopp einlegen muss, nochmals zurückstufen, überlegen, was genau benötigt wird, welche Probleme sich stellen könnten, wie wir vermeiden können, dass eine weitere Belastung für die Betriebe entsteht und dann weitere Schritte machen, vielleicht wieder in Form einer Motion. Oder vielleicht kommt die Regierung dann auch selbst zum Schluss, dass sie einen Fonds einführen will, wenn das eine gute Idee ist. Darum sind wir für Anzug.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Franz-Xaver Leonhardt für die Mitte-EVP.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin schon sehr glücklich und dankbar, dass ich mit meinem Anliegen nicht alleine bin, sondern Unterstützung habe, auch dass das so gut angenommen wird. Die Meinung, dass man die Berufsbildung stärken soll, teilen wir hier im Saal alle. Die Argumente habe ich mir aufgeschrieben und ich möchte auf diese noch eingehen, weil ich glaube, das ist das letzte kritische Geschäft heute in diesem Rat. Es ist ganz wichtig für die Berufsbildung. Darum möchte ich wirklich, auch an meine Fraktion, für Motion plädieren. Wie schon gesagt wurde, können wir das auch in vier Jahren sauber aufgleisen, nicht von oben herab. Dieses Anliegen habe ich ja auch mit dem Gewerbeverband vorbesprochen und er unterstützt dieses Anliegen.

Und auch wenn wir als Motion überweisen, ist es kein Schnellschuss. Und liebe Anina von Falkenstein, ich bin natürlich auch für Eigenverantwortung, aber es gibt Situationen, in denen die Eigenverantwortung nicht funktioniert, nämlich genau dort, wo innerhalb einer Branche einige nicht ausbilden, diese Verantwortung nicht übernehmen und dann ausgebildete Fachleute nehmen für ihren Beruf. Das ist ein Problem und mit diesem Fonds wird die Solidarität gestärkt.

Und liebe GLP, manchmal seid ihr nicht so vorsichtig bei euren Kernthemen, möchtet ihr nicht nochmals prüfen und abklären, sondern hier seid ihr sehr schnell. Also ich bitte euch, hier auch mutig zu sein und etwas schnell umzusetzen, weil das Thema sehr dringend ist. Und ich verstehe das auch nicht von den Grünen, warum müssen wir jetzt einen Zwischenstopp machen? Nein, der Fonds ist klar und wir können das umsetzen und wir sind bereit, auch hier, wenn der Regierungsrat in der Ausarbeitung ist, Hand zu bieten für eine Lösung. Aber wir müssen keinen Zwischenstopp mehr machen, der Regierungsrat hat es deutlich gesagt, dass die Quote von Sekundarstufe II-Absolventen ohne Berufsbildung, ohne Abschluss viel zu hoch ist. Auch unsere Gymnasialquote ist zu hoch und ich möchte wirklich, dass wir die Berufsbildung weiter stärken, auch in unserem Kanton, wo wir nicht so viele KMU haben.

Und dieses Anliegen ist ein Anliegen direkt von der Branche, von den KMU, und ich kann allen hier im Saal auch versprechen, dass wir unsere Eigenverantwortung weiter tragen, auch wenn wir das machen. Wir sind Unternehmen. Und ich kann aus unserer Branche der Hotellerie zwei kleine Sachen sagen. Wir haben heute schon Mitgliederbeiträge, die werden umverteilt und die Betriebe, die ausbilden, bekommen einen speziellen Betrag. Wir haben gestern abgestimmt, das ist dieses Jahr 500 Franken pro Lehrling. Und was wir auch gemacht haben gestern, wir haben aus der Branche darüber nachgedacht, wie wir die Berufsbildung stärken können. Und wir haben gestern bei unserer Mitgliederversammlung eine Empfehlung ausgesprochen, dass wir allen unseren Lehrlingen in unserer Hotellerie und Gastronomie eine zusätzliche Ferienwoche freiwillig geben, um diese zu stärken. Und das ist Eigenverantwortung aus der Branche. Ab nächstem Jahr haben unsere Lehrlinge eine Woche mehr Ferien.

Also ich bitte Sie wirklich, die unentschlossen sind, folgen Sie mir, unserer Fraktion und überweisen dieses ganz wichtige Anliegen als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Annina von Falkenstein.



Annina von Falkenstein (LDP): Franz-Xaver Leonhardt, das war jetzt gerade eine Einladung. Das zeigt ja eben genau, dass in den Branchen die Lösungen funktionieren, dass man nahe an den Eigenheiten der Branche Lösungen finden kann und dass über Organisationen der Arbeitswelt, über Branchenverbände eben genau das umgesetzt werden kann, was es braucht, aus Eigenverantwortung und aus dem Gespür heraus, was es eben braucht und wie man aus anderen Branchen Lernende gewinnen kann, wie man vielleicht Leute, die sonst die Matura machen würden oder eine Fachmittelschule in den Beruf ziehen kann und genau das ist es ja, was genau dort wirkt, wo die Probleme gespürt werden.

Da verstehe ich auch nicht, wie der Gewerbeverband schlussendlich für eine übergestülpte Fondslösung ist, statt wirklich auch einzelne Branchen zu unterstützen oder zu vernetzen, um das branchenspezifisch zu lösen. Ich finde es das beste Beispiel, dass es funktioniert und dass auch Branchen mit sehr geringen Margen wie die Gastronomie, Hotellerie Lösungen finden und sich gegenseitig motivieren können durch zum Beispiel eine Branchenferienlösung. Die Frage ist, ob es irgendeinen Beweis gibt, auch aus den Kantonen, die diesen Fonds schon kennen, dass diese Sek II-Abschlussquote durch solch einen Berufsbildungsfonds steigt. Ich habe recherchiert, ich habe nichts gefunden. Und wenn man mit diesem Problem argumentiert, dann muss man auch Lösungen ins Feld führen, die dieses Problem, das wirklich eines ist gesellschaftlich gesehen, löst. Das macht der Berufsbildungsfonds nicht. Und deshalb auch beim zweiten Votum nochmals, ich bin für Ablehnen und ich hoffe, Sie folgen mir.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielen Dank für Ihre wertvollen Voten. Ich habe mich darauf sehr gefreut. Heute über Mittag war ich fast zwei Stunden in der Sek 1 Holbein und ich habe versucht, Sek 1-Schülerinnen und -Schüler auch für die Berufsbildung zu gewinnen.

Ich würde sagen, dass wir mit dem Masterplan gut unterwegs sind. Erfreulicherweise konnten wir nach der letzten Auswertung des Bundes 2,5% zulegen, obwohl der nationale Trend leider nach unten ist. Aber wir sind weit entfernt vom nationalen Ziel von 95% als Sek II-Abschlussquote. Die nationale Quote ist 90,2%, bei uns ist es 97,5%. Und es gibt auch eine andere Realität, dass immer mehr Betriebe keine Lehrstelle anbieten oder weniger anbieten, aber am Schluss alle von diesen ausgebildeten Fachkräften profitieren.

Die Berufsbildung ist kein Plan B, es ist die wichtige Säule unseres Erfolgs. Wir sind offen, was in anderen acht Kantonen funktioniert hat und jetzt der Kanton Luzern prüft und wir möchten es auch prüfen. Daher wären wir sehr froh, wenn Sie diese Motion als Anzug überweisen könnten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Heidi Mück und weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009152, 10.06.26 17:05:39]

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung wird wiederholt

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 45 Ja-Stimmen zu 46 Nein-Stimmen und einer Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Wir müssen die Abstimmung entsprechend wiederholen. Wir starten nochmals mit der Eventualabstimmung.



Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009154, 10.06.26 17:06:36]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 45 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen und einer Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Annina von Falkenstein und weitere beantragen Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009156, 10.06.26 17:07:23]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 59 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und einer Enthaltung für die Überweisung als Motion entschieden.

35. Interpellation Nr. 47 Eric Weber betreffend die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Verpflegungsangebot in den Tagesstrukturen im Sinne von § 77b Schulgesetz, Schreiben des RR

[10.06.26 17:07:40, 26.5161.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich mitgeteilt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe die Antwort nur ganz kurz überflogen und sie nur quergelesen. Ich bin an einem Satz hängengeblieben, dass die Regierung noch nie an einem Schüleressen teilgenommen habe. Ich bin mit der Antwort zufrieden, aber ich möchte den Hinweis geben. Wenn Sie, Regierungsrat Mustafa Atici, an einem solchen Essen teilgenommen hätten, gäbe es die Schlagzeile «Mustafa Atici isst Döner mit Schülern». Diese Schlagzeile käme toll rüber.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich bitte Sie, solche Bemerkungen zu unterlassen, es geht um allgemeines Schüleressen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Anzug der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend ergänzende Velomassnahmen zur Sanierung St. Jakobs-Strasse, Zeughaus - Birsstrasse, Schreiben des RR

[10.06.26 17:09:32, 20.5419.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug abzuschreiben.

37. Interpellation Nr. 48 Bruno Lötscher-Steiger betreffend willkürliche Anwendung von § 58 Bau- und Planungsgesetz durch Fachgremien und deren Auswirkungen auf die Wohnraumentwicklung, Schreiben des RR

[10.06.26 17:09:59, 26.5166.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich will nicht die Sitzung verlängern, aber ich möchte doch noch zwei, drei Sachen sagen. Ich danke der Regierungsrätin für die schriftliche Beantwortung. Im Wesentlichen wurde richtig gesagt, dass wir zuerst einmal die schriftliche Begründung abwarten sollen und dann mehr wissen. Ich möchte aber doch zwei Sätze sagen, und ich bitte Sie, diese mitzunehmen. Die Baurekurskommission macht aus meiner Sicht eine sehr gute Arbeit. Falls der Eindruck entstanden wäre, dass die Baurekurskommission Ziel der Kritik wäre, ist das nicht richtig. Es ist die Stadtbildkommission, die aus meiner Sicht das Problem ist, das wir angehen müssen. Die Baurekurskommission ist eine unabhängige Behörde, die ihre Aufgabe gut macht, aber mit der Stadtbildkommission haben wir ein echtes Problem.

Wer mit offenen Augen das anschaut und sich umhört, wie es bei Baugesuchsverfahren aussieht, stösst immer auf dieselben Themen. Alles geht lange, man wird hingehalten und man hört, dass es kaum bewilligungsfähig sein könnte, und man wird so lange weichgeklopft, bis man nachgibt, wider besseren Wissens, weil man nicht noch länger warten will.

In diesem Sinne ist interessant, was in der Antwort steht, dass bei 550 Gesuchen, die die Stadtbildkommission zu beurteilen hatte, nur ein einziges Mal ein negativer Entscheid dagewesen wäre. Das ist genau das Problem. Es ist in zweifacher Hinsicht erkennbar. Es ist mir nicht klar, warum 550 Baugesuche überhaupt dort landen, weil die Stadtbildkommission nur verbindlich entscheidet in der Schutzzone und nur in Fällen von grosser Tragweite bzw. grundsätzlicher Natur für das Stadtbild. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es innerhalb eines Jahres so viele Fälle geben kann. Die Stadtbildkommission ist viel zu oft offensichtlich im Einsatz, und dass es nur ein Mal zu einem negativen Entscheid kommt, ist genau das Problem, das zeigt, dass man die Leute hinhält, damit es dann nicht zu juristischen Abklärungen kommt.

Hier liegt noch vieles im Argen. Der Grosse Rat wollte schon einmal bei der Stadtbildkommission ansetzen, hat es versucht, aber offensichtlich ist man nicht viel weitergekommen. Der § 58 des Bau- und Planungsgesetzes, der von der guten Gesamtwirkung spricht, verwendet einen offenen Rechtsbegriff, der gefüllt werden muss mit Inhalt. Hinzu kommen Begriffe wie «grosse Tragweite» und «grundsätzlicher Natur» und «Ästhetik». Da ist so viel zufällig und frei, dass das Risiko, ganz



viele Blockaden zu erleben, genau in Bereichen, die wir eigentlich fördern möchten wie im Wohnungsbau, zu gross ist. Damit leisten wir uns etwas, das so auf Dauer doch zumindest hinterfragt werden muss.

Es gibt viel Verbesserungsbedarf, und ich gehe davon aus, dass ich bei schriftlichem Vorliegen der Begründung mit einem schriftlichen Vorstoss nachdoppeln werde, der dann verbindlichen Charakter haben wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bruno Lötscher, sind Sie mit der Antwort zufrieden?

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt und wir haben die Traktandenliste abgearbeitet. Damit wünsche ich Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der 20. Sitzung

17:15 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
26.5209

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 09:02:47

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	25	12	10	10	9	5	7	6	1	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	25	12	10	10	9	5	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	6	1	1	2	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
26.5209

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 09:03:53

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Pascal Pfister, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	86	25	12	10	10	10	5	7	6	1	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	12	10	10	10	5	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	5	1	1	2	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
26.5149

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 09:05:05

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Delegation des Districtsrats (Nachfolge Mahir Kabakci, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	86	25	12	10	10	10	5	7	6	1	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	12	10	10	10	5	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	5	1	1	2	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
24.1437

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 11:13:09

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	20	0	1	11	0	1	0	7	0	0	0
Nein	73	29	12	0	10	9	6	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
24.1437

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 11:13:56

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	81	29	13	2	10	10	5	6	5	1	0
Nein	10	0	0	9	0	0	0	1	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	13	11	10	10	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	1	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
26.0401

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 11:18:12

Geschäft

Nachtragskredit zur Umsetzung der Gebührenreduktion im Einbürgerungsverfahren gemäss § 15 FHG,
Bericht des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Grabner Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	29	13	5	9	10	6	6	6	1	0
Nein	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	13	11	9	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	2	0	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
24.1910

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 11:27:37

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)", Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	29	13	11	10	11	6	6	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	10	11	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	2	0	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
25.0159

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 15:16:10

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur
Brombacherstrasse (Umgestaltung Riehenring), Bericht der UVEK**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	18	0	0	11	0	1	0	1	5	0	0
Nein	67	27	10	0	8	9	5	6	1	1	0
Ent	3	0	2	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	27	12	11	8	10	5	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	2	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	0	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
25.0159

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 15:17:44

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur
Brombacherstrasse (Umgestaltung Riehenring), Bericht der UVEK**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	69	27	10	0	9	8	6	5	3	1	0
Nein	16	0	0	11	0	1	0	1	3	0	0
Ent	6	0	3	0	0	1	0	1	0	1	0
Abgestimmt	91	27	13	11	9	10	6	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
25.0497

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 16:39:34

Geschäft

Ausgabenbewilligung zur Sanierung des Petersplatzes, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	28	12	10	9	10	6	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	13	10	9	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	1	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
26.5141

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 16:53:04

Geschäft

Anzug 1 Regiokommission betreffend Städtepartnerschaft als Beitrag zur europäischen Kohäsion

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	66	30	5	3	9	5	6	1	6	1	0
Nein	19	0	6	7	0	0	0	6	0	0	0
Ent	4	0	1	0	0	3	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	30	12	10	9	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	0	1	0	2	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	1	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
26.5142

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 17:18:24

Geschäft

Anzug 2 Tobias Christ und Leoni Bolz betreffend Klimaziel 2037 erreichen: Pilotprojekt für eine nachhaltige urbane Mobilität

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	30	0	0	11	3	5	0	5	1	0
Nein	35	0	13	10	0	6	0	6	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	13	10	11	10	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	1	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
26.5163

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 17:42:12

Geschäft

Anzug 3 Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Massnahmen für ein einfaches Parkieren des Gewerbes

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	52	30	0	0	11	1	3	0	6	1	0
Nein	37	0	13	9	0	6	2	7	0	0	0
Ent	4	0	0	0	0	3	1	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	9	11	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	0	2	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
25.5492

Abstimmungsdatum

03. Juni 2026 18:12:36

Geschäft

Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0	0
Nicht anwesend	95	30	12	11	11	10	5	7	6	2	1
Stimmberechtigt	100	31	12	12	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
25.5492

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 09:20:33

Geschäft

Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	31	0	12	11	0	1	0	7	0	0	0
Nein	61	29	0	0	11	8	6	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	12	11	11	9	6	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	0	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
25.5492

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 09:21:22

Geschäft

Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	84	28	12	4	11	10	6	7	5	1	0
Nein	6	0	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	28	12	11	11	10	6	7	5	2	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	0	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
25.5581

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 09:44:13

Geschäft

Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend Anpassung der Verordnung zum Swisslos-Fonds Basel-Stadt zur mehrjährigen Unterstützung etablierter Festivals, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	31	0	12	10	0	2	0	7	0	0	0
Nein	62	30	0	1	10	8	6	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	12	11	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
25.5581

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 09:44:54

Geschäft

Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend Anpassung der Verordnung zum Swisslos-Fonds Basel-Stadt zur mehrjährigen Unterstützung etablierter Festivals, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Leschhorn Strebelt Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	58	20	1	7	9	8	5	2	5	1	0
Nein	3	0	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	61	20	3	8	9	8	5	2	5	1	0
Nicht abgestimmt	35	11	9	3	2	2	1	5	1	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
25.5581

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 09:45:38

Geschäft

Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend Anpassung der Verordnung zum Swisslos-Fonds Basel-Stadt zur mehrjährigen Unterstützung etablierter Festivals, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	12	10	11	10	6	6	6	1	0
Nein	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	11	11	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.5529

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 10:17:19

Geschäft

Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend grenzüberschreitende Polizeiarbeit und effizientere Bekämpfung und Aufklärung von Velo- und E-Bike-Diebstählen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	68	31	12	8	5	0	3	6	3	0	0
Nein	25	0	0	3	6	10	2	0	3	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	31	12	11	11	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 18
25.5545

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 10:49:01

Geschäft

Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Gewährung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung ab 10 Hafttagen für alle Haftarten bei fehlenden finanziellen Mitteln, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ent
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	51	31	0	0	11	2	0	0	6	1	0
Nein	40	0	12	10	0	6	6	6	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	31	12	11	11	8	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	1	2	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19
25.5546

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 11:15:55

Geschäft

Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Kinderrechte umsetzen: Für ein Verbot ausländerrechtlicher
Administrativhaft für Minderjährige im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	30	0	8	11	1	6	0	6	1	0
Nein	27	0	12	3	0	7	0	5	0	0	0
Ent	3	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0
Abgestimmt	93	30	12	11	11	9	6	6	6	2	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20
25.5543

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 11:37:22

Geschäft

Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen
Personentransport, Stellungnahme des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	64	30	1	2	11	7	6	0	6	1	0
Nein	23	0	8	9	0	0	0	6	0	0	0
Ent	3	0	2	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	30	11	11	11	7	6	6	6	2	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	1	3	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20
25.5543

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 11:38:09

Geschäft

Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen
Personentransport, Stellungnahme des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	30	1	4	11	7	6	1	6	1	0
Nein	19	0	8	7	0	0	0	4	0	0	0
Ent	4	0	2	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	90	30	11	11	11	7	6	6	6	2	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	1	3	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21
22.5036

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 11:51:28

Geschäft

Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten für einen weiteren Standort der Rettungs-Sanität im Hirzbrunnen oder Riehen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ent
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ent
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	41	28	0	0	0	4	0	3	6	0	0
Nein	45	0	12	9	11	3	6	3	0	1	0
Ent	7	3	0	2	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	31	12	11	11	8	6	6	6	2	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	1	3	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22
24.5142

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 15:04:25

Geschäft

Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen,
Schreiben des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	27	0	0	10	10	2	0	4	1	0	0
Nein	59	28	11	0	0	7	6	1	5	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	87	28	11	10	10	9	6	5	6	2	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	1	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	1	0	2	2	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 24
24.5266

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 15:35:41

Geschäft

Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend "Ein Bus" für Basel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	12	11	0	10	0	6	0	0	0
Nein	54	31	0	0	11	0	5	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	31	12	11	11	10	5	6	6	2	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	1	1	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 25
25.5519

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 15:56:08

Geschäft

Motion Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	36	0	10	11	0	5	2	7	0	1	0
Nein	59	31	2	0	11	5	3	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	31	12	11	11	10	5	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 25
25.5519

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 15:56:52

Geschäft

Motion Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	58	31	0	0	11	6	3	0	6	1	0
Nein	34	0	12	11	0	3	1	7	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	31	12	11	11	10	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 27
23.5341

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 16:10:48

Geschäft

Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO2-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität", Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	71	31	12	0	8	9	4	0	6	1	0
Nein	19	0	0	11	0	1	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	31	12	11	8	10	4	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	2	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	2	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 28
21.5744

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 16:18:36

Geschäft

Motion der Spezialkommission Klimaschutz für eine Ersatzpflicht für fossile Heizungen per 2035,
Zwischenbericht des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	77	30	12	0	8	9	5	6	6	1	0
Nein	12	1	0	11	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	31	12	11	8	9	5	6	6	2	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	2	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	2	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 33
25.5508

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 16:36:29

Geschäft

Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	31	6	6	9	8	3	5	6	1	0
Nein	13	0	6	5	0	1	0	1	0	0	0
Ent	3	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	91	31	12	11	10	9	4	6	6	2	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	1	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	2	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 33
25.5508

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 16:37:12

Geschäft

Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	77	31	9	10	9	8	4	5	0	1	0
Nein	9	0	3	0	0	0	0	0	6	0	0
Ent	5	0	0	1	1	2	0	1	0	0	0
Abgestimmt	91	31	12	11	10	10	4	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	0	1	1	0	1	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	2	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 34
25.5554

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 17:05:17

Geschäft

Motion Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds,
Stellungnahme des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	0	12	11	10	1	5	6	0	0	0
Nein	46	31	0	0	0	8	0	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	31	12	11	10	9	5	6	6	2	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	2	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 34
25.5554

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 17:06:15

Geschäft

Motion Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds,
Stellungnahme des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	0	12	11	9	1	5	7	0	0	0
Nein	47	31	0	0	1	8	0	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	31	12	11	10	9	5	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	2	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 34
25.5554

Abstimmungsdatum

10. Juni 2026 17:07:01

Geschäft

Motion Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds,
Stellungnahme des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	31	0	0	9	8	4	0	6	1	0
Nein	33	0	12	11	0	1	1	7	0	1	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	31	12	11	10	9	5	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	2	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1